

6. IV. 1916

1

Wie der Wiener Bürgermeister den Kundenfang betreibt...

Auf Jahrmärkten kommt es vor, daß Händler vor ihren Buden den vorübergehenden Kunden anhalten, ihn den Weg verstellen, ihn ausfragen, was und wo er einkaufen möchte, und dann mit unsanftem Drausgängertum und zäher Ausdringlichkeit den Mann, der anderes vorhatte, in die eigene Bude schleppen. Der Bürgermeister von Wien, Herr Dr. Weiskirchner, hat im Ungeßüm seines Uebereifers, das Wiener Interesse auch durch die Mittel des unlauteren Wettbewerbes und auch auf Kosten der mit guter Lebensart durchaus nicht unverträglichen bundesbrüderlichen Loyalität zu fördern, neuestens Ungarn und der ungarischen Hauptstadt gegenüber zu solch seinem Jahrmärktenstil gegriffen. Der Fall, um den es sich handelt, an sich schon peinlich, wird noch peinlicher dadurch, daß er über die Grenzpfähle unserer Monarchie hinausgreift, also nicht etwa ein kleiner Hauskandal innerhalb der eigenen vier Wände ist, sondern zu einer großen Unzulässigkeit unter den Augen des Auslandes ausartet.

Aus der bairischen Stadt Regensburg war vor zwei Monaten die Anregung ausgegangen, die an der Donau liegenden Städte Böhrens, Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens zu einer Konferenz einzuberufen, in der die Mittel zur Belebung der Donauschiffahrt besprochen werden sollten. Als Ort der Konferenz war von allem Anfang her mit Rücksicht auf seine geographische Lage Budapest in Aussicht genommen. Der Bürgermeister von Regensburg wandte sich diesfalls mit einer Anfrage an seinen Budapester Kollegen, und dieser antwortete, daß Ungarns Hauptstadt die Idee freudig begrüßt und die Schwesterstädte hier herzlich willkommen sein werden. Es erging nunmehr auch eine formelle Einladung von der Budapester Kommune an die Regensburger Anreger der Konferenz, und damit war die Sache in ein Fahrwasser gebracht, das jede Aenderung hinsichtlich des Ortes der Konferenz als ausgeschlossen erscheinen ließ. In diesem Stadium bekam nun Herr Dr. Weiskirchner Wind von der Sache, und sein Wiener Lokalpatriotismus häumte sich gegen den Gedanken auf, der ungarischen Hauptstadt die ihr zugedachte Ehre zuteil werden zu lassen. Strauß stellte er sich vor seine Bude und gab sich alle Mühe, den arglos vorbeikommenden Kunden abzufangen. Seine Erzellenz nahm nicht Anstand, es den Hotelportiers in kleinen Provinzstädten nachzumachen, die auf den Bahnsteigen den Reisenden die Koffer aus der Hand reißen und mit der Beteuerung, man würde es bei ihnen besser haben, in ihren eigenen Omnibus bugsieren. Herr Weiskirchner setzte sich über die Gebote der pflichtschuldigen Loyalität und der internationalen Delikatesse unbedenklich hinweg und richtete an die Stadt Regensburg eine Einladung, zur Besprechung der Fragen der Donauschiffahrt nicht nach Budapest, sondern nach Wien zu kommen.

Es fällt uns natürlich nicht ein, für diese Taktlosigkeit einen anderen als Herrn Weiskirchner allein verantwortlich zu machen. Das lebenswürdige Wien mit seiner alten feinen Kultur, dem edlen Schliß seiner Sitten und seiner gewinnenden Bornehmheit wird sich mit dem Vorgehen seines Stadthauptes sicherlich nicht solidarisch erklären. Und es wird den Wienern zweifellos zur Genugtuung gereichen, zu erfahren, daß der Kundenfang des Herrn Weiskirchner mißglückt ist.

Wir erhalten darüber von informierter Stelle die folgenden Mitteilungen:

Der Bürgermeister der Stadt Regensburg hat dem Bürgermeister von Budapest Dr. Barczny vorgeschlagen, daß sich die Donaustädte in der Hauptstadt Ungarns zur Besprechung jener

Fragen, die mit der Donauschiffahrt im Zusammenhang stehen, versammeln mögen. Der Vorschlag wurde sowohl vom Bürgermeister von Budapest, wie auch von der ungarischen Regierung sympathisch aufgenommen. Zur Besprechung des für diese Zusammenkunft geeigneten Zeitpunktes trat die ungarische Regierung mit dem Ministerium des Aeußern in Berührung. Die Verhandlungen, die darauf hingingen, die Konferenz in Budapest abzuhalten, sind derzeit in Fluß.

Der Vorschlag des Bürgermeisters von Regensburg wurde demnach von ungarischer Seite akzeptiert.

All dies schließt aus, daß an diesem Plane irgend eine Aenderung erfolgt. Die Budapester Konferenz wird stattfinden.

In dieser Tatsache kann keine wie immer geartete Agitation, die dahin abzielt, daß die Konferenz nicht in Budapest, sondern in Wien abgehalten werde, etwas ändern.

000  
28  
116  
v. 27. / VII  
wie  
nge,

3

## Ein ungarisches Urteil über Bürgermeister Dr. Weiskirchner

Anlässlich der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Bürgermeister Dr. Weiskirchner schreibt das Budapestener Tagblatt „Pesti Hirlap“ an leitender Stelle:

Weiskirchner, der ausgezeichnete Bürgermeister der Stadt Wien, hat nicht undenkbar seinen hohen Ehrenauszeichnung nicht erwartet, daß ihm aus unserem Lande die Stimmen der Begrüßung und Lobpreisung entgegenklingen. Mit Recht darf es seine Brust schwellen, daß er die Krone der öffentlichen Anerkennung errungen hat, denn er darf sich mit Recht sagen, daß er sich die hohen Auszeichnungen, die ihm zuteil wurden, durch den inneren Wert seiner Tätigkeit als Bürgermeister errungen hat und daß jede dieser Auszeichnungen nur der Widerschein jener hohen Verdienste ist, die ihm schon früher die besondere Günst und Zufriedenheit des Wiener Publikums eingetragen haben. Er darf diese Verherrlichung seiner um die Stadt Wien erworbenen Verdienste um so eher genießen, je deutlicher er bei jeder konkreten Gelegenheit bewiesen hat, daß sein starker bürgermeisterlicher Ehrgeiz auch eine starke aggressive Spitze gegen uns hat und daß er die Interessen der Stadt Wien, wo angängig, auch auf unsere Kosten durchzusetzen bestrebt ist. Wegen alles dessen rechnet Dr. Weiskirchner als der Vertreter der Urwienener Tradition gewiß nicht auf die weihrauchumwobene Subdignung des ungarischen Publikums. Wir verschaffen ihm aber doch die Ueberraschung, daß wir ihm Anerkennung und Lob gerade dafür zollen, daß er als verantwortlicher Führer der Stadt Wien sich um nichts anderes kümmert als um die Interessen der ihm anvertrauten Stadt, daß er auf nichts anderes Gewicht legt, als sich das Vertrauen der Wiener Bevölkerung auch inmitten gesteigerter Prüfungen zu erhalten. Denn das ist der vollkommenste Beweis dafür, daß er in schweren Zeiten an der Spitze der vielgeprüften Weltstadt sich auf den höchsten Gipfel seines Berufes zu erheben vermochte. Mit welcher überlegenen Sicherheit leitete und regelte der Bürgermeister Wiens die ungeheure Arbeit der Kriegsapprovisionierung der Zweimillionenstadt, so daß unsere furchtbaren Fleisch- und Brotmissern dort nur in überaus gemildertem Form zu spüren waren. Und groß, mächtig, als Triumphator erwies sich der Bürgermeister Wiens, so oft seine Gesichtspunkte mit den bei uns geltenden aneinander stießen. Er war imstande, für Wien auch jenen großen Erfolg zu erkämpfen, daß die wichtigste und für uns wesentlichste Ader des Weltverkehrs, die Eisenbahnverbindung Berlin-Budapest-Konstantinopel, auch über Wien geführt werde, obwohl Wien durchaus nicht auf der geraden Route liegt. Jetzt ist er mit ganzer Kraft bereits mit der anderen Aufgabe beschäftigt, zum Zentrum und Haupthandelshafen des jetzt geplanten Wasserweges, des Kanalisationsystems, das vom Rhein zur Donau und zum Schwarzen Meer führt, Wien zumachen, obwohl nur Budapest vermöge seiner natürlichen Lage hierfür in Betracht käme.

Eine feine Tonart. Der offiziöse „Beste Lloyd“ hat sich wegen des lieblichen Tones, den er anzuschlagen liebt, wenn er sich über österröichische Angelegenheiten oder Personen, seien es nun Amtspersonen oder Gelehrte oder Politiker, ausläßt, bereits einen Namen gemacht. Wir haben im montägigen Mittagblatt ein Budapester Blatt zitiert, das zwar vom Standpunkte seines Budapester Lokalinteresses sich über die erfolgreichen Bemühungen des Wiener Bürgermeisters sich nicht erheut zeigte, aber doch immerhin die Bestrebungen des Wiener Bürgermeisters begreiflich zu machen suchte und sie als vorbildlich für andere rühmte. Zu einer solchen Auffassung der Dinge vermag sich der „Beste Lloyd“ nicht aufzuschwingen. Weil der Wiener Bürgermeister die Donaulstädte zu einer Konferenz nach Wien eingeladen und dadurch angeblich die für Budapest angelegte Konferenz gefährdet haben soll, läßt sich das genannte, geradezu antrophobe Blatt unterm 5. d. vernehmen:

Wie der Wiener Bürgermeister den Kundenfang betreibt... Auf Jahrmärkten kommt es vor, das Händler vor ihren Buden den vorübergehenden Kunden anhalten, ihm den Weg verstellen, ihn ausfragen, was und wo er einkaufen möchte, und dann mit unsanftem Draufgängertum und zäher Aufdringlichkeit den Mann, der anderes vorhatte, in die eigene Bude schleppen. Der Bürgermeister von Wien, Herr Dr. Weiskirchner, hat im Angestüm seines Liebereifers, das Wiener Interesse auch durch die Mittel des unlauteren Wettbewerbes und auch auf Kosten der mit guter Lebensart durchaus nicht unverträglichen bundesbrüderlichen Loyalität zu fördern, neuestens Ungarn und der ungarischen Hauptstadt gegenüber zu solch seinem Jahrmärktsstil gegriffen. Der Fall, um den es sich handelt, an sich schon peinlich, wird noch peinlicher dadurch, daß er über die Grenzpfähle unserer Monarchie hinausgreift, also nicht etwa ein kleiner Hausjanda innerhalb der eigenen vier Wände ist, sondern zu einer groben Unzulässlichkeit unter den Augen des Auslandes ausartet. Aus der bayrischen Stadt Regensburg war vor zwei Monaten die Anregung ausgegangen, die an der Donau liegenden Städte Bayerns, Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens zu einer Konferenz einzuberufen, in der die Mittel zur Befebung der Donauschiffahrt besprochen werden sollten. Als Ort der Konferenz war von allem Anfang her mit Rücksicht auf seine geographische Lage Budapest in Aussicht genommen. Herr Dr. Weiskirchner bekam nun Wind von der Sache, und sein Wiener Lokalpatriotismus häumte sich gegen den Gedanken auf, der ungarischen Hauptstadt die ihr zugedachte Ehre zuteil werden zu lassen. Stracks stellte er sich vor seine Bude und gab sich alle Mühe, den arglos vorbeikommenden Kunden abzusaugen. Seine Exzellenz nahm nicht Anhand, es den Hotelportiers in kleinen Provinzstädten nachzumachen, die auf den Bahnsteigen den Reisenden die Koffer aus der Hand reißen und mit der Beteuerung, man würde es bei ihnen besser haben, in ihren eigenen Omnibus buglieren. Herr Weiskirchner setzte sich über die Gebote der pflichtschuldigen Loyalität und der internationalen Delikatesse unbedenklich hinweg und richtete an die Stadt Regensburg eine Einladung, zur Besprechung der Fragen der Donauschiffahrt nicht nach Budapest, sondern nach Wien zu kommen. Es fällt uns natürlich nicht ein, für diese Taktlosigkeit einen anderen als Herrn Weiskirchner allein verantwortlich zu machen. Es wird den Wienern zweifellos zur Genugtuung gereichen, zu erfahren, daß der Kundenfang des Herrn Weiskirchner mihäufig ist. Selbst die wildesten Oppositionellen haben bereits zu annehmbaren Sitten und Ausdrucksweisen sich bequemt. Nur gewisse offiziöse scheuen niemals ordentliche Manieren zu lernen zu können.

# Sonder-Abdruck

## Wien während des Krieges.

(Einundzwanzigste Folge.)

Die letzten zwei Monate haben an der allgemeinen Kriegslage keine wesentlichen Veränderungen gebracht. Der deutsche Angriff von Verdun ging langsam, aber stetig vorwärts und alle Entlastungsversuche der Entente an den übrigen Fronten waren erfolglos.

In Kleinasien haben die Russen durch die Einnahme Trapezunts einen örtlichen Vorteil errungen, der aber weit überwogen wird durch den Sieg der tapferen Türken in Mesopotamien: 13.000 Mann englischer Truppen, der Rest des Heeres, das Bagdad erobern sollte, mußten die Waffen strecken. England ließ auch weiter nichts unversucht, um die noch neutral gebliebenen Mächte in den Krieg hineinzuziehen. Aber die Anzeichen mehren sich, daß England überall, auch bei seinen Bundesgenossen, als der Störefried erkannt wird, der über innerpolitische Schwierigkeiten durch Entfaltung des Weltbrandes hinwegzukommen suchte, und vielleicht sieht doch bald die Einsicht, daß ein weiteres Blutvergießen bloß für englische Interessen ebenso frevelhaft als zwecklos ist. Die Mittelmächte und ihre Verbündeten haben sich bisher militärisch und wirtschaftlich als unüberwindlich erwiesen.

Deutschland hat durch den Erfolg seiner IV. Kriegsanleihe, die über 10 Milliarden Mark erbrachte, das Wort von den silbernen Kugeln, mit denen England den Krieg zu gewinnen sich vermaß, neuerlich entkräftet und unsere Monarchie wird auch in dieser Beziehung hinter dem Bundesgenossen nicht zurückstehen; die bisherigen Anmeldungen auf unsere Kriegsanleihe berechtigen zu guten Erwartungen.

Die Gemeinde Wien, die mit ihren Anstalten und Fonds auf die Kriegsanleihe bisher über **116 Millionen Kronen** gezeichnet hat, ist durch die Zeichnung von weiteren

## Gemeindeautonomie und Verwaltungsreform.

Wien, am 15. Mai.

Schon seit geraumer Zeit tauchen in regelmäßiger Abfolge in Blättern, die offiziös beeinflusst scheinen, Ausführungen auf, welche Veränderungen in der Gemeindeautonomie mit großer Selbstverständlichkeit besprechen oder für deren Notwendigkeit sonst irgendwie Stellung nehmen. Besonders auffallend sind Äußerungen des deutschnationalen „Grazer Tagblattes“, die am 13. d. unter dem Titel „Städteautonomie“, wenn auch unter allerhand Verkläuterungen und sogar unter der Form der Zustimmung, gegen die von der Vereinigung der Städtevertreter des Deutschen Nationalverbandes zugunsten der „unbedingten“ Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung deutscher Städte gefaßten Entschliessungen Stellung nehmen und ausführen: „Was die nationale Bedeutung der Autonomie anbelangt, so ist ohne weiteres klar, daß in national bedrohten Städten die Abwehr von Uebergriffen einer eroberungslustigen Minderheit vielfach hätte unterbleiben müssen, wenn die Regierung das entscheidende Wort zu sprechen gehabt hätte. Die sachlichen Aufgaben einer Stadtvverwaltung endlich können zu einem sehr großen Teile richtig und rasch nur von Männern gelöst werden, die mit den Ortsverhältnissen genau vertraut sind. Es handelt sich hierbei zunächst um die Bürgermeisterfrage. Für eine Abänderung des jetzigen Zustandes spricht zunächst der Umstand, daß der Leiter der Verwaltung einer größeren Stadt einer genauen Kenntnis des Verwaltungsrechtes nicht entbehren kann, aber auch die Erwägung, daß eine Loslösung des Oberhauptes der städtischen Verwaltung von den Einflüssen der politischen Parteien und einzelner Wählergruppen manchen Uebelstand beseitigen könnte. Auf der anderen Seite ist natürlich nicht zu übersehen, daß das Verhältnis zwischen Bürgermeister und Bevölkerung eine wesentliche und vielleicht durchaus nicht segensreiche Umgestaltung erfahren wird, wenn das Stadtoberhaupt nicht mehr durch freie Wahl des Gemeindevorstandes bestellt wird. Wir leben in einer Zeit, in der manche Kreise der Bevölkerung mehr als vielleicht jemals im Laufe der Geschichte geneigt sind, dem Staate, d. h. der staatlichen Verwaltung, möglichst große Machtvollkommenheiten zu überlassen. Es hängt dies zum Teil mit der schon lange eingetretenen Parlamentsmüdigkeit zusammen, hauptsächlich aber mit gewissen unerfreulichen Erscheinungen, die seit Kriegsbeginn zutage traten und deren dauernde Beseitigung man nur von einer starken Staatsgewalt erwarten zu dürfen glaubt. Der Zug zum Staate, der durch die Bevölkerung geht, ist jedenfalls eine begrüßenswerte Wirkung des Krieges. Es kommt darin die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Staatsverwaltung den Willen und die Kraft ausbringen werde, jene Zustände, deren Unhaltbarkeit der Krieg erwiesen hat, zu beseitigen und im öffentlichen Leben unseres Vaterlandes die lange vermißte Ordnung herzustellen. Es wird sich nach dem Krieg bald zeigen, ob dieses Vertrauen gerechtfertigt ist. Aber auch die große Zuversicht darf uns nicht hindern, zu erkennen

und auszusprechen, daß die Teilnahme der Bevölkerung an der Besorgung der öffentlichen Angelegenheiten in Staat, Land und Gemeinde ein höchst wertvolles Gut und für alle Zukunft unentbehrlich ist.“

Daß die Bevölkerung an der Verwaltung „teilnehmen“ dürfe, ist gewiß eine beschriebene Formulierung zur Vertretung der Gemeindeautonomie, bei der ja gar nicht die Teilnahme der Bevölkerung, sondern die Leitung der Autonomie bestritten wird. In Graz hat man sich freilich schon an den Regierungskommissär gewöhnt und man kann es verstehen, daß man sich dort an die eigene deutschfreiherrliche Gemeindeherrlichkeit nicht mit allzu großer Begeisterung zurückzuerinnert.

Weitergehende Reformpläne entwickelt heute ein Wiener deutschfreisinniges Montagblatt, das schon sozusagen fertige Tatsachen ankündigt: „In der Besetzung der leitenden Stellen bei den Bezirkshauptmannschaften wird eine Aenderung eintreten. Der Unterschied gegenüber der bisherigen Form der Besetzung dieser Behörde soll nur der sein, daß neben dem politischen Vorstand der Bezirkshauptmannschaft, dem bisherigen Bezirkshauptmann, sofern er nicht selbst auch Fachmann auf technischem oder landwirtschaftlichem Gebiete ist, gleichgeordnete Vorstände der technischen und landwirtschaftlichen, beziehungsweise monopolistischen Verwaltungszweige stehen und daß diese Spitzen der Bezirkshauptmannschaft ein Kollegium bilden, welches die Geschäfte kollegial erledigt. Schon durch diese kollegiale Geschäftsführung ist eine außerordentliche Ersparnis an Zeit und Geld zu erzielen. Sie ermöglicht auch eine sehr einfache Gestaltung des Beamtenkörpers in seinen untersten Stufen und die Vereinigung mehrerer Aufgaben in der Hand eines einzelnen Beamten, wo der beschränktere Umfang der Aufgaben diese Ausnützung einer einzelnen Arbeitskraft gestattet. Sie erspart Vielschreiberei und ermöglicht die Verminderung des Kanzleipersonals, dessen ins Ungemessene gehendes Anwachsen das lawinenartige Anschwellen der Verwaltungskosten in den letzten Jahrzehnten verschuldete. Natürlich bildet die ordnungsmäßige Führung der Gemeindegeschäfte eine unbedingte Voraussetzung des Klappens der ganzen Verwaltung. Die Neuordnung der Dinge muß dafür Sorge tragen, daß an der Spitze der Stadtverwaltungen ein geschäftskundiger Verwaltungsbeamter als Bürgermeister steht und daß sein Amt so gesichert ist, daß er allen Beeinflussungen politischer Parteien entrückt bleibt. Die Fernhaltung der Politik von der Verwaltung ist eine Grundbedingung für deren regelmäßige und zufriedenstellende Wirksamkeit. In kleinen Gemeinden wird die Besorgung der Amtsgeschäfte in den Händen eines geschäftskundigen Gemeindevorstandes liegen, eine Stellung, die im Nebenamte dem Träger eines Intelligenzberufes, der im Orte ansässig ist, sei es nun der Pfarrer, Lehrer, Arzt, Förster und Herrschaftsverwalter, übertragen werden kann.“

Es ist außerordentlich interessant, mit welcher Leichtigkeit deutschfreisinnige Blätter die Gemeindeautonomie hingeben. Sicherlich ist in den kleinen Autonomien manches reformbedürftig, aber als unerlässliche Voraussetzung einer jeden Ausdehnung des staatlichen Einflusses in der Verwaltung müßte gelten, daß der Staat einmal in seiner eigenen Verwaltung Ordnung macht, die an Kostspieligkeit und Schwerefülligkeit unübertroffen ist. Die ersten organisierten Reformbemühungen in dieser Richtung haben bekanntlich mit dem Tode der kaiserlichen Reformkommission geendet. Wenn die Ankündigung, daß eine Reform bei den Bezirkshauptmannschaften erfolgen werde, einen Wandel auf der ganzen Linie der staatlichen Verwaltung anzeigt, dann wird man manches annehmen können, was sonst unerträglich erscheint. Festzuhalten wird sein, daß die Gemeindeautonomie der Reichshauptstadt, die der Träger des glänzenden Aufstieges Wiens gewesen ist und die ihren Schwung gerade den aus freier Wahl hervorgegangenen Persönlichkeiten verdankt, niemals und nirgends angetastet werden darf.

**Die rauchlose Feuerung in den Landesanstalten.**

Vorgestern besuchte der österreichische Ingenieur- und Architektenverein unter Führung seines Präsidenten Sektionschefs Ernst L a u d a zunächst die niederösterreichischen Landes-Heil- und Pfllegeanstalten am Steinhof und sodann das Landes-Zentral-Kinderheim in Gersdorf, um die rauchlosen Feuerungsanlagen dieser beiden Landesanstalten zu besichtigen. In Steinhof begaben sich die Gäste unter Führung des Landesauschusses Bielohlawek in das Heizhaus und sodann auf den Platz vor demselben, wo durch eine einfache Vorrichtung die Rauchlosigkeit demonstriert wurde. Alle

Fachleute drückten ihre Bewunderung aus. Sodann begaben sich die Mitglieder der Exkursion in das genannte Kinderheim, wo unter anderem auch der Ammenpavillon besichtigt wurde. Die rauchlose Feuerungsanlage wurde hier in noch vollkommenerer Ausführung gezeigt als an Steinhof.

19. V. 1916

44

## Allgemeine Nachrichten.

### Feierliche Beeidigungen und Überreichung von Auszeichnungen im Rathause.

Donnerstag den 11. Mai 1916, um 10 Uhr vormittags, fand im Präsidialbureau des Gemeinderates durch den Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner die feierliche Beeidigung, beziehungsweise Überreichung von kommunalen Auszeichnungen an nachstehend verzeichnete Gemeindefunktionäre, beziehungsweise Gemeindebedienstete statt:

Tagweises Bürgerrecht der Stadt Wien:

Leopold Steiner, Ober-Kurator und Gemeinderat der Stadt Wien.

Bürgerrecht der Stadt Wien mit Rücksicht der Tagen:

Karl Rykl, Gemeinderat der Stadt Wien.

Doppeltgroße goldene Salvator-Medaille:

Alfons Herold, Gemeinderat der Stadt Wien.

Diplom für die mehr als zehnjährige Ausübung des Mandates als Armenrat:

Dr. Josef Skultety, städtischer Ober-Bezirksarzt und Armenrat des II. Bezirkes, und

Armenräte des XXI. Bezirkes:

Heinrich Weissiegl, Nikolaus Brägl, Johann Enhuber, Johann Feiler, Matthias Feitsinger, Leopold Fuchs, Eduard Gerl, Alois Hörmayer, Leopold Hollmann, Josef Horak, Matthias Judeg, Anton Klemm, Vinzenz Lubenka, Rudolf Musil, Josef Ruchbaumer, Leopold Kapf, Josef Schwarz, Karl Schönbauer, Josef Seichter, Hans Smital, Franz Sterl, Josef Stiasny, Josef Thoma, Josef Vogl, Gregor Wallner, Leopold Wieland.

Ehrengeschenk von 50 K:

Johann Konetschny, städtischer Straßenaufseher (XV. Bezirk).

Ehrengeschenk von 25 K:

Peter Subala, Vorarbeiter bei der städtischen Straßenspflege (XVI. Bezirk).

Den Feierlichkeiten wohnten bei: die Exzellenzen August Engel Freiherr v. Mainfelden und Dr. Heinrich N. v. Wittel, G. d. J. Seibt v. Ringenhardt, Freiherr v. Netscheu-

19. IV. 1916

11.  
49

*Allgemeine Neuigkeiten*

Augen zu halten, welche für das Armenwesen entstehen. Wir wollen der Not helfen, aber jene zurückweisen, die einen Raubzug auf die städtische Kassa beabsichtigen. Ich weiß, daß das Amt eines Armenrates nicht immer von Dank begleitet ist, darüber muß Ihnen das Bewußtsein hinweghelfen, daß Sie nunmehr Mitglieder der großen Stadtverwaltung geworden sind, welche ehrenamtlich tätig sind und auf diese Weise beitragen, daß die Verwaltung der Zweimillionenstadt in einer Weise geführt wird, die uns das Vertrauen der Bevölkerung sichert“.

Hierauf nahm der Bürgermeister die Beerdigung vor.

Schließlich überreichte der Bürgermeister dem städtischen Straßenaufseher Johann Konetschny und dem Vorarbeiter der städtischen Straßenpflege Peter Hubala die ihnen vom Stadtrate verliehenen Ehrengeschenke.

Die Ausgezeichneten wurden von dem Leiter des städtischen Fuhrwerksbetriebes Niedermayer und von Gem-Rat Gebhart namens der Arbeiter-Bezirksorganisation des XV. Bezirkes beglückwünscht.

\* Die Einquartirungskosten der Hauptstadt. Die heutige Sitzung der hauptstädtischen Finanzkommission befaßte sich mit dem Bericht der hauptstädtischen Militärsektion betreffend die für die Hauptstadt im Jahre 1915 erwachsenen Einquartirungskosten. Es beziehen sich diese Kosten nur auf die Einquartirung von Offizieren. Insgesamt hat die Hauptstadt im Jahre 1915 für diesen Zweck 869,413 K. ausbezahlt, von welchen ihr vom Fiskus 438,517 K. zurückerstattet werden. Es belasten somit die Hauptstadt 430,896 K. Einer veralteten Einquartirungsverordnung zufolge hat die Hauptstadt nämlich für Offiziere bis zum Hauptmann nach Monatzimmern im Sommer 50, im Winter 60 K. zu bezahlen. In den 28 Hotels, mit welchen die Hauptstadt Einquartirungsverträge hat, zahlt sie bei Benützung eines Zimmers bis zu 10 Tagen 3—5 K., über 10 Tage für Monatsmiethen im Sommer 70, im Winter 80 K. monatlich. Als Vergütung erhält die Hauptstadt vom Fiskus täglich nach Offizieren bis zum Hauptmann 70 S., von Hauptleuten aufwärts 1 K. 40 S. Im Jahre 1915 hat die Hauptstadt nach 4053 Fähnrichen, nach 22,110 Offizieren vom Hauptmann abwärts und nach 2520 Offizieren vom Hauptmann aufwärts die Einquartirungsgebühren bezahlt. Dr. Salomon Eulenberg, Dr. Rudolf Havas, Dr. Sigmund Hajós und Dr. Adolf Leitner kritisirten diesen veralteten Zustand, worauf Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Theodor Bódy versprach, bei der Regierung zu interveniren, damit die ganzen Auslagen zurückerstattet werden.

\* **Budapest und Wien.** Die „Wiener Sonn- und Montags-Zeitung“ veröffentlicht die folgende amtliche Berichtigung: „Magistrat der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien. Nr.-Abth. V-547/16. Wien, am 16. Mai 1916. An die Redaktion der „Wiener Sonn- und Montags-Zeitung“ zu Händen des verantwortlichen Redakteurs Herrn Edmund Mayer, Wien. Unter Berufung auf §. 19 des Pressegesetzes fordere ich die Aufnahme der folgenden amtlichen Berichtigung des in der Nummer 20 der „Wiener Sonn- und Montags-Zeitung“ vom 15. Mai 1916 auf Seite 6 enthaltenen Artikels „Budapest und Wien“: Es ist un wahr, daß sich Herr Weiskirchner über die Gebote der pflichtschuldigen Loyalität und der internationalen Delikatesse unbedenklich hinweggesetzt und an die Stadt Regensburg eine Einladung gerichtet hat, zur Besprechung der Fragen der Donauschiffahrt nicht nach Budapest, sondern nach Wien zu kommen. Wahr ist vielmehr, daß ich mich über die Gebote der pflichtschuldigen Loyalität und der internationalen Delikatesse nicht hinweggesetzt habe, wahr ist weiter, daß ich an die Stadt Regensburg keine Einladung gerichtet habe, zur Besprechung der Fragen der Donauschiffahrt nicht nach Budapest, sondern nach Wien zu kommen, wahr ist endlich, daß ich bisher überhaupt keine Einladung zu der vom Wiener Gemeinderath beschlossenen Tagung der Donaufstädte ausgesendet habe. Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien: Weiskirchner.“

## Die erste Kriegsbilanz der Gemeinde.

### Die Wirkungen der Kriegsauslagen.

Der Hauptrechnungsabschluss über das Verwaltungsjahr 1914/1915 (1. Juli 1914 bis 30. Juni 1915) wurde vom Magistrat erledigt und wird in nächster Zeit den Stadtrat beschäftigen. Die Gebarung des ersten Kriegsjahres schließt, wie nicht anders zu erwarten war, mit einem Abgang, da den Einnahmen von 242,797,744 Kronen Ausgaben von 248,698,726 Kronen gegenüberstehen. Während die ordentliche Gebarung bei Einnahmen von 185,8 Millionen und Ausgaben von 174,5 Millionen mit 11,3 Millionen aktiv war, ergab sich in der außerordentlichen Gebarung bei Einnahmen von 57 Millionen und Ausgaben von 74,1 Millionen ein Abgang von 17,1 Millionen. Gegenüber dem Voranschlage erweist sich die ordentliche Gebarung um 4,7 Millionen günstiger, die außerordentliche um 4,3 ungünstiger. Gegenüber dem Jahre 1913 sind die ordentlichen Einnahmen um rund 4 Millionen, die ordentlichen Ausgaben um rund 5,4 Millionen gestiegen.

Der Abgang wurde in erster Linie durch die großen Bequartierungsauslagen verursacht, die rund 10,1 Millionen Kronen betragen und denen an Einnahmen nur die Militärdurchzugsgebühren von 4,8 Millionen und die Einquartierungsumlagen von 385.000 Kronen gegenüberstehen. Die übrigen besonderen Auslagen aus Anlaß der Kriegseignisse erscheinen unter den außerordentlichen Ausgaben verrechnet. Sie betreffen die Sicherung des städtischen Besitzes, Notstandsarbeiten, sanitäre Vorkehrungen, Subventionen und vor allem die Approvisionierung, und betragen 22,562,000 Kronen, davon 16,8 Millionen für den Ankauf von Lebensmitteln. Diesen Auslagen stehen Einnahmen von über 12 Millionen für den Verkauf von Lebensmitteln gegenüber und es zeigt der am Ende des Verwaltungsjahres noch vorhandene Lebensmittelvorrat einen Wert von rund 4,8 Millionen Kronen. Die Bezüge der städtischen Beamten und Diener betragen 26,233,000 Kronen (wovon 1,705,000 Kronen auf Eingekaufte entfallen), die Ruhebezüge 4,517,000 Kronen. Von den übrigen Ausgaben entfielen auf den Schuldendienst 39,125,000 Kronen, wozu die Unternehmungen 17,348,000 Kronen beitrugen. Für das unbewegliche Vermögen wurden 2,774,000 Kronen ausgegeben, die Sicherheitspolizei erforderte 1,189,000 Kronen, das Feuerlöschwesen 2,382,000 Kronen, das Straßenwesen 18,339,000 Kronen (um 5,5 Millionen weniger als veranschlagt), die Gartenanlagen 1,478,000 Kronen, die Hochquellenleitungen 1,867,000 Kronen, die Kanäle 2,550,000 Kronen (um 1,3 Millionen weniger als veranschlagt). Die Ausgaben für das Marktwesen betragen 4,872,000 Kronen, davon 3,685,000 Kronen für Märkte (einschließlich 1,879,000 Kronen für Futtermittelbeschaffung); das Sanitätswesen beanspruchte 6,442,000

Kronen, wovon 1,834,000 Kronen auf die Friedhöfe, 1,103,000 Kronen für Bäder und 1,044,000 Kronen an Zuschuß für das Jubiläumshospital entfallen. Die Armenpflege erforderte 22,899,000 Kronen, sonstige humanitäre Zwecke 1,088,000 Kronen. Für Volkss- und Bürgerichulen wurden 33,174,000 Kronen verausgabt, und zwar 28,779,000 Kronen für persönliche Bezüge (davon 28 Millionen Kronen an Eingekaufte) und 4,395,000 Kronen für sachliche Erfordernisse (um 2,8 Millionen weniger als veranschlagt, da 156 Schulgebäude für Militärzwecke verwendet wurden). Die Beiträge für Gewerbeschulen betragen 703,000 Kronen, die Kosten der Kindergärten 494,000 Kronen.

Die Steuern, die mit 93,1 Millionen veranschlagt waren, ergaben 89,070,000 Kronen (gegenüber 90,164,000 Kronen im Jahre 1913), indem die Mietzinsumlagen um 1,4 Millionen und der Zuschlag zur Erwerbsteuer der Unternehmungen um fast 2 Millionen mehr brachten, als veranschlagt war, dagegen der Zuschlag zur Verzehrssteuer um 1,8 Millionen, der Anteil an der staatlichen Branntweinsteuer um 2,3 Millionen und der Anteil an der Landesbieraufgabe um 368,000 Kronen hinter dem Voranschlage zurückblieb und der mit 1,8 Millionen veranschlagte Anteil an der staatlichen Verzehrssteuer ganz entfiel. Von den Abföhren der Unternehmungen entfielen auf die Gaswerke 5,551,000 Kronen, auf die Elektrizitätswerke 10,563,000 Kronen und auf die Straßenbahnen 2,300,000 Kronen. Von den sonstigen Einnahmen entfielen auf den Ertrag des unbeweglichen Vermögens 9,418,000 Kronen, auf die Einnahmen aus dem Armenfonds 6,212,000 Kronen (1,130,000 Kronen weniger als im Jahre 1913); die Wassergebühren betragen 15,701,000 Kronen, die Straßengebühren 2,830,000 Kronen, die Kanalgebühren 1,477,000 Kronen, die Markt- und Schlachthausgebühren 5,480,000 Kronen (davon 2,087,000 Kronen für Futtermittel), die Sanitätsgebühren 1,825,000 Kronen, die Bädergebühren 1,104,000 und die Zinsen der Wertpapiere, Kassen- und Anlehensbestände 2,944,000 Kronen.

Die außerordentliche Gebarung weist eigene Einnahmen von 34,5 Millionen Kronen aus, davon 12,132,000 Kronen für verkaufte Lebensmittel, 21,171,000 Kronen aufgenommene Passivkapitalien (für gezeichnete Kriegsanleihe) und 1,074,000 Kronen für veräußerte Liegenschaften. Unter den außerordentlichen Ausgaben, von welchen 51,701,000 Kronen auf die eigenen Gelder und 22,448,000 Kronen auf Anlehensgelder und Abschreibungsreserven der Unternehmungen kommen, entfielen außer den oben erwähnten 22,562,000 Kronen Ausgaben aus Anlaß der Kriegseignisse 21,300,000 Kronen für die Zeichnung von Kriegsanleihen, 3,333,000 Kronen für Grundkäufe, 1,590,000 Kronen für Schulbauten 2,2 Millionen weniger als veranschlagt), 889,000 Kronen für Straßenpflasterungen und Herstellungen, 521,000 Kronen für Straßeneinlösungen, 483,000 Kronen für Amtsbauten, 598,000 Kronen für Brückenbauten, 25,000 Kronen für Kanalbauten, 366,000 Kronen für Friedhöfe, 261,000 Kronen für Bäder (um 800,000 Kronen weniger als veranschlagt), 260,000 Kronen für Armenhäuser um 2 Millionen weniger als veranschlagt), 187,000 Kronen für Wienflüßeindeckungen, 2,411,000 Kronen für die Hochquellenleitungen, 1,024,000 Kronen für Märkte, 323,000 Kronen für das Jubiläumshospital und 15,126,000 Kronen für die Ausgestaltung der städtischen Unternehmungen (um 16,6 Millionen weniger als veranschlagt).

## Neue Aufgaben der Stadtverwaltung.

Die hauptstädtliche Kommunalverwaltung findet nicht mehr ihr Genügen an der Administration, sie sucht in Erkenntnis der neuen Zeit nach neuen Aufgaben, nach einer Betätigung, die berufen ist, unmittelbar oder mittelbar die Wohlfahrt der Gesamtheit unserer Bevölkerung zu erhöhen und dauernde Zufriedenheit in die breiten Massen zu tragen.

Zu diesem Zwecke soll eine Volkswohlfahrtszentrale geschaffen werden, die alle Faktoren, die sozialpolitisch und humanitär wirken, vereint und zu gemeinsamer Tätigkeit heranzieht. Die auf die Verwirklichung dieser Intention abzielende umfangreiche Vorlage hat Bürgermeister Dr. Stefan Bárczy zum Verfasser und die Vorlage ist auch schon dem Magistratskollegium zur Durchberatung unterbreitet. Ungefähr in einer Woche soll die kommissionelle und im letzten Drittel des laufenden Monats die Verhandlung in der Generalversammlung des Municipalausschusses folgen. Man sieht, daß gewiß nicht die Absicht besteht, die Sache auf die lange Bank zu schieben, sondern sie so rasch als möglich unter Dach zu bringen.

Nachstehend geben wir in gebrängter Kürze das Verzeichnis jener Gebiete, auf denen die Volkswohlfahrtszentrale sich programmgemäß zu betätigen haben wird:

1. Auf die leidige und verwickelte Frage der Zuständigkeit. Wer in dieser Hinsicht „in geordneten Verhältnissen“ lebt, weiß gar nicht, wie viele Personen Leid und Schaden haben, weil ihre Zuständigkeit nicht geordnet ist. Zu dieser Kategorie gehören aber nicht bloß unintelligente, oder ganz arme Individuen, sondern auch Persönlichkeiten von hoher Bildung, in guten Positionen und in guter materieller Lage;
2. auf die Kontrolle der Tätigkeit der Vereine, auf die Spendensammlungen und auf die Veranstaltung wohlthätiger Konzerte;
3. auf Informationen und auf die Erteilung von juristischen Ratsschlägen;
4. auf die Hilfeleistung in einzelnen Zweigen;
5. auf den Mutter-, Säuglings- und Kinderschutz;
6. auf Arbeits- und Invaliditätsangelegenheiten;
7. auf Volksapprovisionnement und Unterstützung der Mittelklasse;
8. auf die Volks sanität;
9. auf die Volksbildung;
10. auf das Dienstbotenwesen;
11. auf die Entwicklung der Institution der öffentlichen Vormünder und
12. auf die Armenpflege im engeren Sinne.

In diesen weitgezogenen Rahmen würde im weiteren Verlaufe alles einbezogen werden, was die praktische Erfahrung ergibt. Diese zahlreichen und zum Teile schwierigen Aufgaben sollen ihre Lösung durch Heranziehung bewährter städtischer, staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte finden. Als Präsident der Volkswohlfahrtszentrale wird der jeweilige Bürger-

meister fungieren, die Fachsektionen werden nach Möglichkeit von den Vizebürgermeistern und von jenen Magistratsräten geleitet werden, die in der Stadtverwaltung an der Spitze einer gleichen oder verwandten Sektion stehen und entsprechende Erfahrungen besitzen. Ebenso wird es sich mit dem Tätigkeitsgebiet der delegierten Stadtrepräsentanten, der mitwirkenden Staatsbeamten und jenen Persönlichkeiten aus der Gesellschaft verhalten, die sich für Volkswohlfahrt interessieren, auf diesem Gebiete sich bereits betätigt haben und ihre Mitwirkung gern zur Verfügung stellen.

Was die Verwaltungskosten betrifft, wird die Stadtkasse durch die neue Institution nicht stark belastet, und was die Kosten der Aktionen anlangt, werden zunächst die bisherigen Quellen herangezogen und nach Einnahme neuer eröffnet werden. Das wird umso leichter geschehen, da ja sämtliche Vereine, die sich mit Wohlfahrtsangelegenheiten befassen, in die Aktionen miteinbezogen werden sollen.

Die Hauptstadt hat heute ein Jahrbuch über die Wohltätigkeit unserer Hauptstadt im Jahre 1915 herausgegeben. Das Buch, das 332 Großoktafseiten umfaßt, bietet dem oberflächlichen Betrachter anscheinend bloß eine trodene Statistik von Zahlen und Namen, aber dem Menschenfreund wird sich beim Durchlesen des zusammengetragenen Materials die Brust weiten vor Genugtuung darüber, wie vielfältig unsere Bevölkerung und ihre Vertretung ihre Opferwilligkeit betätigt haben. Wir müssen uns hier darauf beschränken, nur einige Daten wiederzugeben, sie werden aber genügen, um ein Bild dieser Tätigkeit zu bieten. Hundertdreißig Vereine haben zu Wohltätigkeitszwecken 6,311.652 Kronen und zu Wohlfahrts-Betriebszwecken 2,162.812 Kronen verwendet. Die Hilfeleistungen der verschiedenen Sektionen erstreckten sich auf Geldgaben, Bekleidungen, Mutter- und Kinderschutz, Austeilung von Lebensmitteln in Naturalien und fertigen Speisen in besonderen hiezu bestimmten Lokalitäten und „über die Gasse“, auf die Verabreichung von Medikamenten für arme Kranke. Imponierend ist die Summe, die der Staat als gesellschaftliche Hilfe für die Familien der Eingekerkerten zur Auszahlung zur Verfügung stellte. Bis Ende 1915 summierten sich diese Hilfen zu dem Betrage von 46,649.744 Kronen. Mit den kleineren Beträgen, die in diese Kategorie fallen, erhöhte sich dieser Betrag auf mehr als 48.1 Millionen Kronen.

• Was denkt Herr Weiskirchner darüber? In Elbing ist der Sozialdemokrat Peter zum Stadtrat gewählt worden. Zu der Wahl schreibt das dortige konservative Organ, die „Elbinger Zeitung“:

Das Gruseln vor den Sozialdemokraten kennen wir heute nicht mehr. Der erste sozialdemokratische Stadtverordnete entfachte bei einem Teil der Bürgerschaft ein gewisses Unbehagen, das mehr und mehr schwand, als die Zahl der Arbeiter-Stadtverordneten größer wurde und man von ihrer Tätigkeit Kenntnis nahm. Heute zählt die Elbinger Stadtverordnetenversammlung fünfzehn sozialdemokratische Stadtverordnete, von denen vier im Felde stehen. Die industrielle Arbeiterschaft in Elbing ist so bedeutend, daß man es ihr nicht verargen kann, wenn sie Einfluß auf die städtische Verwaltung erstrebt. Und die Stadtverwaltung selbst erleidet davon keinen Schaden. Kann es doch nicht ausbleiben, daß vermehrtes Vertrauen in jene Kreise getragen wird, die bisher im Magistrat nicht vertreten waren.

Hat auch Herr Dr. Weiskirchner etwas zugelehrt und wird er willens sein, das Wiener Gemeindevahlrecht zeitgemäß zu reformieren?

16. Juli 1916

77

# Sonder-Abdruck

## Wien während des Krieges.

(Zweiundzwanzigste Folge.)

Im Mai jährte sich der Bündnisbruch der Italiener. Feiern wollten sie den Gedächtnistag, doch unser Vorstoß aus Tirol hat ihre Feststimmung vergällt. Aus den Grenzgebieten, die wir ihnen aus strategischen Gründen geräumt hatten, sind sie unter schwersten Verlusten hinausgeworfen, ihre Grenzbefestigungen sind in unseren Händen, ihre Eisenbahnlinien in der venetischen Ebene bedroht. Vergeblich haben sie ihre neuen Verbündeten um Hilfe angerufen. Frankreich vermag sich des würgenden Angriffes der Deutschen vor Verdun kaum zu erwehren und die englische Flotte hat in der Nordsee einen schweren Schlag erlitten. Alle Hoffnungen der Entente sind wieder auf Rußland gerichtet.

Die Aussicht auf einen Erfolg des Hungerkrieges schwindet mit dem Heranrücken der neuen Ernte und immer größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß die Mittelmächte den Frieden, zu dem sie sich unter entsprechenden Bedingungen wiederholt bereit gezeigt haben, ersiegen werden. Den glänzenden Erfolgen der deutschen Kriegsanleihen ist auch Österreich-Ungarn nach seinen Kräften nahegekommen. Unsere vierte Kriegsanleihe hat ein Ergebnis

### sechs Milliarden Kronen

ergeben und die Ausweise unserer Finanzinstitute zeigen, daß unsere Leistungsfähigkeit noch lange nicht erschöpft ist.

\* Die hauptstädtliche Finanzkommission hielt heute unter Vorsitz des Bürgermeister-Stellvertreters Dr. Theodor Bödy eine Sitzung, in welcher Vorsitzender dem Wunsche der Kommission gemäß über die vor den Sommerferien noch zu erledigenden Agenden Aufschluß erteilt. Außer der am 21. d. stattfindenden Generalversammlung werden noch am 5. und 12. Juli Generalversammlungen abgehalten. In der am 5. Juli abzuhaltenden Generalversammlung werden das öffentliche Arbeitsprogramm, die Vergütungssteuer, das Organisationsstatut und das Pensionsstatut der Gaswerke, Organisationsvorschläge, das Statut über die Gasabgabe und die Vorlage über die Volkswohlfahrtszentrale, in der am 12. Juli abzuhaltenden Generalversammlung die Schlussrechnung für das Jahr 1915 verhandelt werden. Vor der Tagesordnung urgirt Heinrich Biró die Kommunalsparkasse, deren Statut von der Regierung noch immer nicht genehmigt ist. Wien, welches diese Institution viel später beschlossen hat, vermochte im Geschäftsjahre 1915 1.332,140 Kronen reinen Nutzen auszuweisen. In weiterer Folge führt er Klage über den Mangel an Einspannern, und bemerkt, daß der Zustand auf diesem Gebiete unhaltbar geworden sei. Zur Tagesordnung übergehend, unterbreitet Magistratsnotär Dr. Géza Kemény eine Vorlage, derzufolge die Hauptstadt das „Augusta-Schiff“ zehn Jahre hindurch mit 45,000 Kronen subventionire. Auf Vorschlag Heinrich Biró's wird die Vorlage behufs weiteren Studiums von der Tagesordnung abgesetzt. — Nach Erledigung mehrerer Pachtverlängerungen und Expropriationsvorlagen gelangte die Schlussrechnung der hauptstädtischen Fuhrwerksanlage, die wir bereits publizirt haben, zur Verhandlung. Die Vorlage wurde ohne Debatte angenommen und dem leitenden Direktor der Anlage Dr. Hugo Gattein für das unter so schwierigen Verhältnissen erreichte Resultat Dank und Anerkennung ausgesprochen. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung wurden ohne Debatte unverändert angenommen.

## Die Stadt Berlin und der Staat.

Von

Stadtkarchivar Dr. E. Raeber.

Unter der Ueberschrift „Die Stadt Berlin und der Staat“ veröffentlicht Dr. Ernst Raeber, der als Archivar der Stadt Berlin ein genauer Sachkennner ist, in dem demnächst erscheinenden Juniheft der „Zeitschrift für Politik“ eine historisch-politische Betrachtung, die er mit folgenden Sätzen einleitet:

Wie der Staat die schwierigsten Aufgaben der wirtschaftlichen Kriegsführung vertrauensvoll den Kommunen überträgt, so nehmen diese die neuen Pflichten mit entschlossener Kraft auf sich. An ihrer Spitze schreitet Preußens Hauptstadt den großen Zielen auf kaum gebahnten Wegen zu, mit reichlichen Lobsprüchen bedacht von den höchsten Organen des Staates und unter freudigem Bekenntnis des Vertrauens zu Staat und Regierung aus dem Munde des Oberhauptes der Stadt und der Führer der Parteien. Ueber den Augenblick hinaus eröffnet sich eine weite Zukunft voll fruchtbarer gemeinsamer Arbeit.

Vor dem Kriege klang es anders von beiden Seiten. Da wetteiferte das Uebelwollen der Regierung und der stärksten Parteien des Abgeordnetenhauses gegenüber der Hauptstadt des Staates mit dem Mißtrauen das die leitenden Männer Berlins gegen die Lenker des Staatswillens beseelte. Staat und Stadt erschienen nur noch als Gegner. Wir durchlebten eine Epoche der Entwicklung Berlins, in der es so aussah, als könne sich eben diese Entwicklung nur im Kampfe gegen den Staat vollziehen, der von den großen Gedanken der Selbstverwaltung sich enttäuscht und mißmutig abgewandt zu haben schien. Der Krieg hat uns gelehrt, daß solchen Gedanken das Wesen von Staat und Stadt verschlossen bleibt, daß dieses nicht auf Feindschaft, nicht auf unwilliges Gegeneinander, sondern auf lebendiges Miteinander gegründet ist. Er hat aus dem Wirrsal des Interessenstreites in die Höhe der Erkenntnis geführt, hat den Blick geschärft für Gegenwart und Vergangenheit.

Nachdem der Verfasser gezeigt hat, wie der Staat im 17. und 18. Jahrhundert überall das städtische Leben in seine ordnende, flügende, aber auch einengende Dohut genommen hat, untersucht er die Einwirkung der Städteordnung vom 19. November 1808 auf das Berliner Gemeinwesen. Er schließt seine bemerkenswerten Betrachtungen mit folgenden Worten:

Bei allen bedeutsamen Wandlungen, die das Verhältnis zwischen Berlin und dem Staate seit dem Mittelalter erfahren hat, bleiben zwei Tatsachen unverändert bestehen. Die Beziehungen zwischen Stadt und Staat sind, mindestens seit dem Beginn der Neuzeit, enger und vielgestaltiger, als die zwischen der Monarchie der Hohenzollern und irgendeiner anderen preußischen Stadt, und ihre Folgen sind für beide Teile am günstigsten, wenn zwischen beiden Mächten Harmonie besteht. Diese Harmonie kann heute nicht mehr die Formen des 18. Jahrhunderts annehmen, sondern nur auf der Freiheit der Selbstverwaltung und ihrer Durchdringung mit lebendiger Staatsgesinnung aufgebaut sein. Auf dieser Grundlage allein ist ein Erfolg der Wünsche, die sich in dem Worte Groß-Berlin verkörpern, möglich und durchführbar.

**Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien.**

In der letzten Sitzung der Obmännerkonferenz der Gemeinderatsparteien, die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner am 16. d. stattfand, gelangte ein Bericht des Stadtphysikats zur Kenntnis, der hinsichtlich der gegenwärtigen Gesundheitsverhältnisse Wiens ein außerordentlich erfreuliches Bild bietet. Die Sterbeziffer auf tausend Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes fiel in der 22. Jahreswoche von 16.5 auf 14.1 (gegen 13.2 in der entsprechenden Woche des Vorjahres) und erreichte somit jenes Niveau, das auch in den Friedenszeiten der Jahreszeit entspricht. Erkrankungen an einer Kriegsepidemie kamen während der Berichtswoche in Wien überhaupt nicht vor, weder beim Zivil noch beim Militär. Auch der Scharlach und die Diphtherie wiesen einen geringen Stand auf. Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtete über das städtische Kartoffelgeschäft seit dem Herbst vorigen Jahres. Der Gemeinde Wien standen teils aus eigenen Fehungen, teils aus Lieferungen im ganzen rund 6255 Bahnwagen Kartoffeln zur Verfügung, von denen bis zum 10. d. rund 5642 Bahnwagen dem Konsum zugeführt wurden. Eine Gegenüberstellung der Anlieferungen und der gesamten Abgaben weist unter Berücksichtigung der vorhandenen Lagerbestände einen Schwund von nicht ganz 9 Prozent auf, ein gewiß sehr günstiges Ergebnis, wenn die nicht immer einwandfreie Beschaffenheit der Ware und die Schwierigkeiten des Transports und der Einlagerung berücksichtigt werden. Dem Berichterstatter wird für seine bei der Durchführung des Kartoffelgeschäftes beobachtete Umsicht und Sorgfalt der Dank und die Anerkennung ausgesprochen. Die Obmännerkonferenz billigte die vom Bürgermeister in die Wege geleitete Versorgung des Wiener Marktes mit Frühkartoffeln aus Südnngarn, die unter Mitwirkung des legitimen Handels bewerkstelligt werden soll, einhellig, und nahm die getroffenen Maßnahmen hinsichtlich der Zufuhr von Gemüse und Obst aus dem Küstenland mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis. Die vom Bürgermeister wegen Sicherung der Einfuhr von argentinischem Fleisch nach Friedensschluß bisher unternommenen Schritte, die den gewünschten Erfolg allerdings nicht aufweisen, wurden gutgeheißen und das bezügliche Verhandlungsmaterial dem Sitzungsprotokoll einverleibt.

24./VI. 1916

(Die Stadt in Rauch.) Bei den verschiedenen hauptstädtischen Behörden laufen häufig Klagen über die Rauchplage ein, die von den verschiedenen im Innern der Stadt befindlichen Fabriken und Betrieben verursacht wird. Die hauptstädtischen Behörden haben seinerzeit im Sinne des Rauchstatuts die Verwendung der rauchverzehrenden Systeme bei allen Heizanlagen der städtischen Betriebe angeordnet, doch führte der Ausbruch des Krieges zu einer Verschiebung der Durchführung dieser Maßregel bis nach dem Kriege. Der hauptstädtische Baurat ließ sich bei dieser Verschiebung von Rücksichten auf die durch den Krieg bedingte schwierige wirtschaftliche Lage und von dem Umstande leiten, daß die Fabriken für rauchverzehrende Einrichtungen während des Krieges nicht so viele Apparate zu liefern vermögen, wie in Budapest benötigt werden. Nach dem Kriege wird jedoch der Magistrat Sorge tragen, daß die Apparate überall dort, wo es motiviert erscheint, angebracht werden.

\* Die Schlussrechnungen der Hauptstadt. Der hauptstädtische Oberbuchhalter Arpád Sziméj hat — wie wir berichtet haben — die Schlussrechnungen der Hauptstadt für das Jahr 1915 festgestellt und heute dem Magistrat unterbreitet. Aus den Endsummen geht hervor, daß das Jahr 1915 mit einem Defizit von 8.424,405 K. abschließt. Soweit bei einem Defizit überhaupt von einem günstigen Zustand gesprochen werden kann, ist dies hier der Fall, weil das Defizit thatsächlich ein wesentlich geringeres ist, als es in der Bilanz für das Berichtsjahr präliminirt war. In der Bilanz für das Jahr 1915 figurirt das Defizit nämlich mit 9.807,230 K., so daß der Zustand um nahezu  $1\frac{1}{2}$  Millionen Kronen günstiger ist, als er vorausgesetzt wurde. Dem der Schlussrechnung beigegebenen Bericht des Oberbuchhalters entnehmen wir folgende wichtigeren Daten:

Geringer als das Präliminare waren die Einnahmen: Konsumsteuerzuschlag um 288,395 K., städtische Mauth 483,779 K., Umschreibung von Immobilien 181,561 K., Blockbad 380,000 K., Elektrizitätswerke 198,004 K., Rehrichtwerthung 243,606 K., baupolizeiliche Gebühren 241,006 K., Markthallen 153,687 Kronen, Kanalgebühren 336,689 K. usw. Der Ausfall betrug insgesamt 4.439,133 K.

Mehreinnahmen erzielten: Kommunal-Steuerzuschlag 1.123,515 K., Hauszinskreuzer 119,867 K., Benützung öffentlicher Gebiete 246,804 K., Heizmaterialiendepot 524,453 K., Instrumentenbetrieb 4.243,443 Kronen, Schlachthäuser 353,686 K., Pflasterungsgebühren 309,056 K., Verpflegungsgebühren des Kriegsspitals in der Répéggasse 1.503,509 K. usw.; die Gesamteinnahmen betragen 10.313,801 K.

Ersparnisse wurden bei folgenden Ausgaben erzielt: Bezüge des Verwaltungspersonals 747,114 K., Instandhaltung der Gebäude 169,079 K., öffentliche Parks 201,900 K., Instandhaltung der Straßen, Gassen und Plätze 519,171 K., neue Pflasterungen 306,941 K., Instandhaltung, Kanalbau 268,591 K., Instandhaltung der Kanäle 124,229 K., Reinigen und Besprengen der Straßen 248,570 K., Straßenbeleuchtung 444,729 K., Dotirung des Arzeneifonds 119,684 K., Unterrichtsanstalten 1.592,227 K. usw.; Gesamtsumme der Ersparnisse 6.919,679 K. Laut Bilanz betragen die Aktiva des hauptstädtischen Fonds 729.634,555 K., die Passiva 457.450,332 K., das Reinvermögen 272.184,223 Kronen, wofür letzteres das Reinvermögen im Jahre 1914 um 3.738,336 K. überstieg.

Der Bericht des Oberbuchhalters konstatirt ferner, daß das Geschäftsjahr 1915 der kommunalen Betriebe ein verhältnismäßig günstiges finanzielles Resultat ergeben hat. Eine Ausnahme bilden bloß zwei Institutionen: der Thiergarten und das Széchenyi-Bad; der Thiergarten

hatte eine Defizit von 159.402 K., das Széchenyi-Bad ein Defizit von 139,512 K. Die übrigen Betriebe weisen alle einen größeren oder geringeren Nutzen aus.

Die Schlussrechnungen gelangen nach Kommissioneller Verhandlung am 12. Juli vor die Generalversammlung.

**Der Jahresabchluß der Stadthauptkasse**

Der Jahresabchluß der Berliner Stadthauptkasse liegt jetzt vor. Der Abchluß ergibt für 1914-15 einen Fehlbetrag (Gesamtaufschuß) von 5 126 780 Mark.

Gegen den Etat ergaben weniger: die Kämmerei 1 545 990 M., die Gaswerke 5 611 062 M., die Wasserwerke 284 365 M., die Straßenbahnen 273 910 M., die Gemeindeeinkommensteuer 1 370 878 M., die Gemeindegrundsteuer 499 682 M., die Gewerbesteuer 120 470 M., die Betriebs-, Bier- und Wandlerlagersteuer 415 629 M., die Hundesteuer 116 940 M., die Umsatzsteuer 1 130 935 M., die Wertzuwachssteuer 1 145 100 M., und die Luftbarkeitssteuer 52 986 M., zusammen ein Fehlbetrag von 13 044 350 Mark. Mehr Ertrag lieferten: die Vieh- und Schlachthofverwaltung mit 1 015 462 M., die Fleischbeschau für das von außerhalb eingeführte Fleisch mit 17 793 M., die Fleischvernichtungsanstalt Rüdnicz mit 77 414 M., die Markthallenverwaltung mit 19 914 M., und andere verschiedene Einnahmen aus Kapitel XIII mit 639 367 M., zusammen 1 769 952 Mark. Es blieb somit ein Minderertrag von 11 274 398 Mark.

Acht Verwaltungen hatten einen geringeren Bedarf von insgesamt 7 114 331 M., und sechs Verwaltungen einen Mehrbedarf von 1 046 713 M. Durch diesen Minderbedarf von 6 147 618 M. verringerten sich die Fehlbeträge auf die schon angegebene Summe von 5 126 780 Mark. Trotz dieses Fehlbetrages kann man von keinem ungünstigen Ergebnis sprechen, man muß berücksichtigen, daß es sich um ein Kriegsjahr handelt und große Summen aufgewendet wurden für Bauten, nämlich für die Erweiterung der städtischen Werke 49 Millionen Mark und für Kämmererzwecke 26¼ Millionen Mark, zusammen demnach 75¼ Millionen Mark, wovon freilich der größte Teil durch Anleihemittel gedeckt wurde.

\* Eine neue hauptstädtische Anleihe. Wir haben in unserer heutigen Nummer berichtet, daß der Bürgermeister gestern mit mehreren Bankdirektoren über die Kontrahierung einer neuen Annuitätsanleihe verhandelt hat. Bürgermeister Stephan Bárczy war so freundlich, einen unserer Redakteure heute zu empfangen und ihn über den Stand der Angelegenheit zu informiren. Der Bürgermeister erklärte, daß Verhandlungen wohl im Zuge seien, daß derzeit aber weder der Typus, noch die Verzinsung der Anleihe festgestellt ist. Er hoffe jedoch, daß die Angelegenheit bis Montag vollständig geklärt sein und die Finanzkommission sich noch am selben Tage mit der Anlehensvorlage, die am 12. d. der Generalversammlung unterbreitet werden soll, befassen wird können. — Uebrigens wurde in Verbindung mit der Anleihe heute folgendes Communiqué veröffentlicht: „In Bezug auf die in einigen Blättern erschienenen Mittheilungen betreffend das neue Anleihen der Hauptstadt wird von kompetenter Seite mitgetheilt, daß sich der Magistrat mit dem Plane einer Anlehensmission beschäftigt und daß die Angelegenheit auf die Tagesordnung der letzten Generalversammlung gesetzt wurde, damit die Transaktion, wenn möglich, noch vor den Sommerferien durchgeführt werden könne. Hinsichtlich der Details werden jetzt zwischen den Budapester Finanzinstituten und der Hauptstadt Berathungen gepflogen; das definitive Offert wird aber voraussichtlich erst am 10. d. vor die Finanzkommission gelangen, falls bis dahin kein Hinderniß auftaucht. Bisher ist weder die Höhe des Anlehens, noch überhaupt die Einzelheiten der Transaktion genau festgestellt worden, so daß die bisher erschienenen Mittheilungen, soferne sie konkrete Daten enthalten, bloß auf Kombinationen beruhen können.“

**Die Erhöhung der Gemeindeumlagen.****Die kaiserliche Genehmigung.**

Die Beschlüsse des Wiener Gemeinderates, beziehungsweise des niederösterreichischen Landesauschusses betreffend die Erhöhung der Gemeindeumlagen in Wien sowie Einführung einer neuen Abgabeordnung haben unterm 30. Juni 1916 die kaiserliche Genehmigung erhalten. Nach der heute vorliegenden amtlichen Veröffentlichung im niederösterreichischen Landesverordnungsblatt erlangen nunmehr folgende Abgabenerhöhungen für Wien Geltung:

1. die Erhöhung der Gemeindefürsorge zu den direkten Steuern vom Steuerjahr 1916 an,

und zwar: zur Grundsteuer um 2 Prozent auf 27 Prozent, zur Besoldungssteuer von höheren Dienstbezügen um 3 Prozent auf 28 Prozent, zur Rentensteuer um 3 Prozent auf 28 Prozent, zur allgemeinen Erwerbsteuer zweiter Klasse um 3 Prozent auf 30 Prozent, zur allgemeinen Erwerbsteuer erster Klasse um 4 Prozent auf 31 Prozent, zur Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen um 5 Prozent auf 32 Prozent;

2. die Erhöhung der kommunalen Abgabe von gebrannten geistigen Flüssigkeiten unter gleichzeitiger Erhöhung des Milchvergütungssatzes für die Ausfuhr aus dem Verzehrungssteuergebiet von 36 Heller auf 50 Heller (für alkoholische Essenzen stellt sich die Abgabe nunmehr auf 35 Kronen pro Hektoliter);

3. die Erhöhung der Gemeindeabgabe auf den Besitz von Hunden für das Steuerjahr 1917 auf 20 Kronen und

4. wird eine Gemeindeabgabe vom Wertzuwachs von Liegenschaften im Gebiete von Wien eingeführt. Die Einhebung der erhöhten Steuerzuschläge ist bis 30. Juni 1917 befristet. Die Erhöhung der Branntweinaufgabe tritt vom Tage der Kundmachung (8. Juli) in Wirksamkeit.

## Die Neuorganisierung der Armenkinderpflege.

In der Gemeinderatssitzung vom 29. März 1916 hatte Gemeinderat Steiner einen ausführlich begründeten Antrag über die Erweiterung der Kinderfürsorge eingebracht, welcher Antrag dem Magistrat zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen wurde. In der letzten Sitzung des Stadtrates berichtete nun Stadtrat Dr. Haas über diese Angelegenheit, und es wurde beschlossen, dem Gemeinderate nachstehenden Antrag zur Genehmigung vorzulegen:

1. Für Kinder, für welche wegen Armut der Unterhaltspflichtigen nicht hinreichend von diesen gesorgt werden kann, sorgt die Gemeinde nach Maßgabe der ihr gesetzlich obliegenden Verpflichtungen und unbeschadet des ihr zustehenden freien Verfügungsrechtes in erster Linie im Wege der Familienhilfe.

2. Die Familienhilfe besteht in der Gewährung von Pflegebeiträgen, welche unter Berücksichtigung aller auf die Unterstützungsbedürftigkeit bezugnehmenden Umstände nach dem tatsächlichen Bedürfnis abzustufen sind, im äußersten Falle aber in der Höhe des von der Gemeinde jeweils bei der Unterbringung von Kindern in fremden Familien entrichteten Pflegegeldes bewilligt werden können.

3. Die Hilfeleistung der Gemeinde durch die Uebernahme der Kinder in die vollständige Obforgen hat in der Regel erst einzutreten, wenn aus irgendwelchen Gründen innerhalb der Familie eine ordentliche Pflege und Erziehung nicht erreicht werden kann.

4. Die Pflegegelder werden in der Regel bis 30 K. bemessen, können aber in besonders berücksichtigungswerten Fällen, insbesondere für Säuglinge, bis 40 K. bewilligt werden.

5. Mit dieser Unterstützung ist zur Sicherung ihres Erfolges grundsätzlich eine dieser Forderung entsprechende und mit dem Gesetze in Einklang zu bringende Erziehungsaufsicht zu verbinden, welche unter Mitwirkung der städtischen Bezirkswohlfahrtsräte durch den Magistrat und seine Organe ausgeübt wird.

6. Zur Antragsstellung wegen Verleihung von Pflegebeiträgen und zur Uebernahme von Kindern in die vollständige Obforgen der Gemeinde werden nach Maßgabe der hierüber vom Stadtrate noch zu erlassenden besonderen Bestimmungen außer den hierzu bestimmten Organen des Magistrats auch die städtischen Bezirkswohlfahrtsräte berufen.

7. Die Bestimmungen Punkt 1 bis 4 haben sofort in Wirksamkeit zu treten. Den Wirksamkeitsbeginn der Bestimmungen Punkt 5 und 6 hat der Stadtrat zu beschließen, welcher über Antrag des Magistrats auch die zur Durchführung des vorstehenden Beschlusses notwendigen näheren Bestimmungen treffen wird.

**Aufnahme von Aushilfskräften für die Stadtbuchhaltung.** Der Stadtrat hat genehmigt, daß für jeden nach dem 1. Juli zur Militärdienstleistung einberufenen Stadtbuchhaltungsbeamten auf Kriegsdauer spätestens bis zu dessen Rückkehr in den städtischen Dienst ein Buchhaltungsdiurnist aufgenommen werden kann. Mangels geeigneter männlicher Bewerber um derartige Dienstposten können auch weibliche Hilfskräfte, die den im § 1 des Diurnisten-Normales geforderten Bedingungen entsprechen, Aufnahme finden. Gesuche sind persönlich in der Direktion der Stadtbuchhaltung (Neues Rathaus) zu überreichen.

**Das Wienflußbett als Kinderbadeplatz.**

Kunzhal fragt den Bürgermeister, ob er bereit ist, Auftrag zu geben, daß die Frage der Nutzbarmachung besonders geeigneter Teile des Wienflußbettes als Kinderbade- und Tummelplatz dem schleunigsten Studium unterzogen werde? Ist der Bürgermeister bereit, falls dieses Studium — woran nicht zu zweifeln ist — ein günstiges Resultat ergibt, Verfügung dahin zu treffen, daß die Anregung so rasch als möglich in Wirklichkeit umgesetzt werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, die Anfrage werde als Antrag behandelt und der schleunigen geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen werden. Der Antrag entspricht vollkommen den Intentionen, von denen ich in meinem heutigen Referat getragen werde.

## Städtische Nachrichten.

## Kölner Armenpflege und private Wohltätigkeit.

Seit Jahresfrist ist die Kölner Armenpflege und private Wohltätigkeit in einer gemeinsamen großen Organisation zusammengeschlossen, die „unter Wahrung der vollen Selbständigkeit der angeschlossenen Vereine und Einrichtungen die Zusammenfassung aller an der Ausübung von Armenpflege und Wohltätigkeit beteiligten Kräfte zu gemeinsamer Arbeit“ bezweckt. Die „Zentrale für die gesamte private Wohltätigkeit und öffentliche Armenpflege in Köln“ wurde am 25. Juni 1915 gegründet und hat jetzt ihren Mitgliedern den Jahresbericht über das erste Geschäftsjahr zugesandt. Danach traten in der Gründungsversammlung 123 Wohltätigkeitsvereine und Anstalten sowie 70 Einzelpersonen der Zentrale bei; die Mitgliederzahl ist jedoch inzwischen auf 432 gestiegen, davon 183 Wohltätigkeitsvereine und Anstalten, 238 Einzelpersonen und 11 Firmen. Eingeschlossen sind in diese Zahlen 17 „Stifter“, die einen Beitrag von je 1000. M. gezahlt haben. Der Vorstand der Zentrale besteht aus dem Oberbürgermeister und dessen Stellvertreter, Beigeordneten Dr. Löhe, sowie 20 Mitgliedern, von denen drei der städtischen Armendeputation angehören, während die übrigen entsprechend dem Konfessionsverhältnis der Kölner Bevölkerung aus den Vertretern der verschiedenen angeschlossenen Gruppen von Vereinen, Anstalten und Einzelmittgliedern gewählt worden sind. Durch Tod verlor die Zentrale den Stifter Geheimen Kommerzienrat Dr. Neven DuMont sowie die Einzelmittglieder Polizeipräsident a. D. Weegmann und Generaldirektor Exzellenz Gnauth. Die Zahl der Auskunfterteilungen über Hilfesuchende an Mitglieder der Zentrale stieg von 328 im August 1915 auf über 1000 im November und erreichte im Dezember ihre Höchstziffer mit 1424; nachher wieder etwas abnehmend, hat sie jedoch bis zum Schluß des Berichtsjahres allmonatlich noch fast immer die 1000 erreicht. Die von der Zentrale auf Ansuchen eines Mitgliedes zu erteilenden Auskünfte, die streng vertraulich sind, erstrecken sich auf die von dem jeweiligen Bittsteller empfangenen öffentlichen und privaten Unterstützungen sowie auf dessen Leumund, damit den früher leider nur allzu häufigen Fällen von Mißbrauch der Wohltätigkeit und ungerechtfertigter Ausbeutung privater Unterstützung der Boden entzogen und andern wirklich Bedürftigen das ohnehin kärgliche Brot der Armut nicht geschnälert wird. Auskünfte über die Einrichtungen der öffentlichen Armenpflege, über Stiftungen, Vereine und sonstige Wohltätigkeitseinrichtungen erteilte die Zentrale monatlich 235 bis 831. Die Ausarbeitung eines Auskunftsbuches über die in Köln bestehenden Wohltätigkeitsanstalten dürfte binnen kurzem als willkommenes Nachschlagewerk den Mitgliedern überreicht werden. Nach dem Kassensbericht betragen die Einnahmen der Zentrale im ersten Geschäftsjahre insgesamt 37 078. M.; davon 17 000. M. an Beiträgen von „Stiftern“, 100. M. einmalige Beiträge, 4798. M. Jahresbeiträge, 15 180. M. Zinsen. Die Ausgaben der Zentrale beliefen sich auf 9033. M., so daß ein Bestand von 28 045. M. verblieb. Von diesem Vermögen wurden 20 000. M. auf Kriegsanleihe gezeichnet mit 19 450. M., so daß noch ein Barvermögen von 8595. M. am Schluß des Geschäftsjahres zu verzeichnen war.

## Gegen die Kinoreklame.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Die stetig zunehmende und auf den öffentlichen Straßen mehr und mehr störend hervortretende Plakatreklame für Kino und Varietédarbietungen hat Anlaß zu einer behördlichen Regelung für den Landespolizeibezirk Berlin durch zwei einander ergänzende Verordnungen des Oberbefehlshabers in den Marken und des Polizeipräsidenten zu Berlin gegeben. Die Regelung erstreckt sich auf Reklameplakate für öffentliche Schauluststellungen jeder Art, und es lag ihr das Bestreben zugrunde, die Straßenreklame für die genannten Darbietungen unter Zugrundelegung desjenigen Reklameumfangs einzuschränken, der bisher für die Theater üblich gewesen ist. Zu diesem Behufe werden Reklameabbildungen, wie sie zum öffentlichen Vergnügen namentlich bei den Kinos dadurch aufgefunden sind, daß Abbildungen von Verbrechen, Gewalttätigkeiten und sonstigen schreckenerregenden Dingen sowie sittlich anstößige Bilder als Lockmittel benutzt wurden, allgemein

verboten. Reklameplakate für alle öffentlichen Schauluststellungen werden ferner grundsätzlich auf die öffentlichen Anschlagssäulen verwiesen. Außer an diesen sollen derartige, von der öffentlichen Straße aus sichtbare Plakate nur vor denjenigen Gebäuden selbst, in welchen die Vorstellungen stattfinden, nicht aber an anderen Baulichkeiten, insbesondere nicht an Schaufenstern anderer Häuser, gestattet sein. Außerdem wird der Flächeninhalt der einzelnen mit Bild oder auffälliger Schrift versehenen Plakate sowie der Gesamtflächeninhalt aller derartiger Hausreklameplakate, die bei den Theatern, wenn überhaupt, sehr spärlich angebracht waren, aber namentlich bei Kinos vielfach ins Ungemessene gingen, entsprechend beschränkt.

In Anlehnung daran setzen die Verordnungen einzelne, den Betrieb der Kinematographentheater betreffende Vorschriften fest, insbesondere das Verbot, den Betrieb außerhalb der Zeit von 3 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends zu führen, ferner die Verpflichtung, die Programme behördlich anzumelden, keine zensurpolizeilich verbotene Filme anzukündigen und keine Hausreklameplakate für solche Filmvorführungen anzubringen, deren Besuch Kindern untersagt ist. Das Inkrafttreten der Verordnungen ist auf den 15. August festgesetzt.

\* Wien für die Opfer von Wiener-Neustadt.  
Der Wiener Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung über Anregung des Vizebürgermeisters Raim beschloffen, für die vom Unwetter Betroffenen in Wiener-Neustadt eine Spende von 10.000 Kronen zu bewilligen.

**Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer.**

Zu der Bekanntmachung über die Auslegung der Bürgerrolle teilt das städtische Pressebüro folgendes mit:

Bekanntlich ist im vorigen Jahre eine Verordnung erlassen über die Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer. Nach dieser Verordnung kann für die Jahre 1915 und 1916 durch Gemeindebeschluss angeordnet werden, entweder, daß von einer Aufstellung einer allgemeinen und Einzelberichtigung sowie Auslegung der Liste der stimmsfähigen Bürger abgesehen, und bei Wahlen die letzte endgültige Liste zugrundegelegt wird, oder, daß bei der gesetzmäßigen Aufstellung (Berichtigung) der Liste hinsichtlich der Kriegsteilnehmer, die den sonstigen Voraussetzungen für den Erwerb und die Ausübung des Bürgerrechtes genügen, eine Minderung der veranlagten Steuerjahre oder der Einkommensbezüge, die etwa gegenüber den für die letzte endgültige Liste maßgeblichen Verhältnissen eingetreten ist, außer Betracht bleibt. In ihrer gemeinschaftlichen öffentlichen Sitzung am 22. Juli hatten dann die Städtischen Kollegien gemäß Antrag der Ortsstatutkommission beschlossen, daß für das Jahr 1915 das zuletzt gekennzeichnete Verfahren in Anwendung zu bringen sei, d. h. also, daß die Kriegsteilnehmer wegen einer etwa gegen das Vorjahr eingetretenen Minderung ihrer Einkommensbezüge in der Ausübung ihres kommunalen Wahlrechts nicht behindert werden sollen und in die Bürgerrolle aufzunehmen sind. In ihrer Sitzung vom 10. Februar 1916 haben die Städtischen Kollegien die Geltung dieses Beschlusses auch auf das Jahr 1916 ausgedehnt.

18. VII. 1916

I  
118

Sonder-Abdruck

## Wien während des Krieges.

(Dreißundzwanzigste Folge.)

Der Juni brachte den seit vielen Monaten vorbereiteten neuerlichen Ansturm der Russen gegen unsere Ostfront. Ihr Massenaufgebot vermochte unter ungeheueren Verlusten, die auf eine halbe Million Mann geschätzt werden, in Wolhynien, Ostgalizien und der Bukowina uns großen Schaden zuzufügen und unsere Stellungen weit zurückzudrängen. Zu einem Durchbruche ist es aber nirgends gekommen, und im Vereine mit unseren tapferen Verbündeten ist es sogar bereits gelungen, einen großen Teil des verlorenen Geländes wieder zu gewinnen.

Unser vielversprechender Vorstoß aus Südtirol konnte unter diesen Verhältnissen allerdings nicht fortgesetzt werden und die Zurücknahme unserer vordersten Truppen bereitete den Italienern das Vergnügen eines in nichts begründeten Siegesjubels. Er ist übrigens schon jetzt so ziemlich verstummt, ebenso wie die Ruhmredigkeiten der englisch-französischen Offensive, die in ihren Anfängen stecken zu bleiben scheint und den deutschen Druck auf Verdun um nichts vermindert hat.

Wir in Wien haben uns daher von der Aufgeregtheit der ersten Junitage wieder erholt und hoffen, daß sich die Feinde bald endgültig von der Erfolglosigkeit ihrer Anstrengungen überzeugt haben werden.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Wien haben sich in den letzten Wochen nicht viel geändert.

18. VII. 1916

121

Nach dem Berichte und Antrage des **St.-R. Schwer** wird beschlossen:

(P. B. 6681, M. A. IV, 1898.) Folgender Verfügung des Herrn Bürgermeisters wird nachträglich zugestimmt:

Die Gemeinde Wien erklärt sich bereit, über Ansuchen des provisorischen Magistrates der Stadt Czernowitz zwei Feuerwehrleute und 8 Kutscher, sowie 17 Pferde der dortigen Feuerwehr vorübergehend im Wiener Gemeindedienste zu verwenden und acht Lastwagen in Verwahrung zu nehmen.

Der provisorische Magistrat Czernowitz wird aufgefordert, eine Person namhaft zu machen, der er die aus dem Dienst- und Eigentumsverhältnisse der Gemeinde Czernowitz entspringenden Verwaltungsgeschäfte überträgt.

Die Gemeinde Wien wird die zwei Feuerwehrleute und sechs Kutscher sowie 13 Pferde bei der städtischen Feuerwehr beschäftigen, diesen Leuten Unterkunft und eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnzulage von 3 K täglich gewähren.

Vier Pferde und zwei Kutscher werden bei der städtischen Leichenbestattung beschäftigt und wird den Kutschern eine tägliche Zulage von 4 K gewährt wird.

Im übrigen haben die Bestimmungen des mit dem Stadtrats-Beschlusse vom 4. März 1915, P. 896, genehmigten Übereinkommens zu gelten.

\* 80 Millionen - Anlehen der Haupt- und Residenzstadt Budapest. Zur Fortsetzung der gemeinnützigen Investitionen kontrahiert die Hauptstadt eine Annuitätsanleihe im Betrage von 80.000.0000 Kronen zu einer Verzinsung mit 6 Prozent. Die Anleihe wird innerhalb 60 Jahren im Wege zweier Verlosungen im Jänner und Juni amortisiert, wobei sich die Hauptstadt jedoch das Recht vorbehält, die Anleihe zum Teil oder im Ganzen vom 1. Juli 1921 angefangen nach sechsmonatlicher Kündigung zurückzuzahlen. Die Anleihe gelangt am 27., 28. und 29. Juli in Titres von 200, 1000, 5000 und 10.000 Kronen zu dem Kurse von 95½ zur Emission. Dieser Kurs sichert mit Hinzurechnung der Auslosungschancen eine jährliche Kapitalverzinsung von 6.32 Prozent. Bei Zeichnung der Anleihe sind 10 Prozent des gezeichneten Betrags als Sicherstellung zu erlegen. Die erste Hälfte des gezeichneten Betrages ist am 5. August, die zweite vom 5. angefangen bis spätestens 25. August zu erlegen. Die Geldinstitute gewähren auf die Obligationen nebst günstigen Bedingungen Vorrechte. Die erste Auslosung erfolgt bereits am 1. Oktober l. J. während die ausgelosten Obligationen am 1. Jänner 1917 bereits zur Einlösung gelangen. Angesichts der nahezu vollständigen Störung der Emission stabil verzinslicher Amortisationswerte verdient der Entschluß der Hauptstadt, eine im Wege der Verlosung zum Nominalwerte rückzahlbare 6prozentige Anleihe aufzunehmen, die ganz besondere Beachtung all Jener, die eine sichere und dabei vorteilhafte Placierung für ihre entbehrlichen Kapitalien suchen. Bekanntlich liegt zur Zeit der Legislative jener Gesetzentwurf vor, der der demnächstigen Annahme harret und der die Steuer-, Stempel- und Gebührenfreiheit für die hauptstädtischen Anlehen dauernd sicherstellt, sowie deren Titres für Pantonserlegung für geeignet erklärt und somit allen Behörden, Instituten und Anstalten die Möglichkeit geboten wird, ihre überflüssigen Kapitalien fruchtbringend anzulegen. Mit Rücksicht auf die außerordentlich günstige Gestaltung des Geldmarktes und die außerordentlich günstigen Bedingungen dieser Anleihe dürfte die neue Achtzigmillionen - Anleihe voraussichtlich mit schönem Erfolg abschließen.

21. Jult. 1916

123

(P. B. 5933, M. A. XXII, 2059/15) **St.-R. Schwer** referiert über die Einführung eiserner Salvator-Medaillen und beantragt:

1. Als Auszeichnung für verdienstvolles Wirken in der Kriegsfürsorge der Gemeinde Wien während des Weltkrieges werden eiserne Salvator-Medaillen verliehen. Für die Herstellung dieser Medaillen wird ein Kostenbetrag von 10.000 K genehmigt. Diese Auslage wird auf die Sub-Rubrik der außerordentlichen Ausgabe-Rubrik LII 29 „Auslagen aus Anlaß der Kriegereignisse“ verwiesen.

2. Auf der Aversseite der Medaille wird an Stelle des Bildes des Erlösers das Torportale der Salvator-Kapelle und auf der Reversseite das vom Medailleur **Lautenhayn** entworfene Stadtbild angebracht.

3. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die näheren Verfügungen über die Herstellung und Ausgestaltung der eisernen Salvator-Medaille zu treffen.

St.-R. Dr. **Mataja** beantragt, das Bild des Erlösers auch bei der eisernen Salvator-Medaille beizubehalten.

## Städtische Nachrichten.

(Siehe auch Stadt-Anzeiger.)

\* Köln. 21. Juli.

## Stadtverordneten-Versammlung.

Die Stadtverordneten-Versammlung befaßte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit verschiedenen wichtigen Fragen, in denen völlige Übereinstimmung der Ansichten festgestellt werden konnte. Zunächst wurde die Schenkung eines edelmütigen Spenders bekanntgegeben, der ungenannt bleiben will und 30 000 M zur Speisung bedürftiger Kinder, deren Väter unter den Fahnen weilen, der Stadt überwiesen hat. Dann befaßte sich die Versammlung auf Antrag der Stadt. Frisch und Rings mit der außergewöhnlichen Steigerung der Milchpreise, einer Frage, die mit der größten Vorsicht behandelt werden muß, da einmal die Produktionskosten nach der Art der Bewirtschaftung in ihrer Höhe außerordentlich schwanken, dann die Verkaufspreise selbst innerhalb der Stadt sehr verschieden sind, zwei Umstände, die die Festsetzung von Richtpreisen außerordentlich erschweren. Solche Richtpreise würden jedenfalls nur für einen größeren Bezirk festgesetzt werden können. Sehr dringend kam die Forderung zum Ausdruck, daß die Abmelkwirtschaften, die größten und stetigsten Milchviehherden der Großstädte, von den Zentralstellen in

Berlin viel weitgehender berücksichtigt werden als das bisher der Fall war. Eine weitere Erhöhung der Milchpreise soll unter allen Umständen verhindert werden. Die Unterbringung von Kindern aus der Stadt Köln in Ferienkolonien wird, dank der Fürsorge des Vereins für Ferienkolonien und größerer Zuwendungen, in demselben Umfang wie in früheren Jahren erfolgen können. Außerdem wird durch Vermittlung der erzbischöflichen Behörde in Köln und des Konsistoriums in Koblenz auf die Landbevölkerung eingewirkt werden, Stadtkindern unentgeltlich oder gegen entsprechende Vergütung während der Ferien Aufenthalt auf dem Lande zu gewähren. Der Besuch des Kölner Strandbades wird täglich 800 Kindern ermöglicht werden, und 250 Wandergruppen von 25 bis 30 Schülern werden je zehn Ferienwanderungen ermöglicht werden. All diesen Kindern soll auf Kosten der Stadt ein Frühstück mitgegeben werden, wofür die Versammlung 80 000 M bewilligte. Endlich wird die Stadtverwaltung einer Anregung aus dem Schoße der Versammlung entsprechen und versuchen, durch Vermittlung des Oberpräsidiums und der Landräte eine Unterbringung städtischer Familien auf dem Lande durch Veranstaltung entsprechender Umfragen möglich zu machen. Entsprechend einem Beschluß der Versammlung wird der Oberbürgermeister unter Hinzuziehung einer Sonderkommission in besonders Beratungen über die städtische Bodenpolitik einschließ- lich der damit zusammenhängenden Fragen, wie Wohnungswesen, Baugeldgewährung, Bauerleichterung usw., eintreten, um den durch den Krieg veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Der Plan der Straßenbahnverbindung von Kalk nach Mülheim ist seiner Verwirklichung wesentlich nähergerückt worden durch entsprechende Änderung des Vertrags mit der Mülheimer Kleinbahngesellschaft, der der Betrieb der Linie auf dem früheren Mülheimer Stadtgebiet obliegt. Das Armenhaus der früheren Stadt Mülheim wird als unwirtschaftlich im Betrieb aufgehoben.

In nicht öffentlicher Sitzung wurde in die durch Stadtverordneten-Beschluß vom 5. März 1914 gebildete Kommission zur Beratung des Antrags Kirchbaum und Genossen betr. Errichtung einer höheren Gewerbeschule mit Berechtigung zur Ausbildung von Gewerbelehrerinnen an Stelle des verstorbenen Stadtverordneten Ryll Stadtverordneter Radersheldt, dann an Stelle des verstorbenen Ehrendomherrn Professor Hespers Professor Meyer-Bachem als Mitglied der Kommission für das Museum für Naturkunde, ferner Stadtverordneter Bau in die Lebensmittelkommission gewählt.

Der Vorsitzende der Steuer-Beranklagungskommission hat im Anzeigenteil der heutigen Morgen-Ausgabe des Stadt-Anzeigers eine Bekanntmachung über die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer und Ergänzungssteuer erlassen, die am 1. April bei allen Einkommensteuerepflichtigen mit einem Einkommen von mehr als 2400 M in Kraft getreten ist. Dem einzelnen Steuerpflichtigen wird weder ein neuer Steuerzettel noch sonst eine besondere Benachrichtigung über die ihn betreffenden Zuschläge zugehen.

(Kein Wettbewerb für „Blumenschmuck“.) Der Stadtrat beschloß, mit Rücksicht auf die Kriegslage von der Veranstaltung des Wettbewerbes „Wien im Blumenschmuck“ auch heuer wie in den beiden Vorjahren abzusehen.

(Die Erweiterung der zweiten Hochquellenleitung.) Als Zweigleitung zu der zweiten Wiener Hochquellenleitung wird gegenwärtig der 12,3 Kilometer lange Strang der in der Ortschaft „Guhwert“ liegenden Brunngabenquellen ausgeführt. Für die Fassung und Zuleitung dieser Quellen bewilligte der Stadtrat — wie berichtet — einen Kostenbetrag von 90.000 Kronen. Die Leitung von den Quellen im Brunngaben führt von der Hauptquelle bis zu den Quellen der Klammerfäde, geht dann in den Sehnertollen über und mündet nach Passieren der „Klaufe“ mittels einer Rohrleitung in Weichselboden in die Hauptleitung, deren Gesamtlänge von den Quellen in der „Hölle“ bis zum Verteilungsreservoir „Mauer“ 171,2 Kilometer beträgt. Die mächtige Hauptquelle, in einer Felsenhöhle des Ebnertogels in 745 Meter Seehöhe entspringend, wird mittels eines Wasser Schlosses gefasst; für die zerstreut liegenden kleineren Quellen sind Brunnenstuben und Sammelgalerien in Aussicht genommen.

(Die Gemeinde Wien als Mühlenbesitzerin.)  
Die gestrige „Wiener Zeitung“ verlautbart: Das  
Ministerium des Innern hat im Einvernehmen mit  
dem Handelsministerium der Ersten Wiener  
Walzmühle Bonwiller u. Co. in Wien  
und den Herren Max Heintschel Edlen von  
Heinegg und Felix Streit in Wien als Gesell-  
schaftern der Firma Bonwiller u. Co. die Be-  
willigung zur Errichtung einer Aktiengesellschaft  
unter der Firma „Erste Wiener Walzmühle  
Bonwiller u. Co. A. G.“ mit dem Sitz in  
Wien erteilt und deren Statuten genehmigt.

## Die Eröffnungssitzung des Warschauer Gemeinderates.

Warschau, 24. Juli. Gestern fand unter lebhafter Anteilnahme der Bevölkerung, die bei prächtigem Wetter den weiten Theaterplatz in dichten Massen besetzt hielt, die feierliche Eröffnungssitzung der ersten Warschauer Stadtverordnetenversammlung statt, die auf Grund der von den deutschen Behörden verliehenen Stadtordnung gewählt worden war.

Der festlich ausgestattete Sitzungssaal des alten Rathauses, des früheren Sitzes der russischen Polizei, bot ein prächtiges Bild dar. Als Vertreter der deutschen Behörden wohnten der Feierlichkeit Graf A wilecki und Bürgermeister Dr. Sahn bei. Der von den deutschen Behörden eingesetzte Magistrat war durch den Stadtpräsidenten Fürsten Lubomirski und Bürgermeister Drzewiecki vertreten.

Fürst Lubomirski begrüßte die Versammlung mit einer Ansprache, in der er der lebhaften Freude Ausdruck gab, daß der Rathausaal seinen rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben sei. Er rechne bei Erfüllung seiner schweren Pflichten auf den weisen Rat und die wohlwollende Hilfe der Stadtverordneten. Wir werden, fuhr er fort, unerschütterlich die Interessen Warschaus hüten und gemeinsam die Verantwortung tragen, wobei uns das Ziel vor-schweben wird, am Aufschwung und an der Entwicklung Warschaus zu arbeiten und einen ehernen Mittelpunkt nationaler Kultur zu schaffen, der weit ins Land hinausstrahlen und als Beispiel und Muster dienen solle.

In längerer Rede gab der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Rektor der Universität Dr. Brudzinski einen geschichtlichen Rückblick über die frühere Verwaltungsperiode Warschaus.

Die Wortführer der verschiedenen Parteien verlasen programmatische Erklärungen. Für den national polnischen Block sprach Dr. Bahinski, der insbesondere betonte, daß die Stadtverwaltung alle Kräfte anstrengen werde, die wirtschaftliche Kultur Warschaus zu heben, um auf Grundlage der bürgerlichen Gleichberechtigung die Not, die der Krieg brachte, zu mildern.

In seinem Schlußwort betonte Doktor Brudzinski, daß dieser denkwürdige Tag von größter Bedeutung für die künftigen Ge-

schicke Polens sein werde. Dies gehe auch aus den Zuschriften und Adressen hervor, die den Stadtverordneten von vielen polnischen Orten und Verbänden zukamen. Die Verlesung der Adresse wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Mit dem Rufe „Es lebe Polen!“ schloß der Vorsitzende die Sitzung!

Kraakau, 25. Juli. (Privattelegramm.) Anlässlich der heute stattfindenden ersten Sitzung des Warschauer Gemeinderates fand eine feierliche Sitzung der Kraakauer Stadtverwaltung statt, in der Bürgermeister Dr. Leo in einer begeistert aufgenommenen Rede den Beginn des autonomen Stadtregimes in Warschau feierte. Der Gemeinderat beschloß, eine Begrüßungsadresse an den Warschauer Gemeinderat abzusenden.

(Der Kriegsdienst der freiwilligen Feuerwehren.) Unmittelbar nach Kriegsbeginn meldeten sich sämtliche Freiwilligen Feuerwehren in ganz Oesterreich zur unentgeltlichen Uebernahme des Dienstes der Beförderung kranker und verwundeter Krieger. 841 Kolonnen mit über 14.000 militärfreien Männern bildeten sich und versahen mit Aufopferung und Selbstlosigkeit Tag und Nacht ihren schweren Dienst. In Anerkennung dieser Tätigkeit hat in Vertretung des Kaisers der Protektor der Oesterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze, Erzherzog Franz Salvator, den Hauptmännern Danek, Schönauer, Wilhelm Edert senior, Straka, Bug, Krenn, Beril, Klippel, Ritzlah und Geppan, dem Hauptmann-Stellvertreter Swoboda und den Mitgliedern Freiwilliger Feuerwehren Fabianek, Büschl, Strangl, Tichy und Alois Schwarz die silberne Ehrenmedaille mit der Kriegsdecoration und einer großen Anzahl von Feuerwehrmännern die bronzene Ehrenmedaille mit der Kriegsdecoration verliehen.

Sonntag vormittags überreichte Bürgermeister Dr. Weiskirchner in feierlicher Weise im StadtratsitzungsSaale die Auszeichnungen. Zu der Feier hatten sich eingefunden: Vizebürgermeister Hof, Oberstleutnant Franz Ebler v. Baumann in Vertretung des Militärkommandos, mehrere Gemeinberäte, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, Obermagistratsrat Pawelka, Obersanitätsrat Dr. Böhm, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Hanussek, in Vertretung des Polizeipräsidenten Regierungsrat Bolt, von der Freiwilligen Rettungsgesellschaft Chefarzt-Stellvertreter Dr. Lamberg und Sekretär Wortmann, viele Mitglieder von Freiwilligen Feuerwehren und des Niederösterreichischen Feuerwehrunterstützungsvereines in Wien.

Der Bürgermeister begrüßte die Erschienenen und sagte zu den Wehrmännern: Sie haben in dieser schweren Zeit ausgeharrt und erfüllt von Bürgertreue opferwillig alles getan, um Ihren Dienst aufs Beste zu versehen. Dafür gebührt Ihnen auch der Dank des Bürgermeisters und der gesamten Gemeindevertretung. Ich bitte Sie, auch weiter auszuharren und den Sanitäts-Transportdienst durchzuführen bis zu dem von uns allen ersehnten Kriegsschluß, der uns einen ehrenvollen Frieden bringen soll. Wir im Hinterlande müssen ebenfalls voll Opfermut und Hingebung wirken, um die Pläne unserer Feinde zunichte zu machen. Die kaiserlichen Auszeichnungen mögen Ihnen ein ehrenvolles Andenken an die Kriegszeit und Ihre Tätigkeit im Kriege sein.

Der Vorstand des Krankenbeförderungsdienstes vom Roten Kreuz kais. Rat Czermak sprach in Vertretung des Bundespräsidenten Grafen Thensperg und Traun dem Bürgermeister den besten Dank aus. Den Feuerwehrmännern brachte er den Dank der Bundesleitung und die Anerkennung für ihre hohen Leistungen zum Ausdruck.

Kommandant Pantner des Verbandes der Freiwilligen Feuerwehren Wiens dankte dem Bürgermeister für die Veranstaltung der Feier.

Zum Schlusse gedachte der Bürgermeister des Kaisers und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Monarchen.

### Bund der deutschen Städte Oesterreichs.

Im Wiener Rathause fand kürzlich unter Vorsitz des Abgeordneten Kraft und in Anwesenheit des Bundesobmannes Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Sitzung der Geschäftsleitung des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs statt. Im Einlaufe befand sich eine Zuschrift der Stadtgemeinde Marburg in Angelegenheit des Elektrizitätswegegesetzes. Es wurde beschlossen, an die Regierung eine Eingabe zu richten, in der neuerlich die Berücksichtigung der Städteinteressen bei Erlassung dieses Gesetzes begehrt wird. In einer Zuschrift des Landeshauptmannes von Kärnten Freiherrn v. Michelburg-Sabia wird an den Bund das Ersuchen gerichtet, für den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten kärntnerischen Heim- und Kulturstätten einzutreten. Die Geschäftsleitung des Bundes ist grundsätzlich bereit, sich an diesem Liebeswerke zu beteiligen. Bürgermeister Dr. Dinghofer (Stiz) erörtert die Schädigung, die dem Haushalt zahlreicher Städte dadurch droht, daß die Erwerbsteuer der Staatsbahnen in diesem Jahre nur mit 50 Prozent des bisherigen Betrages an die Städte abgeführt werden soll. Der Städtebund wird sich mit dieser Angelegenheit noch beschäftigen. Hierauf wurde beschlossen, die Hauptversammlung des Bundes für den 28. September d. J. einzuberufen.

Obermagistratsrat Pawelka erstattete einen Bericht über die Verfügung, wonach die Unterstützung der Familien jener im städtischen oder im Landesdienste stehenden Eingerückten fortan zu entfallen habe, welche ihre vollen Bezüge oder einen Teil derselben weiter gezahlt bekommen. Er verwies darauf, daß dies für die Familien der Eingerückten ein bedeutender Entgang wäre und daß ein Ersatz des Entganges durch die Städte und Länder eine neue Belastung bedeuten würde, welche die autonomen

Finanzen unter den gegebenen Verhältnissen schwer treffen müßte. Der Bund der deutschen Städte wird sich an den in dieser Angelegenheit einzuleitenden Schritten beteiligen.

\* Antrag auf Erhöhung der Hundesteuer. Der städtische Repräsentant Geza Osmits hat den Antrag gestellt, daß in der nächsten Generalversammlung die Erhöhung der Hundesteuer verhandelt werde. Repräsentant Osmits beantragt, die Steuer nach den Haushunden möge auf jährlich 50 Kronen und die Steuer nach den Luxushunden auf jährlich 200 Kronen erhöht werden. — (Wir registrieren diesen Antrag für heute ohne jede Bemerkung. Es wird sich ja Gelegenheit bieten, demnächst zur Sache zu sprechen.)

\* Die hauptstädtische Anleihe. Am heutigen Tage hat die Subskription auf die hauptstädtische 80-Millionen-Anleihe begonnen. Im Vergleiche zu ähnlichen Finanztransaktionen der letzten Jahre ist es nicht die Höhe der Summe, die besondere Aufmerksamkeit verdient, sondern der Umstand, daß die hauptstädtische Anleihe ausschließlich als vaterländische, beziehungsweise als lokale Anleihe gedacht ist. In den letzten Jahren konnte die Hauptstadt die Erfahrung machen, daß ihre materiellen Ansprüche im Auslande mit der größten Bereitwilligkeit honorirt wurden, und gerade das Ausland ist es gewesen, das seine Kapitalien auch über das gewünschte Maß hinaus der Hauptstadt zur Verfügung stellte. Der Umstand, daß die Hauptstadt den eingegangenen Verpflichtungen in der pünktlichsten Weise nachkam, hatte die wärmste Unmittelbarkeit im persönlichen Verkehr zur Folge, ein Verkehr, der die Basis der gegenseitigen Achtung und Werthschätzung bildet. Wir können es nur bedauern, daß der internationale Verkehr den kriegerischen Ereignissen zum Opfer gefallen ist, müssen aber den Beweis erbringen, daß wir, wenn wir Kredit in Anspruch nehmen, nicht unbedingt an das Ausland gebunden sind. Wir müssen dem Auslande zeigen, daß wir, wenn es die Umstände und Verhältnisse erfordern und auf unsere eigene Kraft angewiesen sind, auch ohne Unterstützung des Auslandes unser Ziel erreichen können. Dieser höhere Standpunkt macht es uns Allen zur Pflicht, den vollen Erfolg der hauptstädtischen Anleihe zu sichern, selbst in dem Falle, wenn die gebotenen Vortheile nicht so groß wären, wie dies thatsächlich der Fall ist. Ebenso wie bei der Zeichnung auf die Kriegsanleihe, müssen wir auch bei der Subskription auf die hauptstädtische Anleihe beweisen, daß wir, wenn es sein muß, uns Alles, was wir benöthigen, allein beschaffen können.

## Zwei Kriegsjahre der Hauptstadt.

Budapest, 28. Juli.

Unter normalen Verhältnissen spielen zwei Jahre im Leben einer Großstadt keine Rolle, sie verschwinden oft völlig spurlos im Meere der Zeit. Desto tiefere Spuren haben die seit Kriegsausbruch verstrichenen zwei Jahre, die beiden Kriegsjahre, in der Geschichte unserer Hauptstadt hinterlassen. Im wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben der Hauptstadt sind sie zu Marksteinen geworden, die den Anbruch einer neuen Ära andeuten. Einer Ära, die sich hoffentlich in jeder Hinsicht vorteilhaft von der Vergangenheit unterscheiden, in der Budapest aufblühen und gedeihen wird.

Die beiden Kriegsjahre haben der Hauptstadt schwere Kämpfe gebracht, harte Opfer auferlegt, doch hat sie die Zeit der Prüfung überstanden, die Opfer gern getragen. Wohl hatte es in der ersten Kriegszeit fast den Anschein, als ob die Kräfte der Hauptstadt den kolossalen Anforderungen, die der Krieg an sie gestellt, nicht gewachsen wären, als ob sie unter der Wucht der über Nacht eingetretenen

außerordentlichen Verhältnisse zusammenbrechen müßte. In der Tat hatten die Prüfungen die Hauptstadt ganz unvorbereitet getroffen. Sie sah sich plötzlich einer Lage gegenüber, auf die sie nicht vorbereitet war, einer Lage, der die Friedensorganisation der Kommune nicht zu entsprechen vermochte. Das kommunale Leben unserer Hauptstadt war gänzlich aus dem Gleichgewicht geraten, und es bedurfte der größten Anstrengungen der verantwortlichen Führer der Kommune, das Gleichgewicht einigermaßen wiederherzustellen. Wenn das Leben der Hauptstadt auch jetzt noch nicht in seinem richtigen Geleise dahinfließt, sondern sich zum Teile noch immer auf Nebenwegen bewegt, so sind nicht die kompetenten Kreise schuld daran. Die Verhältnisse haben sich eben stärker erwiesen als sie! Immerhin hat sich die Lage der Hauptstadt im Verlaufe der Zeit viel günstiger gestaltet, als sie in den ersten Monaten des Krieges gewesen, und die in verhältnismäßig kurzer Zeit geschaffene Kriegsorganisation der hauptstädtischen Verwaltung entspricht im großen und ganzen den außerordentlichen Anforderungen.

Die beiden Kriegsjahre waren für die leitenden Funktionäre der Hauptstadt vorzügliche Lehrjahre. Alle, denen das Schicksal der Hauptstadt anvertraut ist, haben viel gelernt, viele wertvolle Erfahrungen gesammelt. Sie hatten aber auch viel zu lernen, sie bedurften der Erfahrungen. Wir zweifeln nicht daran, daß sie bestrebt sein werden, die gewonnenen Erfahrungen zum Wohle der Allgemeinheit auch bestens zu verwerten. Besonders die auf dem Gebiete der Approvisionierung gewonnenen. Denn auf diesem Gebiete ist gar vieles nachzutragen, zu verbessern, zu organisieren. Auf diesem Gebiete hat es, besonders in den ersten Kriegsmonaten, die heftigsten Erschütterungen gegeben; unsere Approvisionierungsinstitutionen hatten sich wohl als musterhaft organisiert und geleitet, doch für die Anforderungen des Krieges viel zu unzulänglich erwiesen. Dank der anerkannt wertvollen Energie und den wahrhaft übermenschlichen Anstrengungen der berufenen Faktoren unseres Approvisionierungswesens hat die Bevölkerung die kritische Zeit überstanden und haben sich die Verhältnisse einigermaßen erträglich gestaltet, doch wird es nach dem Kriege eine der wichtigsten Aufgaben der leitenden Persönlichkeiten der Kommune sein müssen, dem Approvisionierungswesen der Hauptstadt festere Grundlagen zu geben, die bestehenden Institutionen zu entwickeln und geeignete neue ins Leben zu rufen.

Der Apparat unseres Sanitätswesens hat dagegen tadellos funktioniert; er verjagte die Gefahr der Epidemien, und dank der aufopfernden Tätigkeit der hauptstädtischen Sanitätsorgane war der Gesundheitszustand des Publikums ein ziemlich normaler.

Eine radikale Aenderung hat während des Krieges das Wohltätigkeitswesen der Hauptstadt erfahren. Was auf diesem Gebiete geleistet wurde, verdient die allergrößte Anerkennung. In erstaunlich kurzer Zeit war auf Initiative des Bürgermeisters ein Apparat geschaffen, mit dessen Hilfe es gelang, das Kriegselend teilweise zu bannen. Tausende notleidender Familien fanden im Zentralstadthause Unterstützung und Hilfe, niemand wurde abgewiesen, jedem wurde mit Rat und Tat unter die Arme gegriffen. Die geschaffene Wohltätigkeitsorganisation wurde stabilisiert und wird als Wohltätigkeitszentrale auch nach dem Kriege ihre segensreiche Tätigkeit fortsetzen.

Derzeit harren viele große Aufgaben ihrer Lösung. Die Zeit, die uns vom Friedensschluß trennt, muß gut ausgenützt werden, um den notwendigen Uebergang vom Kriege zum Frieden zu schaffen. Schon jetzt muß man sich auf den Frieden vorbereiten, denn wie die erste Kriegszeit werden auch die ersten Friedensmonate außerordentliche Verhältnisse bringen. Mit Genugtuung können wir verzeichnen, daß die Führer der Hauptstadt sich der ihrer harrenden Aufgaben vollkommen bewußt sind und schon jetzt alles tun, um die künftige Entwicklung der Hauptstadt, ihr künftiges Wohl vorzubereiten.

S. Sch.

## Gemeindereform.

Von Universitätsprofessor Dr. Karl Brochhausen.

(Siehe Nr. 18649 der „Neuen Freien Presse“ vom 23. Juli 1916.)

Wien, 29. Juli.

## II. Begriff und Gebiet.

Was ist die Gemeinde? Eine juristisch gangbare Definition bezeichnet sie als den untersten, mit Selbstbestimmung und Hoheitsrechten ausgestatteten Selbstverwaltungskörper auf territorialer Grundlage. Es gibt noch andere, feiner ausgearbeitete Begriffsbestimmungen; aber ein packendes Lebensbild bieten auch sie uns nicht. Um die Gemeinde zu begreifen, müssen wir sie vielmehr mit körperlichem Auge schauen und dann geistig durchschauen; deshalb ist es am zweckmäßigsten, wir steigen einmal auf einen Kirchturm und übersehen sie von oben.

Was zeigt sich da dem staunenden Blick? Häuser, Gärten, Felder, dazwischen Plätze, Straßen, Einzäunungen und überall wimmelnde Menschen. Zuerst scheint es ein Gewirre, ein planloses Durcheinander; erst bei längerem Beobachten kommt Klarheit in das Bild; wir erkennen, daß die Häuser sich in einer vorgezeichneten Linie, der Baulinie, halten, daß die Straßen bestimmten Zielen zustreben und in durchdachter Beziehung untereinander verlaufen, daß sie eine vorgeschriebene Breite haben, ja daß diese Breite der Straßen in einem Verhältnis zu der Höhe der Häuser steht, daß in bestimmten Stadtteilen Vorgärten, anderswo Fabriken überwiegen, kurz wir entdecken, daß hinter den Dingen eine gewisse Ordnung steckt, eine unsichtbare Macht, welche die sichtbaren Erscheinungen regelt. So haben wir durch eigene Anschauung die drei Elemente kennen gelernt, aus denen jede Gemeinde besteht: erstens das Gebiet mit allem, was an Sachen darauf verankert ist, also das Gemeindeterritorium; zweitens die Menschen, die Personen in der Gemeinde, und als drittes ein geheimnisvolles Etwas, das hinter den sichtbaren Dingen steht, die Ordnung, das Herrschaftselement der Gemeinde, und alle Wissenschaft von der Gemeinde ist nichts anderes als die Begründung dieser drei Bestandteile. Wir müssen also das Gebiet, die Personen und die Ordnung der Gemeinde nacheinander betrachten; zuerst das Gebiet.

Ganz verschieden wirkt das Bild, je nachdem wir es von dem Kirchturm einer größeren Stadt, einer kleinen Dorfgemeinde oder eines Städtchens genießen, das zwischen beiden die Mitte hält. Bei der großen Stadt erscheinen uns die Gebäude und die großen Plätze, die Rinsburgen, die Paläste und die Verkehrsadern als die Hauptsache, alles andere, Anpflanzungen und Gärten, sind nur Zubehör oder Zierat, während umgekehrt im Dorfe die Baulichkeiten im Grün der Natur fast untertauchen. Der dritte Typus, die mittlere Stadt, hält meist das Gleichgewicht zwischen Baulichkeiten und Anpflanzungen, indes die dem Auge kaum übersehbare Millionenstadt, die wirkliche Großstadt, jenes steinerne Meer, von dem wir in Oesterreich nur einige Exemplare besitzen, gänzlich aus dem bisherigen Rahmen herausfällt.

Diese einfache Anschauung belehrt uns zugleich, daß eine Ordnung, die für eine dieser vier Typen paßt, nur schwer den Bedürfnissen der anderen gerecht werden kann; Weltstadt, Großstadt, Kleinstadt und Dorf sind schon dem bloßen Auge ganz verschiedene Gebilde. Jedes verlangt seine besondere Ordnung, und überdies sollte ein modernes Gemeindegesetz die reine Fabrikstadt ebenso wie die Arbeiterkolonie, das geschlossene Dorf ebenso wie die zerstreute Siedlung einer besonderen Berücksichtigung würdigen.

Die abstrakt denkenden, etwas doktrinären Schöpfer unserer alten Gemeindeordnung scheinen selten von der Höhe des Kirchturmes diese natürlichen Verschiedenheiten erschaut zu haben; denn für die Fülle der Erscheinungen haben sie eine einheitliche Ordnung verfaßt und nur für die sogenannten Statutargemeinden (das sind die Landeshauptstädte und aus historischen Gründen eine Reihe bedeutender, aber auch recht unbedeutender Städte) eine Sonderordnung zugelassen. So ist unsere Gemeindeordnung eine Uniformierungsanstalt geworden, die im großen ganzen nur zwei Uniformsorten liefert, und dieser Mangel wird wenig da-

durch gebessert, daß 17 Landesgesetzgebungen im Laufe der Jahre ziemlich planlose Flickarbeit an diesen Monturen vorgenommen haben, jede auf eigene Faust und geleitet mehr von Parteiinteressen der jeweiligen Landtagsmajoritäten, als von höheren Gesichtspunkten. Erst in letzter Zeit hat man diese praktischen Unterschiede in den Größen- und Siedlungsverhältnissen zu würdigen begonnen, und Galizien hat mit der notwendigen Differenzierung der Gemeindeordnungen einen Anfang gemacht. Wenn es jetzt zu einer Verwaltungsreform und damit auch zu einer Gemeindereform kommt, dann wird sich zweifellos nach den bisherigen Erfahrungen der Grundsatz: „Eines schickt sich nicht für alle“ durchsetzen und wir werden nach dem Beispiel, welches uns Galizien bereits geliefert hat, Spezialgemeindeordnungen erhalten.

Aber noch ein anderes lehrt der Anschauungsunterricht auf dem Kirchturm; er zeigt den innigen Zusammenhang zwischen den Gemeinden untereinander und insbesondere zwischen Stadt und Land, so daß wir uns lebhaft wundern müssen, wenn das Gesetz davon keine Notiz nimmt, vielmehr sich bemüht, Scheidewände aufzuführen, wo Verbindungen bestehen, und einen Zustand herbeiführt, den ich als die Atomisierung der Gemeinden, als Isolierung und unorganisiertes Nebeneinanderstehen bezeichnen möchte. Wenn wir nämlich nicht bloß zu flüchtigem Besuche auf der hohen Warte des Kirchturmes verweilen — Kirchturmpolitiker möchte ich in diesem Zusammenhange nicht die

seltenen Gäste nennen, die wirklich weiten Blickes hinaufsteigen, sondern jene Mehrheit, die ihren Kirchturm nur von unten besieht und in ihrem Gedankenkreise nicht über seinen Schatten hinausblüht — sondern einige Zeit, etwa einen Tag lang, dort oben ausharren, so bemerken wir ein gesetzmäßig verlaufendes Zu- und Abströmen von Menschen und Fahrzeugen, von Arbeitskräften und Gütern, das stundenweise vom Lande in die Stadt, stundenweise in umgekehrter Richtung stattfindet. In dieser Bewegung läßt sich sogar ein Rhythmus erkennen, vergleichbar dem Pulsieren des Blutes in einem belebten Körper. Die Stärke dieser Wellenbewegung, ja ihr Stundenmaß — ob halb- oder ganztäglich — ist verschieden bei der großen und kleinen Stadt; mit der Größe des Magneten wächst seine Anziehungskraft und sein Einflußgebiet; der nähere Umkreis wird mit größerer Gewalt erfaßt als der weitere, um dort aufzuhören, wo ein anderer Anziehungspunkt, ein Magnet ähnlicher Größe, zu wirken beginnt.

Für dieses natürliche Schauspiel zeigt unser Gemeindegesetz so gut wie gar kein Verständnis; indem es jede Einzelgemeinde nur für sich betrachtet und ihren Wirkungskreis nur „innerhalb ihrer örtlichen Grenzen“ anerkennt, so mit ihre Einflusssphäre bei der Gemeindegrenze aufhören läßt, unterbindet es durch Rechtsnormen diesen Pulsschlag des Lebens. Eine künstliche, juristische Scheidewand trennt die Gemeinden voneinander; an ihren Grenzen stehen sie wie feindliche Nachbarn sich gegenüber, verfolgen einander mit Kritik und Tadel, anstatt sich wechselweise zu helfen, und machen sich schließlich wegen rücksichtslosen Egoismus bittere Vorwürfe. Und doch zeigt jenes lebensvolle Schauspiel des rhythmischen Zu- und Abströmens, wie täglich und stündlich die Stadt ihre Umgebung heranzieht, und wie umgekehrt das Land in des Wortes wörtlichster Bedeutung die Stadt beeinflusst, so daß im wirklichen Leben eine kräftige Wechselwirkung stattfindet. Man kann es fast mit Händen greifen, wie gewisse Städte mit ihrer Umgebung zusammen einen von der Natur gegebenen Bezirk bilden, mit den Augen beinahe kann man die Abgrenzungen gegenüber der nächsten Bezirksstadt vornehmen, und für den Kreis des Wirkens, den eine große Stadt um sich zieht, gibt die Statistik des Personen- und Güterverkehrs und die Größe des Marktes die nötigen Auskünfte.

Von alledem aber weiß unsere Gemeindegesetzgebung, von wenigen Ausnahmen und einigen dürftigen Ansätzen abgesehen, so gut wie gar nichts; diese selbstverständliche Zusammenfassung der unteren Selbstverwaltungskörper zu höheren Einheiten, zu Wirtschaftsgebieten, ist nicht die Regel für das Reich, sondern die seltene Ausnahme in wenigen Kronländern. Wohl hatte das Reichsgemeindegesetz die Zulässigkeit einer Zusammenfassung der Gemeinden in Bezirke und Kreise vorgesehen, aber die Länder, denen der Ausbau dieses Gedankens anvertraut war, haben, wie gesagt, von einigen Ausnahmen abgesehen, einen anderen Weg beschritten. Von einer höheren Einheit, von einem

# Jammertöne.

Zusammenfassen der Einzelgemeinden zu einer Obergemeinde ist freilich die Rede, aber jene höhere Einheit, welche die Landesgesetzgebungen zustande gebracht haben, ist keineswegs das durch den Pulsschlag des Lebens vom selbst gegebene natürliche Wirtschaftsgebiet, sondern ganz einfach das betreffende Kronland, selbstverständlich ganz ohne Rücksicht darauf, ob auf diese Weise natürliche Mittelpunkte verwertet werden oder nicht; und bei der ungeheuren Größenverschiedenheit der sieben Kronländer entfiel die Idee wirtschaftlicher Zusammenfassung von selbst. Nun wäre wenigstens in einigen Kronländern die Landeshauptstadt möglicherweise zugleich die natürliche Kreisstadt, aber auch in diesen seltenen Fällen ist sie ausgeschaltet; denn überall gilt als Obergemeinde das Land selbst; genauer gesagt: eine bürokratisch haltende Behörde, der Landesauschuß, hat sich zum Oberhaupt und scheinbaren Bindeglied, in Wahrheit zum Trennungsmittel der Einzelgemeinden gemacht und so den fruchtbaren Gedanken einer höheren wirtschaftlichen Selbstverwaltung untergraben.

Das Ergebnis ist das genaue Gegenteil von der so deutlich beobachteten natürlichen Wechselwirkung innerlich zusammengehöriger Selbstverwaltungsgebiete; unvermittelt stehen die Einzelgemeinden rechtlich dem Lande gegenüber, voneinander geschieden, und damit ist auch der Gegensatz von Stadt und Land zum politischen Prinzip erhoben; Feindseligkeit statt Zusammenwirken ist die unausbleibliche Folge des Trennungsgedankens.

Diese Erscheinung ist aber nicht Zufall noch Blindheit; sie ist vielmehr eine gewollte Niederdrückung der freien Gemeinde. Genau so, wie einst der absolute Staat seine Bürger isolierte und atomisierte und sie mit allen Mitteln seiner Polizeigewalt von gemeinsamer Organisation und politischer Vereinsbildung abzuhalten suchte, um sie in ihrer Vereinzelung und Zusammenhanglosigkeit desto stärker zu beherrschen, so stehen noch heute die Gemeindeindividuen unverbunden ihren eigentlichen Beherrschern, den Landesauschüssen, gegenüber, ohnmächtig und auf deren Wohlwollen angewiesen. Die einst als frei gedachte Gemeinde ist die Dienerin des Landesauschusses geworden.

Welche politischen Folgen dies für die Unfähigkeit der Gemeinde hat, eine Stütze des Staates zu bilden, ist leicht einzusehen, insbesondere dann, wenn die Selbstherrlichkeit der Länder in Gegensatz tritt zu einem starken Oesterreich; wir werden davon noch reden. Aber das nächstliegende bedauerliche Ergebnis ist doch die Isolierung der Städte und der Gegensatz zur ländlichen Umgebung. Die isolierte Stadt ist ein Schaustück auf einem Postament; das isolierte Dorf ein hilfloses, zur Untätigkeit verurteiltes Gemenge von Häusern und Feldern; miteinander verbunden bilden sie ein Lebenselement. Schon einmal, zu Beginn der Neuzeit, haben die deutschen Städte das traurige Schicksal erlebt, daß ihre Abschließung von der unwohnenden Bauernschaft ihnen die bodenständige Kraft und diesen das Emporkommen, die Bauernbefreiung, versagte; die Städte versumpften, nachdem sie es versagt hatten, das Landvolk aus dem Sumpfe zu ziehen.

Gleiche Verhältnisse erzeugen gleiche oder doch ähnliche Wirkungen; besonders unsere Mittelstädte stehen vor der Gefahr geistiger Verödung und dem Lande droht die Landflucht; dort liegen geistige Fähigkeiten, hier körperliche Tüchtigkeit und manuelle Geschicklichkeit brach. Das Zu-

sammenwirken beider könnte zahlreichen, beiderseits gefühlten Uebelständen auf den Leib rücken; nicht bloß die Frage des städtischen Proletariats und der Landflucht, auch jene des Wohnungselends, der Kinderpflege, des Gemüsebaues und der Obstverwertung ließe sich, um nur einige Beispiele herauszugreifen, durch eine Verständigung von Stadt und Land oder, anders ausgedrückt, im rationellen Wirtschaftsgebiete lösen; ganz zu schweigen von den Fragen des Heimatschutzes, der Volksbildung und vielleicht sogar einer wurzelechten nationalen Volkskunst. Ist es nicht, um auch nur ein Einzelgebiet näher ins Auge zu fassen, ein wahrer Jammer, daß so viele städtische Familien notgedrungen im Sommer weit weg aufs Land ziehen müssen und die Schönheit des Winters überhaupt nicht kennen, während doch die nächste Umgebung dem Sonnen- und Luft-hunger der Stadtkinder genügen könnte und bloß deshalb versagt, weil es an der zusammenwirkenden Verwaltung fehlt, welche entsprechende Einrichtungen treffen würde? Der beiderseitige Gewinn und die Ersparnis wären groß; der städtische Gewerbetreibende würde nicht auf mehrere Monate seine Jahreskundschaft verlieren und zum Saisonbetrieb herabgedrückt werden; und diese Mittelstandspolitik wäre erträgnisreicher als so manche bisher geübte Gewerbe-rettung, von der wachsenden Heimatsliebe und der Einwurzelung der Stadtkinder gar nicht zu reden.

In wenig Worte zusammengefaßt — was wir hier mehr durch unbefangene Besichtigung, als durch abstrakte Theorie über Gebietspolitik erfahren haben, — es wird zu den grundlegenden Aufgaben einer neuen Gemeindeordnung gehören, Gebietskörperschaften zu schaffen, die zugleich Wirtschaftsgebiete sind. Dies wird eine den Bedürfnissen des Lebens zugewandte, von politischen Spielereien und nationalen Reibereien sich abkehrende, schaffensfrohe wirtschaftliche Selbstverwaltung ermöglichen, die zugleich im eigenen Interesse einer kraftvollen staatlichen Einheit zustrebt. Die Not des Krieges hat diese Entwicklung ohnedies im Zusammenhange mit den Ernährungsvorkehrungen vielfach vorbereitet.

## Gegen die Verheerungen in unseren öffentlichen Anlagen.

— Ein Notschrei des hauptstädtischen Gartenbaudirektors Karl Rábe. —

Man sagt, der Krieg wirke erzieherisch auf die Menschheit. Das mag stimmen, — jedoch nicht im allgemeinen. Ich wage zu behaupten, daß der Krieg die guten Sitten einiger Schichten unseres Publikums arg mitgenommen hat.

Die öffentlichen „Grün- und Blumen“-Anlagen unserer Stadt sind zwar vom großen Publikum niemals derart geschont worden, wie dies im Auslande der Fall ist. Trotzdem gelang es den angestellten Parkwächtern vor dem Kriege, die Ordnung doch einigermaßen aufrecht zu erhalten. Die Kriegszeit hat hierin leider üble Wandlungen geschaffen.

Die bei Kriegsausbruch zu den Fahnen einberufenen Menschenmassen überfluteten viele Teile unserer Parks und Rasenplätze. Die Militärmassen sind wohl von den Rasenplätzen bald verschwunden, aber ein keine Schonung kennendes Publikum — hauptsächlich sind es unreife Buben und arbeitscheues Gesindel — hat durch häßliche Willkür und tolle Zügellosigkeit viele Gartenplätze in Wüsteneien verwandelt. Nicht allein der Rasen ist

vernichtet, auch Stauden, Sträucher, Bäume und die Einfriedigungen sind willkürlich zerbrochen und zertreten. Man wolle sich nur Mátyásplatz, Almássyplatz, Klauzálplatz, Kálváriaplatz, Tíza-Kálmán-Platz und wie die Plätze alle heißen, ansehen. Man überzeuge sich dort in den Nachmittags- und Abendstunden von dem Treiben und Hausen. Aber auch die gepflegtesten Plätze, wie zum Beispiel Erzébetplatz, Szabadságplatz, Országújplatz usw., bleiben von dem Frebel wider das lebende Grün nicht verschont. In diesem Frühjahr wurden aus den Blumenbeeten der öffentlichen Plätze Tausende von Blumenpflanzen gestohlen und Tausende von Nesten blühender Pflanzen abgebrochen, trotzdem die Zahl der Park-Tag- und Nachtwächter gegenüber der früheren bedeutend vergrößert worden ist. Die noch daheim gebliebenen alten und energielosen Parkwächter sind vollständig machtlos gegenüber der allgemeinen nichts schonenden Acht- und Zügellosigkeit. Dieser Tage wurde ein Parkwächter durch einen von drei Soldaten geohrfeigt, weil er sie zur Ordnung angehalten hatte.

Die in den Anlagen angebrachten Warnungstafeln werden weder gelesen noch beachtet. Trotz strengen Verbotes laufen in den Budapester öffentlichen Anlagen und Gärten die Hunde zu Hunderten umher und die von ihnen verunstalteten Bosketts, zerkratzten und verschmutzten Blumenbeete und Rasenplätze verleiden jedem Naturfreunde die Freude am Garten. Die Hundeeigentümer schicken ihre Lieblinge mit Vorliebe in die öffentlichen Gärten, um sie sich dort austoben zu lassen, und wehe dem Gärtner oder Parkwächter, der es wagt, dagegen aufzutreten. Die für Blumen geschaffenen zwei Grünplätze auf dem Ríghóplatz müssen ohne Blumenschmuck bleiben, weil sie täglich von Dutzenden Hunden zerkratzt und beschmutzt werden. Der durch Hunde verursachte Schaden kostet der hauptstädtischen Gärtnerei alljährlich Tausende von Kronen. Unsere Straßenbäume, die, als freie Kinder der Natur in das Asphaltberlies eingezwängt, eingehüllt in Rauch, Staub und andere Dünste, ohnehin nur schwer ihr Dasein fristen, sind ständig der Gefahr der bösen Buben, der leichtfertigen Wagenlenker und der Baumfrevler ausgesetzt. Von Zeit zu Zeit spielen böse Buben auf dem Tíza-Kálmán-Platz Krieg. Jede der Parteien hat die Taschen voll gänseiergroßer Steine, die dann zu Dutzenden in der Luft umherfliegen. Es ist geradezu lebensgefährlich. Ich verböt neulich auf dem Erzébetplatz einem halbwüchjigen Tunichtgut, mit Steinen umher zu werfen. Die Folge war, daß der Bengel mit trotziger Miene nur umso mehr Steine schleuderte. Als ich ihm schließlich die gebührenden Stoßschläge aufzählte und der Kerl erbärmlich schrie, hatte ich natürlich den größten Teil des Publikums gegen mich.

zu diese beschämenden Tatsachen sind leider nicht geeignet, den Ruf unseres Publikums zu fördern, und es ist ganz ausgeschlossen, unter solchen Zuständen tabellöse gärtnerische Anlagen zu unterhalten. Auf die überhandnehmende Rohheit, Verheerung, gegen die Diebstähle und so weiter müßte die Polizei ein viel wachsameres Auge haben und dagegen viel strenger vorgehen, als sie es tut; außerdem müßten Eltern und Schulen mit Wort und Tat erzieherisch wirken, und drittens, und das ist die Hauptsache, müßte das intelligente Publikum bei dem Schutze unserer Anlagen mit Hilfe leisten. Niemand dürfte dulden, daß in seiner Gegenwart Ordnungswidrigkeiten stattfinden.

Die für die Öffentlichkeit geschaffenen Anlagen der Stadt Budapest in einer Gesamtausdehnung von etwa 300 Hektaren mit nahezu 100 größeren und kleineren Grünplätzen, und die Straßen mit ihren fast 100.000 Schattenbäumen bedürfen nicht nur der Pflege des Stadtgärtners, sondern sie bedürfen in erster Linie des Schutzes des Publikums. Fehlt es hieran, so ist alle Pflege, Liebe und Kunst des Stadtgärtners vergebens. Durch anonyme Briefe wird hier ebensowenig geholfen, wie durch Denunziationen in den Tagesblättern. An den erwähnten Miferen sind nicht die leitenden Faktoren, sondern die Indolenz des Publikums schuld. Nicht jene bedürfen der Anspornung zur Ordnungsliebe, sondern unser schonungsloses Publikum bedarf ihrer im hohem Grade. Wenn gegenwärtig nicht alles rasch genug renoviert wird, so ist die Ursache im allgemeinen Mangel an Arbeitskraft und Material zu suchen. Im Interesse der Allgemeinheit und des guten Rufes unserer Hauptstadt appelliere ich an das Wohlwollen des Publikums und bitte um Beachtung und fördernde Unterstützung meiner Bitte.

## Das Kriegsgesicht Berlins.

Zwei Jahre Wandlungen im äußeren Bilde der Stadt.

Will der Theater-Direktor nach einer Friedensszene eine Szene Berlin im Kriege bringen, so ist das verhältnismäßig einfach. Der Vorhang geht auf, irgendein Kriegstypus, eine Straßenbahnschaffnerin vielleicht, singt ein kriegerisches Lied, Feldgrauen füllen die Bühne, vielleicht wird noch ein Flugzeug bemüht und „Berlin im Kriege“ ist da. Wir aber die wir den Krieg in Berlin erlebt und nun zwei Jahre gelebt haben, sahen die Fülle der Neugealtungen, der Umwandlungen, der Ueberraschungen nacheinander werden, bleiben und manche auch wieder verschwinden. Wir sahen aus dem überwältigenden Eindruck der ersten Tage mächtig die Kriegsepoche werden, aus Verzauberungen den alles-umfassenden Mechanismus, aus den überstarken Linien der ersten Skizze das bleibende Bild. So vieles, das im Anfang ein Ereignis war, ist jetzt schon Gewohnheit. Aus Kriegsbegeisterung wurde der Kriegsalltag.

Das Ueberwältigende, nie Vergeßbare jener ersten Augusttage 1914 war die Masse der Soldaten, die die Straßen Berlins, der Militärstadt auch im Frieden, durchzogen. Auf den Bahnhöfen umfloß der Strom der Zivilisten die über Nacht entstandenen feldgrauen Inseln der Militärkommandanturen, und überall auf den Brücken und Bahnstrecken hob sich Tag und Nacht vom Himmel das Schattenbild der Feldgrauen ab als Symbol der Zeit. Feldgrau gestrichen sausten durch alle Verkehrsadern, mit scharfem Zwitschern gleich dem Ruf kampflustiger Raubvögel, die Autos der Städte und Kriegsämter. Und unablässig rollten von und zu den Berliner Bahnhöfen, die Militärzüge und die ersten Rote-Kreuz-Züge. Bald hingen auch an manchen kleinen Läden die Schilder aus mit der Inschrift: „Wegen Einberufung geschlossen“. Aus den Schaufenstern leuchteten riesenhafte Landkarten, auf denen bunte Fähnchen mit den ersten Siegen der deutschen Truppen über Landkartenzentimeter mitmarschierten. Es war die Zeit der gewaltigen Spannung, über die in ganzen Wolken die Extrablätter flatterten.

Und fern von den Fronten kam der Krieg herein, schweren Schritts, immer deutlicher. Die ersten Gefangenentransporte kreuzten Berlin, und es wird immer ein Ruhmesblatt für die Bevölkerung der Reichshauptstadt bleiben, daß nicht auch einmal nur

Massenlegerei oder nationaler Haß sich zu Handlungen hat hinreißend lassen.

Ungezügelter Volkscharakter hätte sich auch kaum mit solcher Ruhe, so kaum bemerkbar nach außen, in die Kriegsbeschränkungen gefunden, die mit der noch immer andauernden „Berordnungszeit“ anhoben. Die banal fröhliche Musik der öffentlichen Bälle winkte Herr von Kessels Taktstock ab. Die großen und kleinen Tage der Rennplätze waren dahin. (Inzwischen kamen, erst mit, dann ohne Totalisator, die Freunde des grünen Rasens wieder zu ihrem Rechte.) Der Berliner gewöhnte sich an den 1-Uhr-Nachtschlaf, er gewöhnte sich daran, nach 9 Uhr keinen Liter mehr zu schlürfen, nicht mehr das Brot zu jedem Belieben auf dem Wirtschaftstisch zu finden.

Die verschwundene Schlagfahne als Kriegereignis zu erwähnen, ist kaum erlaubt. Denn was wollen die weiblichen Sühmäuler, die ihr ein wenig nachtraueren, bedeuten gegen das Heer von Frauen, die mit verwunderlicher Kraft in Pflicht und Arbeit sich dem Kriegsorganismus eingliederten. Der Frau gab der Krieg eine Wirkungsmöglichkeit in Breite und Tiefe, um die sie im Frieden vorausichtlich noch Jahrzehnte hätte kämpfen müssen. Jetzt, da Frauen und Mädchen schon so viele Monate lang Briefe austragen, Straßenbahnen führen, auf dem Rutschbock der Postwagen regieren, als Fahrstuhlführer und Gastassierer, in der Straßenreinigung und selbst in der so unweiblichen Anstrengung der Pflasterarbeit sich mühen, will uns das alles selbstverständlich dünken.

Längs gewohnt auch sind uns die Scharen zahlloser Liebesgaben- und Rote-Kreuz-Helferinnen in den Straßen, in den Speisewirtschaften. In regelmäßigen Zwischenräumen bevölkerten „Sammelstage“ Berlins äußeres Bild mit festlich gekleideter Weiblichkeit, die die Opferstöcke des Krieges schwang.

Die Fahne mit dem roten Kreuz im weißen Felde weht auch vor manchem Privathaus. Aber sie ist, nimmt man den „Hindenburg“ am Königsplatz, das Kriegsmosaik am Wittenbergplatz und ähnliche Einrichtungen in den Vororten dazu, fast das einzige überall sichtbare Kriegssymbol in Berlin. Auch die öffentliche Schaustellung von Kriegstrophäen ist in bescheidenen Grenzen geblieben. Von einem Nebenbei der Kriegswirkungen, dem Kampf gegen die Fremdsprachen in Ladenschildern und Plakaten ist vorläufig noch wenig zu spüren. Mit Befriedigung kann man am Ende des zweiten Kriegsjahres feststellen, daß die Kinderkrankheiten kriegswirtschaftlicher Notwendigkeiten in einer Millionenstadt wie Berlin fast verschwunden sind. Die Polonäsen vor den Lebensmittelläden sind beinahe ausgetanzt. Die Anpreisung von allerlei „Ersatz“ und von bedenkliehen Nebenwegen, die um Verordnungen herumführen sollen, ist weniger ausdrücklich geworden. Der Verkehr läuft, wenn auch eingeschränkt, ohne Störungen. Das Auto freilich ist selten, und der Autobus dahin bis auf eine letzte Linie, die durch die Friedrichstraße faucht.

Ausländer — soweit sie nicht mit vorgefärbten Brillen auf den neutralen Augen in Berlin ankommen — wundern sich immer wieder, wie wenig im Grunde sich das äußere Bild Berlins geändert hat. Es läßt sich auch mit einer Sammlung von Nahrungsmittelläden in der Tasche leben. In einem freilich hat sich die Psychologie des Berliner grundsätzlich geändert: während im Frieden meist der Käufer und der Gast anspruchsvoll und öfter grob waren, gibt jetzt das Butterfräulein, der „junge Mann“, der Wirt und der Kellner einen oft überbismärkischen Ton berlinischer Kleinhandelsdiplomatie an. Auch das gesündeste Volk kann zwei Jahre Weltkrieg nicht ohne Nervenreizung tragen. Sieht man aber, wie nach wie vor die Theater gut besetzt, die Kaffeehäuser überfüllt sind, wie der Groß-Berliner Gemeindeflex und private Unternehmungslust weit angelegte kommunale Arbeiten mit emsiger Rührigkeit weiterführen — die Nord-Südbahn, den Ausbau des Westhafens, das Theater am Bülowlplatz, die Hedemannstraße, der Lindentunnel, der Ausbau Neuköllns, der Zukunftsbahnhof Friedrichstraße — so wird man um die Kriegsgesundheit der Reichshauptstadt nicht hange. Und man kann es mit gutem Humor Pariser und Londoner Blättern überlassen, die etwas verringerte körperliche Majestät unserer Wüstenkönige im Zoo, und das (nicht übelstimmende) Schmorstück vom Seehund, das der erhöhte Kriegsdrang nach dem Ueberraschenden und Wunderlichen auf die Speisekarte gebracht hat, in ihrer Mappe verzeichneter Karikaturen vom Bilde Berlins zu legen.

K. E. K.

6. Juni 1916

143

(Die städtische Armenpflege in der Kriegszeit.) Eine hervorragende Tätigkeit entwickelte in den abgelaufenen zwei Kriegsjahren die Abteilung XI des Magistrats, welcher die offene Armenfürsorge für erwachsene Personen obliegt. Ist die von dieser Abteilung zu bewältigende Aufgabe schon in Friedenszeiten eine ungeheure, so wächst sie naturgemäß im Kriege um so mehr ins Riesenhafte, als zu ihren gewöhnlichen Agenden noch die eigentliche Kriegsfürsorge tritt. Die Armenauslagen der Gemeinde Wien sind für das Jahr 1916/17 mit 305 Millionen veranschlagt, von welcher Summe weitaus der größere Teil auf die offene Armenpflege entfällt, während die Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen innerhalb der zwei Kriegsjahre an laufenden Unterstüzungen über 2 Millionen und an einmaligen Zuschüssen 811.872 K. verausgabt hat. In Friedenszeiten betrug das tägliche Erfordernis der Stadt Wien für Bargeldunterstützungen beiläufig 2500 K., jetzt in der Kriegszeit ist es auf nahezu das Doppelte gestiegen. Daß ein Amt, welches derartige Summen von Gemeindegeldern zu verwalten hat, einer tüchtigen Leitung bedarf, ist selbstredend. Armenreferenten der Stadt Wien waren daher stets nur die befähigtesten und vertrauenswürdigsten Magistratsräte. Gegenwärtig ist mit der Leitung der Abteilung XI Magistratsrat Dr. Winkler betraut, der, länger als ein Jahrzehnt in der Abteilung tätig, sich voll und ganz bewährt hat. Dessen Stellvertreter sind die Magistratssekretäre Hofner und Dr. Hornel. Der erstere hat sich hervorragende Verdienste um die Errichtung der Arbeitsvermittlung für Invalide erworben und wurde vor kurzem als Fachmann auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung zum Vorstand des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes ernannt. Dr. Hornel hat durch seine ausgezeichneten Broschüren über Arbeitslosenversicherung, über die Militärversorgungsgenüsse und das Gesetz über den Unterhaltsbeitrag umfassendes Wissen und scharfes Denken auf diesen wichtigen Gebieten bewiesen und sich mit der Veröffentlichung einen geachteten Namen unter den Fachschriftstellern gemacht. Außer diesen leitenden Personen besitzt die Abteilung einen Beamtenstand von 51 Personen, darunter 15 Damen. Der Akteneinlauf beträgt jährlich über 100,000 Stück. Angegliedert an

die Abteilung ist die städtische Beratungsstelle für Kriegsinvalide, die unter der Leitung des Magistratsoberkommissärs Dr. Liehl eine überaus segensreiche Tätigkeit entfaltet und, wie ihre täglich steigende Frequenz zeigt, sich großer Beliebtheit bei den Invaliden erfreut.

**(Die städtische Armenpflege in der Kriegszeit.)**

Eine hervorragende Tätigkeit entwickelte in den abgelaufenen zwei Kriegsjahren die Abteilung XI des Magistrats, welcher die offene Armenfürsorge für erwachsene Personen obliegt. Ist die von dieser Abteilung zu bewältigende Aufgabe schon in Friedenszeiten eine ungeheure, so wächst sie naturgemäß im Kriege umsomehr ins Riesenhafte, als zu ihren gewöhnlichen Agenden noch die eigentliche Kriegsfürsorge tritt. Der Altkeneinlauf beträgt jährlich 100000 Stück. Als Leiter fungiert Magistratsrat Dr. W i n k l e r, dem Sekretär Dr. S o r n e l beigestanden ist. Die Armenabteilung hat 51 Stellen, darunter 15 von Damen verwaltete. Angegliedert ist die städtische Beratungsstelle für Kriegsinvalide unter der Leitung des Oberkommissärs Dr. L i e b l.

**Empfang Adrianopeler Gäste im Rathause.**

Eine Abordnung aus Adrianopel, bestehend aus dem Bürgermeister Achmed Bey, Abgeordneten Faik Bey und Chef-Ingenieur Mehmed Sabri, die gegenwärtig studienhalber und zur Abwicklung von Geschäften in Wien sich aufhält, wurde am 8. August 1916 vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner im Rathause empfangen. Die Mitglieder der Abordnung interessierten sich für verschiedene städtische Einrichtungen und äußerten sich bei dieser Gelegenheit in Worten des vollsten Lobes über die Eindrücke, die sie während ihres Aufenthaltes in Wien empfangen haben.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner überreichte dem Bürgermeister von Adrianopel ein Prachtalbum der Stadt Wien, begrüßte die Abordnung mit herzlichen Worten und gab seiner aufrichtigen Freude Ausdruck, daß die Abordnung auf ihrer Studienreise den Weg in die alte Donaufstadt gefunden habe. Dies sei umso bedeutungsvoller, als es in einer Zeit geschehe, in der unsere Motorbatterien auf türkischem Boden stehen und ottomanische Soldaten Schulter an Schulter mit österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen gegen einen gemeinsamen Feind kämpfen. Diese Verbrüderung, die der furchtbare Krieg geschaffen, werde auch in Friedenszeiten fortbestehen und, wie er hoffe, eine innige wirtschaftliche Verbindung herbeiführen. Der Bürgermeister schloß, er sei der festen Überzeugung, daß der Verkehr der Städtevertretungen miteinander geeignet sei, die Gefühle aufrichtigster Freundschaft zu mehren und das beiderseitige Vertrauen noch mehr zu festigen.

Auf die Worte des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner antwortete im Namen des Bürgermeisters Achmed Bey, der der deutschen Sprache nicht mächtig, Konsul Bondy Bey folgendes:

„Wir fühlen uns hochgeehrt, von dem Bürgermeister der Stadt Wien begrüßt worden zu sein. Wien ist nicht nur die Millionenstadt eines großen und mächtigen Reiches, sie ist auch ein Mittelpunkt der höchsten Kultur, wo Wissenschaft und Kunst gepaart ist mit dem edlen Sinne einer zielbewußten Bürgerschaft, die es verstanden hat, das Möglichste an öffentlicher Wohlfahrt und munizipialer Musterwirtschaft zu erreichen. Wir Adrianopeler können nur da bewundern und wünschen, daß es uns gelingen möge, einiges aus ihrer hohen, verfeinerten Kultur zu uns zu verpflanzen.“

In einer Beziehung halten wir auch einen Vergleich mit der mächtigen Hauptstadt an der Donau aus, das ist die historische Erinnerung. Auf eine dreitausendjährige Vergangenheit blickt unsere Stadt zurück, der volkstümliche deutsche Kaiser Friedrich Barbarossa hielt sich längere Zeit bei uns auf. Bis 1877 war Adrianopel eine blühende Stadt, reich an wirtschaftlichen Produkten und auch die Hausindustrie stand bei uns in voller Blüte. Der Überfall des Moskowiters, die Balkankriege und der Weltkrieg haben die Stadt hart mitgenommen. Wir kamen jetzt hierher, um Maschinen, Werkzeuge und Geräte zu kaufen, um unsere Werkstätten zu vergrößern und durch Schaffung von Arbeiten das Los Tausender zu verbessern. Bei diesem humanitären Werke rechnen wir auf die Unterstützung unserer österreichisch-ungarischen und reichsdeutschen Verbündeten und hoffen, daß uns die Regierungen der beiden großen Reiche mit Rat und Tat an die Hand gehen werden. Wir wollen durch eigene Kraft und mit eigenen Mitteln uns wieder emporarbeiten und die Stadt zu neuer Blüte bringen.“ Der Redner dankte neuerlich dem Bürgermeister und schloß mit einem Hoch auf denselben und die gesamte Bevölkerung.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte, daß die Bürgerschaft von Adrianopel sich der wärmsten Sympathien der Wiener Gemeindevertretung versichert halten könne.

Bei diesem Begrüßungsakte waren auch Botschaftsrat Blaque Bey, der für Wien neuernannte türkische Generalkonsul Dr. Husny Bey, sowie die Vize-Bürgermeister Hierhammer und Rain anwesend.

11. Juli 1916

146

\* Der Berliner Magistrat über die neue Straßenordnung. Der Berliner Magistrat hat beschlossen, gegen den Vorschlag Bedenken zu erheben, daß den Fußgängern das Rechtsausweichen vorgeschrieben werden soll. Der Magistrat ist der Meinung, daß eine feste Ordnung nur für die Fahrstraßen notwendig und am Plage ist, daß es dagegen bedenklich erscheine, den Fußgänger für jede seiner Bewegungen auf dem Bürgersteig verantwortlich zu machen und einer Strafanzeige auszusetzen. Aus dem gegenwärtigen Zustande, nach dem der Polizei eine bedeutende Einwirkung auf den Fußgängerverkehr bereits zusteht, haben sich keineswegs Schwierigkeiten ergeben. Es darf aber angenommen werden, daß die abweichende Auffassung des Magistrats das baldige Zustandekommen der neuen Straßenordnung nicht gefährden wird.

**Altonaer  
Gemeindeangelegenheiten.**

**Erhöhung des Gaspreises.**

Die Kommission für Gas, Wasser und Elektrizität, Rammerei-Kommission und Kommission zur Reform der Steuer-, Bau- und Wohnungspolitik stellen bei den Städtischen Kollegien folgenden Antrag:

Die durch den Krieg bedingte außerordentliche Erhöhung des Geldbedarfes zwingt die städtischen Verwaltungen, sich nach neuen Einnahmequellen umzusehen. Einer Anregung aus den Kreisen der Stadtverordneten heraus folgend, haben wir die Frage der Erhöhung der Gaspreise einer Prüfung unterzogen. Die Gas- und Wasserwerke haben im letzten Verwaltungsjahre nicht mehr die gleichen Ueberschüsse wie in früheren Jahren erzielt. Trotzdem der Ueberschuß beim Wasserwerk um 100 000 Mark zurückgegangen ist, muß von einer Deckung des Ausfalls durch Erhöhung des Wasserpreises abgesehen werden.

Der durch höhere Aufwendungen für Betriebslöhne und Materialien sowie für Gaslohlen bedingte Minderüberschuß des Gaswerks erreicht fast die gleiche Summe und kann nur durch eine Erhöhung des Gaspreises ausgeglichen werden, zumal die Sommerzeit auf die Entwicklung der Gasabgabe ungünstig eingewirkt hat.

Da der Preis für jedes durch Automatenanlagen abgegebene Kubikmeter Gas vertragsmäßig mit der Gasverwertungs-Genossenschaft G. m. b. H. auf 16 Pfg. festgelegt ist, bedarf es zur Erhöhung dieses Gaspreises der Zustimmung der Genossenschaft. Letztere hat sich mit einer Erhöhung des Vertragspreises bis zum 1. April 1918 ohne weiteres einverstanden erklärt, verlangt jedoch, falls der Preis für das durch Automaten abgegebene Gas auch noch nach dem 1. April 1918 höher als der Vertragspreis bleiben sollte, daß die ihr zustehende Vergütung nicht auf 5 Pfennig für 1 Kubikmeter festgesetzt wird, sondern für die Zeit der Erhöhung auch in der bisherigen Höhe von 6 Pfennig weiter bestehen bleibt.

Es wird daher beantragt, sich hiermit einverstanden erklären zu wollen und zu beschließen, daß der Gaspreis für alle Abnehmer und alle Verbrauchszwecke — mit Ausnahme der städtischen Verwaltungen — um zwei Pfennig für ein Kubikmeter erhöht wird

und zwar mit Wirkung vom 15. August 1916 ab bis zum 1. April 1918.

Die Mehreinnahme durch diese Preis-erhöhung wird für ein volles Verwaltungsjahr auf ungefähr 330 000 Mark geschätzt.

11. Juli 1916

148

## Allgemeine Nachrichten.

### Förderung des Anbaues von Nahrungs- und Futtermitteln durch die Gemeinde im Jahre 1916.

Im Sinne des Stadtrats-Beschlusses vom 3. August 1916, P. Z. 7725, wird nachstehender Bericht des Magistratsrates Dr. Ehrenberg, Vorstandes der Magistrats-Abteilung III, vom 14. Juli 1916, N. Abt. III, 9078, veröffentlicht:

Wien, am 14. Juli 1916.

An den Stadtrat!

Die im Vorjahre über Anregung des Herrn Bürgermeisters eingeleitete Aktion zur Förderung des Anbaues von Nahrungs- und Futtermitteln im Gemeindegebiete von Wien, die von so schönen Erfolgen begleitet war, war zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 19. August 1915, P. Z. 8874, auch im Jahre 1916 fortzusetzen.

Da der Anbau in diesem Jahre schon seit längerer Zeit vollendet ist, wird im Folgenden das Ergebnis dargestellt:

#### A. Anbau im Eigenbetriebe der Gemeinde.

I. Auf den der Gemeinde von der k. k. priv. allgemeinen österreichischen Boden-Kredit-Anstalt, zum kleinen Teile auch vom Stifte Klosterneuburg unentgeltlich zur Verfügung gestellten rund 137 ha großen Gründen zwischen der ehemaligen Ortschaft Leopoldau und der Nordbahnstrecke, sowie jenseits der Nordbahnstrecke gegen die Gerasdorferstraße zu, wurden im Eigenbetriebe der Gemeinde rund 60.5 ha mit Winterroggen, 32.72 ha mit Hafer, 38.5 ha mit Kartoffeln, 5 ha mit Bohnen, 0.4 ha mit Linfen und 300 m<sup>2</sup> mit Sonnenblumen bebaut. Der Anbau ist vollendet. Alle Früchte sind gut aufgegangen.

Die Leitung des Betriebes oblag der Stadtgarten-Direktion, welche das Arbeitspersonal (meist weibliche Hilfsarbeiter) aufnahm. Pferde und Kutscher, sowie Pflüger wurden vom städtischen Fuhrwerksbetriebe, sowie von der Direktion der Stellwagen-Unternehmung zur Verfügung gestellt.

Auch heuer mußte der Grund zuerst mit dem Dampfflug aufgebrochen werden. Für das zweite Umpflügen wurden die im Vorjahre angekauften Pflüge verwendet, ferner zwei Eggen und zwei Walzen.

II. In der Lobau wurden im Eigenbetriebe der Gemeinde 49.79 ha Roden- und Wiesenflächen bebaut, und zwar 12.85 ha mit Frühkartoffeln, 27.98 ha mit Spätkartoffeln, 8.46 ha mit Mohar und 0.5 ha mit Sonnenblumen.

Den Betrieb leitete der städtische Forst-Inspektor mit dem dortigen städtischen Forstpersonale. Ein kleiner Teil der Flächen, der in den Anbau neu einbezogen wurde, mußte vor dem Anbau erst gerodet werden.

Die Heeresverwaltung stellte für die Arbeiten wieder russische Kriegsgefangene nebst landwirtschaftlich geschultem Aufsichtspersonale zur Verfügung. Die Gefangenen werden auf Kosten des Militärärars gepflegt und bequartiert und erhalten von der Gemeinde als Zubuße Kostaufbesserung und Tabak.

III. In den städtischen Baumschulen und Reservegärten wurden im Eigenbetriebe der Gemeinde durch die Stadtgarten-Direktion rund 21.450 m<sup>2</sup>, hievon 7200 m<sup>2</sup> mit Kartoffeln, der

**(Die Tätigkeit der Gemeinde im Kriege.)**

In unserm Berichte über die rege Arbeit, die unsre Stadtverwaltung im Kriege zu leisten hat, wurden zwei städtische Aemter zu erwähnen vergessen, an welche außergewöhnlich erhöhte Anforderungen gestellt worden sind. Es sind dies das Konstriptionsamt und das Exekutionsamt, von welchen ersteres nicht nur die gesamte Mobilisierung in Wien, sondern auch mit Hilfe des Exekutionsamtes die Durchführung des staatlichen Unterhaltsbeitrages an die Familien der Eingerückten zu besorgen hatte. In den zwei Kriegsjahren wurden, trotzdem 30 Prozent der Beamten des Exekutionsamtes eingerrückt sind, zirka 420,000 Anmeldungen wegen Zuerkennung des staatlichen Unterhaltsbeitrages beim Wiener Magistrat eingebracht; über jede einzelne Anmeldung mußten im Wohnorte des Gesuchswerbers die gemachten Angaben überprüft und darüber Erhebungen gepflogen und genauer Bericht erstattet werden. Diese überaus große Arbeit umfaßt seit zwei Jahren nebst Erhebungen für das städtische Marktamt: Feststellung der eingestellten und eingeschränkten Betriebe, Anzahl der entlassenen Arbeiter, Gewerbeanmeldungen, Steuererhebungen, Unfallversicherungen und Krankentassenerhebungen, Pensionsversicherung, Portalauftellung und Mitwirkung bei den Aufnahmen von Mehlvorräten; für das Konstriptionsamt: Zählung der Arbeitslösen, Pferde- und Wagenzählung, Ausmittlung von Lokalitäten für Mannschaftsbequartierung, Ausmittlung von Lokalitäten zur Unterbringung von Kraitwagen und Pferden, Ermittlung von Lokalitäten für

Depotzwecke, für Flüchtlinge und Verwundete, Ermittlung geeigneter Arbeiter für Kriegarsenalarbeiten, Meldungsaufnahme der Musterungspflichtigen; für die Finanzprokuratur: Erhebungen jener Steuerzinsen, gegen welche anhängige Lohnlagen wegen Einrückung zur Militärdienstleistung einzustellen sind; für die Steueradministrationen: Erhebungen der eingerückten Gewerbetreibenden wegen Steuernachsicht; für die Kriegsfürsorge und Approvisionierung: Mitarbeit als Uebernahmungsorgane in der Woll- und Kautschukwoche, Ausforschung von Privatgärten und Grundflächen für den Gemüsebau; für das Gesundheitswesen: Sanitätserhebungen anlässlich der Blatternerkrankungen. Auch die Invalidenfortbezahlung sowie die Recherchen darüber sind so wie alles Obige vom Exekutionsamte zu erledigen. Besondere Verdienste haben sich der Direktor des Exekutionsamtes kaiserlicher Rat Franz Alinger und Vizedirektor Ferdinand Janaschek erworben.

13. VIII. 1916

152

## Gemeinderreform.

Von Universitätsprofessor Dr. Carl Brodthausen.

(Siehe Nr. 18649 und 18656 der „Neuen Freien Presse“ vom 23. und 30. Juli 1916.)

Wien, im August.

## III.

## Die Personen in der Gemeinde.

Das Gebiet der Gemeinde haben wir von der erhöhten Warte eines Turmes überschaut; um das zweite Lebens-  
element der Gemeinde, die Personen kennen zu lernen,  
müssen wir auf den Markt hinabsteigen. Vorerst aber ein  
Blick in das Gesetzbuch. Das Gesetz umfaßt alles, was an  
Menschen in der Gemeinde sich aufhält, mit den Worten:  
„Personen in der Gemeinde“ und teilt diese in drei Gruppen  
ein: Angehörige, Genossen und Auswärtige. Diese drei  
Namen sprechen deutlich; jedes Wort ist ein Programm; es  
verkündet die grundverschiedene Behandlung jeder Gruppe.

Zweifellos stehen die Angehörigen, auch Zuständige  
und Heimatsberechtigte genannt, der Gemeinde am nächsten;  
das Gesetz sieht in ihnen den Grundstock der Gemeindeglieder,  
die Bevorzugten, sozusagen die Nachkommen der  
Ureinwohner; denn ihr Heimatsrecht erbt sich fort von Ge-  
schlecht zu Geschlecht. Das Gesetz verleiht ihnen besondere  
Vorrechte; sie genießen das Recht des ungestörten Auf-  
enthaltes; sie und ihre Familien; niemand, weder die Ge-  
meinde noch der Staat, kann sie von dort vertreiben; das  
Wahlrecht begünstigt sie; sie nehmen an allen Vorteilen  
der Gemeinde teil; sie allein haben Anspruch auf Armen-  
versorgung.

Die zweite Gruppe ist nicht ganz so gut gestellt;  
wie schon ihr Name andeutet, sind sie nur die „Genossen“  
der Angehörigen; zwar bilden sie mit diesen zusammen die  
Klasse der Mitglieder und nehmen so gleichfalls an den  
Rechten und Pflichten teil; aber gewisse Vorzüge, ins-  
besondere beim Wahlrecht, sowie der Anspruch auf Armen-  
versorgung entfallen für sie. Auch mit ihrem unbedingten  
Aufenthaltsrecht ist es schlechter bestellt und insbesondere  
gilt diese Begünstigung für ihre Familienglieder gar nicht,  
da die Eigenschaft, Genosse zu sein, sich nicht auf  
die Familienmitglieder erstreckt. Diese Genossen stehen  
nicht notwendig in einer direkten persönlichen Be-  
ziehung zur Gemeinde; das Band wird vielmehr in  
der Regel vermittelt durch Sachbesitz, durch Eigen-  
tum an Grundstücken, Häusern, durch Gewerbebetrieb,  
durch Steuerleistung an den — Staat. Man kann in vielen  
Gemeinden Genosse sein, überall, wo man Immobilienbesitz  
hat; sogar jeder Ausländer, der hier eine Parzelle kauft,  
wird Gemeindegenosse.

Die dritte und letzte Gruppe, „die Auswärtigen“, be-  
zeichnenderweise auch „Fremde“ genannt, würdigt das Gesetz  
kann einer Bemerkung, sie können unter gewissen Voraus-  
setzungen „ausgewiesen werden“. Es ist der Standpunkt  
des Hausherrn gegen Eindringlinge. In die dritte Gruppe  
gehören alle übrigen Personen in der Gemeinde“. Wie ge-

sagt, diese Einteilung läßt an Deutlichkeit nichts zu  
wünschen übrig; wir sehen drei Menschengruppen von sehr  
verschiedener Bewertung.

So spricht das Gesetz. Entspricht dies auch dem wirk-  
lichen Leben? Um dies zu prüfen, sind wir ja auf den Markt  
hinabgestiegen. Da sehen wir die Verkäufer vom Lande:  
daß sie Gemeindefremde sind, ist begreiflich, sie sind ja die  
Zugereisten, die nach wenigen Stunden den Markt verlassen  
ebenso wie die Durchwanderer, die Touristen, Landstreicher  
und Wandergesellen; aber daß in dieselbe Klasse der Fremden  
auch die überwiegende Zahl der Einkäufer, der Konsumenten  
gehören, die in der Gemeinde leben und wohnen, ebenso die  
Arbeiter und überhaupt fast alle, die nicht Haus und Hof  
besitzen, das bestrebt doch. Unser Auge sucht die fürnehmste  
Gemeindeklasse, die Angehörigen: ist sie vielleicht unter den  
selbsthaften Ladenbesitzern, den Gewerbetreibenden, den Haus-  
herren zu finden? Auch das keineswegs mit Sicherheit; denn  
die Eigenschaft, Besitzer und Steuerzahler zu sein, sichert  
ihnen zwar die Mitgliedschaft zweiter Klasse, das „Ge-  
nosse“ sein, aber zugehörig zur Gemeinde sind sie darum noch  
lange nicht. Auch der reiche Fabrikant, der dort selbst-  
bewußt durch die Straße geht, weil er den halben Ort be-  
schäftigt, ist ob dieser Eigenschaft ebensowenig zuständig  
wie seine Angestellten, obwohl die Gemeinde für sie Mittel-  
punkt des Lebens, Erwerbstätte und Wohnsitz ist. Jetzt  
öffnen sich die Pforten des Schulhauses und die Jugend des  
Ortes strömt heraus, die „Kinder der Stadt“, und erstau-  
nend hören wir, daß vielleicht zwei Drittel dieser hier Geborenen  
„Gemeindefremde“ sind, auch solche, deren Väter Gemeindeg-  
nossen sind.

Aber irgendwo muß man doch die sichere Klasse der  
Zuständigen erkennen können! Gewiß; da kommt der  
Schubwagen und ihm entsteigen bedenklige Gesellen, kom-  
promittierte Frauenzimmer und ähnliches Gelichter — diese  
unfreiwilligen Ankömmlinge sind die ganz sicheren Ange-  
hörigen der Gemeinde. Auch im Armenhause finden wir  
bestimmt und ausnahmslos diese „meistbegünstigten“  
Personen der Gemeinde beisammen. Und endlich noch ein  
sicherer Fall: da erscheint der Staatsbeamte mit seiner  
Familie; gestern trafen sie ein und heute schon sind sie  
zuständig; lauter Fremdlinge, die sich hier fremd fühlen und  
auch fremd bleiben wollen; denn übers Jahr schon werden  
sie verjagt.

So sehen wir, wenn wir offenen Auges durch eine  
Gemeinde wandern, einen seltsamen Widerspruch zwischen den  
Bestimmungen des Gesetzes und dem wirklichen Leben. Das  
Selbstverständliche wäre doch, daß jene Personen rechtlich der  
Gemeinde am nächsten stehen, deren ganzes Leben mit ihr  
aufs innigste verknüpft ist, und daß jene Personen der Ge-  
meinde fern stehen, deren Interessenkreis mehr außerhalb  
liegt; aber gerade das Umgekehrte ist bei uns Gesetz. Die  
Erklärung des Widersinnes ist bald gefunden; er ist näm-  
lich historisch begründet. Als vor fünfzig Jahren das Gesetz  
gemacht wurde, da bildeten die Heimatsberechtigten zugleich  
den Grundstock der Bewohner und Besitzer in der Gemeinde;  
das Gesetz entsprach damals dem wirklichen Leben; denn die  
Geburtsgemeinde war zugleich die der Jugend, des Erwerbes  
und des Alters, das elterliche Haus war die Wohnstätte  
vieler Generationen, Wiege und Grab standen räumlich nahe  
beieinander. Gerade damals aber setzte die große, freizügige  
Wanderbewegung ein, Väter und Söhne gingen verschiedene  
Wege — nur das Gesetz blieb stehen, die rechtzeitige, schritt-  
weise Anpassung blieb aus, und so entstand der klaffende  
Widerspruch, den eine grundlegende Reform endlich  
beseitigen muß.

Mr. Asquith hat in seiner Rede darüber Klage geführt, daß Deutschland im besetzten Gebiet Belgiens und Frankreichs Werkstätten und Fabriken zerstört und große Mengen Maschinen und Rohstoffe weggeführt habe, ohne von den Menschen zu sprechen, die nach den Industriezentren Deutschlands und Oesterreich-Ungarns geschickt worden seien. Die Wiederherstellung des verwüsteten Gebietes sei die allererste Forderung der Alliierten und müsse sowohl die Erziehung der Rohstoffe, wie die industriellen Maschinen, Ackerbauwerkzeuge, Vorräte und Handelsschiffe einschließen.

Was zunächst die Menschen anlangt, so sind meines Wissens lediglich aus Polen dort beschäftigungslos gewordene Personen durchaus mit ihrem Einverständnis nach den Industrievierteln engagiert worden. In Westen sind solche nur zur Vornahme von Erntearbeiten nach anderen Teilen Nordfrankreichs oder Belgiens überführt worden. Das war bei dem Aus Hungerskrieg, den England gegen uns führt, eine unbedingt notwendige Maßnahme. Erstere können nach Ablauf ihres Arbeitskontrakts, letztere nach Beendigung der Erntearbeiten zurückkehren.

Aber wir haben hier eine sehr ernste Gegenrechnung aufzumachen. Wie viele Zivilpersonen haben die Russen aus Galizien, der Bukowina und aus Ostpreußen, wie viele die Franzosen aus den von ihnen vorübergehend besetzten Teilen des Oberrheins weggeschleppt und lassen sie nicht zurückkehren! Wie haben sich Engländer und Franzosen gegen die deutsche Zivilbevölkerung in den deutschen Schutzgebieten, wie in Ägypten benommen. Alle Deutschen ohne Unterschied des Geschlechts haben sie gefangen gesetzt, durch Schwarze bewacht, sie ihres Eigentumes beraubt, sie zu Arbeiten gezwungen, die in den Tropen nur Schwarzen zugemutet werden können, und sie schließlich bestenfalls aus den Kolonien nach England oder nach neutralen Staaten weggeführt; letzteres natürlich nur — soweit es sich um nicht in dienstfähigem Alter stehende Männer handelte.

Daß durch den Krieg in Belgien wie in Frankreich, in Rußland wie in Serbien sehr viel zerstört worden ist, läßt sich nicht bestreiten. Es fragt sich nur, von wem? Wie viel kommt dabei auf englische, französische, russische usw. Geschosse und Brandlegungen? Hören wir doch täglich, daß französische und englische Fliegerbomben schweren Sachschaden in französischen und belgischen Ortschaften anrichten, daß ihnen vorwiegend Angehörige der dortigen Zivilbevölkerung zum Opfer fallen. Was bei den Kämpfen zwischen den feindlichen Heeren zerstört wird, dafür hat das Land aufzukommen, in dem der Krieg sich abspielt. Bleibt es Sieger, so kann es aus der im Friedensschluß aufgelegten Kriegsschadigung sich Ersatz dafür holen. Aber schon wenn die Partii Remis bleibt, wird die Gegenrechnung aufgemacht, und die ist bei uns nicht klein. Denn was haben die Russen nicht im Kampfe mit den Österreichisch-ungarischen und anderen

Mitglieder zu reden; gemeinsame Beziehungen zwischen den Schülern, Armenhäusern und Ausgewanderten einerseits und andererseits den Haus- und Grundbesitzern und den Steuerzahlern bestehen so gut wie gar nicht; und ebensowenig sind die Auswärtigen, die sich sowohl aus dauernden Zuwohnern als aus Durchzügler zusammenzusetzen, eine wirkliche zusammenhängende Personengruppe.

So verbindet diese Einteilung, was das Leben trennt, und zerstückt, was sonst verbunden wäre. Genau so, wie die Gemeinde selbst vereinzelt und atomisiert ist, atomisiert und vereinzelt diese Gruppierung auch die Personen in der Gemeinde. Die weitere Folge ist die Unmöglichkeit, aus den so zerrissenen Personengruppen eine aktive Gemeinbürgerschaft zu bilden, die für ein kräftiges Gemeindeleben die Unterlage bilden würde. Gemeinde bedeutet ja Personengemeinschaft; aber so sehr ist der Begriff der Gemeinbürgerschaft innerhalb der Gemeinde verloren gegangen, daß heute der Ausdruck Bürger so viel bedeutet wie Pfründner oder doch Anwärter auf eine Pfründe, eine Gemeindeunterstützung. Man spricht gern von einer Reform der Gemeindeverfassung und wünscht eine entsprechende Gemeindevertretung; aber vorerst muß die Grundlage in einer richtigen Personengruppierung gefunden sein.

Mit diesem Einblick in die Welt der Tatsachen ist eigentlich der Gesichtspunkt für die Reform auch schon angedeutet: die Rechtsverhältnisse der Personen müssen wieder in Einklang gebracht werden mit ihrer wirklichen Stellung in der Gemeinde; die Personen, auf welchen die Gemeinde aufgebaut werden soll, müssen möglichst genau dieselben sein, deren Dasein in der Gemeinde verankert ist. Hier gibt es nun eine sehr radikale Richtung, die kurzweg alles, was in der Gemeinde Menschenantlitz trägt, gleichstellen will, um durch ein uniformes Wahlrecht dieser Summe von Personen das Gemeinderegiment in die Hand zu geben. Diese Radikalur verblüfft durch ihre Einfachheit; sie hätte zunächst zur Folge, daß ungemein viel Geld bewilligt würde für öffentliche Einrichtungen von denjenigen, die nur an der Nutznießung, nicht an der Leistung beteiligt sind. Es ist bekannt, wie schulfreundlich der Bauer dann ist, wenn ein Gutsherr so ziemlich den ganzen Schulbau zu zahlen hat, wie bereit Arbeiter zu sozialer Fürsorge sind, die der Fabrikant allein trägt. Bei solcher Gemeindeverfassung würde die Gemeindevirtschaft in bedenkliches Fahrwasser geraten, gemäß einer offenbar tief in der Menschenbrust eingepflanzten Neigung, am liebsten solche Steuern zu bewilligen, die ein anderer zahlt. Noch eine zweite bedenkliche Seite hätte diese auf den Umsturz der Gemeindeverhältnisse gerichtete Reform: die Ueberflutung der Seßhaften durch die Zuzügler, die systematische nationale Eroberungspolitik wäre in die Wege geleitet.

Gleich fern von solcher Radikalur und von dem ängstlichen Beharren auf einem längst unhaltbar gewordenen Zustand wäre eine Reform, welche sich in erster Linie auf die Dauerbewohner der Gemeinde stützt; diesen zunächst kämen dann die Sachbesitzer, und zwar in jenem Abstände, in welchem die persönliche Verbindung zur Gemeinde einer durch bloßen Sachbesitz vermittelten vorzuziehen ist, da die Person der Sache gegenüber das Wertvollere ist. Diese beiden Gruppen bilden den Grundstock, wobei naturgemäß jene Personen, die beide Eigenschaften in sich vereinigen, zugleich Dauerbewohner und Träger der Realbesitze sind, aus zweifacher Ursache in den Vordergrund treten. In weiterem Abstände mögen dann immerhin geschichtliche Bande eine gewisse Berücksichtigung finden, ebenso wie die unstillen Elemente, die Zuzügler ungewisser Aufenthaltsdauer eine wenn auch begrenzte Einwirkung erhalten können. Diese Vorschläge kommen auf eine gewisse Umkehrung der heutigen Rechtsverhältnisse hinaus, insofern sie das, was heute auf dem Kopfe steht, wieder auf die Beine stellen. Ihr Radikalismus ist groß; aber er zerstört nicht die Gemeindevirtschaft, sondern festigt sie; gegen Vergeudung der Gemeindegelder enthält sie das Gegengewicht in sich.

Eine Personengruppierung dieser Art schafft Gemeindefinn und Gemeindebürgertum, stellt die Persönlichkeit auf die ihr gebührende erste Stelle, hindert aber dennoch eine Ueberflutung der Seßhaften durch Zuwanderer und gewährt ein Bollwerk gegen nationale Eroberungsversuche.

## Für ein Groß-Berlin.

Aus parlamentarischen Kreisen erhalten wir die folgende Zuschrift:

Die Notwendigkeit, das wirtschaftlich zusammenhängende Gebilde Groß-Berlin zu einer kommunalen Einheit zusammenzuschließen, ist bereits vor dem Kriege anerkannt und durch die Erfahrungen des Krieges aufs neue bewiesen worden. Gewaltig sind die Aufgaben, deren Lösung den Gemeinden übertragen ist, und noch gewaltigere Aufgaben harren ihrer Lösung, wenn erst der Friede eingelehrt sein wird und wenn es gilt, das wirtschaftliche Leben allmählich wieder in normale Bahnen zu lenken. Von dem Umfang dieser Aufgaben kann sich nur der eine Vorstellung machen, der selbst mitten in der Verwaltung steht. Wenn es speziell in Groß-Berlin gelungen ist, sie im großen und ganzen in zufriedenstellender Weise zu lösen, so nur deshalb, weil sich neben den beruflichen Organen der Verwaltung ein endloses Heer von ehrenamtlich tätigen Kräften, von Männern und Frauen aus allen Schichten der Gesellschaft, in den Dienst der Gesamtheit gestellt hat und unermüdet tätig gewesen ist, die Schäden des Krieges wenigstens etwas weitzumachen. Aber wieviel Arbeit und Kosten hätten gespart werden können, wenn Groß-Berlin nicht in so viele Gemeinden geteilt wäre, von denen keine ihre Selbständigkeit auch nur vorübergehend aufgeben wollte!

Man denke nur an das große Gebiet der **Volksernährung**. Heute haben wir ja endlich neben der einheitlichen Brotkarte auch die einheitliche Fleisch-, Kartoffel- und Zuckerkarte, und bald werden wir auch die einheitliche Eierkarte haben. Aber welcher Auseinandersetzungen hat es bedurft, welche Irrungen und Wirrungen liegen hinter uns, bis es endlich gelungen ist, von der Brotkartengemeinschaft, die sich von vornherein so glänzend bewährt hat, auch zu den übrigen Kartengemeinschaften zu gelangen und der Bevorzugung der Einwohner einer Gemeinde vor denen der Nachbargemeinde ein Ende zu machen! Nur wenige Monate hinter uns liegt der Zustand, wo die Anwohner einer Straße Kartoffeln in unbeschränkter Zahl und ohne Karte kaufen konnten, wenn auch häufig nur in der Theorie, während die Anwohner der Nebenstraße, oft sogar der anderen Seite derselben Straße, auf die ihnen zugeteilte Ration angewiesen waren. Diesem Zustande brachte die Bevölkerung kein Verständnis entgegen, mit Recht fragte sie sich, ob ein solches Verhältnis innerlich begründet ist oder ob nicht vielmehr kleinliche Eifersüchtelei, die in Kriegszeiten ganz besonders zu verurteilen ist, derartige Zustände zeitigt.

Arbeiten die Groß-Berliner Gemeinden heute auf dem Gebiete der **Volksernährung** Hand in Hand, haben sie eine gemeinsame Preisprüfstelle und gemeinsame Arbeitsauschüsse zur Regelung des Verkehrs in den wichtigsten Nahrungsmitteln gebildet, so bestehen doch auf andern Gebieten der Kriegsfürsorge noch große Unterschiede. Das gilt in erster Linie für die Regelung der **Unterstützung von Familien der Kriegsteilnehmer**. Das Gesetz schreibt nur Mindestsätze vor, unter die, wenn die Bedürftigkeit anerkannt ist, nicht hinuntergegangen werden darf, es verpflichtet aber gleichzeitig die Lieferungsverbände, das darüber hinaus zum Lebensunterhalt Erforderliche zu gewähren. Dieser Verpflichtung kommen die Groß-Berliner Gemeinden in sehr verschiedener Weise nach. Während die einen sich mit prozentualen Zuschlägen zu der **Mindestsätze** begnügen, haben andere sogenannte Normalsätze ermittelt, die zur Bestreitung des Lebensunterhalts dienen sollen, die aber auch wieder erheblich voneinander abweichen. In der einen Gemeinde wird die Unterstützung des früheren Arbeitgebers bei **Bemessung der kommunalen Unterstützung** mitberücksichtigt, in der anderen bleibt sie außer Betracht, hier wird der **Arbeitsverdienst der Ehefrau oder der Kinder** ganz, dort wird er entweder gar nicht oder nur bis zu einer gewissen Höhe angerechnet, hier wird **Mietsunterstützung** nach diesen, dort nach jenen Grundsätzen gewährt, hier wird die **Gewährung einer Mietbeihilfe** in der Regel von einem **Entgegenkommen des Vermieters** abhängig gemacht, dort erhält jede **Kriegerfamilie** eine bestimmte Mietbeihilfe, gleichviel ob der **Vermieter sich zu einem Mietnachlaß** versteht oder nicht. **Kriegerfrauen**, die von einer Gemeinde in die andere verziehen, die oft nur einige Häuser weiter, eine andere Wohnung nehmen, ohne zu ahnen, daß sie dadurch ihren bisherigen Wohnsitz verlieren, gehen der **Mietbeihilfe** verlustig in allen den Fällen, wo die neue Gemeinde dem zwischen einer **Anzahl Groß-Berliner Gemeinden** getroffenen **Abkommen über die Mietzahlung für Neuanziehende** nicht beigetreten ist.

Derselben **Punktlichkeit** begegnet wir bei der **Erwerbslosenfürsorge**. Während Berlin und einige kleinere Vororte Zuschüsse zu den gewerkschaftlichen Unterstützungen zahlen, mit den **Berufsvereinigungen der Arbeiter und der Angestellten** Hand in Hand arbeiten, von der **Prüfung der Bedürftigkeit** im einzelnen Falle Abstand nehmen und einzig und allein in der **Arbeitslosigkeit** an sich die Voraussetzung für die **Gewährung der Unterstützung** erblicken, prüfen andere Gemeinden peinlichst in jedem Falle die **Bedürftigkeit** und legen dem, der die **Unterstützung** in Anspruch nimmt, **Bedingungen** auf, von deren Erfüllung die **Bewilligung** abhängig gemacht wird. Auch der **Kreis** der für die **Unterstützung** in Betracht kommenden Personen ist ganz verschieden gezogen. Hier werden nur **Arbeiter** im engeren Sinne des Wortes, dort auch **Angehörige des Mittelstandes** unterstützt. Hier ist die **Unterstützung** für alle **gleichmäßig** geregelt, dort wird hinsichtlich der **Höhe** zwischen **kaufmännischen Angestellten** und **Arbeitern** unterschieden. In der einen **Gemeinde** können die **Erwerbslosen** neben der **Unterstützung**, die zur **Fristung des Lebensunterhalts** dient, noch eine **besondere Mietbeihilfe** erhalten, in anderen **Gemeinden** gibt es keine **Mietbeihilfen**. Hier werden nur **völlig Erwerbslose**, dort auch **teilweise erwerbslose** Personen unterstützt.

Nicht einmal das **Verfahren** vor den **Einigungsämtern** ist einheitlich geregelt. In Berlin z. B. bestehen neben den **Miet-Einigungsämtern** besondere **Hypotheken-Einigungsämtern**, während in anderen **Gemeinden** einheitliche **Aemter** sowohl für **Miet-** als auch für **Hypotheken-Angelegenheiten** errichtet sind. Hier erstreckt sich die **Zuständigkeit** der **Einigungsämtern** auf **Wohnungen** von einem **Mietwert** bis zu einer gewissen **Höhe**, dort ist eine **Grenze** nach oben nicht vorgesehen, hier dürfen die **Einigungsämtern** nur **vermittelnd** eingreifen oder **Gutachten** abgeben, dort ist ihnen auch die **Befugnis** zur **Bewilligung** von **Mietbeihilfen** verliehen. Eben-

so sind den **Hypotheken-Einigungsämtern** in den einzelnen **Groß-Berliner Gemeinden** voneinander **abweichende Aufgaben** übertragen.

Auch die **Einrichtungen**, die die **Groß-Berliner Gemeinden** im Interesse des **Mittelstandes** getroffen haben, weisen große **Mannigfaltigkeiten** auf. Das gilt insbesondere von den **Darlehensklassen**, deren **Beleihungsgrenze** ganz verschieden ist, und von den **Maßnahmen**, die im Interesse der **Hausbesitzer** oder der **Hypothekengläubiger** vorgesehen sind. Dazu kommt, daß auch die **Organisation** der gesamten **Kriegsfürsorge** in den einzelnen **Gemeinden** nicht **gleichmäßig** ist. Teils arbeiten die nach dem **Gesetz** gebildeten **Kommissionen** Hand in Hand mit den **Organen** des **Nationalen Frauendienstes**, teils ist eine **scharfe Trennungslinie** zwischen den **öffentlichen Organen** und den **Organen privater Wohltätigkeit** gezogen.

Hätten wir ein **einheitliches Groß-Berlin**, so würde nicht nur eine **Fülle unnützer Schreibereien** vermieden und eine **Menge überflüssiger Arbeiten** erspart, sondern auch die **Quelle großer Unzufriedenheit** auf der einen oder der anderen **Gemeinde** verstopft werden. Die von den **Maßnahmen** ihrer **Gemeindeverwaltung** in **Mitleidenschaft** gezogenen **Personen** fragen nicht nach den **Ursachen**, die sie häufig auch gar nicht zu begreifen imstande sind, sie sehen nur das **Ergebnis**, sie fühlen, daß es **andere besser** haben als sie, sie betrachten die **Organe** ihrer **Wohnsitzgemeinde** als die **Schuldigen** und ergehen sich in oft **durchaus ungerechtfertigten Angriffen**.

Hier **Wandel** zu schaffen, ist ein **Gebot der Notwendigkeit**. Während der **Dauer des Krieges** wird das **naturgemäß** nur bis zu einem gewissen **Grade** möglich sein. Aber auch nach dem **Kriege** gibt es noch **genug große Aufgaben**, deren **einheitliche Lösung** in **gleicher Weise** im Interesse der **Bevölkerung** wie im Interesse der **Verwaltungen** liegt. Die **Bahn** für ein **inniges Zusammenarbeiten** freizumachen, die **organisatorischen Vorbedingungen** dafür zu schaffen, ist **unbedingt erforderlich**. Wir wollen hoffen, daß, wenn die **Zeit** dazu gekommen ist, die **Regierung** sich endlich **entschließt**, ihre **politischen** Bedenken der **Erkenntnis** von der **Notwendigkeit** **praktischen Zusammenarbeitens** unterzuordnen und daß dann auch die **jenigen Groß-Berliner Gemeinden**, die heute noch das **Hauptgewicht** auf ihre **Selbständigkeit** legen, von ihrer **verkehrten Politik** lassen und sich dem **großen Ganzen**, einem **einheitlichen Groß-Berlin**, als **dienendes Glied** anschließen.

18. Juli 1916

158

Sonder-Abdruck

# Wien während des Krieges.

(Vierundzwanzigste Folge.)

Seit anfangs Juli tobt die allgemeine große Offensive des Bierverbandes an allen Fronten. Daß sie örtliche Erfolge erzielte, ist bei dem ungeheuren Einsatz von Kräften und ihrer massenmörderischen Verwendung selbstverständlich. Zu den gebrachten Opfern an Menschenleben steht aber das Erreichte nicht in angemessenem Verhältnis und ob durch die fortdauernden Anstrengungen ein Umschwung der Kriegslage herbeigeführt werden kann, ist mehr als zweifelhaft. Wir hoffen, daß auch diese Sturmflut an unjeren Wällen brechen wird.

Die Verhältnisse in Wien haben sich seit unserem letzten Berichte nicht wesentlich geändert. Die Gelbinstitute weisen neuerlich starke Einlagensteigerungen aus, die

## Gingänge an direkten Steuern

sind noch immer befriedigend. Nach den Ausweisen des städtischen Steueramtes wurden im Monate Juli eingezahlt:

	1915	1916
an Staatssteuern, und zwar:		
an Realsteuern . . . . .	K 1,058.829.06	K 1,144.340.41
Erwerbsteuern . . . . .	7,364.737.78	7,222.663.33
Einkommensteuer . . . . .	3,813.329.12	3,793.248.17
Wohnungssteuer . . . . .	286.952.39	291.207.75
Kontensteuer . . . . .	692.347.19	735.166.32
Landsteuernabgabe . . . . .	411.772.26	778.710.97
Kriegsgewinnsteuer . . . . .	—	3.094.—
Militärtag . . . . .	73.160.80	134.119.10

an Verzugszinsen . . . . .	K 51.566.86	K 81.355.37
Landesumlagen . . . . .	2,732.000.—	3,000.000.—
Gemeindeumlagen . . . . .	3,338.000.—	3,721.000.—
sonstigen Abgaben . . . . .	544.304.54	553.094.58
Zusammen . K 20,367.000.—	K 21,458.000.—	

Die Einzahlungen im Juli 1916 waren somit um **1,091.000 K** höher als im Juli 1915.

Auf dem Arbeitsmarkte war das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage ein andauernd günstiges, wie sich aus dem nachstehenden

## Ausweise des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes

ergibt:	Arbeitsvermittlung	Stellenangebote	Stellenangebote	Stellenvermittlungen
	Metallverarbeitung, Maschinen etc.	280	221	190
	Holzverarbeitung . . . . .	186	146	151

## Gemeindereform.

Von Universitätsprofessor Dr. Karl Brothausen.

(Siehe Nr. 18649, 18656, 18670 und 18677 der „Neuen Freien Presse“ vom 23., 30. Juli, 13. und 20. August 1916.)

Wien, 26. August.

### V. Die Aufsicht über die Gemeinde.

Zwei denkwürdige Erklärungen begleiteten die Schöpfung des Reichsgemeindegesetzes. Die eine gab der Staatsminister Schmerling bei Einbringung der Regierungsvorlage am 14. Juni 1861 ab, indem er behauptete, daß nun die Gemeinde „in die Lage versetzt wird, über ihre eigenen Verhältnisse frei und nur beschränkt durch die allgemeinen Bestimmungen der Gesetze zu verfügen.“ Und als Antwort darauf erklärte der Ausschuß des Abgeordnetenhauses in seinem Berichte vom 14. August: „Der Ausschuß hielt als leitenden Grundgedanken fest, daß, sowie nur jenes Individuum frei ist, das seinen Lebensgang nach der von ihm selbst bestimmten Lebensregel ordnen darf, auch nur jene Gemeinde eine wahrhaft freie autonome ist, welche ihr selbsteigenes Leben durch eigene Kraft führt und Unvollkommenheiten in ihrem Leben durch eigene Kraft überwindet, ohne durch eine bevormundende Kraft in ihren Schritten gegängelt zu werden.“

Wurden diese tönenden Worte zur Wahrheit? Diese Frage hat eigentlich der vorige Absatz, „Das Gemeindegemeinschaft“ bereits beantwortet, und zwar in verneinendem Sinne. Der Gedanke einer sich selbst beherrschenden Gemeinde, die ihre Unvollkommenheiten durch eigene Kraft überwindet, konnte nicht verwirklicht werden, sobald man versäumt hatte, auf der natürlichen Grundlage der örtlichen Personengemeinschaft die Verfassung der Gemeinde aufzubauen. Freilich, hier wäre der Platz, wo die Persönlichkeit im kleinen Kreise die größten Aufgaben findet, auf daß sie nicht aus der engen Heimat davonlaufen muß, um sich ausleben zu können. Das Wort des Faust: „Dem Tüchtigen ist diese Welt nicht stumm, er stehe fest und sehe hier sich um“ ließe sich in der Gemeinde erfüllen, aber ein wirkliches Gemeindegemeinschaft ist nicht zu erhoffen, sobald die Mitwirkung der Mitglieder mit dem Gange zur Wahlurne endet und ihre Tätigkeit zugunsten weniger Ausschußmitglieder ausgeschaltet ist. Der Gemeinssinn erstirbt in einer Gemeinde, deren bürokratisierte Verwaltung es mit sich bringt, daß zum eigentlichen Herrn der Gemeinde nur zu leicht deren — Sekretär sich aufschwingt, und die Selbstständigkeit einer Gemeinde, die im Grunde nichts anderes ist als die Selbstherrlichkeit eines bestimmten Organes, kann keinen Bestand haben. Unterhalb der auf schmaler Basis stehenden Gemeindevertretung gibt es keine Vollversammlung, oberhalb derselben kein Tribunal, wodurch Streitfälle zwischen Vertretern und Vertretenen auf dem Boden der Gemeinde selbst bereinigt werden könnten. Wer möchte als Mitglied einem Verein beitreten, dessen Ausschuß unverantwortlich gegenüber diesem Vereine dasteht, es wäre denn, daß eine höhere Aufsicht die Dynamik der Mitglieder weitmacht?

Alles weitere ergibt sich jetzt von selbst. Wenn auf dem Boden der Gemeinde im Streitfalls jede Ver-

ständigung ausgeschaltet ist und die Vertrauensfrage gar nicht aufgeworfen werden kann, dann muß notwendig ein außerhalb und oberhalb der Gemeinde stehender Machthaber gefunden werden, der die Gegensätze beseitigt; und weiters, je weniger der Ausschußwille sachlich als Gemeindegemeinschaft gelten kann, desto häufiger müssen Eingriffe von außen erfolgen.

Wir brauchen daher die Gesetzesparagrafen, welche von der Aufsicht über die Gemeinde handeln, gar nicht erst anzusehen, um ihren Inhalt zu erraten; sie müssen bestimmen, daß nahezu jede Entscheidung der Gemeindevertretung von einem anderen Faktor umgeworfen werden kann. Mag immerhin die erste Entscheidung in die Hand der „Gemeinde“ gelegt werden — das letzte Wort muß von oben kommen. Die Selbstbestimmung kann nicht nach außen gewahrt werden, solange sie nicht im Innern begründet ist. Diese inneren Ursachen der Umkehrung des ursprünglich vom Gesetzgeber aufgestellten Programms klarzulegen, schien mir notwendig, um allen jenen, die sich mit Reformplänen befassen, zu beweisen, daß in dem Dingen selbst eine innere Gerechtigkeit liegt, die jede Schuld ans Tageslicht bringt und verhindert, daß schwere Konstruktionsfehler in dem Aufbau eines Gemeinwesens durch das Ornament schöner Phrasen dauernd verhüllt werden könnten!

Nach dieser Einleitung wollen wir die Einzelbestimmungen der Aufsicht betrachten. Wir müssen ausgehen dabei von dem Grundgedanken des Reichsgesetzes, wonach die Gemeinde als ein Rechtssubjekt, als eine freie Persönlichkeit gedacht war, die, wie der Ausschußbericht so schön sagte, „ihr selbsteigenes Leben durch eigene Kraft führt“ und „Unvollkommenheiten in ihrem Leben durch eigene Kraft überwindet“. Genau in diesem Sinne hat Artikel 5 des Reichsgesetzes der Gemeinde einen „selbständigen Wirkungsbereich“ eingeräumt, in welchem sie „nach freier Selbstbestimmung anordnen und verfügen kann“ und dieser „umfaßt überhaupt alles, was das Interesse der Gemeinde zunächst berührt und innerhalb ihrer Grenzen durch ihre eigenen Kräfte besorgt und durchgeführt werden kann“. Diese Worte des Reichsgesetzes klingen so wunderschön, so stolz und verhöhnungsvoll, daß es fast wie eine verätherische Verleumdung aussieht, wenn man den Nachweis versucht, daß das genaue Gegenteil unabwehrbare Wirklichkeit geworden ist und die Gemeinde nahezu in keinem einzigen Falle das letzte Wort in ihren eigenen Angelegenheiten zu reden befreit ist.

Statt vieler Worte zwei Beispiele: Ein juristisch vollkommen einwandfreies Erkenntnis des Verwaltungsgerichtes (vom 24. Januar 1884, Z. 2820) sagt: darüber, „ob die Bestellung eines Nachwächters nötig erachtet, liegt die Entscheidung in erster Instanz in der freien Selbstbestimmung der Gemeinde, ist aber in höherer Instanz vom Landesauschusse nach dessen Ermessen zu entscheiden“. Ein zweites, gleichfalls juristisch zutreffendes Erkenntnis des Verwaltungsgerichtes (vom 4. Dezember 1884, Z. 3162) erklärt: „welche Alp- und Waldskulturen anzulegen, welche Stall- und Sennhütten behufs Erhöhung der Nutzungseinnahmen auszuführen sind, sind Angelegenheiten der Gemeindegemeinschaft“ — aber dann folgt die Erklärung, daß „im Instanzenzuge“ hierüber die Obergemeinden „nach freiem Ermessen zu entscheiden haben“. Diese Aussprüche, wonach die Bestellung eines Nachwächters oder die Erbauung einer Sennhütte zwar in erster Instanz der freien Selbstbestimmung der Gemeinde unterliegt, dann aber im Rekurswege vom Landesauschusse nach dessen Ermessen zu entscheiden ist, bilden geltendes Recht nach unseren Gemeindeordnungen; aber sie sind zugleich ein Hohn auf die Selbstständigkeit unserer Gemeinden. „Selbstbestimmung in erster Instanz“ und im Rekurswege „Ermessen des Landesauschusses“ — das ist genau so, als ob der Bezirkshauptmann deshalb Selbstbestimmungsrecht hätte, weil er in erster Instanz entscheidet, indes Statthalter und Minister seine Entscheidung aufheben können. Der einzige Unterschied ist der, daß der Landesauschusch einen Rekurs abwarten muß, während das höhere Staatsamt auch ohne Beschwerde Weisungen erteilen kann. Also Gemeindegemeinschaft — so lange kein Rekurrent sich zum Worte meldet!

Diese Beispiele, denen sich tausende zur Seite stellen lassen, zeigen den Kernpunkt der ganzen Frage. Man kann eines von zwei Dingen wollen: eine Gemeinde, die in bestimmten Angelegenheiten selbständig ist, ein Selbstbestimmungsrecht hat, oder eine bevormundete Gemeinde, die dieses Rechtes entbehrt. Deshalb müssen wir uns klar werden, was dieses Recht auf Selbstständigkeit, dieses Selbstbestimmungsrecht ist. Es ist das Recht, eigene Angelegenheiten selbst zu besorgen, weder vorher durch fremden Willen eine Weisung zu erhalten, noch nachher durch einen solchen eine Abänderung gewärtigen zu müssen. Wohl vereinbar ist mit der Selbstbestimmung die Pflicht, bestehende Gesetze zu beachten, und der Zwang, welcher einer Gesetzesverletzung entgegentritt; unvereinbar mit Selbstbestimmung ist fremder Einfluß auch bei gesetzmäßigem Handeln. Ein Drittes ist nach den Gesetzen der Logik ausgeschlossen; aber unsere Gemeindegesetze haben gerade dieses Dritte durchzusetzen versucht; sie wollten das Unmögliche möglich machen. Sie nutzten von der den Gemeinden reichsgesetzlich zuerkannten Selbstständigkeit auszugehen und konnten sich doch nicht verhehlen, daß der unvollkommene Organismus der Gemeindeverfassung es schwer mache, der Gemeinde das letzte Wort zu lassen. Dazu kommt noch, daß der selbständige Wirkungsbereich der Gemeinde so überreich bemessen war, daß man ihr von Anfang an ein so großes Gebiet der Tätigkeit nicht mit Beruhigung zur selbständigen Verwaltung überlassen konnte.

Der Ausweg, den man unsere Gesetzgebung getroffen hat und den die Landesgesetze in einseitiger Entwicklung ausbauen, war nun durchaus nicht der, den Gemeinden unerfüllbar gewordene Aufgaben abzunehmen und sie innerlich zu festigen, vielmehr wurde die Schwäche und

Gemeindeformen

innere Haltlosigkeit der Gemeinden dazu benützt, um sie in Abhängigkeit von den Ländern zu bringen. Das Selbstbestimmungsrecht wurde im Prinzip der Gemeinde belassen; aber im Einzelfalle ihr weggenommen. Zwar darf der Ausschuss in den selbständigen Angelegenheiten frei entscheiden, und wenn kein legitimer Beschwerdeführer sich findet, ist die Gemeindefreiheit gewahrt; aber die rechtzeitig erhobene Beschwerde legt jeden Einzelfall in die Hände der Obergemeinde, das ist in letzter Linie des Landesauschusses. Damit ist die Wahrung wichtiger öffentlicher Interessen von den Zufälligkeiten privater Beschwerdeführung, von Beschwerdelegitimation und Einhaltung der Rekursfristen abhängig gemacht. Ein durchgreifender Erfolg, etwa eine Besserung fortdauernder Uebelstände jedoch, wird auf diesem Wege nicht erzielt. Die Berufsentscheidung bleibt am Einzelfalle, und das Ganze der Verwaltung, die organischen Einrichtungen, der Gesamtapparat bleiben hievon unberührt.

Bedenklicher als diese Halbschlächtheiten ist es, daß der als Richter angerufene Landesauschuss für dieses Amt durchaus ungeeignet ist. Die größte Schwäche jeder Selbstverwaltung ist eingeständenerweise ihre Parteilichkeit; jede Wahlmajorität ist geneigt, weniger nach Recht als viel eher nach Parteiüberzeugungen, nach Wohlwollen und Mißwollen zu handeln. Wenn man also aus diesem Grunde einen Richter benötigt, so sollte wenigstens dieser möglichst unparteiisch sein. Das aber ist die Obergemeinde, der Landesauschuss, genau so wenig als der untere Ausschuss. Gehören beide der gleichen Partei an, so ist die Beschwerde zwecklos; gehören sie verschiedenen Parteien an, so war die erste Entscheidung von Anfang an ein zweckloses Vorspiel. Ja noch mehr, der Geist der Parteilichkeit, soweit er ein unvermeidliches Uebel jeder Selbstverwaltung ist, steckt den Gewählten im Blute, die Zugehörigkeit zu einer Partei hat ihnen ja zu ihren Mandaten verholfen, und nur sollen sie über Sünden zu Gericht sitzen, die sie täglich selbst begehen! Damit ist der Gedanke, die Obergemeinde zum Richter der Entscheidungen der unteren zu machen, auch gerichtet — er ist überhaupt nur als Ergebnis eines nicht gefestigten Staatslebens zu erklären, und die wichtigste Gemeindeform wäre die, dafür zu sorgen, daß, wo immer eine Berufung gegen Gemeindebeschlüsse unvermeidlich ist, diese vor einem möglichst unparteiischen Forum behandelt werde. Es ist naheliegend, daß in unheimen, von nationalen und politischen Gegensätzen durchführten Vaterlande nur ein staatliches Organ oder eine Körperschaft mit staatlicher Spitze dieser Aufgabe gewachsen ist. Es ist ebenso sinnwidrig, Parteien durch Parteigenossen als sie durch Parteigegner beaufsichtigen zu lassen.

Ganz dasselbe gilt von den übrigen Aufsichtsbeugnissen, die dem Landesauschusse durch unser Gesetz gegen die Gemeinde eingeräumt sind. Er hat unter anderen die Befugnis, die Gebarung der Gemeindegelder zu kontrollieren und wichtige Beschlüsse zu genehmigen. Wiederum fragt es sich, sind die Vertreter der Obergemeinde, sind die Landesauschüsse die geeigneten Wächter über die Gemeindeauschüsse? Als den gewöhnlichen Zustand darf man annehmen, daß die jeweiligen Mehrheiten des Landtages den jeweiligen Mehrheiten der Gemeindevertretungen in bezug auf politische, kirchliche, soziale und nationale Anschauungen gleichartig sind, oder, um es anders auszudrücken, daß die gleichen Potenzen hier und dort herrschen. Schon die rein buchhalterische Ueberwachung der Geldgebarung kann darunter leiden. Unregelmäßigkeiten innerhalb derselben Partei ist man geneigter zu vertuschen als aufzudecken. Die Landtagsmehrheit bezieht ihre Stimmen aus der Gemeinde und sie kann Gegendienste für politische Stimmenszufuhr durch Nachsicht bei der Aufsicht leisten. Viel bedenklicher liegt der Fall, wo nicht die Sprache der Ziffern in Betracht kommt, wo Ermächtigungen und Genehmigungen erteilt oder verweigert werden können, ganz nach Ermessen der Landesorgane. Es ist ganz klar, eine wirkliche Kontrolle, eine wirksame Ueberwachung, soweit sie unentbehrlich ist, darf nicht geübt werden von Leuten, die Fleisch vom Fleische der zu Ueberwachenden sind — auch hier gilt die Lösung: Unparteiische vor!

Nehmen wir aber den anderen Fall, daß eine Gemeindevertretung national, kirchlich, sozial oder politisch nicht mit dem Landesauschusse übereinstimmt, ist es dann um eine geregelte Verwaltung besser bestellt? Wehe der Gemeinde, die ihre Selbständigkeit wahren möchte. Kein Helfer steht ihr zur Seite — auch der Staat sieht hilflos zu, falls eine staatsstreue Gemeinde von einem staatsfremden Landesauschusse für ihre Staatsstreue bestraft wird.

Die letzte Ursache so furchtbarer Uebelstände unserer Selbstverwaltung ist also die, daß sie nur den Namen Selbstverwaltung führt, ohne eine solche zu sein. Der Gedanke: „Selbst ist der Mann“, also die Gemeinde verwaltet sich selbst, ist ersetzt worden durch den Gedanken, daß ein „anderer Selbstverwaltungskörper“, das Land, in letzter Linie Gemeindeverwaltung ausübt. Damit ist der Gedanke gesunder Selbstverwaltung in doppelter Richtung vernichtet: Nicht nur die Gemeinde hört auf, sich selbst zu verwalten, auch das Land verwaltet nicht mehr bloß sich selbst, sondern übt unter dem Vednamen der Selbstverwaltung zugleich Gemeindeverwaltung aus. Die Vereinerung so verdorbener Begriffe ist gerade bei uns ein Reformbedürfnis ersten Ranges.

Eines unserer Luftschiffe ist von einer Fahrt nach Saloniki nicht zurückgekehrt. Es ist nach englischer Meldung abgeschossen und verbrannt.

Oberste Heeresleitung.

## Seit zwanzig Jahren.

Von Oberkurator Leopold Steiner,  
Obmann des Bürgerklubs des Wiener Gemeinderates.

Am 7. April 1896 brachte die „Reichspost“ den Wienern die bedeutungsvolle Nachricht: „Se. Majestät geruhten mit Rücksicht darauf, daß dem Dr. Karl Lueger dormalen die Bestätigung zum Bürgermeister nicht gewährt werden könne, allergnädigst an seine Loyalität zu appellieren und der Erwartung Ausdruck zu geben, daß Dr. Karl Lueger, von dessen persönlicher Ehrenhaftigkeit, erforderlichen Begabung sowie Kaiser- und Vaterlandstreue Er überzeugt sei, im Interesse der baldigen Wiederkehr normaler Verhältnisse in der autonomen Verwaltung der Stadt Wien auf die auf ihn gefallene Wahl freiwillig verzichten würde.“ Nach dem Verzicht Dr. Luegers wurde Gemeinderat Josef Strobach am 6. Mai 1896 zum Bürgermeister gewählt, die christlich-soziale Partei trat an diesem Tage ihre Herrschaft im Wiener Rathaus an. Zwanzig Jahre sind seit diesem Tage verflossen und in aller Stille, wie es sich in der Kriegszeit geziemt, wird dieses Jubiläum begangen.

Nach den beispiellosen Kämpfen, durch welche die morsche liberale Partei von der Verwaltung der ersten Stadt des Reiches hinweggefegt worden war, zog mit der jungen, arbeitsfreudigen Partei, die den christlichen Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben hatte, neue Laikraft in die Gemeindestube ein, und eine Aera großzügiger Umwälzungen auf allen Gebieten der städtischen Verwaltung begann. Dr. Lueger, der nach einem Jahre zum Bürgermeister gewählt worden war, brachte in rascher Folge sein Kommunalprogramm zur Ausführung. Unerhörte Schwierigkeiten waren zu überwinden, die neuen Männer in der Ratsstube hatten wohl den heiligen Eifer und die Begeisterung, das durchzuführen, was sie zum Wohle der Bevölkerung für gut erkannten, die andern aber hatten die Machtmittel in der Hand, und der dem Liberalismus verschriebene Geldmarkt suchte die neue Volksbewegung auszuhungern. Fürs zweite traf die im Jahre 1891 erfolgte Einverleibung der Vororte die Gemeindeverwaltung völlig unvorbereitet. Aus einer Stadt von 827.567 Einwohnern war nach der Einverleibung eine Großstadt mit 1.378.530 Einwohnern geworden, die heute rund 2.200.000 Einwohner umfaßt. Und aus einem Stadtgebiet von 5539:08 Hektar war ein solches von 17.812 Hektar geworden, das nach Einverleibung des 21. Bezirkes auf 27.883 Hektar sich erstreckt.

Diesem großen Stadtgebiete sollten die Errungenschaften modernster Städtekultur vermittelt werden; die Gemeinde aber nahm die Verwaltung dieser zum Wohle der Gesamtbevölkerung geschaffenen Einrichtungen selbst in die Hand und bewahrte sie dadurch vor der Gefahr, das Ziel der Ausbeutung zu werden. Es wurden die städtischen Gaswerke geschaffen, das Verkehrsweisen durch

die Uebernahme der Straßenbahnen und später auch der Stellwagenbetrieb verstadtllicht, die städtischen Elektrizitätswerke, der Rathauskeller, die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und der Kreditverein, die Lebens- und Rentenversicherungsanstalt geschaffen und der Betrieb des Brauhauses in Rannersdorf und schließlich das Leichenbestattungswesen in städtische Verwaltung übernommen.

Das Kommunalprogramm Dr. Luegers wurde aber gekrönt durch seine von reinster Menschenliebe durchdrungene Fürsorgetätigkeit für die Armen und Kranken. Das Wiener Versorgungsheim, das Jubiläumsspital und die Kinderheilstätten der Gemeinde in Bad Hall und San Pelagio sind bleibende Zeugen dieser Liebe zu den Mitbürgern. Zur Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung wurde eine Reihe von Volksbädern errichtet, ein großzügiges Kanalisierungsprogramm durchgeführt, Wien um prächtige Gartenanlagen bereichert, die Zweite Kaiser-Franz-Josef-Hochquellenleitung, ein Werk von unvergleichbarer Größe, erbaut und der Wald- und Wiesengürtel in Angriff genommen, dessen Schaffung noch Enkel und Enkelkinder segnen werden. Eine große Anzahl von Schulbauten ist entstanden und der Jugendfürsorge wird ein besonderes Augenmerk zugewendet. Die Begünstigung von Kleinwohnungsbauten und die Unterstützung des Erbbaurechtes zeigen ein Programm großzügiger Boden- und Wohnungsreform.

Nach dem Ableben Dr. Luegers wurde das von ihm begonnene Werk von der christlichsozialen Majorität fortgesetzt. Mit Stolz und Genugtuung kann die christlichsoziale Partei auf die in der Folgezeit vollbrachten Leistungen blicken: die Erbauung des Lagerhauses, das sich jetzt von unschätzbarem Werte erwies, die Getreidespeicher, die Kontumazanlage in St. Marx, das dritte Rathaus in der Felderstraße, das Kaiser-Franz-Josef-Bad im 17. Bezirk, die Dezentralisierung der Feuerwehr, die Lösung der Museums-, der Freihaus- und Naschmarktfrage usw., die Schaffung der handelspolitischen Kommission und die Werke einer weitaußerblickenden Wohnungsfürsorge. Erst in den letzten Tagen standen wir unter dem Eindruck einer jüngsten, gewaltigen Schöpfung, des Kühl- und Gefrierhauses, das dazu beitragen wird, die schwere Kriegszeit zu überwinden.

Die größten Anforderungen, die je an eine Gemeindeverwaltung gestellt worden sind, brachte der Krieg mit sich, der zugleich eine Feuerprobe ist für die Existenz der Gemeindeautonomie. In dieser schweren Zeit mußte die freie Gemeinde beweisen, daß sie der großen Aufgabe gewachsen ist, die Staat und Volk von ihr verlangen und sie mußte sich fähig zeigen, einen Teil der Kriegslasten auf sich nehmen und bewältigen zu können. Ich habe im Gemeinderate darauf hingewiesen, daß die freie Gemeinde ihre Existenznotwendigkeit glänzend erwiesen und daß dies zu unserer Freude und zu unserem Stolz insbesondere von der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu sagen ist, auf welche alle übrigen Gemeinden in der Kriegszeit blickten und welche, wenn sie versagte, das ganze System der freien Verwaltung hätte gefährden können. Die Gemeinde Wien hat in der Kriegszeit nicht nur ihre Pflicht erfüllt, sie hat auf dem

# Obmänner-Konferenz.

## Bericht

über die 39. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom  
**3. März 1916.**

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Anwesende: Die Vize-Bürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain; die Gem.-Räte Steiner, Schmid, Leitner, Dr. Hein, Dr. v. Dorn, Neumann und Skaret, ferner

Magistrats-Direktor Dr. August Nüchtern,

Ober-Magistratsrat Dr. August Mayr,

Magistratsrat Dr. Ehrenberg,

Magistrats-Sekretär Dr. Hoßkopf,

Marktamt-Direktor Bauer.

Entschuldigt: Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller.  
Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und bringt die nachstehende Nachweisung der bei der Zentralstelle im Rathause eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben mit dem Stande vom 2. März 1916, die nachstehende Tabelle über den Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag mit dem Stande vom 2. März 1916, den nachstehenden Ausweis über die Schlachtviehauftriebe auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx am 21. und 28. Februar 1916, das nachstehende Verzeichnis über unentbehrliche Bedarfsgegenstände (Stichtag 15. Februar 1916) und weiters den nachstehenden Sanitätsbericht über die Zeit vom 14. Februar bis 2. März 1916 zur Kenntnis.

## Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 2. März 1916.

E m p f a n g	B e t r a g		A u s g a b e	B e t r a g	
	K	h		K	h
<b>S p e n d e n:</b>					
Für allgemeine Zwecke:			Fortlaufende Unterstüzungen . . . . .	1,731.724	19
a) von verschiedenen Parteien . . . . .	1) 3,004.997	38	Einmalige Unterstüzungen . . . . .	563.874	55
b) vom Kriegshilfsbureau . . . . .	875.000	—	Ausspeisung . . . . .	4,564.234	97
Für Ausspeisungszwecke:			Näh- und Strickstuben . . . . .	894.366	22
a) von verschiedenen Parteien . . . . .	2) 1,168.621	52	Subventionen . . . . .	480.794	03
b) von Erz. Gräfin Dienert . . . . .	3) 2,643.591	04	Auslagen für Porto, Druckforten u. dgl. . . . .	22.706	92
Für allgemeine und Ausspeisungszwecke durch Excellenz Frau Berta Weiskirchner als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion	3,471.000	—	Noch nicht rückersehte Verläge . . . . .	32.249	29
Zinsen der Wertpapiere . . . . .	35.648	33	Vorschüsse an die Zentralstelle für Kriegs- Flüchtlinge . . . . .	—	—
Ersatz für von den Nähstuben geleistete Arbeiten . . . . .	572.209	24			
Vom Staate noch nicht rückersehte Vor- schüsse an die Flüchtlings-Zentralstelle . . . . .	—	—			
<b>Summa . . . . .</b>	<b>11,771.067</b>	<b>51</b>	<b>Summa . . . . .</b>	<b>8,289.950</b>	<b>17</b>
Ab die Ausgaben . . . . .	8,289.950	17	<b>Anmerkung:</b>		
Daher noch verfügbar . . . . .	3,481.117	34	An laufenden Unterstüzungen für 3832 Personen sind bisher bewilligt pro Monat . . . . .	104.517 K — h	

Wien, am 2. März 1916.

Weidinger m. p.,  
Rechnungs-Ober-Revident.

1) Darunter als Erlös für abgegebene 306.229 K 12 h nominale Wertpapiere 252.624 K 12 h  
2) " " " " " 5.800 " " " " 4.425 " " "  
3) " " " " " 22.276 " " " " 18.391 " 55 "

384.305 K 12 h 275.440 K 67 h.

*Prüfung*

Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag  
am 2. März 1916.

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der			In Behandlung sind noch	Anmerkung	
		Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Gemeinderates	Zentralstelle im Neuen Rathaus		a. a.	giro.
I.	1446	1252	—	4	30	160	—
II.	20179	18163	110	106	501	1299	—
III.	15960	14912	325	162	126	435	—
IV.	3744	3293	97	18	117	104	115
V.	13796	13175	25	20	216	286	—
VI.	5096	5058	—	—	38	—	—
VII.	5583	5249	—	76	87	171	—
VIII.	4618	3750	45	10	80	600	133
IX.	8962	8452	—	—	104	406	—
X.	21979	21407	11	234	100	49	178
XI.	5759	5427	—	26	154	152	—

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der			In Behandlung sind noch	Anmerkung	
		Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Gemeinderates	Zentralstelle im Neuen Rathaus		a. a.	giro.
XII.	14919	14315	—	74	259	—	271
XIII.	16662	15077	—	506	162	917	—
XIV.	15316	14500	—	122	73	621	—
XV.	7987	7425	—	53	90	419	—
XVI.	30542	29510	104	366	117	445	—
XVII.	16285	15771	100	44	98	202	70
XVIII.	7338	7171	4	30	31	102	—
XIX.	5599	5290	52	45	96	116	—
XX.	19482	18558	108	256	295	265	—
XXI.	9328	8798	71	166	179	114	—
Summe	250580					6863	767
ab	7630	236553	1052	2392	2953		
	242950						7630

Ausweis über die Schlachtviehaustritte auf dem Zentral-Viehmarke St. Mary in der Zeit vom 21. und 28. Februar 1916.

Schlachtviehaustritt am 21. Februar: 1437 Stück Mastvieh, 725 Stück Weinvieh, zusammen 2162 Stück.

Darunter befanden sich: 511 Stück Ochsen, 482 Stück Stiere, 1169 Stück Kühe, zusammen 2162 Stück.

Schlachtviehaustritt am 28. Februar: 1364 Stück Mastvieh, 782 Stück Weinvieh, zusammen 2146 Stück.

Darunter befanden sich: 458 Stück Ochsen, 617 Stück Stiere, 1071 Stück Kühe, zusammen 2146 Stück.

Verzeichnis über unentbehrliche Bedarfsgegenstände.

(Vorräte in Kilogrammen.)

Stichtag: Dienstag den 15. Februar 1916.

Bezirk	Kohle	Brennholz	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Hülsenfrüchte	Maismehl u. Maizgrieß	Reismehl u. Reiszgrieß	Kartoffelmehl und Kartoffelgrieß
I.	—	—	7.266	50	100	12.100	253.676	400	—	—	—
II.	79.159.600	600	100.800	20	209.023	4.871.769	37.300	1.780.135	75.700	41.546	1.489.300
III.	60.000	72	3.346	210	980	—	50	30.550	2.150	3.850	23.620
IV.	—	—	—	—	1.000	—	—	—	—	—	—
V.	110.000	307	—	—	—	607	—	12.060	60	—	1.625
VI.	—	—	—	—	700	—	—	—	—	—	—
VII.	—	—	—	—	100	—	—	100	—	—	—
VIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

*Beimünster Konsum*

Bezirk	Kohle	Brennholz rm	Petroleum	Benzin	Spiritus	Mehl	Käse	Süßfrüchte	Maismehl u. Maish grieß	Weismehl u. Weis- grieß	Kartoffel- mehl und Kartoffel- grieß
IX.	—	—	10.800	—	2.280	8.000	320	19.900	850	—	—
X.	1.335.000	—	1.550	1.200	320	581.220	6.700	14.520	—	—	274.200
XI.	—	—	—	—	65.000	—	—	—	—	—	—
XII.	190.000	5.956	1.500	50	536.008	1.200	—	4.000	—	—	1.400
XIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XIV.	100.000	—	12.000	—	300	2.720	—	—	—	—	—
XV.	—	—	—	—	—	910	33.857	850	—	—	3.000
XVI.	—	—	600	—	8.000	39.103	270	2.550	27.754	693	63.000
XVII.	955.000	521	—	—	340	—	3.100	—	—	—	—
XVIII.	380.000	7	250	70	—	4.800	4.490	8.055	—	—	1.100
XIX.	460.000	180	—	—	—	—	2.800	—	—	—	—
XX.	2.710.000	1.991	—	38.000	—	7.400	42.650	8.400	—	—	—
XXI.	120.000	—	162.400	649.000	313.002	—	300	29.674	—	—	500
Summe	85.579.600	9.634	300.512	689.000	1.137.153	5.529.829	385.513	1.911.194	106.514	46.089	1.857.745

Bezirk	Speise- Fette	Speise- Öle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Maiz	Hafer	Gerste
I.	500	30.523	7.200	53.250	15.850	8.400	1.400	—	—	—	—	—
II.	147.337	1.190	7.270	2.884.310	3.875.630	976.650	106.779	—	36.800	13.058.950	70.400	8.234.700
III.	64.610	670	300	48.825	168.345	2.060	72.220	—	—	10.150	27.200	—
IV.	700	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
V.	—	—	—	12.850	5.950	—	525	—	—	—	—	—
VI.	—	6.100	1.100	1.650	720	—	1.000	—	—	—	—	—
VII.	—	—	200	9.600	5.400	—	280	—	—	1.800	—	—
VIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	5.200	2.600	58.722	123.220	67.600	12.600	15.700	3.500	—	—	2.000	—
X.	2.525	5.985	169.350	81.350	54.900	194.200	35.200	—	107.800	11.100	80.150	1.011.900
XI.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.600	800	—
XII.	700	300	2.700	32.500	9.520	60.080	—	—	—	—	—	—
XIII.	127.615	55.573	—	3.100	—	—	—	—	242.360	—	—	700
XIV.	132.255	2.800	—	156.000	3.000	—	—	—	190.280	—	23.000	10.000

*Stimmungs-Konferenz*

Bezirk	Speise-Fette	Speise-Öle	Salz	Zucker	Kaffee	Reis	Gewürze	Kartoffel	Eier Stück	Mais	Hafer	Gerste
XV.	7.850	—	31.135	3.850	6.000	2.950	—	—	201.440	150	400	—
XVI.	3.844	1.381	600	283.975	604.063	1.200	4.930	—	58.380	—	—	—
XVII.	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.600	—
XVIII.	615	1.630	250	60.540	43.080	1.000	4.000	—	24.660	—	—	—
XIX.	1.000	426	—	4.800	3.500	—	11.840	—	—	—	—	1.500
XX.	14.835	—	23.050	245.197	27.684	39.900	11.000	1.150	—	—	676.200	—
XXI.	378	2.500	1.000	98.673	16.660	23.157	438	—	—	—	900	10.200
Summe	510.014	111.678	302.877	4.103.690	4.907.802	1.322.197	265.312	4.650	861.720	13.083.750	885.650	9.269.000

Bezirk	Roggen	Weizen	Griech	Roll-gerste	Mohn	Kleie	Futter-mehl	Getreide	Heu	Stroh	Futter-gerste	Trocken- und Kondens-milch
I.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	85
II.	1.235.600	10.261.300	142.615	1.475	1.500	501.250	41.100	20.200	—	—	—	107.979
III.	—	—	440	6.160	910	—	17.700	—	20.130	19.700	—	430
IV.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
V.	—	—	1.920	50	2.485	—	—	—	—	—	—	—
VI.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
VII.	—	—	—	—	—	—	3.500	—	5.000	4.000	—	—
VIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IX.	—	1.000	160	500	—	—	—	—	—	—	—	3.828
X.	3.400	800	8.565	—	—	886.300	—	—	58.806	72.700	—	—
XI.	—	—	—	—	—	—	—	—	1.500	1.200	—	—
XII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XIII.	—	—	—	—	—	—	1.100	—	—	1.800	—	—
XIV.	2.000	—	1.600	—	500	—	—	—	1.500	1.200	—	—
XV.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XVI.	—	—	—	—	1.000	—	160	—	—	—	—	450
XVII.	—	—	—	—	—	3.800	—	—	71.700	11.500	—	—
XVIII.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XIX.	—	—	—	—	—	550	—	—	500	450	—	—

*Abminderungsantrag*

Bezirk	Roggen	Weizen	Griech	Rollgerste	Mohn	Kleie	Futtermehl	Getreide	Heu	Stroh	Futtergerste	Trocken- und Kondensmilch
XX.	—	—	—	—	—	40.400	500	—	2.000	5.000	—	11.222
XXI.	—	—	—	—	250	250	—	—	400	800	—	—
Summe	1.241.000	10.263.100	155.300	8.185	6.645	1.432.550	64.060	20.200	161.536	118.350	—	120.166

**Bericht**

über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens in der Zeit vom 14. Februar bis 2. März 1916.

Der kalten Jahreszeit entsprechend ist der Krankenstand und die Sterblichkeit relativ hoch gewesen. In der 6. und 7. Jahreswoche betrug die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntem Wohnortes 16·7 und 17·6 gegen 16·0 und 15·9 in den gleichen Wochen des Vorjahres. Unter den Todesursachen nehmen nach der Lungentuberkulose die Krankheiten des Herzens und der Blutgefäße die erste Stelle ein, wodurch hauptsächlich Personen über dem 60. Lebensjahr betroffen werden.

Von den Kriegsfeuchen haben die Blattern in der Berichtszeit eine Zunahme erfahren. Es wurden 30 Zivil- und 8 Militärfälle gemeldet; von den 30 Zivilfällen stammten 13 aus dem XII. Bezirke, 11 aus der Beobachtungsanstalt im X. Bezirke.

An Flecktyphus erkrankten 4 zugereiste Soldaten und keine Zivilpersonen; eine Erkrankung an Cholera ist seit Mitte Dezember nicht vorgekommen.

Die übrigen Infektionskrankheiten zeigten ein normales Verhalten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt gegenüber dem Gerichte, daß 600.000 kg von der Gemeinde eingelagertes gepökeltes Schweinefleisch verdorben seien, daß dieses Gerücht jeder Grundlage entbehre, denn es sei von diesem Pöckelfleisch nicht ein Gramm verdorben; dasselbe sei im Wege der Großschlächtereier mit Preisbindung an die Bevölkerung abgegeben worden. Er richtet an die Mitglieder der Konferenz das Ersuchen, diesem Gerüchte in entsprechender Weise entgegenzutreten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner richtet hierauf an Magistratsrat Dr. Ehrenberg das Ersuchen, darüber zu berichten, was die Gemeindeverwaltung bisher auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung geleistet und welche Vorkehrungen sie getroffen habe, um der gegenwärtigen Kartoffelknappheit zu begegnen.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg erstattet über das Kartoffelgeschäft der Gemeinde Wien folgenden Bericht:

„Bis einschließlich 29. Februar 1916 wurden geliefert:

Von den niederösterreichischen Landgemeinden	12,728.501 kg
aus Böhmen und Mähren (Schluß J. Kuzicka)	7,508.165 „
aus sonstigen Schläffen	6,753.619 „
durch die „Miles“	14.400 „
durch die „F. M. B.“	864.420 „
aus der Fehung Leopoldau	1,156.195 „
aus der Fehung Lobau	104.050 „

Summe . 29,129.350 kg

**Abgegeben wurden:**

Im September 1915	308.923 kg
„ Oktober 1915	4,099.820 „
„ November 1915	8,390.995 „
„ Dezember 1915	3,869.247 „
„ Jänner 1916	5,459.105 „
„ Februar 1916	3,699.580 „

Summe . 25,827.670 kg

Die Gegenüberstellung der beiden Schlußziffern ergibt ein Manko von 3,301.680 kg = rund 330 Waggons, das ist 11·3 Prozent, welcher Schwund auf Diebstähle, Verderben und Verdunstung zurückzuführen ist. Dieses Ergebnis ist ein sehr befriedigendes, wenn in Betracht gezogen wird, daß in normalen Jahren bei guter Beschaffenheit der Kartoffeln mit 10 bis 15 Prozent Schwund allgemein gerechnet wird. Im „Berliner Tagblatt“ war vor einiger Zeit zu lesen, daß Deutschland heuer mit einem Schwund bis zu 30 Prozent rechnet, und auch die Wiener Großhändler haben heuer größere Schwundziffern aufzuweisen.

**Die Abgabe verteilt sich folgendermaßen:**

Für Armenzwecke	450.000 kg
An Genossenschaften	2,633.490 „
Auf Märkte	12,752.132 „
Auf sonstige Parteien und Händler	6,903.555 „
Als Industrie-Kartoffeln	2,176.045 „
An Futter-Kartoffeln	912.448 „

Mit 25. Februar 1916 waren sämtliche Lagerbestände der Gemeinde erschöpft und werden seit dieser Zeit täglich nur mehr die Kartoffeln aus der Lobau zugeführt.

Im Kartoffelgeschäfte wurden bis 29. Februar 1916 geleistet:

Vom städtischen Fuhrwerksbetriebe	3897 Fahrten.
Durch die städtische Straßenbahn	2481 Fahrten.
Durch die Stellwagenunternehmung	726 Fahrten.

Besonders Interesse erregen die Einzelheiten hinsichtlich der Kartoffeleinlagerung in der Miete nächst dem Bahnhofe Klein-Schwechat.

**Es wurden eingelagert:**

Kartoffeln der niederösterreichischen Landgemeinden	2,051.468 kg
Aus Böhmen und Mähren	6,327.270 „

Summe . 8,378.738 kg

# Minuten-Konferenz

Erwerbungspreis der niederöster- reichischen Kartoffeln . . . . .	182.867 K 86 h
Erwerbungspreis der böhmisch- mährischen Kartoffeln . . . . .	759.272 „ 40 „
zusammen . . . . .	942.140 K 26 h
Einmietungskosten . . . . .	222.000 „ — „
Gesamtkosten . . . . .	1.164.140 K 26 h

Dieses Ergebnis ist ein vorläufiges, da gewisse Auslagen noch nicht verrechnet werden konnten; die Summe der letzteren dürfte ungefähr 30.000 K betragen. Von den Einmietungskosten per 222.000 K entfallen nicht weniger als 188.186 K 92 h auf Löhningen.

Aus dem Lager in Schwachat wurden abgegeben: 7.688.423 kg

darunter:

für Beteiligung von Armen . . . . .	250.000 „
an Industrie-Kartoffeln . . . . .	1.516.145 „
an Futter-Kartoffeln . . . . .	49.200 „
Der Erlös betrug 769.555 K 50 h.	

Der finanzielle Verlust der Gemeinde stellt sich sohin, soweit er bisher festgestellt werden konnte, auf: (1.164.140 K 26 h — 769.555 K 50 h) 394.584 K 76 h, welche Kosten sich nach endgültiger Abrechnung um 30.000 K erhöhen dürften.

Der Durchschnittspreis für die in der Miete eingelagerten Kartoffeln stellte sich auf 14 K 25 h per 100 kg, der erzielte Erlös auf 9 K 18 h für 100 kg; der Ankaufspreis auf 11 K 26 h für 100 kg.

Aus der Gegenüberstellung der eingelagerten und der aus der Miete abgegebenen Kartoffelmengen ergibt sich ein Schwund von 690.315 kg = 69 Waggons = 8 1/2 Prozent, ein nach meiner Ansicht ganz befriedigendes Ergebnis, wobei ich nur darauf hinweisen will, daß in manchen Kreisen die Ansicht laut wurde, daß die Gemeinde mit einem Schwund bis zu 25 Prozent rechnen müsse. Das Ergebnis wäre ein bedeutend günstigeres geworden, wenn nicht infolge des in der zweiten Hälfte November vorigen Jahres eingetretenen scharfen Frostwetters 181 Waggons auf dem Transporte erfroren wären, so daß diese Kartoffeln zur Einlagerung nicht geeignet waren und als Industriefartoffeln abgegeben werden mußten.

Es mußte von Anfang an angenommen werden, daß das Kartoffelgeschäft der Gemeinde Wien und namentlich die Kartoffelmiete ein Passivum aufweisen werde; immerhin hat sich letzteres als nicht so hoch herausgestellt, als erwartet wurde, was auf den verhältnismäßig geringen Schwund zurückzuführen ist. Maßgebend für den Fehlbetrag ist einerseits der hohe Ankaufspreis der böhmisch-mährischen Kartoffeln, beziehungsweise die nach der Höchstpreisverordnung zu geringe Spannung zwischen dem Ankaufs- und dem vorgeschriebenen Abgabepreise, andererseits der Verlust bei dem Verkaufe der Industriefartoffeln, der sich mit zirka 130.000 K beziffern läßt.

Welche übertriebenen Befürchtungen für die in der Miete eingelagerten Kartoffeln auch im Kreise außerhalb der Wiener Gemeindeverwaltung gehegt wurden, erhellt daraus, daß Kammerat Fritz Mendl Ende vorigen Jahres den Herrn Bürgermeister darauf aufmerksam machte, daß die Einlagerung in der Miete derart wenig sachgemäß vorgenommen worden sei, daß das Verderben großer Mengen zu befürchten sei. Seine Infor-

mationen erhielt Kammerat Mendl von einem Vertreter der Kostelexer Stärke-Industrie, A.-G., der in einem Exposee zum Schlusse kam, daß die einzige Möglichkeit, einen größeren Teil der Ware zu retten, die schleunigste Freigabe für industrielle Zwecke sei. Eine sofort vom Herrn Bürgermeister angeordnete kommissionelle Erhebung konnte die Grundlosigkeit der Befürchtungen im allgemeinen feststellen; nur in einer kleinen Anzahl von Mieten, die bei sehr schlechtem Wetter angelegt wurden, wurden sehr feuchte und zum Teile angefaulte Kartoffeln vorgefunden. Es wurde die sofortige Verwertung dieser Menge durchgeführt. Im übrigen hat das oben mitgeteilte Ergebnis bewiesen, daß bei der Anlage und der Betreuung der Mieten alle erforderlichen Vorrichtungen angewendet wurden, da der Prozentsatz der Verluste trotz der höchst ungünstigen Witterungsverhältnisse im vergangenen Winter (starker Frost Ende November und abnormale Wärme im Jänner) nur ein verhältnismäßig geringer war.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg erklärt weiter, daß das Ergebnis sehr befriedigend sei, wenn in normalen Zeiten mit einem 10- bis 15prozentigen Schwunde gerechnet werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner meint, daß ihm von Grundbesitzern gesagt wurde, man müsse mit einem 30prozentigen Schwunde rechnen.

Gem.-Rat Skaret bemerkt, daß beim Arbeiter-Konsumverein „Vorwärts“ mit einem 35prozentigen Schwund kalkuliert werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß er diesen Bericht vorläufig dem Gemeinderate nicht vorlegen werde, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkte, in welchem er die ganze Bilanz des Approvisionierungsgeschäftes dem Gemeinderate zu unterbreiten gedenke.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg erstattet über die Vorseorge der Gemeinde Wien zur Bekämpfung der herrschenden Kartoffelnot folgenden Bericht:

Die Gemeindeverwaltung hat bereits im Herbst vorigen Jahres das Erforderliche vorgekehrt, um die Zufuhr einer entsprechenden Kartoffelmengen auch für die Frühjahrsmonate zu sichern. Mit der Anglo-österreichischen Bank, die in den Monaten Oktober und November des Vorjahres 110 Waggons geliefert hatte, wurde laut Schlußbrief vom 30. Oktober 1915 die Lieferung von 500 bis 600 Waggons ab 1. März 1916 — über Wunsch der Gemeinde Wien auch früher — vereinbart. Josef Ruzicka ist auf Grund seines Schlußbriefes vom 8. Oktober 1915 verpflichtet, ab Ende Februar 500 Waggons zu liefern, außerdem ist er noch auf Rechnung seiner Herbstlieferung mit 300 Waggons rückständig, so daß aus Böhmen und Mähren zusammen ungefähr 800 Waggons zur Ablieferung gelangen sollen. Zufolge verschiedener anderer Schlüsse sind noch 100 Waggons aus einzelnen Teilen Niederösterreichs und Mährens und 380 Waggons aus Ungarn rückständig. Da von den mit Schreiben des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh vom 26. Oktober 1915 zugesagten 2000 Waggons aus Russisch-Polen bisher erst 97 Waggons nach Wien gelangten, so war die Meinung nicht unberechtigt, daß, wenn auch nicht die ganzen Waggons, so doch ein größerer Teil dieser Menge aus Russisch-Polen im laufenden Frühjahre zur Ablieferung kommen werden. Mit den vorangeführten Mengen und einer entsprechend großen Menge aus Russisch-Polen ist nach den bisher gemachten Er-

*Wintervorräte - Konsumierung.*

fahrungen bis Ende Juni das volle Auslangen zu finden, zumal mit der im Mai einsetzenden Einfuhr von frischem grünen Gemüse ein Winderverbrauch von Kartoffeln Hand in Hand zu gehen pflegt.

Nun sind aber Erscheinungen aufgetreten, die die Besorgnis nicht ungerechtfertigt erscheinen lassen, daß trotz aller Vorsorgen der Gemeinde für eine rechtzeitige und ausreichende Beschaffung von Kartoffeln der Bedarf nicht in befriedigender Weise wird gedeckt werden können.

Da nach den in den Wintermonaten gemachten Erfahrungen angenommen werden konnte, daß mit den städtischen Kartoffelvorräten das Auslangen nur bis Ende Februar 1916 gefunden werden wird, wurden bereits anfangs Februar die erforderlichen Verfügungen an die einzelnen Firmen wegen rechtzeitiger Anlieferung der Ware hinausgegeben. Unerwarteterweise tauchten aber derartige Schwierigkeiten auf, daß heute nach Ablauf von vier Wochen erst 16 Waggons in Wien eingetroffen sind. Da die Wintervorräte der Gemeinde Wien mit Ausnahme einiger Waggons, die täglich von der Lobau hereinbefördert werden, seit einer Woche erschöpft sind, und auch der private Handel keine Kartoffeln auf den Markt bringen kann, sieht sich die Wiener Bevölkerung tatsächlich einer Kartoffelnot ausgesetzt. Die Abgabe an die Genossenschaften mußte schon vor zwei Wochen, die übliche Abgabe in der Bedlitzhalle in der laufenden Woche eingestellt werden. Die wenigen der Gemeinde Wien zur Verfügung stehenden Waggons wurden in den letzten Tagen auf die Wiener Märkte aufgeteilt. Auch die Zufuhr aus niederösterreichischen Landgemeinden auf die Wiener Märkte ist eine außerordentlich geringe (in den letzten Wochen kaum 2000 kg täglich) und setzt an manchen Tagen ganz aus.

Was zunächst die Lieferungen aus Ungarn betrifft, so wurde seitens der betreffenden Lieferanten, das ist der Anglo-österreichischen Bank und einem gewissen Lichtenstein übereinstimmend berichtet, daß die ungarische Regierung ein Ausfuhrverbot für Kartoffeln erlassen habe. Dieselbe Mitteilung kam dem Magistrate auch von anderen Wiener Händlern zu, die sonst regelmäßig Kartoffeln aus Ungarn bezogen. Der Magistrat hat bereits mit Schreiben vom 20. Jänner 1916 um die Erteilung der Ausfuhrbewilligung für die 600 der Anglo-österreichischen Bank zur Lieferung übertragenen Waggons bei dem königlich ungarischen Ackerbauministerium angesucht.

Dieses Ansuchen blieb unerledigt und meldete die Bank, daß ihre Einkäufer eine Ausfuhrbewilligung nicht erhielten. Am 10. Februar 1916 erneuerte der Herr Bürgermeister das Ansuchen um Ausfuhrbewilligung beim ungarischen Ackerbauministerium. Am 15. und 17. Februar 1916 wurde die Erledigung neuerlich telegraphisch dringend betrieben. Noch am 17. Februar 1916 abends wurde Ministerpräsident Graf Tisza telegraphisch um Intervention beim königlich ungarischen Ackerbauminister ersucht. Am 18. Februar langte vom ungarischen Ackerbauminister nachfolgende Drahtnachricht ein:

„Auf Zahl 553 teile ich Herrn Bürgermeister mit, daß solange Inlandbedarf nicht gedeckt ist, ich Kartoffelausfuhr aus Komitaten Szabolcz-Szepes und Nyitra nicht bewilligen kann. Aus anderen Teilen Ungarns werde bis 300 Waggons unter Angabe der einzelnen Posten die Lieferungszertifikate eventuell ausstellen.“  
Königlich ungarischer Ackerbauminister.

Am gleichen Tage drahtete Tisza folgendes:  
„Bezüglich Telegramm Euer Excellenz über Kartoffeleinkäufe habe ich mich sofort an Baron Ghillany mit der Bitte um schleunigste Vereinigung gewendet.“  
Tisza.

Da Graf Tisza am 19. und 20. Februar 1916 in Wien weilte, wollte der Herr Bürgermeister eine persönliche Rücksprache mit ihm. Er war jedoch verhindert und es hatte der Herr Bürgermeister eine Besprechung mit Baron Roszner, dem er eine Gedächtnisschrift rücksichtlich der Anglo-österreichischen Bank und der dem Lichtenstein übertragenen Kartoffellieferungen überreichte.

Am 23. Februar 1916 langte folgende Drahtnachricht des ungarischen Ackerbauministers ein:

„Bezugnehmend auf Gedächtnisschrift über Kartoffelkäufe der Gemeinde Wien teile mit, daß ich nach wie vor geneigt bin, Kartoffellieferungen für Wien nach Möglichkeit freizugeben. Bindende Zusagen kann ich jedoch mit Rücksicht auf eigenen und Heeresbedarf als auch bei dem Umstande nicht machen, weil Bedarf an Saatgut noch nicht gedeckt ist. Ausfuhr aus Szabolcszer Komitat wird voraussichtlich in 5 bis 10 Tagen wieder gestattet sein. Komitate Nyitra und Szepes bleiben dauernd gesperrt. Der bedeutende Kartoffelbedarf Österreichs insbesondere Steiermarks und Dalmatiens schließen es aus, daß der Gemeinde außer jenen 951 Waggons, welche bereits abgerollt, respektive freigegeben wurden, die durch Anglo-österreichische Bank zu liefernden 600 Waggons ganz überlassen werden können. Werde trachten auch jene Menge freizugeben, mit welcher Lichtenstein rüchständig ist. Die einzelnen Posten bitte mitzuteilen.“  
Ghillany.

Da diese Mitteilung sehr unbestimmt war und eine weitere durch Baron Roszner in Aussicht gestellte Mitteilung der ungarischen Regierung nicht eintraf, wurde am 27. Februar 1916 abermals an den Ministerpräsidenten Grafen Tisza mit folgendem Wortlaute telegraphiert:

„Wien ohne Kartoffeln. Erwarte sehnsüchtig Erledigung meiner an königlich ungarischen Ackerbauminister gerichteten Bitte. Benötige in laufender Woche dringendst mindestens 100 Waggons. Ergebenst Bürgermeister Dr. Weiskirchner.“

Am darauffolgendem Tage trafen vom Ministerpräsidenten Tisza und vom Ackerbauminister nachfolgende telegraphische Nachrichten ein:

„Nr. 15/t beehre ich mich Sr. Excellenz zu verständigen, daß Verfügungen bezüglich Ausfuhr von Transportzertifikaten für 200 Waggons Kartoffel bereits getroffen wurden.“  
Tisza.

„Ober-Stuhlrichter in Mandok, Kemece und Nyirbakta wurden bereits am 25. Februar angewiesen, der Firma Oswald Finkler Transportzertifikate über 50, respektive 50 unter 100 zusammen 200 Waggons Kartoffel auszufolgen. Finkler wende sich um Transportzertifikate an genannte Behörden. Denselben Vorgang mögen Finkler (und Lichtenstein) bezüglich neuerer Kartoffelkäufe befolgen und eventuell Abweisung anmelden.“  
Ungarischer Ackerbauminister.

Noch am 27. Februar 1916 richtete Graf Stürgkh nachfolgendes Schreiben an den Herrn Bürgermeister:

„Euer Excellenz!  
Auf Grund der Mitteilungen, die mir Euer Excellenz gelegentlich unserer Besprechung am 23. Februar über die

*Ministerkonferenz.*

Kartoffelversorgung von Wien gemacht haben, habe ich in dieser Angelegenheit auf telegraphischem Wege bei der ungarischen Regierung interveniert. Aus der mir nunmehr zugekommenen Antwort entnehme ich, daß der königlich ungarische Ackerbau-minister die Gesuche des Oswald Finkler über 200 Waggons Kartoffel günstig erledigt hat. In seinem an Euer Exzellenz gerichteten Telegramme vom 18. Februar 1916 hat Baron Ghillany die Freigabe von 300 Waggons zugesichert und für 300 Waggons die Ausfolgung der Transportzertifikate in bestimmte Aussicht gestellt, falls die erforderliche Ware vorhanden sein werde.

Hinsichtlich der vom heurigen Jahre rückständigen 380 Waggons Kartoffeln hat Baron Ghillany die Zusicherung erteilt, daß er das Abrollen dieser Bezüge nach Möglichkeit beschleunigen werde.

Ich beehre mich schließlich mitzuteilen, daß ich den Herrn Minister des Innern von den Besorgnissen Euer Exzellenz wegen der Kartoffelversorgung Wiens in Kenntnis gesetzt habe.

Empfangen Euer Exzellenz die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung  
Stürgkh."

Ob nun tatsächlich der Bezug der angesprochenen Waggonanzahl gesichert ist, steht noch sehr dahin.

Auch hinsichtlich des Bezuges der Kartoffeln aus Böhmen und Mähren ergaben sich unvorhergesehene Schwierigkeiten. Der in jenen Gegenden gegen Mitte Februar aufgetretene starke Frost behinderte beträchtlich die Zufuhr der Kartoffelvorräte zu den Verladestationen. Trotzdem erhielten die Einkäufer den Auftrag, auch bei Frostwetter bei Beobachtung der entsprechenden Vorsichten zu verladen, in der Erwägung, daß es noch immer besser sei, wenn ein Teil der Kartoffelvorräte in gefrorenem Zustande zum Verbrauche komme, als daß gar keine Ware nach Wien gelangt.

Als bald meldeten die Einkäufer in Mähren und Böhmen, daß die betreffenden Bezirkshauptmannschaften die Ausfuhr der für die Gemeinde Wien bestimmten und bereits im Herbst 1915 durch Vermittlung der Regierung für sie sichergestellten Kartoffeln verweigere. Der Magistrat intervenierte sofort im Ministerium des Innern, welches auch die böhmische und mährische Statthalterei telegraphisch anwies, den betreffenden Bezirkshauptmannschaften aufzutragen, die für Wien bestimmten Kartoffeln auf jeden Fall befördern zu lassen. Trotzdem langten noch immer keine Kartoffeln ein. Vielmehr kam eine Zuschrift der Bezirkshauptmannschaft Chotebor vom 17. Februar, in welcher dem Magistrat mitgeteilt wurde, daß mit der weiteren Lieferung der für Wien requirierten Kartoffeln vorläufig innegehalten werden müsse, da die böhmische Statthalterei eine dringende Requisition für die Kartoffel-Zentrale Prag in der Menge von wenigstens 75 Waggons in ihrem Bezirke angeordnet habe, die in erster Reihe und so bald als möglich geliefert werden müßten.

Am 26. Februar erhielt ich folgende Drahtnachricht aus Pilgram:

"Prager Statthalterei-Erlaß 50509 verbietet Kartoffelverladungen.

Bauer."

Bei einer Besprechung im Ministerium des Innern drückte Sektionschef Simonelli sein großes Erstaunen über diesen Erlaß aus und versprach, eine sofortige Aufklärung bei der

königlich böhmischen Statthalterei zu erwirken. Der Herr Bürgermeister richtete gleichzeitig folgendes Telegramm an den Statthalter von Böhmen Grafen Coudenhove vom 26. Februar 1916:

"Zum meinem Erstaunen erhielt ich die Nachricht, daß der Bezirkshauptmannschaft Pilgram die Verladung der für die Gemeinde Wien bestimmten Kartoffeln verboten wurde. Ich mache darauf aufmerksam, daß in Wien Kartoffelnot besteht und ersuche Euer Exzellenz nachdrücklichst, dahin zu wirken, daß die für die Gemeinde Wien bestimmten Kartoffellieferungen aus den Gebieten der Bezirkshauptmannschaften Chotebor, Deutsch-Brod und Pilgram umgehendst verart effektuiert werden, daß täglich von jeder Verladestation in diesem Bezirke eine Anzahl von Waggons abrollen können.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner"

welches in folgender Weise beantwortet wurde:

27. Februar 1916.

"Habe telegraphischem Wunsche wegen Kartoffellieferungen nach Wien entsprechend Nötiges veranlaßt.

Statthalter"

Am 27. Februar wurde dem Magistrate vom Ministerium des Innern bekanntgegeben, daß die Angelegenheit geordnet sei. Tatsächlich teilen die Einkäufer nunmehr mit, daß in Deutsch-Brod und Pilgram die Verladung vorsich gehe; Waggons aus Böhmen sind jedoch bisher nur eine geringe Zahl angekommen.

Die mährische Statthalterei hat mit Erlaß vom 11. Februar 1916 sämtliche Überschüsse an Speisekartoffeln bei allen Landwirten behufs ihrer Verwendung zur Versorgung der größeren mährischen Städte beschlagnahmt. Der Erlaß befiehlt weiter, daß die Beschlagnahme zu dem Zwecke erfolge, daß jeder Handel mit Kartoffeln sowie deren Entfremdung und Beiseitelegung unter Androhung von Strafen in unzweifelhafter Weise vermieden werden muß, und betrifft auch die Einkäufe der Kartoffel-Zentrale Prag. Über den vorerwähnten Auftrag des Ministeriums des Innern hat der Statthalter Baron Heindl mit Erlaß vom 21. Februar 1916 den Bezirkshauptmannschaften Neustadt, Iglau, Groß-Meseritsch und Trebitsch nachfolgende Weisung erteilt:

"Statthalterei-Präsidium für Mähren.

Z. 6611/Präs.

Wien, Versorgung mit Kartoffeln. Brünn, 21. Februar 1916.

An die k. k. Bezirkshauptmannschaften in Neustadt, Iglau, Groß-Meseritsch, Trebitsch.

Zufolge telephonischen Auftrages des Ministeriums des Innern vom 19. Februar 1916 wird die Bezirkshauptmannschaft aufgefordert, die Anlieferung der im Rahmen der hierortigen Lieferungsverpflichtung vom 15. Oktober 1915, Z. 59303, noch rückständigen Kartoffelmengen für die teilweise Versorgung der Stadt Wien nunmehr mit aller Energie zu betreiben und für die schnellste Durchführung der Lieferung — in soweit sie nicht durch Frostgefahr behindert wird — bei persönlicher Verantwortlichkeit des Herrn Amtsvorstandes Sorge zu tragen.

Eine Herabminderung der auf den dortigen politischen Bezirk anrepartierten Teilmengen ist ausgeschlossen und ist deshalb die Lieferung unweigerlich im vollen Umfange zu vollziehen.

Der Statthalter."

*Brünn - Konfession*

Am 22. Februar 1916 richtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner an den Statthalter von Mähren folgendes Telegramm:

„Für die Mitteilung des an die Bezirkshauptmannschaften in Angelegenheit der Kartoffellieferungen für die Gemeinde Wien gerichteten Erlasses bestens dankend, bitte ich Sie, die Sache mit allem Nachdrucke zu verfolgen, da unsere Vorräte diese Woche zu Ende gehen.“

Seither konnte mit den Verladungen begonnen werden und sind auch tatsächlich bisher 14 Waggons aus Mähren eingelangt. Übrigens ist auch hier wieder eine Schwierigkeit aufgetaucht, wie folgendes Telegramm zeigt:

29. Februar 1916.

„Kriegsgetreide-Anstalt Brünn macht Ankauf in unserem Rayon an sämtliche Kartoffeln, wodurch der Ankauf für Wien sehr erschwert wird. Galizien hat 500 Waggons gesunde eßbare Kartoffel angeboten, bitte um Antwort, ob Sie dieselben ankaufen.“

Bürgermeister Ruzicka, Matejau.“

Statthalter Baron Heindl wurde mit nachfolgendem Telegramm um Abhilfe gebeten:

„29. Februar 1916.“

An den Herrn Statthalter in Brünn!

Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt Brünn kauft in den politischen Bezirken Groß-Meseritsch, Trebitsch und Neustadt, Kartoffeln auf, wodurch Sicherstellung der für Gemeinde Wien bestimmten Kartoffeln sehr erschwert wird.

Ersuche Euer Exzellenz um sofortige Abhilfe, da in Wien Kartoffelnot.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner.“

Der Magistrat hat selbstverständlich nicht unterlassen, auch die niederösterreichische Statthalterei sofort, als die ersten Anzeichen der Kartoffelnot in Wien auftraten, hievon mit Bericht vom 12. Februar 1916 in Kenntnis zu setzen und habe ich auch Hofrat Keller persönlich aufgesucht, ihm noch mündliche Aufklärungen erteilt und ihn ersucht, wegen des Bezuges von Kartoffeln vom flachen Lande nach Wien die betreffenden Veranlassungen zu treffen. Auf meine Bemerkung, daß dem Magistrate bekanntgeworden sei, daß viele Wiener Parteien unmittelbar bei Wirtschaftsbesitzern, und zwar weit über den Höchstpreis (18 bis 20 K), insbesondere Hoteliers und Gastwirte, einkaufen, äußerte Hofrat Keller, daß nach seinen Informationen nicht mehr große verfügbare Kartoffelbestände in Niederösterreich vorhanden seien. Nichtsdestoweniger hat die Statthalterei noch am 17. Februar 1916 folgenden Rund-Erlaß an die Bezirkshauptmannschaften gerichtet:

„Niederösterreichische Statthalterei.

Z. W. 68/82.

Wien, am 17. Februar 1916.

Kartoffelmangel in Wien.

Rund-Erlaß an alle k. k. Bezirkshauptmannschaften in Niederösterreich mit Ausnahme von Baden, Hiezing-Umgebung, Lilienfeld, Mödling, Neunkirchen, Scheibbs und Wiener-Neustadt.

Die Gemeinde Wien hat darüber Klage geführt, daß von den Landwirten Niederösterreichs fast gar keine Kartoffeln auf den Markt gebracht werden. Dies ist gerade im gegenwärtigen

Zeitpunkte äußerst bedenklich, weil die Kartoffelvorräte der Gemeinde Wien zur Neige gehen und somit die dringende Gefahr besteht, daß eine empfindliche Kartoffelnot eintritt.

Es ergeht daher der Auftrag, mit allem Nachdruck auf die Kartoffelproduzenten dahin Einfluß zu nehmen, daß sie die Wiener Märkte mit möglichst großen Kartoffelmengen besenden. Ganz besonderes Augenmerk haben dieser Angelegenheit jene Bezirkshauptmannschaften zuzuwenden, deren Bezirke an der Peripherie Wiens gelegen sind.

Sollten in einzelnen Gemeinden noch größere Kartoffelvorräte verfügbar sein, so wären sie unter Bedachtnahme auf die im hierämtlichen Erlasse vom 4. Oktober 1915, Z. W. 2510, enthaltenen Weisungen sofort für die Gemeinde Wien zu requirieren und abzusenden.

Über das Veranlaßte und dessen Erfolg ist zu berichten.

Ich gewärtige, daß die Herren Amtsleiter dieser ebenso wichtigen als dringenden Angelegenheit ihr volles Augenmerk zuwenden.

Der k. k. Statthalter: Bleyleben.“

Die Statthalterei erklärte jedoch, daß sie sich von dieser Aktion keinen besonderen Erfolg zu versprechen vermag, da nach den Mitteilungen der Bezirkshauptmannschaften alle verfügbaren Vorräte bereits anlässlich der vorjährigen Requisition nach Wien abgeliefert wurden.

Am 25. Februar 1916 ist neuerlich folgender Rund-Erlaß an die k. k. Bezirkshauptmannschaften ergangen:

„Niederösterreichische Statthalterei.

Z. W. 68/86.

Wien, am 15. Februar 1916.

Kartoffelmangel in Wien.

An den Wiener Magistrat III zur Kenntnisnahme.

Der Statthalter: Bleyleben.

Z. W. 68/86.

Wien, am 25. Februar 1916.

Kartoffelmangel in Wien.

Rund-Erlaß an alle Bezirkshauptmannschaften mit Ausnahme von Baden, Hiezing-Umgebung, Lilienfeld, Mödling, Neunkirchen, Scheibbs und Wiener-Neustadt.

Da die Gemeinde Wien neuerlich auf den in Wien herrschenden Kartoffelmangel hingewiesen und die dringende Bitte gestellt hat, ihr so rasch als möglich Kartoffel aus Niederösterreich zu verschaffen, wird der hierämtliche Erlaß vom 17. Februar 1916, Z. W. 68/82, mit dem Auftrage in Erinnerung gebracht, die angeordnete Aktion schleunigst und mit größter Energie durchzuführen.

Über das Verfügte ist längstens bis 5. März 1916 hieher zu berichten.

Der Statthalter: Bleyleben.“

Ein großer Erfolg dürfte von dieser Aktion der Statthalterei nicht zu erwarten sein, da, wenn wirklich sich noch welche Vorräte auf dem Flachlande befinden, ihre Besitzer mit dem Verlaufe auf den Wiener Märkten zurückhalten, da sie bei Verkäufen unmittelbar ab Lager weit höhere Preise erzielen, manche Besitzer aber ihre Kartoffelvorräte mit Rücksicht auf den hohen Preis der Futtermittel zu Futterungszwecken verwenden. Schließlich wurde auch, da dem Magistrate bekannt war,

*Präsidenten-Konferenz*

daß ein Vertreter der „Miles“ schon seit Wochen behufs Einkaufes von Kartoffeln in Russisch-Polen weile, bei dieser Anstalt vorgesprochen und das Ersuchen gestellt, eine möglichst sofortige Anlieferung einer Anzahl von Waggons aus Russisch-Polen zu erwirken. Tatsächlich gelang es dem Einkäufer der „Miles“, im Kreise Jedriczow 50 Waggons für die Gemeinde Wien einzukaufen, für die auch bereits von der Warenverkehrs-Zentrale Krakau die Ausfuhrbewilligung erteilt wurde; mit ihrer Verladung wurde am 28. Februar 1916 begonnen, so daß diese Waggons anfangs nächster Woche in Wien einlangen dürften. Der Ende voriger Woche aus Russisch-Polen nach Wien zurückgekehrte Einkäufer der „Miles“ betonte die großen Schwierigkeiten, die der Durchführung seiner Aufgabe entgegenstehen und zum nicht geringen Teile in der mangelhaften Organisation in den russisch-polnischen Teilen ihren Grund finden.

Wie die Verhältnisse jetzt liegen, ist es ganz ungewiß, mit welcher Menge Kartoffeln die Gemeinde Wien für die nächsten Monate rechnen kann, was umso unangenehmer ist, als höchstwahrscheinlich auch fernerhin der Bezug von Kartoffeln durch Händler ein sehr eingeschränkter sein wird, indem alle Kartoffel erzeugenden Gebiete für die Ausfuhr gesperrt wurden. Die diese Ausfuhrverbote begründeten Ursachen wirken fort, so daß die Besorgnis nicht ungerechtfertigt ist, daß auch die in Böhmen und Mähren für die Gemeinde Wien sichergestellten Kartoffelmengen nicht in vollem Umfange werden zur Ablieferung gelangen können. Der Kartoffelmangel scheint sich auch in diesen Kronländern bedeutend fühlbar zu machen, da einerseits infolge der schlechten Bitterung des Vorjahres die Kartoffelernte an und für sich geringer war als in normalen Jahren und in Anbetracht der hiedurch hervorgerufenen schlechten Beschaffenheit auch der im Winter eintretende Schwund durch Verfaulen ein größerer ist, teils weil der Verbrauch an diesem Nahrungsmittel im Hinblick auf die außerordentliche Teuerung aller übrigen Lebensmittel sehr gestiegen ist.

Unter diesen Umständen muß der Beschaffung von Kartoffeln aus Galizien und Russisch-Polen ein besonderes Augenmerk zugewendet werden. Es wurde deshalb auch am gestrigen Tage ein ausführliches, alle Verhältnisse beleuchtendes Schreiben an das Armeekorps-Oberkommando gerichtet mit dem Ersuchen, der Einkaufstätigkeit der „Miles“ jede nur mögliche Unterstützung zuteil werden zu lassen und die unterstehenden Behörden und Anstalten anzuweisen, die Organe dieser Anstalten mit allem Nachdrucke im Einkaufe, in der Verladung und in den raschen Beförderung der Kartoffel wirksamst zu unterstützen. Dem Vertreter der „Miles“, der sich gestern wieder nach Russisch-Polen begeben hat, wurden Empfehlungsschreiben für das Armeekorps-Oberkommando und den Statthalter von Galizien mitgegeben.

Auch einem Anbote eines gewissen Lichtenstein auf Lieferung von 300 Waggons aus dem Gouvernement Dublin wurde nähergetreten und die Warenverkehrs-Zentrale in Krakau um die Ausfuhrbewilligung für diese Ware ersucht. Selbstverständlich hat der Magistrat auch nicht unterlassen, alle erforderlichen Schritte beim Eisenbahnministerium und den in Frage kommenden Bahn-Direktionen zu unternehmen, um eine möglichst rasche Beförderung der Kartoffel nach Wien zu erwirken.

Bereits mit einem Schreiben vom 14. Februar 1916 wurde auch der Ministerpräsident Graf Stürgg unter Hinweis auf

seine Zuschrift vom 26. Oktober 1915, worin er die Beschaffung von 6000 Waggons Kartoffeln für Wien, darunter von 2000 Waggons aus Russisch-Polen in Aussicht stellte, ersucht, die Ausbringung dieser Menge in letzterem Gebiete ehestens in die Wege zu leiten; eine Antwort auf diesen Brief des Herrn Bürgermeisters ist bisher nicht erfolgt.

Schließlich erklärt der Magistrats-Referent zusammenfassend, daß die Wiener Gemeindeverwaltung rechtzeitig die für die Frühjahrsmonate erforderlichen Kartoffelmengen sicherstellte, daß sie rechtzeitig die Verfügungen für die Anlieferung der ersten Kartoffelendungen in erforderlichen Mengen für die zweite Hälfte Februar traf und daß sie weiters bei den ersten Anzeichen der drohenden Kartoffelnot alle zu ihrer Behebung nur irgend möglichen Schritte machte und nichts unterlassen hat, sämtliche maßgebenden staatlichen Faktoren auf die bedrohlichen Erscheinungen bezüglich der Versorgung der Stadt Wien mit Kartoffeln wiederholt und nachdrücklichst aufmerksam zu machen.

Die Aufteilung der Kartoffeln auf die Märkte habe große Schwierigkeiten bereitet, da nur 7 bis 8 Waggons zur Aufteilung gelangen konnten.

Weiters teilt Magistratsrat Dr. Ehrenberg mit, daß die Gemeinde aus ihrem Vorrat ein Quantum von 10 Waggons Sauerkraut und 4 Waggons Rüben an die Bevölkerung abgegeben habe. Infolge der herrschenden Kartoffelnot seien das Kraut und die Rüben reißend abgegangen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß er auch die Ausgabe von 30 Waggons Bohnen an die Bevölkerung verfügt habe.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner gibt weiters bekannt, daß er abermals eine separate Aktion wegen Anbaues von Frühkartoffeln eingeleitet habe. In Friaul werden durch russische Kriegsgefangene von der Gemeinde Wien beigelegte Saatkartoffeln gelegt.

Ferner habe sich ein Vertreter der Spiritus-Zentrale bereit erklärt, der Gemeinde Kartoffeln zu liefern, wenn er, der Bürgermeister, die Aufhebung der Höchstpreise für Kartoffel von der Regierung verlangt.

Gem.-Rat Skaret führt aus, daß er nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß die Einführung von Höchstpreisen ohne Handelsmonopol ein Schlag ins Wasser sei; die heutige Kartoffelkalamität sei darauf zurückzuführen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß er schon zur Zeit des Erscheinens der Verordnung über die Höchstpreise für Kartoffel auf die großen Gefahren, die diese Verordnung in sich birge, aufmerksam gemacht habe und die heutige Kartoffelnot vorausgesagt habe.

Gem.-Rat Skaret führt aus, daß es eine merkwürdige Erscheinung sei, daß in Ländern, die sonst riesige Kartoffelüberschüsse haben, zum Beispiel in Böhmen, die gleiche Kartoffelnot herrsche. Die Hauptursache der gegenwärtigen Kartoffelnot seien die hohen Futtermittelpreise, denn diese bewirken, daß die Kartoffeln in den einzelnen Ländern für Futterzwecke zurückgehalten werden. Das Anbot der Spiritus-Industriellen scheine einen spekulativen Hintergrund zu haben; dieselben verfüge wahrscheinlich über sehr große Vorräte.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß es für die Spiritus-Industriellen bei den gegenwärtig hohen Spiritus-

# Bürgermeister-Konferenz

preisen entschieden einen größeren Anreiz habe, die Kartoffeln zu Spiritus zu brennen, als sie zu verkaufen.

Gem.-Rat Skaret meint, daß sich die Gemeinde nicht für die Aufhebung der Höchstpreise einsetzen könne.

Gem.-Rat Schmid führt aus, daß zweifellos in der Staffellung der Kartoffelhöchstpreise ein Fehler liege. Die Leute warten eben mit der Ausgabe, bis der höhere Staffel erreicht ist. Er wäre dafür, daß schon jetzt der höchste Staffel als Höchstpreis festgesetzt würde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß die Abgeordneten List, Stöckler und Mayer erklärt hätten, daß die Aufhebung der Höchstpreise in Niederösterreich keinen Erfolg haben würde, da in Niederösterreich keine Kartoffelvorräte mehr vorhanden seien. Die Gemeinde müsse ihr Hauptaugenmerk auf den Bezug russisch-polnischer Kartoffel richten.

Vize-Bürgermeister Rain schildert die Zustände des Kartoffelverkaufes in der Viktualienmarkthalle, wie sie sich heute zuge tragen haben und führt aus, daß schon um 9 Uhr früh der ganze Kartoffelvorrat ausverkauft gewesen sei. Hunderte von Parteien mußten den Markt ohne Kartoffeln verlassen.

Die Gemeinde könne sich nicht für die Aufhebung der Höchstpreise einsetzen, doch sei er der Meinung, der Herr Bürgermeister solle mit der Spiritus-Zentrale verhandeln und Kartoffeln zu dem geforderten Preis kaufen; die Gemeinde müsse auch dieses finanzielle Opfer auf sich nehmen, denn die jetzige dringende Notlage fordere, daß einfach Kartoffeln beschafft werden. Er sei der Überzeugung, daß sämtliche Mitglieder der Obmänner-Konferenz seinem Antrage zustimmen werden.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß er ohne weiters dem Antrag Rain zustimme; bei der gegenwärtigen Notlage müsse die Gemeinde das finanzielle Opfer bringen und auf die Höchstpreise die Differenz des geforderten Preises aus Eigenem daraufzahlen.

Gem.-Rat Steiner führt aus, daß die Obmänner-Konferenz vor einer der wichtigsten Entscheidungen seit Kriegsbeginn stehe; die Erscheinung der Kartoffelnot sei eine allgemeine. Es solle der Regierung nahegelegt werden, daß wohl nicht die Höchstpreise für Kartoffeln beseitigt werden, sondern daß sie der Gemeinde die Differenz auf die Höchstpreise daraufzahle. Dieser Vorgang werde in Deutschland bereits durchgeführt. Er stimme dem Antrage Rain zu mit der Erweiterung, daß die Auslage von der Regierung getragen werde.

Gem.-Rat Reumann erklärt ebenfalls mit dem Antrage Rain einverstanden zu sein und schildert die Kartoffelnot auf den Wiener Märkten. Die Verhältnisse hätten sich in der letzten Zeit in einer Weise zugespitzt, daß man die schlimmsten Befürchtungen hegen müsse.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bemerkt, daß die Mehluweisungen der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt derart eingeschränkt wurden, daß die Brot-Erzeugung um ein Drittel herabgesetzt werden muß.

Gem.-Rat Reumann führt weiter aus, daß jener Teil der Bevölkerung, der sich nicht mit Lebensmittel bevorraten konnte, in einer fürchterlichen Lage sei; ihm sei der Antrag Rain ungemein sympathisch. Es würde sonderbar aussehen, wenn die Gemeinde die Aufhebung der Höchstpreise verlangen würde. Er ersuche, Kartoffeln, wo sie zu haben sind, um jeden Preis zu kaufen, unbekümmert darum, wie groß das Defizit sei.

Daß die Gemeinde zur Ersagleistung an die Regierung herantrete, sei selbstverständlich. Das könne aber später geschehen, jetzt handle es sich darum, mit allen Mitteln der Kartoffelnot abzuwehren. Die Gemeinde müsse sich auf Opfer gefaßt machen, die sie im Interesse der Gesamtbevölkerung auf sich nehmen müsse.

Gem.-Rat Leitner erklärt sich ebenfalls dem Antrage Rain anzuschließen. Es müßten Kartoffel zu jedem Preise gekauft werden. Er sei der Meinung, daß die gegenwärtige Kartoffelnot ihr Ende erreichen werde, wenn der Anbau vorüber sei; die kritische Zeit sei gerade jetzt und da dürfe der Gemeinde kein Opfer zu groß sein. Die Ruhe in der Bevölkerung müsse um jeden Preis erhalten werden.

Gem.-Rat Dr. v. Dorn stimmt ebenfalls den Anträgen Rain zu und ersucht, den Bericht des Magistratsrates Dr. Ehrenberg zu publizieren; die Gemeindevertretung würde durch diese Veröffentlichung entlastet werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner sagt, die Aufnahme eines Auszuges aus dem Kartoffelberichte in das Kommunique über die heutige Obmänner-Konferenz zu.

Die Obmänner-Konferenz nimmt den Bericht des Magistratsrates Dr. Ehrenberg zur Kenntnis und stimmt den Anträgen Rain und Steiner einhellig zu.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner richtet sodann an die Mitglieder der Obmänner-Konferenz die Anfrage, ob er abermals einen Teil der städtischen Reisvorräte, eventuell auch Bohnen und Kraut in den Konsum bringen solle. Der Vorrat an Reis betrage gegenwärtig 70 Waggons.

Gem.-Rat Leitner meint, es solle mit Rücksicht auf dieses geringe Quantum mit der Ausgabe von Reis noch zugewartet werden bis zur äußersten Not.

Die Obmänner-Konferenz beschließt einmütig, von der Ausgabe eines Reisquantums an den Konsum dormalen noch Umgang zu nehmen und ermächtigt den Herrn Bürgermeister zur Ausgabe von Bohnen und Kraut nach Bedarf.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt weiters mit, daß die Gefahr einer Zuckerknappheit besteht. In Ungarn sei der Zuckerpreis erhöht worden; die österreichische Regierung habe das Versprechen gegeben, den Zuckerpreis bis Dezember 1916 zu halten.

Es fänden jedoch Verhandlungen mit den Zuckerinteressenten statt, die auf eine Erhöhung des Preises ab 1. April 1916 hinzielen. Wenn auch die Zuckerausfuhr nach Ungarn von Transportbescheinigungen abhängig gemacht sei, so sei es außer Zweifel, daß die ungarische Regierung bei auftretendem Zuckermangel die österreichische Regierung zwingen werde, solche Transportbescheinigungen auszustellen. Bei dem Umstande, daß sehr viel Zucker verfüttert und gegenwärtig weniger erzeugt werde, sei er der Meinung, daß die Gemeinde für alle Fälle jetzt schon einen Zuckervorrat von mindestens 300 Waggons sichern und im Lagerhaus deponieren solle.

Gem.-Rat Leitner teilt mit, daß die Zuckerknappheit bedenkliche Formen angenommen habe; seiner Genossenschaft wurden bisher regelmäßig zirka 20 bis 30 Waggons zugewiesen, jetzt bekomme sie vier Waggons. Auch sei der Kaffee in der letzten Zeit enorm im Preise gestiegen; Santos-Kaffee sei ihm bereits mit 850 K per 100 kg offeriert worden.

Die Obmänner-Konferenz ermächtigt einhellig den Herrn Bürgermeister 300 Waggons Zucker, eventuell auch mehr, als eisernen Vorrat der Gemeinde Wien anzukaufen.

# Brennwert-Konferenz

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt weiters mit, daß er im gegebenen Zeitpunkte aus den Gemeindevorräten Kaffee zum Preise von zirka 4 bis 5 K, ungebrannt, abgeben werde.

Die Gemeinde Wien hätte schon vor einem Jahre von dem Valorisationskaffee aus Triest und Antwerpen 15.000, beziehungsweise 50.000 Säcke beansprucht. Gegenwärtig habe die österreichische Regierung 140.000 Säcke Valorisationskaffee gekauft und er habe die 50.000 Säcke sofort wieder angemeldet. Seit sechs Wochen habe er darüber keine Erledigung bekommen. Die Verhandlung dieser Angelegenheit pendle zwischen Finanzministerium und Handelsministerium hin und her. Es sei ihm mitgeteilt worden, daß die Regierung beabsichtige, den Verkauf dieser 140.000 Säcke Kaffee einem Konsortium zu übertragen, das ihr hiebei einen Nutzen von 28 Millionen Kronen in Aussicht stelle. Diese Mitteilung sei jedoch nicht authentisch.

Die Obmänner-Konferenz ermächtigt den Herrn Bürgermeister, 50.000 Säcke Valorisationskaffee einzukaufen.

Magistrats-Sekretär Dr. Koskopp erstattet folgenden Bericht:

„Anfangs Dezember 1915 begann langsam die Wahrheit über das Erntergebnis in Österreich durchzusickern. Die Verhältnisse auf den Getreidemärkten führten zur Erkenntnis, daß in Hafer und Gerste eine ausgesprochene Mißernte, in Brotgetreide aber eine mehr als schwache Ernte uns beschieden war. Die Hoffnungen der Optimisten waren dadurch zu Schanden geworden, was umsomehr zu bedauern ist, als gerade die Fachleute an maßgebenden Stellen sich bald nach Einbringung der ersten Erntergebnisse für die Herstellung von feinem Weizenbrotmehl und Roggenmehl entschieden hatten, während die Herstellung eines einheitlichen Kriegsmehles von Anbeginn an zur Streckung der Vorräte wesentlich beigetragen hätte.

Das ungünstige Erntergebnis machte sich auch bald im Borratsstande der Gemeinde Wien fühlbar. Schon anfangs Dezember ließen die Getreideanlieferungen aus Ungarn merklich nach und seit 23. September wurde der Gemeinde Wien auch nicht ein Sack ungarischen Mehles von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt zugewiesen. Die Requisitionen in Ungarn hatten bisher wenigstens hinsichtlich der Ablieferung der Getreidevorräte an die diesseitige Reichshälfte keinen Erfolg gehabt, die Verhandlungen zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung werden angeblich noch fortgesetzt. Wie sehr der Ausfall des ungarischen Kontingentes die Gemeinde Wien benachteiligt, ist aus der Tatsache zu entnehmen, daß der Gemeinde Wien von den mit Zuschrift der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt vom 27. August 1915 zugesagten Anlieferungen von rund 11.000 Waggons ungarischen Mehles bis heute rund 1900 Waggons Mehl zugewiesen worden sind. Insolange aus Ungarn noch Getreide angeliefert wurde, war die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt in der Lage, den von der Regierung der Gemeinde zugesicherten eisernen Vorrat bis zu rund 1300 Waggons zu komplettieren. Da aber seit September 1915 die Getreideanlieferungen aus Ungarn ausblieben, ebenso die Mehllieferungen aus Ungarn sistiert werden mußten, ergab sich für die Gemeinde Wien die Notwendigkeit, die eisernen Vorräte an Getreide und Mehl anzugreifen, obwohl sie erst für die Verwendung in einem späteren Zeitpunkte in Aussicht genommen waren. Während mehr als zwei Monaten hat sohin die Gemeinde Wien aus eigenen Vorräten den Bedarf an Mehl für die Brot-Erzeugung und für

Kochzwecke gedeckt; allerdings ist hiedurch der eiserne Vorrat an Weizen von rund 1300 Waggons auf 100 Waggons herabgesunken. Alle Bemühungen, bei der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt die Zuweisung von Mehl und Getreide durchzusetzen, sind ergebnislos gewesen, da die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt derzeit den Bedarf zu befriedigen nicht in der Lage ist.

Es ist notorisch, daß auch die Konsumvereine und Brotfabriken, die von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt direkt dotiert werden, seit längerer Zeit ihren Betrieb bedeutend reduziert haben und es mußte bedauerlicherweise auch das Mehlabgabeamt der Gemeinde die bisherigen Zuweisungen an die Bäcker um ein Drittel reduzieren, da die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt trotz eindringlicher Vorstellungen das für die volle Deckung des Bedarfs fehlende Kontingent von wöchentlich 40 bis 50 Waggons Mehl nicht beizustellen in der Lage war.

Die Gemeinde Wien verfügt derzeit wohl noch über entsprechende Reserven an Roggenmehl, ist aber hinsichtlich der Befriedigung der Bäcker einzig und allein auf die Ausbeute der Bonwiller'schen Walzmühle angewiesen.

Unter diesen Umständen müssen alle Hoffnungen auf die rascheste Einführung des rumänischen Getreides gesetzt werden. Wie den Herren bekannt ist, wurde im Dezember 1915 zwischen den Vertretern der drei Einkaufs-Zentralen und der rumänischen Zentral-Kommission ein Vertrag auf Lieferungen von 50.000 Waggons Getreide abgeschlossen. Alle schon früher angekaufte Ware in Rumänien, welche mit rund 20.000 Waggons eingeschätzt werden kann, ist wohl aus dem Vertrage ausgeschlossen, wird aber absondert nach Österreich eingeführt. Es werden daher auch die von der Gemeinde Wien in Rumänien seinerzeit direkt angekauften 1300 Waggons als Katasterware behandelt und sind bereits 250 Waggons Mais in Wien eingelangt, der Rest ist teils schwimmend, teils zur Einlagerung bereit. Hinsichtlich der von der Gemeinde Wien in Rumänien angekauften Ware wurde durchgesetzt, daß diese Getreidemengen von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt ausschließlich der Gemeinde Wien zugewiesen werden, daß von der Einhebung eines Regiezuschlages abgesehen werde und daß übrigens auch das Futtermehl, beziehungsweise die Kleie ohne Einhebung eines Regiezuschlages seitens der Futtermittel-Zentrale der Gemeinde Wien überlassen wird. Nach vertraulichen Mitteilungen in der letzten Sitzung des Beirates des Statthalters ist neuerlich ein Vertrag mit Rumänien abgeschlossen worden, demzufolge 140.000 Waggons, davon 100.000 Waggons Mais, 30.000 Waggons Weizen und rund 7000 Waggons gemischte Ware geliefert werden.

Aus der Geschichte der Mehllieferung der letzten zwei Monate möchte ich rekapitulierend berichten, daß die k. k. n.-b. Statthalterei am 28. Jänner 1916 an die Gemeinde Wien mit dem Ersuchen herantrat, der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt in Niederösterreich ein Quantum von 150 Waggons Weizen und 150 Waggons Roggenmehl zur Verfügung zu stellen. Dieses Ansuchen wurde damit motiviert, daß die Brotfabriken und Konsumvereine schon seit längerer Zeit äußerst notleidend seien und daß insbesondere eine bedeutende Brotfabrik unmittelbar vor der Betriebseinstellung stünde. Dieser Sachlage gegenüber konnte die Gemeinde Wien, trotzdem die eigenen Vorräte bereits im Schwinden begriffen waren, sich nicht entziehen und mit Entschließung des Herrn Bürgermeisters vom 29. Jänner 1916 wurde das Leihgeschäft unter der Bedingung durchgeführt, daß

# Minister-Konferenz

binnen vier Wochen der Weizen in natura, und zwar in mahlfähiger qualitätsmäßiger Ware refundiert werde. Ebenso wurde hinsichtlich der Rückstellung der 150 Waggons Kochmehl ein vierwöchentlicher Termin eingeräumt. Die Refundierung dieser Mehl- und Getreidemenge ist im Zuge.

In der Beirats-Sitzung vom 29. Jänner 1916 hat der k. k. Regierungs-Kommissär der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt an der Hand einer Tabelle über die künftige Versorgung des Landes Niederösterreich Folgendes ausgeführt:

Der Mehlbedarf vom 1. Jänner bis 15. August 1916 beträgt rücksichtlich Wiens in Waggons:

Für Selbstversorger . . . . .	250 Waggons,
" Nichtselbstversorger . . . . .	9569 "

im Ganzen . . . . . 9819 Waggons,

in Getreide umgerechnet daher 12.274 Waggons.

Die Vorräte an Getreide betragen bei der Revision 2576 Waggons, es ergibt sich daher ein unbedecktes Defizit von 9698 Waggons für Wien, für ganz Niederösterreich ein solches von 11.175 Waggons.

Auf die von den Vertretern der Gemeinde Wien gestellte Anfrage, in welcher Weise die Deckung dieses Defizites beabsichtigt sei, konnte von den staatlichen Vertretern eine befriedigende Auskunft nicht gegeben werden.

Die vorerwähnte bedrohliche Erscheinung, daß der eiserne Vorrat der Gemeinde Wien durch die unterbrochene zwangsweise Inanspruchnahme allmählich einen niederen Stand erreichte, veranlaßte die Gemeinde am 14. Februar 1916, den k. k. Ministerpräsidenten, den k. k. Minister des Innern und den Statthalter zu ersuchen, dieser Sachlage das besondere Augenmerk zuzuwenden und geeignete Veranlassungen zu treffen, daß der eiserne Vorrat möglichst bald wieder komplettiert werde.

Es wurde in diesem Schreiben insbesondere darauf hingewiesen, daß durch die, allerdings durch die Notlage verursachten Abhebungen, diese Reserven ihrem eigentlichen Zwecke, einen Übergang zur Ernte 1916 zu vermitteln, entzogen worden waren. Über diese Schreiben ist der Gemeinde nur eine Erledigung, und zwar des Statthalters vom 19. Februar 1916 zugekommen, in welcher der Statthalter versichert, er werde es sich „stets angelegen sein lassen, die Reserven der Gemeinde Wien nach Möglichkeit noch weiter zu erhöhen und überdies auch die laufenden Zuweisungen dem Bedarfe entsprechend anzupassen“.

Weiters möchte ich mir noch erlauben, zu berichten über die in allerjüngster Zeit von der Statthalterei angeordnete strengere Verbrauchskontrolle. Die Statthalterei hat in einem Erlasse vom 16. Februar 1916 darauf aufmerksam gemacht, daß der Verbrauch an Brot und Mehl durch die Bevölkerung sich nicht vollständig im Rahmen der Verbrauchsregelung bewege, weil Brot und Mehl zum Teile illegal, das heißt nicht gegen die entsprechende Anzahl von Brotkartenabschnitten abgegeben wird.

Um diesen Übelständen zu steuern, hat die Statthalterei angeordnet, daß vom 20. März 1916 an alle jene Stellen (Brotfabriken, Konsumvereine, Bäcker, Kaufleute etc.), welche direkt von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt oder von einer politischen Bezirksbehörde dotiert werden, nur soviel Mehl erhalten, als den von ihnen abgegebenen Brotkartenabschnitten (für jeden Meterzentner 2000 Abschnitte) entspricht. Die Grundlage für die Höhe der Mehluweisung darf also immer nur die

Anzahl der abgegebenen Brotkartenabschnitte bilden und es dürfen an Stelle der letzteren nicht etwa Bezugscheine der Subabnehmer treten.

Dieser Statthalterei-Erlaß wird zur Folge haben, daß nunmehr alle Wiederverkäufer von Brot die Brotkartenabschnitte nicht wie bisher der Brot-Kommission, sondern dem Lieferanten, das ist dem Bäcker, den Brotfabriken etc., abzuliefern haben werden. Hinsichtlich der Mehilverkäufer wurde jedoch, da die Kontrolle in der vorgeschriebenen Weise großen Schwierigkeiten begegnet, angeordnet, daß die Mehlkartenabschnitte der zuständigen Brot-Kommission abgeliefert werden, welche hierüber eine Bestätigung dem Überbringer ausstellt, die die Grundlage für die nächste Mehluweisung bildet.

Es kann natürlich nicht geleugnet werden, daß diese Neuregelung die Gewerbetreibenden entschieden belastet, umso mehr, als sie heute unter dem Mangel an Personal zu leiden haben. Nichtsdestoweniger haben in einer unter dem Voritze Seiner Exzellenz des Herrn Bürgermeisters stattgefundenen Besprechung die Gewerbetreibenden sich bereit erklärt, die mit der verschärften Brotkartenkontrolle verbundenen Manipulationen durchzuführen. Der Magistrat hat bereits das Geeignete veranlaßt, daß zeitgemäß mit dieser Brotkartenkontrolle eingesetzt werden kann. Die in Betracht kommenden Genossenschaften wurden im Wege einer Verordnung belehrt.

In den allerletzten Tagen ist eine Verordnung der k. k. n.-b. Statthalterei erschienen, welche die Beimischung eines 20prozentigen Zusazes bei der Brot-Erzeugung vorschreibt. Nun ist aber die Sachlage so, daß die Gemeinde Wien noch nicht über entsprechende Maismengen verfügt. Wohl wurde seitens der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt der Gemeinde Wien und den in Betracht kommenden Brotfabriken, welche über Mühlen verfügen, Mais zugewiesen, weil aber die Wiener Mühlen mit der Vermahlung von Edelmehl beschäftigt sind, ist es unmöglich, den Mais zu verarbeiten.

Es kann daher der Verordnung, welche am 6. März in Kraft treten soll, nicht entsprochen werden. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse sah sich der Magistrat veranlaßt, im Sinne des § 2 der zitierten Verordnung bis auf weiteres innerhalb des Wiener Gemeindegebietes die Beimischung eines geringeren Prozentsazes an Maismehl zu gestatten.

Die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt hat aber auch in der letzten Zeit den Monatsbedarf für das Kronland Niederösterreich revidiert und bei diesem Anlasse für Wien folgende Bedarfsziffern ermittelt:

Brotmehl	781 Waggons,
Berschleißmehl	391 Waggons,
d. i. im Tagesdurchschnitt	39 Waggons.

Diese Ermittlung stimmt mit der seinerzeitigen Bedarfsziffer nicht überein, welche mit 47 Waggons, beziehungsweise 52 Waggons pro Tag fixiert und vom Ministerium anerkannt war.

Es muß Befremden erregen, daß gerade in der dormaligen Zeit, wo infolge einer andauernden Kartoffelknappheit und einer allgemeinen Verteuerung sämtlicher Lebensmittel der Notstand der Bevölkerung steigt, die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt auch die Zuweisungen an Mehl für die Brot-Erzeugung und den Kochbedarf so wesentlich reduziert, daß eine Befriedigung sicherlich nicht erreicht werden kann.

Es empfiehlt sich, gegen diese Verfügung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt Stellung zu nehmen.

*Münner Konferenz*

Schließlich möchte ich noch erwähnen, daß, seitdem der Donauweg eröffnet wurde, der Gemeinde Wien unzählige Offerte, betreffend den Bezug von rumänischem Getreide, zukommen.

Diese Offerte können mit Rücksicht darauf, daß durch die Gesetzgebung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt der Alleinbezug von Getreide aus dem Auslande zugespochen wurde, nicht in Behandlung genommen werden; selbst wenn die Ware ab ungarischer Grenze zur Verfügung stünde, wäre es nicht möglich, dieselbe nach Wien zu schaffen, da die Zentral-Transportleitung Waggons, beziehungsweise Schleppgelegenheiten nur für das vertragsmäßig aus Rumänien einzuführende Kontingent, beziehungsweise für die sogenannte Katasterware beistellt. Ich möchte bei diesem Anlasse nur das Offert eines Herrn J. S. vom 26. Jänner erwähnen, der der Gemeinde Wien ein Anbot stellt, auf Lieferung von 200 bis 300 Waggons rumänischen Weizenmehles (halb I und halb II), auf 2000 Waggons Weizenmehles (Parität Dresden) und 2000 Waggons rumänischen Weizenmehles (Marke Militärtype) zum Preise von 80 Mark 50 Pfennige, beziehungsweise 83 Mark, beziehungsweise 75 Mark. Die Lieferung könnte nur dann gewährleistet werden, wenn der Käufer Waggons beistellt; die Beschlagsnahmefreiheit der Ware wird nicht garantiert, jedoch ist bei der Ordererteilung volles Akkreditiv nötig, außerdem 30 Prozent des Kauffschillings sogleich zu bezahlen.

Es ist selbstverständlich, daß mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse die Gemeinde Wien nicht in der Lage war, dieses Offert zu akzeptieren."

Bürgermeister Dr. Weiskirchner beantragt, folgende Resolution zu beschließen:

Die Obmänner-Konferenz hat dem vorgetragenen Magistratsberichte mit Bedauern entnommen, daß die Zuweisungen seitens der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt in einer Weise verringert worden sind, die die Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung aufs Höchste gefährdet und erklärt, jede Verantwortung für die Konsequenzen dieser Maßnahmen ablehnen zu müssen.

Gem.-Rat Dr. Hein stimmt dem Antrage des Herrn Bürgermeisters zu und führt aus, daß von den 150.000 Waggons Frucht, die aus Rumänien kommen sollen, 100.000 Waggons Mais seien. Daraus folge die Tatsache, daß, wenn sich die auf Rumänien gesetzten Hoffnungen bestätigen, eine Maisperiode erster Sorte vor der Tür stehe.

Gem.-Rat Leitner stimmt ebenfalls dem Antrage des Herrn Bürgermeisters zu und führt aus, daß der Mehlerkauf die traurigsten Formen angenommen habe. Die Leute haben wohl die Mehlsorten, doch bekommen sie kein Mehl. Was die Mehlverschleißer beim Mehlerkauf ausstehen, davon könne man sich keinen Begriff machen. Das Mehlgeschäft bringe überhaupt keinen Gewinn für den Geschäftsmann, sondern nur Unannehmlichkeiten. Wenn die Zustände in ihrer jetzigen Form andauern, dann würden sich die Mehlverschleißer gezwungen sehen, das Mehlgeschäft gänzlich aufzugeben.

Gem.-Rat Skaret erklärt, sich ebenfalls dem Antrage des Herrn Bürgermeisters vollinhaltlich anzuschließen. Die Mehlerversorgung sei jetzt im März bereits in einem Stadium, daß das Schlimmste befürchten läßt. Im Vorjahre sei erst im April mit der Einstellung von Weißbäckereien vorgegangen worden. Die Fixierung der Brotabschnitte mit 70 g Brot oder 50 g Mehl sei gegenwärtig ein Unding; aus 50 g Mehl könne man höchstens 65 g Brot erzeugen. Er frage ferner, ob es richtig sei, daß nach

dem Vertrage mit Deutschland 60 Prozent der Einkäufe aus Rumänien nach Deutschland gehen müssen.

Magistrats-Sekretär Dr. Koskopp erklärt, daß das Verhältnis sich so stelle, daß fünf Waggons nach Österreich und sechs Waggons nach Deutschland gebracht werden.

Die Obmänner-Konferenz stimmt dem Antrage des Herrn Bürgermeisters einhellig zu.

Gem.-Rat Steiner teilt mit, daß am heutigen Rudolfsheimer Markte Vertreter der „Miles“ anwesend waren, um mit den Eiergroßhändlern die Vereinbarung zu treffen, nach welcher die Engroßisten der „Miles“ für jede von den Bauern gebrachte Kiste Eier 2 K bezahlen müssen. Dieser Betrag solle auf 4 K gesteigert werden. Wenn dies richtig sei, werden durch die „Miles“ die Preise nur in die Höhe getrieben. Die Eierzufuhr aus Ungarn sei eingestellt. Die ungarischen Eier gehen nun alle nach Budapest und von dort nach Berlin.

Er ersuche den Herrn Markt-Direktor, in dieser Richtung Erhebungen zu pflegen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, er werde in dieser Angelegenheit genaue Erhebungen pflegen lassen und sodann an den Ministerpräsidenten berichten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner bespricht hierauf die Behandlung der Budgetberatung in der nächsten Gemeinderatssitzung und erteilt dem Gem.-Rat Steiner das Wort.

Gem.-Rat Steiner stellt den Antrag, die Obmänner-Konferenz wolle zustimmen, daß über das Budget eine Debatte abgeführt und daselbe durch eine Abstimmung erledigt werde und daß bei den Rechnungsabschlüssen keine Debatte abgeführt werden soll.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß sein Verband den Beschluß gefaßt habe, von einer Spezial-Debatte dann abzusehen, wenn in der General-Debatte eine größere Anzahl von Rednern seiner Partei zum Worte gelange. Um dies zu ermöglichen, wäre eventuell für jeden Redner eine bestimmte Zeit (etwa eine halbe Stunde) festzusetzen.

Die Vertreter der Majorität und der sozialdemokratischen Partei einigen sich dahin:

1. die beiden Rechnungsabschlüsse ohne Debatte und
2. das Budget durch eine Debatte und eine Abstimmung zu erledigen.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, an den Beschluß seiner Partei gebunden zu sein; er müsse daher seinen Parteiverband neuerdings befragen und behalte sich vor, das Ergebnis der Beratung dem Herrn Bürgermeister in einigen Tagen bekanntzugeben.

Gem.-Rat Skaret erklärt, für seine Partei vorläufig zwei Redner anzumelden, doch glaube er, daß sie sich wahrscheinlich auf einen Redner beschränken werde.

Der Bürgermeister schließt hierauf die Sitzung.

Der Bürgermeister:

Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:

Steiner m. p.

Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:

Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Partei:

Reumann m. p.

Der Schriftführer:

Böttger m. p.,

Magistrats-Sekretär.

Sonder-Abdruck  
Wien ruft zum 20. März

50 Millionen zur IV. Kriegsanleihe wieder beispielgebend vorangegangen und die Geldwirtschaftsverhältnisse Österreich-Ungarns sind, nach den Wiener Instituten zu schließen, für die neue Anleihe überaus günstige.

Die

### Spareinlagen

bei den Wiener Banken und Sparkassen, welche etwa den zehnten Teil der Gesamteinlagen der Monarchie darstellen, sind seit Jahresbeginn um 240 Millionen Kronen gestiegen. Ende März betragen die Einlagen:

	Millionen Kronen
beim Wiener Bankverein . . . . .	227.492
bei der Kreditanstalt . . . . .	165.157
„ „ Länderbank . . . . .	156.810
„ „ Anglobank . . . . .	126.025
„ „ Verkehrsbank . . . . .	113.157
„ „ Depositenbank . . . . .	58.094
„ „ Unionbank . . . . .	58.862
beim Merkur . . . . .	69.076
bei der Eskompte-Gesellschaft . . . . .	47.125
„ „ Lombard- und Eskomptebank . . . . .	1.684
„ „ Postsparkassa . . . . .	188.301
„ „ Ersten österreichischen Sparkassa . . . . .	569.985
„ „ Neuen Wiener Sparkassa . . . . .	49.478
„ „ Zentral-Sparkassa der Gemeinde Wien . . . . .	188.301
„ „ Gemeindeparkassa Rudolfsheim . . . . .	75.852
„ „ „ Hernals . . . . .	60.489
„ „ „ Währing . . . . .	44.274
„ „ „ Döbling . . . . .	11.203
„ „ „ Floridsdorf . . . . .	19.151

In diesem Anwachsen der Spareinlagen kommt die trotz des langen Krieges noch ungebrochene Wirtschaftskraft weiter Kreise der Bevölkerung zum Ausdruck, die übrigens auch durch die fortdauernd günstige Steuerleistung bestätigt wird.

Nach den Ausweisen des Wiener städtischen Steueramtes betragen die

### Steuereinzahlungen

im	März 1916	April 1916
an Staatssteuern, und zwar:		
an Realsteuern . . . . .	K 1.436.218.—	K 1.027.440.—
„ Gewerbesteuern . . . . .	„ 894.718.—	„ 6.227.122.—
„ Einkommensteuer . . . . .	„ 3.279.961.—	„ 2.911.073.—
„ Besoldungssteuer . . . . .	„ 233.942.—	„ 326.906.—
„ Rentensteuer . . . . .	„ 133.514.—	„ 255.911.—
„ Lantienabgabe . . . . .	„ 156.176.—	„ 486.717.—
„ Militärtaxe . . . . .	„ 140.918.—	„ 66.188.—
„ Verzugszinsen . . . . .	„ 84.479.—	„ 65.521.—
„ Landesumlagen . . . . .	„ 904.000.—	„ 2.342.000.—
„ Gemeindeumlagen . . . . .	„ 2.018.000.—	„ 2.983.000.—
„ sonstigen Abgaben . . . . .	„ 39.081.—	„ 264.118.—
Zusammen . . . . .	K 9.240.000.—	K 16.956.000.—

Seit Beginn des laufenden Verwaltungsjahres, das ist seit 1. Juli 1915, sind die gesamten Steuereinzahlungen im Betrage von K 227,657.000.— nur um K 4,816.000.— geringer als in der gleichen Zeit des vorangegangenen Verwaltungsjahres.

Die Verhältnisse auf dem **Arbeitsmarkte** sind auch in den Monaten März und April ziemlich günstige geblieben, wie sich aus dem nachstehenden Ausweise des

### städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes

ergibt:

Arbeitsvermittlung	Stellenangebote	Stellenangebote	Stellenvermittlungen
Metallverarbeitung, Maschinen etc.	487	493	398
Holzverarbeitung . . . . .	462	391	382
Baugewerbe und Spengler . . . . .	370	283	249
Leder- und Textilindustrie, Papier- und graphische Fächer . . . . .	162	126	125
Kleidermacher . . . . .	548	433	382
Hotel- und höheres Arbeitspersonal	304	411	271
Bäcker . . . . .	415	492	395
Kaffeefieder . . . . .	1.300	1.389	1.132
Verkehrsbedienstete und nicht qualifizierte Arbeiter . . . . .	2.020	2.612	1.706
Gewerbliche Frauenarbeit . . . . .	672	1469	617
Lehrlinge . . . . .	121	72	63
Summe . . . . .	6.811	8.171	5.711
Dienstvermittlung . . . . .	11.540	13.271	10.212

Zusammen . **18.351 21.442 15.923**

Ein stärkeres Überangebot von Arbeitsuchenden ist nur bei den nicht qualifizierten Arbeitern, der gewerblichen Frauenarbeit und den Dienstboten bemerkbar geworden.

Eine große Hilfe für die auf Arbeitsverdienst angewiesenen Frauen bilden noch immer die

### Näh- und Strickstuben

der Gemeinde, welche von der Frauen-Hilfsaktion, Zentrale Rathaus, geleitet werden.

Vor kurzem ist der Ausweis über ihre Tätigkeit im Jahre 1915 vorgelegt worden. Hiernach wurden ausgefertigt:

I. Für die k. u. k. Heeresverwaltung:

Strohhäcke . . . . .	224.319 Stück
Strohsackpöster . . . . .	224.819 „
Leintücher . . . . .	168.166 „
Militärwäsche (Hemden und Hosen) . . . . .	2.475.013 „
Decken und Deckenüberzüge . . . . .	26.971 „
Uniformstücke . . . . .	27.846 „
Belzmuffe . . . . .	19.970 „
Fäustlinge . . . . .	18.565 Paar

# Sonder-Abdruck

Hier befindet sich das Original

Achselspangen und Armbinden . . . . .	12.620 Stück
Gewehrgruren . . . . .	6.913 "
Gewehrrollen . . . . .	1,030.037 "
Papierdecken . . . . .	11.603 "
Sandsäcke . . . . .	86.058 "
Ruchsäcke . . . . .	32.150 "
Zwiebackfäcchen (Brotfäcke) . . . . .	226.869 "
Zeltblätter . . . . .	1.600 "
Schneemäntel . . . . .	97.001 "
Schneebrillen . . . . .	186.450 "
Schutzmasken gegen Gasbomben . . . . .	17.128 "
Gummimäntel . . . . .	4.100 "
Nackenschützer . . . . .	440.414 "
Hosenbänder . . . . .	377.353 Paar
Militärleibchen und -Jacken . . . . .	124.649 Stück
Wickelgamaschen . . . . .	9.071 Paar
Baschlifs . . . . .	53.785 "
Bauchbinden . . . . .	9.012 "
Wintersocken, Wadenstutzen, Schneehauben, Puls- wärmer u. s. w. . . . .	84.349 "
<b>5,996.831 Stück</b>	

II. Für Anstalten:

Spitalswäsche und Wäsche für städtische Anstalten	137.007 Stück
Durchzüge (Kompressen) . . . . .	17.392 "
Handtücher . . . . .	268.673 "
Bettische (Patschen) . . . . .	4.585 Paar
<b>427.657 Stück</b>	

III. Privatarbeiten:

Privatwäsche . . . . .	13.654 Stück
Anzüge . . . . .	12.640 "
Kinderkleider, Schlafröcke . . . . .	4.935 "
Unterröcke und Schürzen . . . . .	4.845 "
Markt Taschen . . . . .	82.613 "
Sonstige Privatarbeiten . . . . .	32.367 "
<b>151.054 Stück</b>	

Zusammen, die Paare für je 1 Stück gezählt, **6,575.542 Stück.**

Die

## unentgeltliche Auspeisung

durch die Gemeinde wurde im März und April von 50.000 bis 52.000 Personen täglich in Anspruch genommen. Die bis Ende April hierfür aufgelaufenen Kosten betragen **5,792.916 Kronen**, welche durch Sammlungen aufgebracht wurden.

Die

## Lebensmittelversorgung

der Wiener Bevölkerung bot in den letzten zwei Monaten in mehrfacher Beziehung Schwierigkeiten. Die Zufuhren an **Grün-gemüse** waren zwar reichlich, so daß bei manchen Sorten starke Preisrückgänge bemerkbar waren. Dagegen geriet die **Kartoffel-zufuhr** fast ganz ins Stocken; teils wegen der Schwierigkeiten der Verfrachtung zu den Bahnstationen, hauptsächlich aber, weil

die Landwirtschaft ganz von dem Frühjahrsanbau in Anspruch genommen war. Infolgedessen versagte der private Handel fast vollständig und auch die Gemeinde konnte mit großer Mühe nur einen kleinen Teil der Lieferungen, die sie bereits im Herbst für das Frühjahr geschlossen hatte, erhalten.

Mit wirksamer Unterstützung der Regierungsbehörden und des Armee-Oberkommandos ist es aber der Gemeinde-Verwaltung schließlich doch gelungen, wieder ausreichende Mengen dieses wichtigen Nahrungsmittels nach Wien zu bringen, so daß die bedrohliche Kartoffelnot bereits als überwunden gelten kann.

Sehr empfindlich ist noch immer der starke Rückgang in den **Milchzufuhren**, der auch hauptsächlich in den Verfrachtungsschwierigkeiten begründet ist. In den abgelaufenen zwei Monaten betragen die Bahnzufuhren rund 34 Millionen Liter, d. i. über ein Viertel weniger als zu normalen Zeiten. Unter diesen Umständen erwies sich die Einstellung von etwa 500 Kühen durch die Gemeinde von großem Vorteile, da deren Milcherttrag durch amtliche Anweisungen der Säuglingspflege zugewendet werden konnte.

Die **Fleischversorgung** der Bevölkerung litt unter den ansteigenden Preisen und in Fettwaren machte sich trotz der bestehenden Höchstpreisbestimmungen eine steigende Knappheit fühlbar, da die Zufuhren an Fettschweinen aus Ungarn dem Bedarfe weitaus nicht genügten.

Nachstehend folgen die Ausweise des städtischen Markt-amtes über die Beschickung der Märkte **in den Monaten März und April.**

Auf dem

## Schlacht- und Stechviehmarkte in St. Marx

wurden zugeführt:

	1915	1916
an Rindern . . . . .	76.470 Stück	29.382 Stück
„ Kälbern . . . . .	39.070 "	34.561 "
„ Lämmern . . . . .	17.393 "	17.045 "
„ Schafen . . . . .	130.748 "	82.844 "

Die Zufuhren in der

## Großmarkthalle

betragen in diesen Monaten:

	1915	1916
an Rindfleisch . . . . .	4,821.773 Kilogramm	3,950.453 Kilogramm
„ Kalbfleisch . . . . .	29.483 "	29.363 "
„ Schaffleisch . . . . .	19.735 "	4.637 "
„ Schweinefleisch . . . . .	1,258.575 "	960.660 "
„ Kälbern . . . . .	19.561 Stück	19.272 Stück
„ Schafen . . . . .	1.573 "	1.802 "
„ Schweinen . . . . .	11.342 "	15.942 "
„ Lämmern . . . . .	5.520 "	8.612 "

12. IV. 1916

IV.

22

Sonder-Abdruck.

Wien während des Krieges

An

**sonstigen wichtigen Lebensmitteln**

wurden in der gleichen Zeit auf die Märkte gebracht:

	1915	1916
an Gemüse . . . . .	134.178 Meterzentner	89.378 Meterzentner
„ Kartoffel . . . . .	96.687 „	54.478 „
„ Obst . . . . .	59.240 „	23.570 „
„ Butter . . . . .	5.706 „	1.531 „
„ Eier . . . . .	8,371.375 Stück	28,099.010 Stück.

Die **Steinkohlenzufuhr** auf dem Nordbahnhofe betrug 205.662 Tonnen, die Abfuhr 177.480 Tonnen, der Vorrat Ende April 99.183 Tonnen gegen 101.175 Tonnen im Vorjahre.

An **Braunkohlen** wurden auf den städtischen Lagerplätzen im Kleinen 85.933 Meterzentner, in Fuhren 46.816 Meterzentner, außerdem 5426 Meterzentner Grieß abgesetzt.

Die

**Kleinhandelspreise**

der wichtigsten Bedarfsartikel stellten sich nach den Ausweisen des Marktamtes **Ende April** wie folgt:

Rindfleisch . . . . .	per Kilogramm	640 — 880
Schweinefleisch . . . . .	„	640 — 920
Schweineschmalz . . . . .	„	— — 640
Schweinespeck . . . . .	„	610 — 670
Teebutter, inländische . . . . .	„	760 — 880
Teebutter, ausländische „ . . . . .	„	864 — 960
Kochbutter . . . . .	„	680 — 720
Margarine . . . . .	„	720 — 840
Eier . . . . .	„ Stück	15 — 16

Milch . . . . .	per Liter	40 — 50
Kartoffel . . . . .	„ Kilogramm	— — 17
Backmehl . . . . .	„	— — 120
Kochmehl . . . . .	„	67 — 99
Brot . . . . .	„	54 — 57,5
Sauerkraut . . . . .	„	52 — 68
Bohnen . . . . .	„	100 — 164
Reis . . . . .	„	320 — 400
Zwiebel . . . . .	„	96 — 104
Zucker . . . . .	„	102 — 106
Petroleum . . . . .	„ Liter	48 — 59
Steinkohle . . . . .	„ 50 kg	280 — 300
Braunkohle . . . . .	„ 50 „	162 — 240

Die

**Gesundheitsverhältnisse**

in Wien waren der Jahreszeit entsprechende. Der März wies, wie gewöhnlich, einen hohen Krankenstand aus; im April ist wieder eine wesentliche Besserung eingetreten.

Die Zahl der in den Spitälern Verpflegten betrug Ende Februar 11.139, erfuhr in den Monaten März und April eine Zunahme um 22.062 Personen, eine Abnahme durch Entlassung um 20.023, durch Ableben um 2039 Personen und kehrte dadurch Ende April wieder auf den ursprünglichen Stand zurück.

Die Sterblichkeitsziffer betrug in den Märzwochen durchschnittlich auf 1000 Einwohner, mit Ausschluß der Ortsfremden, 17,55 gegen 16,8 im März des Vorjahres; im April sank sie auf 16,6 gegen 16,1 im Vorjahre.

Unter den Todesursachen überwogen Lungentuberkulose und Entzündungen der Atmungsorgane.

Ansteckende Krankheiten waren wenig verbreitet. Blattern, Flecktyphus, Bauchtyphus und Ruhr kamen nur in vereinzeltten Fällen, Choleraerkrankungen überhaupt nicht vor.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

**Dr. Richard Weiskirchner.**

## Gemeinderat.

### Stenographischer Bericht

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **12. Mai 1916**, unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Richard Weiskirchner, des Vize-Bürgermeisters Heinrich Hierhammer und des Vize-Bürgermeisters Josef Rain.

**Bürgermeister Dr. Weiskirchner:** Der Gemeinderat ist beschlußfähig, ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

**1.** Entschuldigt sind die Herren Gem.-Räte Daberkow, Richter und Dr. Haas.

**2.** Um Urlaub haben angeführt die Herren Gem.-Räte St.-Rat Schreiner vom 3. Mai bis 3. Juni, St.-Rat Wippl vom 10. Mai bis 10. Juni, St.-Rat Fraß ab 12. Mai auf drei Monate und Gem.-Rat Richter um Urlaub für eineinhalb Monate.

Ich bitte diejenigen Herren, welche die angesuchten Urlaube bewilligen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Urlaube sind bewilligt.

**3.** Beurlaubt sind dermalen die Herren Gem.-Räte Dolezal, Wiesinger, Dr. v. Baechlé und Schmid.

**4.** Ich habe die Ehre, dem Gemeinderate das Ergebnis der in der letzten Sitzung am 2. Mai 1916 vorgenommenen Wahl von zwei Mitgliedern in die Bau-Deputation mitzuteilen.

Gewählt erscheinen die Herren Baumeister Rudolf Jäger und Adolf Zwerina mit je 98 Stimmen.

**5.** Der Zivillandeskommissär in Belgrad Exzellenz Ludwig v. Thalloczy hat für die vom Wiener Gemeinderate mit Beschluß vom 28. März 1916, P. Z. 2297, den in Belgrad in Pflege befindlichen österreichischen und ungarischen Kriegern gewidmete Spende von 1000 K den Dank ausgesprochen.

**6.** Die am 1. April 1916 verstorbene Hausbesitzerin Theresie Stündl hat letztwillig einen Kapitalbetrag von 10.000 K für die Armen des VI. Bezirkes bestimmt, und zwar derart, daß die Zinsen dieses Kapitals alljährlich am 15. Oktober an Wittwen und Waisen verarmter Gewerbsleute des Bezirkes verteilt werden sollen.

Hr. Rudolf Spitz übermittelt namens des am 3. Jänner 1916 verstorbenen Herrn Dr. Ernst Weil einen Betrag von 100 K für die Armen Wiens.

Herr und Frau Otto Schranz, VI., Windmühlgasse 26, haben zuhanden des Herrn Bezirksvorstehers Dirnbacher einen Betrag von 300 K für den Verein zur Pflege des Jugendspieles im VI. Bezirke gewidmet.

Herr Florian Skoland, VII., Berchenfelderstraße 59, hat für die Dr. Karl Lueger-Stiftung einen Betrag von 50 K gespendet.

Die Bezirksvertretung Brigittenau hat wie im Vorjahre so auch heuer eine Sammlung für Wohlfahrtszwecke statt des entfallenden Bürgerkränzchens eingeleitet, welche ein Ergebnis von 2620 K zur Folge hatte.

Frau Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller hat der städtischen Kinderpflegeanstalt Gebrauchsgegenstände im Werte von zirka 150 K gespendet.

Für die städtischen Sammlungen haben gespendet:

Herr Kapellmeister Karl Weinstabl, IX., Rotentwengasse 17, mehrere Wiener Lieder.

Herr Magistrats-Direktor Dr. August Nüchtern einen Fächer mit Darstellungen des Huldigungszuges Leopold II. im Jahre 1790.

Der Gemeinderat spricht für diese Spenden seinen verbindlichsten Dank aus.

Es sind Interpellationen eingelangt, um deren Verlesung ich bitte.

**Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):**

**7. Interpellation des Gem.-Rates Dr. v. Dorn:**

Vor nunmehr zehn Jahren hat ein Sonder-Ausschuß des Gemeinderates über die Frage des Ausgleiches mit Ungarn einen Bericht erstattet und hat hiebei die Ansicht vertreten, daß, wenn nicht eine wesentliche Besserung und Sicherung der österreichischen Interessen in einem neuen Ausgleich erzielt werden könne, es besser wäre, die Zollgemeinschaft und die damit geschaffenen Bindungen aufzuheben.

Dieser Bericht wurde auf die Tagesordnung der Gemeinderats-Sitzung vom 10. Juli 1906 — der letzten vor den Ferien — gestellt und zur Verhandlung gebracht: leider aber wurde nach Erstattung des mündlichen Referates auf Weisung des Bürgermeisters Dr. Lueger beschloffen, die Verhandlung zu vertagen, und der Gegenstand kam nicht mehr zum Vorschein.

Hierauf wurde der Ausgleich vom Jahre 1907 abgeschlossen; er war, wie sich bald zeigte, für Österreich wesentlich schlechter, als der bisher bestehende, und wir mußten seither in Friedens- und Kriegszeiten die Nachteile desselben schwer empfinden.

Nunmehr stehen wir wieder vor Ausgleichsverhandlungen, und wie aus den Zeitungsberichten über die in rascher Folge sich drängenden Ministerreisen hervorgeht, scheint man bemüht zu sein, die betreffenden Abschlüsse mit Beschleunigung fertigzustellen.

Über dem Inhalte der Verhandlungen und der Haltung der österreichischen Regierung in denselben, waltet natürlich tiefstes Amtsgeheimnis; aber gleichwohl laufen hierüber in der Stadt Gerüchte um, welche düsterste Färbung aufweisen. Wenn nun auch, wie alle Gerüchte, wahrscheinlich auch diese übertrieben sein dürften, so scheint es doch immerhin hoch an der Zeit, daß noch im Verlaufe der Verhandlungen berechnete Interessen sich zum Worte melden, damit nicht — vielleicht aus nichtigen Gründen — und Würdigung derselben — arge Schädigungen herbeigeführt werden, die nicht wieder gutgemacht werden können, wenn einmal feste Vereinbarungen bestehen.

Es ist ja gewiß nicht glaubhaft, daß die österreichische Regierung beabsichtigen soll, einen gegen den bisherigen wesentlich verschlechterten Ausgleich nun gar auf eine noch längere Dauer im Wege des § 14 abzuschließen, denn es kann sich ja doch nur um vorläufige Abmachungen handeln, die der verfassungsmäßigen Behandlung vorbehalten bleiben müssen. Aber auch solche Abmachungen sind schwer zu ändern, wenn sie einmal festgelegt sind. Nach den bisherigen Erfahrungen ist nun zu befürchten, daß insbesondere die Konsumenteninteressen, denen es an einer konzentrierten Vertretung fehlt, nicht jene Berücksichtigung finden könnten, welche ihnen gebührt; und gerade die Stadt Wien als größtes Konsumentenzentrum müßte in erster Linie in der Lage sein, ihre gewichtige Stimme zur Wahrung dieser Interessen zu Gehör zu bringen, sowie auch sonstige legitimierte Vertretungen der Verbraucherkreise um ihre Meinung gefragt werden sollten.

Ich erlaube mir daher die Anfrage

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß sowohl die Vertretung der Stadt Wien, als auch Delegierte von Konsumentenorganisationen vor dem definitiven Abschlusse der Ausgleichsverhandlungen Gelegenheit erhalten, ihre Wünsche und Bedürfnisse an maßgebender Stelle zum Ausdruck zu bringen?

**Bürgermeister:** Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß mir die in der Interpellation bezogene Verhandlung außerordentlich wichtig erscheint und ich werde trachten, sowohl im

Gemeinderat

Gemeinderate als auch in der Handelspolitischen Kommission diese Frage zur Diskussion zu stellen.

**Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):**

**8. Interpellation des Gem.-Rates Aronek:**

Mit Stolz blicken wir auf die Tausende von Wienern, die Gesundheit und Leben einsetzen im Kampfe für ihr Vaterland und für ihre Vaterstadt. Ihnen nach Beendigung des schweren Ringens eine Versorgung im Zivilberufe zu ermöglichen, ist eine Dankeschuld, die wir abzutragen haben. Ich erlaube mir daher an Seine Exzellenz den verehrten Herrn Kriegsbürgermeister die höfliche Anfrage:

Ist Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister geneigt, schon jetzt geeignete Maßnahmen zu treffen, damit in Zukunft bei der Vergabung von Anstellungen im Kommunaldienste in erster Linie jene Bewerber berücksichtigt werden, welche im Felde gestanden sind?

**Bürgermeister:** Ich werde diese Interpellation als Antrag behandeln und dem Magistrate zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuweisen. Die Frage ist sehr wichtig, aber die Herren werden wohl einsehen, daß ich in erster Linie diejenigen zu berücksichtigen habe, die als unsere Angestellten ins Feld gerückt sind und dann wieder zurückkehren. (Zustimmung.)

**Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):**

**9. Interpellation des Gem.-Rates Stahlböck:**

Mit aufrichtiger Freude habe ich den Bericht und Antrag des Stadtrates, betreffend Kriegszulagen für die städtischen Angestellten einschließlich der aus Gemeindepflichten besoldeten Lehrpersonen, sowie für Angestellte im Ruhestande, Witwen und Waisen, gelesen.

Laut Punkt XI der Anträge treten die in diesen angeführten Bestimmungen rückwirkend vom 1. April 1916 an in Kraft.

Der Stadtrat ist sicherlich vollständig orientiert über die geradezu trostlose Lage der fest Angestellten, ist auch orientiert, daß viele derselben die Arbeit von 2 bis 3 Personen leisten müssen und daß daheim vieles fehlt, was den Verbrauch der Kräfte entsprechend ersetzt.

Gleich dem Soldaten im Felde hat jeder Einzelne der Angestellten seine Pflicht mit Heroismus aus wahrer Begeisterung erfüllt, im Vertrauen auf die Hilfe, die ihnen nun geboten wird.

Wenn wir in dieser großen, aber schweren Zeit bedenken, wie schwer es sich heute mit festen Bezügen leben läßt, wenn wir bedenken, daß fast alle Lebensmittel um das Drei- bis Fünffache im Preise gestiegen sind, so wird es mir gewiß niemand verargen, wenn ich, der ich selber Beamter bin, mir erlaube, nachstehend ergebene Frage an den Bürgermeister zu richten:

Ist Se. Exzellenz der Herr Bürgermeister geneigt zu veranlassen, daß der im Anfange erwähnte Punkt XI dahin abgeändert werde, daß der Wirksamkeitsbeginn der Anträge auf den 1. Jänner 1916 verlegt werde und daß die Pensionisten ebenfalls teilnehmen sollen an dieser Begünstigung?

**Bürgermeister:** Auch diese Interpellation werde ich als Antrag behandeln und weise ihn dem Stadtrat zu. Es wird darüber in der nächsten Sitzung des Gemeinderates am Dienstag verhandelt werden.

**Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):**

**10. Interpellation der Gem.-Räte Roth, Leitner und Alois Eder:**

Trotz des großen Mangels an allen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln findet man in den meisten Tagesblättern große Annoncen, welche große Mengen von diesen Artikeln zum Verkaufe anpreisen.

Gefertigte stellen an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Welche Schritte er unternehmen will, diese auf Preistreiberei berechneten Verkäufe von Lebensmitteln zu verhindern?

Gleichzeitig ersuchen wir die Behörden zu veranlassen, diese Lebensmittel zu requirieren und dem allgemeinen Konsum zuzuführen.

**Bürgermeister:** Ich bin nicht in der Lage, diese Interpellation zu beantworten, denn wenn ich jetzt in der öffentlichen

Sitzung sagen würde, welche Maßnahmen ich ergreife, könnten diejenigen, die das angeht, sich vorbereiten. Ich werde das Entsprechende veranlassen. (Beifall.)

**Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):**

**11. Interpellation des Gem.-Rates Stein:**

Es läßt sich nicht länger verheimlichen, daß in allen Kreisen der Bevölkerung eine tiefgehende Erregung wegen der Monopolstellung herrscht, welche seitens der Regierung der von der Österreichischen Kreditanstalt gegründeten „Miles“ eingeräumt wurde, welche sich angeblich des besonderen Schutzes eines Mitgliedes der Regierung erfreuen soll, dessen intime Beziehungen zu der genannten Großbank bekannt sind.

Die Erregung ist begründet, wenn die Art und Weise in Betracht gezogen wird, in welcher die genannte Gesellschaft ihre Aufgabe aufsaßt. Es braucht nur auf die durch deren Maßnahmen entstandene Teuerung und Knappheit an Eiern hingewiesen zu werden. In Fachkreisen wird von geradezu phantastischen Ziffern gesprochen, welche die „Miles“ bereits auf Kosten der Bevölkerung verdient haben soll. Man nennt die ungeheuerliche Summe von 40 Millionen Kronen.

Dazu kommt die merkwürdige Empfindlichkeit der Zensur in Bezug auf die „Miles“.

Mit Rücksicht darauf, daß der Reichsrat nicht einberufen ist, die Abgeordneten und auch die reichsrätlichen Klubs wie vom Erdboden verschwunden zu sein scheinen, ist der Wiener Gemeinderat das einzige Forum, vor welchem diese brennend gewordene Frage zur Sprache gebracht werden kann.

Ich bin der Ansicht, daß, wenn durch Verschulden der „Miles“ aus Profitgier eine Verteuerung von Nahrungsmitteln entsteht, es Pflicht der Industrie ist, einzugreifen. Wenn bei Greislern und anderen kleinen Händlern, die schwer um ihre Existenz ringen, schwere Strafen wegen Preistreiberei verhängt werden, so muß erklärt werden, daß eine Preistreiberei im Großen à la „Miles“ viel verhängnisvollere Folgen nach sich zieht. Ja, ich bin der Ansicht, daß die Hervorrufung einer Teuerung unter solchen Umständen die unter ungeheuren Opfern erkaufte militärischen Erfolge unserer tapferen Armee ernstlich konterkarieren kann, denn es wird das Durchhalten der Bevölkerung im Ausdauerungskriege dadurch wesentlich erschwert.

Es entsteht nun die Frage, ob die Großbanken in Österreich tatsächlich immun sind und deren Bankdirektoren ungeheuer Preistreiberei im Großen betreiben dürfen, während Frauen eingedückter Soldaten wegen weniger Kreuzer verurteilt werden, ob sie, die sich nebstdem in enormer Weise durch Heereslieferungen ihrer affilierten Industrieunternehmungen bereichern, persönlich vom Heeresdienste entbunden sind, außerhalb jedes Gesetzes stehen.

Ich frage nun:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, den Ministerpräsidenten auf die Vorgänge der „Miles“ aufmerksam zu machen und anzuregen, die bisher auf Kosten des Volkes erzielten Gewinne zugunsten des Staatsschatzes zu beschlagnahmen, sowie die Gesellschaft in staatlichen Betrieb zu übernehmen?

2. Die zuständige militärische Stelle auf das Treiben der „Miles“ aufmerksam zu machen und wegen Gefährdung militärischer Interessen die Strafuntersuchung wegen § 327 M.-St.-G. gegen die Gründer und Leiter der „Miles“ zu verlangen?

**Bürgermeister:** Ich werde diese Interpellation der Regierung vorlegen. (Zustimmung.) Im übrigen scheint Herr Kollege Stein nicht zu wissen, daß seit Wochen Ihr Präsidium bemüht ist, eine Änderung in der Gebarung bei der „Miles“ herbeizuführen und daß die hohe Regierung von unseren Schritten in Kenntnis ist. Leider hat sie bis jetzt nichts getan.

**Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):**

**12. Interpellation des Gem.-Rates Stein:**

Ich erlaube mir, nachstehend geschildertes Vorkommnis zur Kenntnis des Herrn Bürgermeisters zu bringen:

Ein mir persönlich bekannter, alt angelegener Handschuhfabrikant in Mariabistritz, sandte vor kurzem an einen Besteller in Lublin (russisches Ostkapitationsgebiet) mehrere Pakete feine Damenhandschuhe in geschnittenem Zustande und erhielt die Ware von der Postbehörde zurück. Alle Details des Absenders bei den Wiener Zentralstellen (Handels- und Finanzministerium) blieben erfolglos, überall wurde der Beschwerdeführer mit der Behauptung der Inkompetenz — die tief eingewurzelte Krankheit unserer Verwaltung — abgewiesen.

Der Fall ist charakteristisch für die Behandlung unserer Exportinteressen. Feine Damenhandschuhe dienen weder der Heeresausrüstung noch einem dringenden Bedarfe der inländischen Bevölkerung.

Erst vor wenigen Tagen hat der Handelsminister die Wiener Gewerbetreibenden in einer Plenarversammlung des Niederösterreichischen Gewerbe-

# Gemeinderat

vereines zu größerem Uebernehmungsgeist angefeuert. Danach scheinen die staatlichen Organe die Theorien ihres Chefs auf höchst originelle Weise in die Praxis umzusetzen.

Es ist ein Rätsel, wie sich der Finanz- und Handelsminister vorstellen, wie unter solchen Umständen die nicht an Kriegslieferungen beteiligten Gewerbetreibenden die Mittel zur Zeichnung von Anleihen und zur Vorauszahlung von Steuern, wozu sie fortgesetzt haranguiert werden, aufbringen sollen.

Eine solche Art der Gewerbeförderung muß unter allen Umständen Bedenken erregen und rechtfertigt die Annahme, daß die berühmten Worte des schwedischen Kanzlers *Oxenstierna* noch heute ihre Geltung nicht verloren haben.

Trotzdem die hier berührte Angelegenheit nicht in die Kompetenz des Bürgermeisters der Reichshaupt- und Residenzstadt fällt, und ungeachtet dessen Überhäufung mit Arbeit richte ich an den Herrn Bürgermeister die *Interpellation*:

1. Ist der Herr Bürgermeister geneigt, da die 33 Wiener Reichsrats-Abgeordneten aller Parteien spurlos verschwunden zu sein scheinen, obigen Sachverhalt zur Kenntnis der zuständigen Herren Minister zu bringen und

2. darauf zu dringen, daß im Interesse des Wiener Gewerbes jede ungerechtfertigte Erschwerung der Ausfuhr von Wiener Fabrikaten nach den okkupierten Ländern den beteiligten Behörden auf das Strengste untersagt werde?

**Bürgermeister:** Auch diese Interpellation wird der Regierung vorgelegt werden.

### Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

#### 13. Anfrage des Gem.-Rates Dr. Klobzberg:

Der Wiener Wasenmeister und Pächter der das Eigentum der Gemeinde Wien bildenden thermochemischen Fabrik in Kaiser-Ebersdorf, Ferdinand *Wambacher*, hat an das Gremium der Viehhändler in Wien das nachstehende Schreiben gerichtet:

Wien, 6. Mai 1916.

Ehrwürdiges Gremium der Viehhändler in Wien!

Hiermit beehre mich, Ihnen höflichst mitzuteilen, daß ich ab 1. Mai 1916 folgende Preise, beziehungsweise Vergütungen bezahle:

Ungarische Fettschweine:	
tot 50 bis 90 kg . . . . .	per Kilogramm — K 20 h
91 kg und darüber . . . . .	1 " 80 "
weibner bis 80 kg . . . . .	1 " 20 "
über 80 kg . . . . .	1 " 60 "
Deutsche (Fleisch)Schweine:	
tot 50 bis 90 kg . . . . .	— " 20 "
über 90 kg . . . . .	— " 30 "
weibner 50 bis 80 kg . . . . .	— " 30 "
über 80 kg . . . . .	— " 40 "

Hochachtungsvoll

F. Wambacher.

Der Wiener Wasenmeister steht in einem Vertragsverhältnisse zur Gemeinde Wien, der für die Benützung der thermochemischen Fabrik einen bestimmten Pachtzins bezahlt. Alle in Wien umgestandenen Tiere oder solche, die vertilgt werden müssen, werden als Konfiskate behandelt, dem Wasenmeister übergeben und er hat sie zu vernichten. Es steht ihm das Recht zu, die Kosten der Abholung, Verscharrung etc. dem Besther des zu vernichtenden Tieres oder Kadavers anzurechnen. Bis vor kurzem zahlte der Wasenmeister für 1 kg Schweinekadaver durchschnittlich 24 h und bei den Gewinnprodukten hielt er sich streng an die „Marktkonjunktur“, und da auf technische Fette kein Höchstpreis gelegt ist, so verkauft er „seine Produkte“, beispielsweise Fett, um 5, 6 K ja sogar über 8 K per Kilogramm an die technische Industrie weiter. Ich will nicht sagen, daß dies Preistreiberei ist, denn 1 kg Fett kommt dem Wasenmeister durchschnittlich auf 40 bis 50 h, das ist gegenwärtig schon mehr, wenn man bedenkt, daß Seife zu den unentbehrlichen Bedarfsgegenständen gehört, die auch arme Leute notwendig brauchen. Nun hat der Wasenmeister, wie der Zuschrift an das Gremium der Viehhändler zu entnehmen ist, seine Vergütungssätze erhöht. Wie hoch derselbe geachtet sein Reingewinn aus dem Verkaufe der technischen Fette ist, läßt sich nur annähernd festsehen. Es sollten die technischen Fette des Wiener Wasenmeisters von amtswegen zu Preisen, die im richtigen Verhältnisse zu seinen Herstellungskosten stehen, requiriert werden, damit für die arme Bevölkerung wenigstens eine billige Seife hergestellt werden kann. Es liegt dies im Interesse der Allgemeinheit, sowie der Selcher und Kommissionäre, die heute die Ware unerschwinglich teuer in die Hand bekommen, damit sie wenigstens Preise für die Konfiskate erhalten, die den Schaden, der ihnen beim Verenden von Fettschweinen erwächst, einigermaßen verschmerzen lassen.

Ich richte an den Herrn Bürgermeister die Anfrage:

Ob er geneigt ist, die geeigneten Mittel zu veranlassen, beziehungsweise den Vertrag mit dem Wasenmeister so ab-

zuschließen, daß die Gemeinde Wien jederzeit im eigenen und im Interesse der Allgemeinheit Wandel schaffen kann?

**Bürgermeister:** Der Vertrag mit dem Wasenmeister läuft Ende des Jahres ab unter der Voraussetzung, daß derselbe bis 30. Juni gekündigt wird.

Ich habe den Magistrat vor einiger Zeit beauftragt, die Verhandlungen wegen Erneuerung des Vertrages zu führen. Es wird daher noch im Juni 1916 dem Gemeinderate Gelegenheit geboten sein, darüber schlüssig zu werden. Ich finde die Anfrage des Herrn Gem.-Rates Dr. Klobzberg zutreffend und ich werde darauf Bedacht nehmen.

### Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

#### 14. Anfrage des Gem.-Rates Dr. Klobzberg:

Die fleischverarbeitenden Gewerbe kaufen ihre lebendige Ware, Schweine, zu hohen Preisen ein, daß sie für Fett, Speck und Fleisch die vorgeschriebenen Höchstpreise nicht einhalten können und infolgedessen Gefahr laufen, wegen Überschreitung der Höchstpreise bestraft zu werden. Es wäre deshalb unbedingt notwendig, daß auch die Höchstpreise für Fett und Fleisch den Einkaufspreisen entsprechend reguliert werden.

Andererseits wäre es aber im Interesse der Allgemeinheit gelegen, eine Einführung von Fett- und Eierkarten vorzunehmen, um die Hamsterei gewisser Leute zu unterbinden.

Ich frage den sehr geehrten Herrn Bürgermeister:

Ob er geneigt ist, an kompetenter Stelle dahin zu streben, daß das Nötige zur Einführung dieser Karten veranlaßt werde?

**Bürgermeister:** Ich werde diese Anfrage der Regierung vorlegen, möchte mir nur die Bemerkung erlauben, daß man Fettarten nur dann einführen kann, wenn man auch Fett hat. Bei der heutigen Fettknappheit würde es nichts nützen, diese Maßregel zu treffen.

Es ist ein Antrag überreicht worden, um dessen Verlesung ich bitte.

### Schriftführer Gem.-Rat Stangelberger (liest):

#### 15. Antrag der Gem.-Räte Körber, Effenberger und

Kollegen:

In den letzten Wochen wurde das städtische Mehlabgabeamt durch Statthalterei-Erlaß vom 27. April 1916, ZW 1040/99, verhalten, an sämtliche Bäckermeister statt der bisherigen 20 Prozent Weizenmehl, 50 Prozent zur Verteilung zu bringen. Gegen diese Maßregel wurde seitens der betreffenden Gewerbetreibenden keine Einwendung erhoben, da die Notwendigkeit solcher Maßnahmen allgemein erkannt wird und überdies in der zitierten Verordnung der l. l. n. ö. Statthalterei auch versichert wurde, daß auch Brotfabriken und Konsumvereine „in diesem Ausmaße“ beteiligt werden sollten. Umso lebhafter war das Erstaunen der Bäckermeister, als sich dann herausstellte, daß die Brotfabriken und Konsumvereine zwar tatsächlich im selben Ausmaße mit Surrogatmehlen beteiligt wurden, aber keinen Weizen, sondern Gerstenmehl, das sich zur Brot-Erzeugung ungleich verwendbarer erweist, erhielten. Selbstredend mußte diese günstige Situation der Brotfabriken auch in der Qualität der Erzeugnisse derselben zum Ausdruck kommen und die Entrüstung der Bäcker hierüber erscheint umso begrifflicher, als sich die Brotfabriken und Konsumvereine dieser Begünstigung heute noch erfreuen, während die Mehlabgabestelle der Gemeinde Wien nur Weizenmehl als Surrogat abzugeben in der Lage ist.

Dieser Umstand ist aber nur ein Glied in der Kette fortdauernder Begünstigungen, deren sich die Brotfabriken durch ihre Unterstellung unter die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt erfreuen. Auch bei der Abgabe der Brotartenabschnitte erscheinen dieselben begünstigt, indem Letztere von ihnen nicht mit der gleichen Strenge eingefordert werden, wie von den Bäckern. Die Bäckermeister werden für fehlende Brotartenabschnitte verantwortlich gemacht, die Brotfabrikanten niemals. Es sollen auch einzelne Brotfabriken direkt dadurch Wiederverkäufer zu gewinnen suchen, daß sie diesen versichern, sie nehmen es mit den Brotmarken nicht so genau.

Alle diese Mißstände entspringen aber nur dem einen Umstande, daß die Brotfabriken und Konsumvereine ihr Mehl nicht von dem städtischen Mehlabgabeamt, sondern direkt von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt beziehen, wodurch jeder einseitigen Begünstigung Tür und Tor geöffnet erscheint.

Die Gefertigten stellen deshalb den Antrag:

Der Herr Bürgermeister ist zu ersuchen, kompetenten Ortes mit allem Nachdrucke dahin vorstellig zu werden, daß die ganz überflüssige Sonderstellung der Brotfabriken und Konsumvereine beseitigt und diese wie alle anderen Bäckereibetriebe hinsichtlich

Gemeinderat

der Meherversorgung dem städtischen Mehlabgabebeamte unterstellt werden.

**Bürgermeister:** Gehört an den Stadtrat.

Wir schreiten zur Erledigung der Tagesordnung und ich ersuche den Herrn Kollegen Rain, seine Referate zu erstatten.

**16. Referent Vize-Bürgermeister Rain:** Zahl 4207, Post 4. Ankauf von Kunstforken für das Brauhaus der Stadt Wien. Es wird beantragt, den Ankauf von einer Million Suberit-Kunstforken zum Preise von 16.50 Mark per Tausend, fracht- und zollfrei Rannersdorf, zu genehmigen.

Der Kostenaufwand im Betrage von rund 25.000 K ist durch die Betriebseinnahmen zu decken.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

**Bürgermeister:** Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause.) Es ist nicht der Fall. Keine Einwendung. **Angenommen.**

**Beschluß:** Der Ankauf von einer Million Suberit-Kunstforken zum Preise von 16.50 Mark per Tausend, fracht- und zollfrei Rannersdorf, wird genehmigt. Der Kostenaufwand im Betrage von rund 25.000 K ist durch die Betriebseinnahmen zu decken.

**Bürgermeister:** Ich bitte, fortzufahren.

**17. Referent Vize-Bürgermeister Rain:** Zahl 4208, Post 5. Auswechslung des Kühlrohres im Gärteller des Brauhauses der Stadt Wien.

Diese Kühlrohre, welche seit vielen Jahren benützt werden, sind wie alles der Abnutzung unterworfen und es ist unbedingt notwendig, dieselben, obwohl das in der Kriegszeit etwas teurer ist, mit Rücksicht auf die bessere Ausnutzung bei der Erzeugung von Kältegraden auszuwechseln.

Ich bitte um die Annahme des Antrages, daß hiefür ein Betrag von 22.000 K genehmigt werde.

**Bürgermeister:** Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause.) Es ist nicht der Fall, es wird keine Einwendung erhoben, der Antrag ist daher genehmigt.

**Beschluß:** Für die Auswechslung des Kühlrohrsystems im Gärteller des Brauhauses der Stadt Wien wird ein aus den Betriebseinnahmen zu bestreitendes Kostenfordernis von 22.000 K genehmigt.

**Bürgermeister:** Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Gräf.

**18. Referent Gem.-Rat Gräf:** Zahl 4077, Post 6. Anbot der Eheleute Johann und Anna Daum auf Verkauf der Kat.-Parz. 537 und 538, Einl.-Z. 1628 Ottakring, im XVI. Bezirke an die Gemeinde Wien.

Diese Gründe haben ein Ausmaß von 15.300 m<sup>2</sup>. Es wurde ein günstiger Pauschalpreis erzielt und es stellt sich der Preis des Quadratmeters auf 7 K 84 h. Im übrigen haben die Herren den Antrag in Händen und ich bitte um dessen Genehmigung.

**Bürgermeister:** Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause.) Es ist nicht der Fall, keine Einwendung, **angenommen.**

**Beschluß:** I. Die Gemeinde Wien kauft von Johann und Anna Daum die in der Einl.-Z. 1628 des Grund-

buches Ottakring inneliegenden Parz. 537 und 538 im Katastralausmaße von 15.300 m<sup>2</sup> um den Pauschalbetrag von 120.000 K unter folgenden Bedingungen:

1. Der Grund wird der Gemeinde Wien vollkommen saß- und lastenfrei und in derart genügend ausgesteintem Zustande übergeben, daß die Besitzgrenzen einwandfrei festgestellt werden können.

2. Der Kaufpreis ist zur Hälfte nach Einverleibung des Eigentumsrechtes der Gemeinde Wien und Übergabe des Grundes in ihren physischen Besitz fällig. Der Kaufschillingrest wird auf ein Jahr von diesem Termine an gerechnet gegen 4prozentige, halbjährig im nachhinein zu leistende Verzinsung gestundet.

Der Gemeinde Wien bleibt jedoch das Recht vorbehalten, diesen Kaufschillingrest wann immer auch früher zu begleichen.

3. Die Verkäufer verpflichten sich, über Aufforderung binnen acht Tagen die Rangordnung der beabsichtigten Veräußerung auf ihre Kosten bei der Einl.-Z. 1628 Ottakring anmerken zu lassen.

4. Sämtliche mit diesem Rechtsgefächte und seiner grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren mit Ausnahme der Kosten für die allfällige Saß- und Lastenfreistellung trägt die Käuferin.

5. Die Gemeinde Wien tritt in die bestehenden Pachtverträge ein.

II. Zur Deckung des im Verwaltungsjahre 1915/16 fälligen Teiles des Kaufschillings samt Nebengebühren wird zur Ausgabe-Rubrik XII 13 ein Zuschußkredit in der Höhe von 67.050 K bewilligt.

Der restliche Kaufschilling ist im Hauptvoranschlage für das Verwaltungsjahr 1916/17 sicherzustellen.

**Bürgermeister:** Zum Referate gelangt Herr Gem.-Rat Hermann.

**19. Referent Gem.-Rat Hermann:** Zahl 4174, Post 7. Errichtung eines städtischen Jugendspielflazes im IX. und XIX. Bezirke.

Der Bürgerspitalfondsgrund, auf dem dieser Spielplatz errichtet werden soll, befindet sich am Ende der Wasserleitungsstraße. Die Kosten betragen 31.200 K und sind auf Ausgabe-Rubrik XLVI 5 a bedeckt. Der Bürgerspitalfonds erhält von den eigenen Geldern einen jährlichen Pauschalzins von 5000 K.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

**Bürgermeister:** Ich eröffne die Debatte. Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Wolny pro.

**Gem.-Rat Wolny:** Bei diesem Antrage kann ich nicht umhin, meiner großen Befriedigung und Freude darüber Ausdruck zu geben, daß es mir nach jahrelanger Mühe endlich gelungen ist, einen unerwartet großen Spielplatz für die Schuljugend des IX. Bezirkes zu bekommen. Ich habe an diesen Vorarbeiten teilgenommen und muß zu meiner Freude und Befriedigung gestehen, daß der Magistrat außerordentlich rasch und prompt seit der ersten Kommissionierung gearbeitet hat. Die Sache wäre nicht so rasch vor sich gegangen, wenn nicht der Herr Bürgermeister die große Liebenswürdigkeit gehabt hätte, mit Nachdruck die

Gemeinderat

Sache zu fördern. So stehen wir also vor der Möglichkeit, in absehbarer Zeit einen großen schönen Spielplatz für die Jugend zu bekommen.

Ich habe nur noch die Bitte an den Magistrat, daß die vorzunehmenden Arbeiten recht rasch ausgeführt werden möchten, damit wir vor den Ferien den Spielplatz noch benützen können. Denn gerade in den Ferien wird es notwendig sein, die Jugend, welche nicht in der angenehmen Lage ist, sich einen Sommeraufenthalt zu gönnen, auf diesen Spielplatz zu führen.

Ich möchte auch noch darauf aufmerksam machen, daß es notwendig sein wird, die Verhandlungen mit dem Eisenbahnministerium zu Ende zu führen, damit die Wasserleitung bis zum Spielplatz zugeführt werden kann und damit das Wasser nicht in einer etwas ursprünglichen Form für Erfrischungszwecke zugeführt werden muß.

Ich sage nochmals dem Herrn Bürgermeister und dem Magistrat meinen Dank.

**Bürgermeister:** Die Debatte ist geschlossen. Eine Einwendung ist nicht erhoben. Der Herr Referent verzichtet auf das Schlusswort.

Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte die Herren, die mit dem gestellten Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **A n g e n o m m e n.**

**Beschluß:** 1. Auf dem am Ende der Wasserleitungsstraße gelegenen Bürgerhospitalfondsgrund, bestehend aus einem Teile der Kat.-Parz. 1653, Grundbuch Alfergrund, und den Kat.-Parz. 424/1, 424 2, 424 3, 413/17, 413/18, Grundbuch Heiligenstadt, sämtlich Landt-Einl.-Z. 390, im Ausmaße von rund 11.000 m<sup>2</sup>, wird ein städtischer Jugendspielplatz mit dem unter Ausgabs-Nubrif XLV 15 a bedeckten Kostenbetrage von 31.200 K errichtet.

2. Für die Inanspruchnahme des Bürgerhospitalfondsgrundes wird diesem Fonds jährlich ein Pauschalzins von 5000 K aus den eigenen Geldern überwiesen.

**Bürgermeister:** Zum Referate Herr Gem.-Rat Knoll.

**20. Referent Gem.-Rat Knoll:** Post 8. Umpflasterung der Museumstraße von der Einfahrt der Hofstallungen bis zur Burggasse im VII. Bezirke.

Es hat sich als dringend notwendig erwiesen, die Umpflasterung der Museumstraße von der Einfahrt der Hofstallungen bis zur Burggasse im VII. Bezirke vorzunehmen. Diese Umpflasterung erfordert einen Kostenaufwand von rund 69.360 K, welcher den hiefür im Präliminare eingestellten Betrag von 40.000 K um 29.350 K überschreitet.

Die Überschreitung ist aus dem Pauschale für unvorhergesehene Pflasterungen zu decken.

Ich bitte um die Annahme.

**Bürgermeister:** Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **A n g e n o m m e n.**

**Beschluß:** Die Umpflasterung der Museumstraße von der Einfahrt der Hofstallungen bis zur Burggasse im VII. Bezirke wird mit dem Kostenverfordernisse von rund 69.350 K, welches den hiefür im Präliminare eingestellten Betrag von 40.000 K um 29.350 K

überschreitet, genehmigt. Die Überschreitung ist aus dem Pauschale für unvorhergesehene Pflasterungen zu decken.

**Bürgermeister:** Herr Gem.-Rat Schneider wird an Stelle des erkrankten Gem.-Rates Schreiner referieren.

**21. Referent Gem.-Rat Schneider:** Post 11. Es wird um Verlängerung des Pachtvertrages mit Albert Schumann hinsichtlich der dem Bürgerhospitalfonds gehörigen Liegenschaften Einl.-Z. 836 bis 841, 843 und 844 im XV. Bezirke angefragt.

Der Zirkus Schumann ist eine Realität in der Nähe unseres neu zu erbauenden städtischen Museums. Der Pacht hätte mit 1. April 1916 gelöst sein sollen. Mit Rücksicht darauf aber, daß wir mit unserem städtischen Museum so wie so nicht so weit vorgeschritten sind, andererseits Herr Schumann nicht in Wien ist und das momentane Ausziehen ihm bedeutende Kosten verursachen würde, wird beantragt, den Vertrag auf ein Jahr bis 1. Mai 1917 zu verlängern.

Ich bitte um die Annahme.

**Bürgermeister:** Es ist niemand zum Worte gemeldet. Eine Einwendung wird nicht erhoben. Ich erkläre den Antrag für **a n g e n o m m e n.**

**Beschluß:** Die Giltigkeit des zwischen der Gemeinde Wien und dem Zirkusbefitzer Albert Schumann bestehenden Pachtvertrages hinsichtlich der Baustellen Einl.-Z. 836 bis 841, 843 und 844 Grundbuch Fünfhäuser, wird namens des Wiener Bürgerhospitalfonds bis 1. Mai 1917 mit dem Bemerkten erstreckt, daß eine weitere Verlängerung desselben mit Rücksicht auf den Bau des städtischen Museums nicht zugestanden werden kann. Der Pachtschilling wird ab 1. Juni 1914 um 1000 K pro Jahr erhöht. Die übrigen Bedingungen des Pachtvertrages bleiben aufrecht.

**22. Referent Gem.-Rat Schneider:** Post 12. Es handelt sich um die Gebührenentrichtung der Pensionskassa der städtischen Straßenbahnen.

Es wird berichtet, daß durch ein neues Gebührengesetz eine Mehrbelastung um 1 Prozent eintreten würde. Um diese nicht auf die Bediensteten zu überwälzen, wird beantragt, die Pensionskassa der Straßenbahnen damit zu belasten.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

**Bürgermeister:** Zum Worte ist niemand gemeldet. Eine Einwendung wird nicht erhoben. Ich erkläre den Antrag für **a n g e n o m m e n.**

**Beschluß:** Die nach § 4, Absatz 1, Zahl 1 der kaiserlichen Verordnung vom 15. September 1915, R.-G.-Bl. Nr. 280, beziehungsweise § 8, Absatz 2 der Durchführungsverordnung vom 10. Dezember 1915, R.-G.-Bl. Nr. 363, von der Gesamtsumme aller zur Begründung der Versorgungsansprüche statutarisch festgesetzten Leistungen der Mitglieder der Pensionskassa für die Bediensteten und Arbeiter der städtischen Straßenbahnen und der Firma „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“ an diese Kassa zu entrichtende 1prozentige Gebühr ist unter Berücksichtigung auf die nach § 12, Absatz 4 der kaiserlichen

16.7.1916

VI.

29

Gemeinderat

Verordnung zulässige Hereinbringung dieser Gebühr von den Mitgliedern aus den laufenden jährlichen Einnahmen der Pensionskassa zu bezahlen.

**23. Referent Gem.-Rat Schneider:** Post 14. Gemeinnützige Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Militärzertifikatisten, reg. Gen. m. b. H., um Zusicherung der Baurechtsbestellung an Baustellen zwischen der Oversee- und Böschentohl- gasse im XV. Bezirke.

Es ist ein Schmelzgrund, den wir seinerzeit zur Erbauung von Wohnungsgruppen erworben haben. Wir haben an die Wohnungsgenossenschaft „Heimat“ zwei solche Baustellen verkauft, vier schon früher an eine andere Baugenossenschaft, und jetzt sucht diese Zertifikatistengenossenschaft um vier Baublöcke an. Ich bemerke, daß 35 K per Quadratmeter zur Grundlage genommen, eine Verzinsung von 3 Prozent verlangt wird. Die Genossenschaft kann sofort in das Baurecht eintreten, wir verlangen es mindestens in drei Monaten.

**Vize-Bürgermeister Sierhammer** (der mittlerweile den Vorsitz übernommen hat): Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Herren, die dem Antrage des Herrn Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **A n g e n o m m e n.**

**Beschluß:** Die Gemeinde Wien sichert der Gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Militärzertifikatisten, reg. Gen. m. b. H. in Wien, an den im bauamtlichen Situationspläne vom März 1914, Z. 831/XIV ex 1914 durch rote und blaue Umränderung dargestellten Baustellen 2, 3, 4, 9, 10 und 11, das sind: Einl.-Z. 1146 mit der Parzelle 206/356, Einl.-Z. 1147 mit der Parzelle 206/357, Einl.-Z. 1148 mit der Parzelle 206/358, Einl.-Z. 1153 mit der Parzelle 206/363, Einl.-Z. 1154 mit der Parzelle 206/364 und Einl.-Z. 1155 mit der Parzelle 206/365 Grundbuch XV. Bezirk, an der Oversee- und Böschentohl- gasse im Ausmaße von zirca 2578 m<sup>2</sup>, im Rahmen der im Gemeinderats-Beschlusse vom 20. Juni 1913, P. Z. 9508, festgesetzten allgemeinen und unter den nachstehenden besonderen Bedingungen die Bestellung eines Baurechtes im Sinne des Gesetzes vom 26. April 1912, R.-G.-Bl. Nr. 86, zu:

1. In den seinerzeit aufzuführenden Gebäuden dürfen nur Kleinwohnungen im Sinne des Gesetzes vom 22. Dezember 1910, R.-G.-Bl. Nr. 242, hergestellt werden.
2. Bei allen Vermietungen sind Bewerber mit kinderreichen Familien zu bevorzugen.
3. Die Zusicherung dieses Baurechtes erfolgt im übrigen unter denselben Bedingungen, wie sie mit Gemeinderats-Beschluß vom 11. Juni 1913, P. Z. 12042, hinsichtlich der von derselben Genossenschaft bereits verbauten 4 Baustellen Einl.-Z. 1149 mit den Parzellen 206/359 bis 362 festgesetzt wurden und unter Zugrundelegung eines jährlichen Bauzinses in der Höhe von 3 Prozent des mit 35 K per Quadratmeter angenommenen Grundwertes.
4. Die Genossenschaft ist berechtigt, die Gründe sofort in Baurecht zu übernehmen und verpflichtet,

jede der 6 Baustellen über Aufforderung der Gemeinde Wien binnen 3 Monaten in Baurecht zu übernehmen.

5. Für jeden der beiden vorstehend in Punkt 3 genannten Fälle wird die Verbaunungsfrist mit zwei Jahren vorgeschrieben.

6. Zur Sicherstellung der Verpflichtung der Genossenschaft, die Gründe über Aufforderung der Gemeinde Wien binnen 3 Monaten zu übernehmen, hat die Genossenschaft sofort nach Erteilung der Zusicherung eine Kaution in der Höhe des einjährigen Bauzinses zu erlegen, welche verfällt, wenn diese Verpflichtung nicht eingehalten wird. Überdies erlischt in diesem Falle die Zusicherung hinsichtlich sämtlicher Baustellen.

7. Nach erfolgter Übernahme der Gründe in Baurecht haftet diese Kaution für die Einhaltung der Verbaunungsvorschrift.

8. Die Dauer des zugesicherten Baurechtes endet für sämtliche Baustellen mit 5. Jänner 1984.

9. Die mit der Errichtung des Vertrages und seiner allfälligen grundbücherlichen Durchführung verbundenen Kosten und Gebühren fallen der Genossenschaft zur Last.

**24. Referent Gem.-Rat Schneider:** Post 15. Es handelt sich um die Abänderung eines Beschlusses über eine Grunderwerbungs. Die Angelegenheit hat den Gemeinderat schon beschäftigt. Es ist nur eine kleine Vergrößerung der Grundstücke notwendig geworden. Nach dem früheren Beschlusse waren 2533 Quadratmeter anzukaufen gewesen, jetzt werden 2621 Quadratmeter benötigt. Der Grundpreis ist derselbe. Die früheren Kosten waren 50.679 K, die jetzigen betragen 52.431 K 80 h. Diese Auslage ist in dem Betrag bedeckt, den das Militärärar uns refundiert.

Ich bitte um die Annahme.

**Vize-Bürgermeister Sierhammer:** Zum Worte ist niemand gemeldet. Eine Einwendung wird nicht erhoben. Ich erkläre den Antrag des Herrn Referenten für **a n g e n o m m e n.**

**Beschluß:** Zur dauernden Sicherstellung der für die Anlage der Endhaltestelle nächst dem Verzehrungssteu- Linienamte Rothneusiedl der mit Rundmachung des k. k. Eisenbahnministeriums vom 3. Mai 1915, R.-G.-Bl. Nr. 118, konzeffionierten Straßenbahnlinie benötigten Grundstücke werden die im Plane rot angelegten Flächen der

Kat.-Parz. 994, Einl.-Z. 33 des Grundbuches der Katastralgemeinde Oberlaa-Stadt, Eigentümer Anton Dreher,	im Ausmaße von . . . . .	12 44 m <sup>2</sup>
Kat.-Parz. 991, Einl.-Z. 713 des Grundbuches der Katastralgemeinde Oberlaa-Stadt, Eigentümer Robert Herzfelder's Erben, im Ausmaße von . . . . .		221 38 „
Kat.-Parz. 989, Einl.-Z. 28 des Grundbuches der Katastralgemeinde Oberlaa-Stadt, Eigentümer Robert und Josefina A n d e r s, im Ausmaße von 348 71 „		

Gemeinderat

Rat.-Parz. 982/2, Einl.-Z. 27 des Grundbuches der Katastralgemeinde in Oberlaa-Stadt, Eigentümerin Christine Zwieselhofer, im Ausmaße von . . . . . 427.29 m<sup>2</sup>

Rat.-Parz. 981/1, Einl.-Z. 27 des Grundbuches der Katastralgemeinde Oberlaa-Stadt, Eigentümerin Christine Zwieselhofer, im Ausmaße von 282.48 „

Rat.-Parz. 980 und 981, Einl.-Z. 45 des Grundbuches der Katastralgemeinde Oberlaa-Stadt, Eigentümer Georg Reigl und Mitbesitzer, im Ausmaße von . . . . . 1329.29 „  
somit in Summe . . . . . 2621.59 m<sup>2</sup>

zu dem Einheitspreise von 20 K für das Quadratmeter gekauft.

Die hieraus erwachsenden Kosten von 52.431 K 80 h werden aus dem von der Heeresverwaltung zu leistenden Beiträge bestritten.

Die Kosten der Anfertigung und Durchführung der Verträge trägt die „Gemeinde Wien — städtische Straßenbahnen“. Die Kosten der Beglaubigungen und Lastenfreistellungen haben die Verkäufer zu tragen.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Zum Referate Herr Gem.-Rat Tomola.

**25. Referent Gem.-Rat Tomola:** Zahl 3722, Post 17. Komitee „Döblinger Heimatkunde“ um Subvention.

In Döbling hat sich ein Komitee zur Herausgabe einer größeren Heimatkunde gebildet. Ich brauche aus diesem Komitee nur die Namen des Universitätsprofessors Redlich und des Seminar-Direktors, nunmehrigen Landeschulinspektors Dr. Becker zu nennen, damit die Herren einsehen, daß es sich um eine ernste, wissenschaftliche Arbeit handelt. Das Werk soll drei Bände umfassen. Es ist noch keineswegs zur Drucklegung fertig, es liegt aber dem Komitee daran, mit den Mitteln ausgestattet zu sein, um zur Drucklegung schreiten zu können.

Darum wird der Antrag gestellt, eine Subvention von 1000 K in Aussicht zu stellen, welche ausbezahlt wird, sobald die Drucklegung gesichert ist.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Zum Worte ist niemand gemeldet. Eine Einwendung wird nicht erhoben. Der Antrag des Herrn Referenten ist angenommen.

**Beschluß:** Dem Komitee „Döblinger Heimatkunde“ wird zur Herausgabe der von Leopold Speta verfaßten, die Geschichte des XIX. Gemeindebezirkes umfassenden Heimatkunde eine einmalige Subvention von 1000 K bewilligt, die Auszahlung derselben jedoch davon abhängig gemacht, daß die Drucklegung des ganzen Werkes sichergestellt ist. Die Ausgabe wird auf den Reservefonds verwiesen.

**26. Referent Gem.-Rat Tomola:** Zahl 4196, Post 18.

Im Schulgebäude im XV. Bezirke, Hadengasse 13, wurden mehrere patriotische Wohltätigkeitsvorstellungen veranstaltet, deren Reinertrag patriotischen Zwecken in Fünfhäusr durchgeführt wurde. Es

wird der Antrag gestellt, aus diesem Grunde die aufgelaufenen Beheizungs- und Beleuchtungskosten nachzusehen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Zum Worte ist niemand vorgemerkt. Eine Einwendung wird nicht erhoben. Der Antrag des Herrn Referenten erscheint genehmigt.

**Beschluß:** Dem Ansuchen des Lehrkörpers der Mädchen-Bürgerschule XIV., Benedikt Schellinger-Gasse 1, um Nachsicht der anlässlich der Benützung des Handarbeits-saales der Mädchen-Volksschule XV., Hadengasse 13, für die Veranstaltung von sieben im Februar und März 1915 abgehaltenen patriotischen Festen erwachsenen Beheizungs- und Beleuchtungskosten wird Folge gegeben.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Zum Referate Herr Gem.-Rat Dr. Mataja.

**27. Referent Gem.-Rat Dr. Mataja:** Zahl 4244, Post 9. Entscheidung des k. k. Eisenbahnministeriums vom 29. Februar 1916, Z. 12942/19a ex 1915, in Angelegenheit der Schleppbahn der Firma Viktor Herz (km 1.4/5 der Pottendorfer-Linie).

Die Schleppbahn kreuzt öffentliche Wege und es ist daher eine Unterfahrung der Straße vorgesehen. Bei der Begehungs-Kommission konnte der Baukonsens nicht erteilt werden, weil die Zustimmung der Südbahn nicht zu erreichen war. Die Gemeinde Wien hat sich daher spätere Schadenersatzansprüche vorbehalten und die Sache dem Eisenbahnministerium vorgelegt. Dieses hat entschieden, daß dieser Vorbehalt gesetzlich zulässig sei, und somit der Forderung der Gemeinde Wien in der Hauptsache Rechnung getragen. Bezüglich der allfälligen späteren Ansprüche hat das Eisenbahnministerium jedoch entschieden, daß sie derzeit verfrüht seien, und es kann wohl auch dieser Auffassung zugestimmt werden, weshalb die Erhebung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof nicht beantragt wird. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Zum Worte ist niemand vorgemerkt. Eine Einwendung wird nicht erhoben. Der Antrag des Herrn Referenten erscheint somit angenommen.

**Beschluß:** Die Entscheidung des k. k. Eisenbahnministeriums vom 29. Februar 1916, Z. 12942/19a ex 1915, in Angelegenheit der Schleppbahn der Firma Viktor Herz (km 1.4/5 bei der Pottendorfer-Linie) wird unter Abstandnahme von einer Beschwerde an den k. k. Verwaltungsgerichtshof zur Kenntnis genommen.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Zum Referate der Herr Bürgermeister.

**28. Referent Bürgermeister Dr. Weiskirchner:** Es hat sich im Rahmen des k. k. Handelsmuseums eine eigene Orientsektion gebildet, welche sich bemühen will, nicht nur wirtschaftliche Beziehungen zwischen uns und den östlichen Ländern, insbesondere dem Balkan zu pflegen, sondern auch die kulturellen Beziehungen in ihrem Bereich zu erfassen. Es haben sich nicht nur Universitätsprofessoren, wie Professor Übersberger, daran beteiligt, sondern auch hervorragende Industrielle und Praktiker.

Gemeinderat

31

Auch ich habe mich mit Rücksicht auf die Bedeutung, die mir diese Sektion wirtschaftlich und kulturell für die Beziehungen unserer Stadt zum Osten zu haben scheint, entschlossen, beizutreten. Aus dem Rahmen dieser Sektion ist nun ein eigenes Institut, und zwar ein Forschungsinstitut für Osten und Orient entstanden. Ich erlaube mir kurz auf die Aufgaben dieses Institutes zu verweisen. Das Forschungsinstitut für Osten und Orient soll eine Organisation von Vertretern der Wissenschaft und Praxis zum gemeinsamen Betriebe wissenschaftlicher und praktischer Studien über die genannten Gebiete sein. Hauptgrundsatz ist, die wichtigeren Arbeiten des Institutes angesichts der Vielfältigkeit der meisten Gegenwartsfragen durch gemeinsames Wirken von Fachleuten verschiedener Gebiete zu fördern, wodurch das sonst zumeist übliche Nebeneinanderschaffen sich von selbst in ständige gegenseitige Unterstützung verwandelt. Unter den Aufgaben heißt es: „Die Wissenschaft hat besonders in diesen entscheidenden Tagen der Wandlung der Weltgeschichte in erhöhtem Maße die Pflicht, auch den unmittelbaren, praktischen Wünschen und Bedürfnissen des Vaterlandes im geeigneten Ausmaße Rechnung zu tragen. Sie hat aber auch den Praktikern in Politik und Volkswirtschaft die richtige objektive Grundlage für die Behandlung der sie interessierenden Fragen zu liefern.“

Einer unserer größten vaterländischen Dichter hat Wien apostrophiert: Wien, du Stadt des Ostens! Ich glaube auch, daß wir in erster Linie berufen sind, als altes Bollwerk gegen den Osten, als Vorwerk westländischer Kultur, die Beziehungen zu Orient und Osten zu pflegen. Ich bin auch der Meinung, daß durch die Herren, welche in diesem Forschungsinstitut sind, der Ernst und die Bedeutung desselben für jedermann ersichtlich ist und ich glaube, wir sind als Stadt Wien verpflichtet, diese Bestrebungen zu fördern. Namens des Stadtrates beantrage ich, daß die Stadt Wien vorläufig mit 5000 K diesem Forschungsinstitute beitrage.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Eine Einwendung wird nicht erhoben. Jene Herren, welche dem Antrage zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) **A n g e n o m m e n.**

**Beschluß:** Die Gemeinde Wien tritt dem „Verein zur Erhaltung des Forschungsinstitutes für Osten und Orient“ als Mitglied gemäß § 4 der Vereinsstatuten bei und widmet dem Vereine aus diesem Anlasse einen sofort auszubehaltenden Betrag von 5000 K.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Ich bitte Herrn Vize-Bürgermeister Hof, sein Referat zu erstatten.

**29. Referent Vize-Bürgermeister Hof:** Zahl 4414, Post 3. Ankauf des Lagerhauses S. & W. Hoffmann. Finanzielle Beteiligung an der Ersten Wiener Walzmühle Bonwiller & Komp.

Meine sehr geehrten Herren! Wir haben im Laufe des Jahres oft Gelegenheit gehabt, hier zu hören, daß die Gemeindeverwaltung mit dem Lagerhauswesen sich früher nicht intensiv genug beschäftigt hat. Ich will auf die Beurteilung dieser Anwürfe nicht näher eingehen, Tatsache aber ist, daß sich die Gemeinde Wien im letzten Jahre ganz außerordentlich auf dem Gebiete der Entwicklung des Lagerhauswesens betätigt hat und daß gerade diese Betätigung es war, die es ermöglichte, daß wir ein großes, modernes Lagerhaus erhielten. Das war eine Arbeit der Friedenszeit, die aber jetzt in der Kriegszeit uns

zugute kommt. Nicht nur uns Wienern ist es aber zustatten gekommen, daß eine Umschlagstelle geschaffen wurde, wodurch es möglich wurde, aus den Schleppern in die Mühlen, aber auch aus den Schleppern durch die Mühlen Waggons zu verladen und die Verteilung von Getreide und Mais aus Ungarn und den neutralen Staaten für ganz Österreich, ja zum Teile auch nach Deutschland zu vermitteln. Wäre dieses Lagerhaus nicht gewesen, so wären mindestens bedeutende Schwierigkeiten entstanden und es wäre manchmal nicht möglich gewesen, in so kurzer Zeit so rasch zu arbeiten. Es war daher meiner Meinung nach gewiß ein Glück, daß dies seinerzeit geschehen ist.

Wir haben aber auch auf anderen Gebieten unser Lagerhaus ganz ausnützen können. Es ist vorgekommen, daß Getreide und Mais in einem ungenießbaren Zustande nach Wien gekommen sind, daß gelieferte Futtermittel nicht mehr als solche verwendet werden konnten. Es ist nun durch mechanische Vorrichtungen, durch Trockenlegen und Umschäufeln gelungen, das Getreide und die Futtermittel wieder in einen genußfähigen Zustand zu bringen. Der Krieg zeigt auch, daß es unter Berücksichtigung der Zufuhrverhältnisse notwendig ist, tunlichst große Vorräte in Wien aufzustapeln, und es ergibt sich daher die Zweckmäßigkeit, noch mehr Getreidespeicher zu errichten, beziehungsweise zu erwerben. Den Herren ist bekannt, daß wir vier Speicher mit einem Gesamtfassungsvermögen für 1000 Waggons im Freudenauer Hafen errichtet haben. Es ergibt sich aber die unangenehme Situation, daß es in Wien mit Kühl- und Gefrierhäusern sehr schlecht bestellt ist und daß daher für Lebensmittel, die unter allen Umständen länger aufbewahrt werden müssen, die nötigen Räume fehlen. Ich bemerke, daß ein großes Lagerhaus und Kühlhaus, das zu solchen Zwecken zur Verfügung steht, in letzter Zeit nicht mehr ganz österreichisch ist, sondern eine österreichisch-ungarische Aktiengesellschaft geworden ist. Ich glaube, das genügt zur Erklärung, wie die Verhältnisse in diesem Lagerhause wahrscheinlich später sein werden.

Der Herr Bürgermeister hat sich daher schon vor Monaten entschlossen, auch der Frage der Erbauung eines Kühl- und Gefrierhauses näherzutreten; in der Obmänner-Konferenz wurde ein eigener Ausschuß dafür bestellt und der Gemeinderat hat die Erbauung dieses Objektes nachträglich zur Kenntnis genommen.

Die Herren haben auch Gelegenheit gehabt, dieses schöne, zweckmäßige Objekt zu sehen, welches sich in Zukunft gewiß als äußerst wohlthätig erweisen wird.

Die Herren ersehen aus meinen Ausführungen, daß wir schon vor dem Kriege uns mit dem Lagerhauswesen befaßt haben, das durch den Krieg zu noch größerer Bedeutung erhoben wurde, um für die Approvisionierung im Kriege und nach demselben zweckmäßigere Grundlagen zu schaffen.

Das Approvisionierungswesen wird uns noch vor viele große Aufgaben stellen und ist es daher Pflicht, zu allen für eine glückliche Lösung notwendigen Bedingungen Stellung zu nehmen.

In Fortsetzung der begonnenen Ausgestaltung des Lagerhauswesens wird im heutigen Referate beantragt, daß das Lagerhaus früher S. u. W. Hoffmann von der Firma Bonwiller gekauft werde.

Gleichzeitig soll aber das Tätigkeitsgebiet erweitert werden und soll sich die Gemeinde Wien an der Mühle Bonwiller mit

Gemeinderat

32

60 Prozent der Aktien beteiligen. Durch die Beteiligung an dieser Mühle wird es der Gemeinde möglich, auf dem Gebiete der Mehlvorsorge ein gewichtiges Wort mitzusprechen und die Interessen der Wiener Bevölkerung zu schützen. Die Bildung von Trusts großer österreichischer und ungarischer Mühlen dürfte kaum im Interesse der zweckmäßigeren und billigeren Versorgung der Bevölkerung liegen und erscheint es daher am Platze — wenn schon nicht ein Monopol gesichert werden kann — doch wenigstens in entsprechendem Maße auf die Marktlage eingreifen zu können.

Sie haben den ausführlichen Bericht und die Aufnahmeschrift über den Kauf und die Beteiligung an der Mühle, aus welchen Sie die Details ersehen, und ich bitte um Annahme der beiden Anträge.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Ich eröffne die Debatte. Zum Worte gelangt Herr Gem.-Rat Effenberger.

**Gem.-Rat Effenberger:** Nach dem ausführlichen Berichte des Herrn Referenten kann ich mich wohl darauf beschränken, denselben noch etwas zu ergänzen.

Von unserem Standpunkte aus ist die Erwerbung sowohl des Lagerhauses als auch der Dampfmühlen Bonwiler & Komp. wärmstens zu begrüßen; sie ist zu begrüßen nicht nur von Seite der Bevölkerung der Stadt Wien, sondern auch von Seite des Gewerbes, weil dadurch ein gewisser Stützpunkt, ein teilweises Gegengewicht gegenüber dem sogenannten ungarischen Mühlenkonzern, der aber vielmehr ein Mühlentrust ist, geschaffen wird. Es heißt, daß die Dampfmühle Bonwiler nicht in der Lage ist, für den ganzen Konsum Wiens zu sorgen. Das ist auch nicht notwendig. Notwendig ist, daß die Kartelle bekämpft werden, und dies geschieht am besten durch den Beitritt der Gemeinde Wien zur Dampfmühle Bonwiler. Betreffs des Lagerhauses und die Zweckmäßigkeit der Erwerbung desselben brauche ich mich des weiteren nicht auszulassen. Es hat sich im Laufe der Zeit erwiesen, welcher glücklicher Zug es vor vier Jahren war, das neue Lagerhaus zu bauen, denn vor welchen Eventualitäten wären wir gestanden, wenn wir während dieser kritischen Zeit nicht über diese Speicher verfügt hätten! So sind wir aber — Gott sei Dank — über die schlimmste Zeit hinweggekommen.

Ich betrachte aber auch die Erwerbung der Mühle als eine Art Wendepunkt für die österreichische Mühlenindustrie. Diese hat bekanntlich durch den vorläufig abgeschafften Mahlverkehr sehr schwer in den letzten Jahren gelitten. Es scheinen aber schon wieder Schachzüge im Gange zu sein, den Mahlverkehr wieder einzuführen, wodurch die einst so blühende österreichische Mühlenindustrie neuerdings bedroht werden würde. Ich hoffe, daß man der österreichischen Mühlenindustrie in dieser größten Mühle ein widerstandsfähiges Rückgrat gibt. Ich kann nur bedauern, daß nicht alle Besitzer von größeren leistungsfähigen niederösterreichischen Mühlen gleich gut österreichisch gedacht haben, sondern leider, ich kann mich nicht anders ausdrücken, in die Laube des ungarischen Mühlentrustes gegangen sind. Ich bedauere, daß es ihnen so sehr an patriotischem Empfinden gefehlt hat, und von diesem Standpunkte aus möchte ich die Erwerbung der Dampfmühle Bonwiler als eine patriotische Tat bezeichnen. (Zwischenrufe) Es hilft alles nichts, es ist doch so. Ich will keine Namen nennen, aber alle, die einen Blick haben, werden genau wissen, worum es sich handelt.

(Gem.-Rat Skaret: Nennen Sie doch den Namen Schöller!) Gut, ich kann ja den Namen nennen. Es ist Schöller. Ich wollte es nur vermeiden, persönlich zu werden.

Ich begrüße die Erwerbung nochmals und wenn auch die Ertragsfähigkeit nicht besonders groß sein sollte, so ist der Verdienst doch ziemlich gesichert, weil durch den Mahllohn, der von der Regierung bestimmt worden ist, die Existenz einer Mühle ohne weitere Sorgen und Spekulationen gesichert erscheint. Das wird aber bei Einbruch normaler Verhältnisse in Friedenszeit ganz anders werden. Wir brauchen uns nicht auf große Gewinne vorzubereiten, aber es ist nur im Interesse der Gesamtbevölkerung gelegen, wenn die Gemeinde eine Kontrolle über ein derartiges Mühlenetablissement hat.

Es ist aber auch weiters hervorzuheben, daß die Mühle an unserer einzigen großen Wasserstraße, örtlich also sehr vorteilhaft gelegen ist, wodurch die Zu- und Abfuhr sehr gefördert wird. Das kann bei einer derartigen Massenproduktion, wo täglich ein Umsatz von 20, 30 und mehr Waggons stattfindet, sehr ausschlaggebend sein, denn die Speisen sind bei Unternehmungen, wo die Zu- und Abfuhr nicht derartige Möglichkeiten aufweist, bedeutend höher.

Ich kann mich heute des weiteren nicht darüber auslassen, ich werde Gelegenheit nehmen, über den Ausbau noch etwas mehr beizufügen, denn es wird in dieser Angelegenheit wieder ein Referent kommen. Ich gedenke dabei nur eines Wortes seiner Excellenz des Herrn Bürgermeisters gelegentlich eines Gespräches, das ich mit ihm vor einigen Wochen wegen meiner Besürchtungen punkto Erwerbung der Mühle durch den ungarischen Mühlenkonzern hatte. Er hat mir darauf geantwortet: Nein, das wird nicht geschehen! Sie sehen, er hat mit der heutigen Vorlage sein Wort glänzend eingelöst. Ich danke ihm und dem Herrn Referenten im Namen des Gewerbes und bitte, den Antrag des Referenten anzunehmen.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Das Wort hat Herr Gem.-Rat Melcher.

**Gem.-Rat Melcher:** Bevor ich auf den Gegenstand, der uns beschäftigt, selbst eingehe, für den ich selbstverständlich eintreten werde, möchte ich nur Folgendes erwähnen. Es ist ganz richtig, daß bei einem solchen Referat der Termin zwischen der Annahme im Stadtrate und der Erledigung im Gemeinderate kein allzugroßer Spielraum sein darf. Das sehe ich ganz gut ein. Es verblieb dem Gemeinderat nur ganz geringe Zeit zur Verfügung, sich über eine so große Transaktion, die die Gemeindeglieder soll, zu informieren. Es ist mir trotz dieser kurzen Zeit durch die Liebenswürdigkeit des Herrn Bau-Direktors, der mich mit Bewilligung Sr. Excellenz des Herrn Bürgermeisters in die Sache eingeführt hat, gelungen, vollkommen von dem wahren Wert des Objektes zu überzeugen und auch die gesamten Objekte in allen Teilen in Augenschein zu nehmen.

Bevor ich weiter in die Details eingehe, möchte ich noch bemerken, daß wir uns auch darüber klar werden sollen, ob wir mit der Erwerbung weiterer Unternehmungen, welche die Gemeinde Wien in letzterer Zeit so eifrig betrieben hat, fortfahren oder ob wir ihr nicht endlich einmal Einhalt gebieten sollen. Wo es sich dormalen um die Approvisionierung handelt, kann keiner von uns, der hier im Gemeinderate Sitz und Stimme hat, dagegen sein. Wie aber verhält es sich bei den industriellen Unternehmungen, welche eventuell noch geplant sein sollen oder geplant werden. Ich

# Gemeinderat

glaube, daß bei den Industrien der freie Konkurrenzkampf für die Bevölkerung wohl das allerbeste ist. Ich glaube nicht — und wir in diesem Saale haben es des öfteren ausgesprochen — daß Kartelle für die Gesamtbevölkerung von Vorteil sind oder daß Monopolisierungen ebenfalls der Bevölkerung zum Vorteil gereichen.

Wir haben schon Gas- und Elektrizitätswerke, Straßenbahnen, wir besitzen Kohlenbergwerke, Ziegelwerke, Brauhaus, Lager- und Kühlhaus, die Leichenbestattung, den Omnibus, Landwirtschaft, Überland-Zentrale u. s. f. Man muß auch bei Industrialisierung Maß halten und darauf bedacht sein, daß in einer Stadt auch andere Interessen zu vertreten sind. Was infolge von Kriegsmaßregeln gemacht werden muß, ist selbstverständlich. Es würde aber eine weitere Industrialisierung wohl nicht mehr als Kriegsmaßregel in Betracht gezogen werden können, sondern vielmehr als Erweiterung des industriellen Programmes, das bei der Gemeinde Wien vorherrschend zu sein scheint. Haben wir doch auch von einem Projekt gehört, welches sich auf die Kommunalisierung von Heu und Stroh bezieht. (Bürgermeister: Ich weiß aber nichts davon!)

Vergleichen wir ein Privat- mit einem Kommunalunternehmen, was sehen wir da? Der Privatunternehmer nützt die Konjunktur aus und wenn er auch einmal daraufzahlen muß, eine schlechte Konjunktur eintritt, so nimmt er das eben mit und sagt sich, ich habe früher verdient und muß jetzt mit Rücksicht auf den früheren Verdienst denselben verringern. Er muß auch die Teuerungszuschläge seinen Beamten bezahlen, wenn er ein ordentliches Personal behalten will, aber aus seiner eigenen Tasche. Anders bei dem Gemeindeunternehmen. Hier wird das Reineinkommen ins Budget im voraus eingestellt.

Wenn das im Budget eingesezte Reineinkommen sich nicht ergibt, so ist das ein Betriebsabgang und nun werden, um diesen Betriebsabgang zu decken, die Kosten der von uns erzeugten Waren erhöht. Wir sehen ja, daß wir, nachdem die Gemeinde auf den Verdienst, den sie sich in das Budget eingestellt hat, nicht verzichten kann, Elektrizität, Gas u. s. w. erhöhen muß, um die Teuerungszulagen zu bewilligen.

Das soll kein Vorwurf sein, weil es ja bei der Gemeinde nicht anders durchführbar ist. Ich habe nur einen Vergleich zwischen einer Privatunternehmung und einem Gemeindeunternehmen gegeben. Es ist aber der Hergang eben so, wie er sich hier abspielt.

Ich bin deshalb der Meinung, daß nur die freie Konkurrenz auf dem Gebiete der Industrie ein Ansporn ist, großes und größeres zu leisten. Der Fabrikant muß Verbesserungen machen und Neuerungen einführen, um Verbilligungen in seinem Unternehmen zu erzielen.

Ich möchte nur noch bemerken, daß wir, wie bereits der Herr Referent bemerkt hat, in der letzten Zeit einzelne neue Gebäude für die Approvisionierung errichtet haben, und es war hoch an der Zeit, daß das neue Kühlhaus erbaut wurde. Das neue Lagerhaus ist ja tatsächlich vor Thorschluß fertig geworden und es wäre sehr unangenehm für die Gemeinde gewesen, wenn dieses Lagerhaus nicht rechtzeitig fertiggestellt worden wäre.

Um nun auf den Gegenstand selbst überzugehen, so muß ich erwähnen, daß die Lage des Objektes wohl die denkbar günstigste ist, die für einen Mühlenbetrieb in Betracht kommt. Auf der einen Seite die Donau, auf der anderen Geleiseanschluß, ja sogar

ein Geleiseanschluß, wo die Waggonen von der Station direkt in den Hof der Mühle geschoben werden können. Es ist etwas anderes, wenn ein Industrieunternehmen weit weg von der Bahnstation liegt, da es dann damit rechnen muß, daß es oft Störungen gibt, welche hindern, daß die zur Mühle gehörigen Wagen zugeschoben werden können. Das tritt aber bei dieser Mühle nicht ein, da eine direkte Verbindung mit der Station durch ein Tor vorhanden ist. Ferner ist auf der anderen Seite der Gebäude die Donau gelegen. Das Getreide wird mittels Elevatoren bis in das letzte Stockwerk des Speichers hinaufgehoben und es ist dann ein Leichtes, das Getreide automatisch in die einzelnen Räume des Getreidespeichers zu verteilen.

Soweit ich konstatieren konnte, befinden sich alle Objekte in einem guten Bauzustande. Einzelne Objekte sind auf Pachtgrund erbaut, der der Donauregulierungs-Kommission gehört. Diese Gebäude werden aber wahrscheinlich von der Gemeinde dort weiterbelassen werden können mit Rücksicht darauf, daß letztere ja auch Sitz und Stimme in der Donauregulierungs-Kommission besitzt. Was nun die Bewertung des Objektes betrifft, so möchte ich folgendes bemerken:

Durch die Liebenswürdigkeit des Herrn Bau-Direktors war es mir möglich, in die Schätzung Einsicht zu nehmen. Sie ist eine derartige, daß an der Schätzung des Gebäudewertes nicht zu rütteln ist.

Was den Grundwert anbelangt, so ist derselbe mit Rücksicht auf die Rentabilität berechnet und da ist er überschätzt worden. Allerdings kann man dabei vollkommen verschiedener Meinung sein. Bei Gründen, die eine solche Lage besitzen und die überhaupt die einzigen sind, die sich auf diesem Gelände befinden und noch zu haben waren, weiß man, daß sie für den einen soviel, für den anderen soviel wert sind. Es können in solchen Fällen Differenzen bis zu 50 Prozent entstehen. Es liegt ein sogenannter Luxus- oder Betriebswert auf diesem Grundstücke und diesen mußten wir natürlich leider bezahlen. Es geht aber eben nicht anders bei Ankauf derartiger Objekte und wir können deshalb vollkommen beruhigt für diese Vorlage stimmen.

Bezüglich des Speichers bemerke ich, daß derselbe vollkommen modern eingerichtet und gut gebaut ist, daß derselbe ebenfalls einerseits am Wasser und andererseits an der Bahn gelegen ist. Ich bin daher dafür, daß dieser Antrag einstimmig angenommen werde. (Beifall.)

**Bize-Bürgermeister Hierhammer:** Zum Worte pro gelangt Herr Gem.-Rat Partik.

**Gem.-Rat Partik:** Meine Herren! Ich halte den Gedanken des Herrn Bürgermeisters, die Wiener Walzmühle anzukaufen, für besonders glücklich. Wenn auch heute von einem bestehenden ungarischen Mühlenkartell noch nicht gesprochen werden kann, so bieten doch die Anzeichen, die wir schon seit einigen Jahren vor dem Kriege beobachten konnten, Anhaltspunkte für uns, daß über kurz oder lang dieses ungarische Mühlenkartell kommen wird.

Wenn nun auch die Wiener Walzmühle, als Weizenmühle, für die ungarischen Großmühlen als Preisregulator nicht besonders wird auftreten können, so wird sie doch, für den Fall, als es wirklich zu diesem Mühlenkartell kommen sollte, gewiß als Preisregulator so segensreich wirken können.

Der Ankauf der Wiener Walzmühle ist aber auch vom Standpunkte des Wiener Bäckerwerkes nicht nur von be-

# Gemeinderat

der tendem Nutzen, sondern er wird direkt eine Stütze für diesen Gewerbestand sein und wenn die Mühle in ihrer Betriebsführung eine Umgestaltung insofern erfahren wird, um sich zu einer Roggenmühle auszugestalten, so wird sie einen nicht zu unterschätzenden Vorteil den Wiener Bäckern bieten. Der österreichische Roggen ist an Qualität weit besser als der ungarische; er wird hier in der nächsten Nähe von Wien geradezu in allerbesten Qualität produziert und es wird somit diese Mühle geeignet sein, diese Produkte in gutes Mehl umzusetzen, und dann werden die Wiener Bäcker, wenn sie von dieser Mühle das Produkt preiswürdig beziehen können, auch in der Lage sein, mit den großen Brotfabriken den Kampf aufzunehmen.

Man sieht aus der ganzen Betriebsführung der großen Brotfabriken, daß sie viel weniger Wert auf das weiße Mehl als auf das Roggenmehl legen, denn die großen Fabriken haben alle Roggenmühlen, aber keine Weizenmühlen. Sie erzeugen daher nur Roggenmehl und nicht weißes Mehl, das sie von den ungarischen Mühlen erst kaufen müssen. Wenn man also den Bäckern zu Hilfe kommen will, wird es nur durch die Erwerbung dieser Mühle möglich sein.

Wenn der Herr Kollege Melcher gegen die Monopolisierung der verschiedenen Unternehmungen seitens der Gemeinde Wien gesprochen hat, so muß ich sagen, daß gerade die Gemeinde Wien in der Frage der Monopolisierung die glücklichste Hand besessen hat.

Ich möchte den Herrn Kollegen Melcher fragen, was wohl jetzt geschehen würde, wenn die Gaswerke nicht verstadlicht wären, was für Preise müßten wir da für das Gas bezahlen, wenn man rechnet, daß die Kohlen, die Arbeitslöhne, die Bahnfrachten so kolossal gestiegen sind. Ich bin überzeugt, daß die fremden Gesellschaften diese gesteigerten Gesteigungskosten zum Anlasse für eine Erhöhung des Gaspreises genommen hätten. Dasselbe gilt auch bezüglich der Straßenbahn. Seitdem die Straßenbahn verstadlicht wurde, ist das ganze Bahnnetz bedeutend ausgebaut worden und statt der alten Rumpelkästen sind jetzt moderne Wagen eingestellt, wobei man bedenken muß, daß wir für eine Strecke, die unter Kaiser vor circa 15 Jahren 12 Kreuzer gefostet hat, heute 20 h oder gar nur 14 h bezahlen.

Wir sehen also, meine Herren, daß wir vom Standpunkte der Konsumenten und der Wiener Bevölkerung die Kommunalisierung nicht zu beklagen haben, sondern sie nur begrüßen können, und deshalb möchte ich nur wünschen, daß dieses Unternehmen, an dem sich die Gemeinde Wien nunmehr beteiligen wird, ebenso segensreich wirken möge, wie dies bereits bei den anderen, von der Gemeinde erworbenen Unternehmungen der Fall ist.

Im übrigen stimme ich dem gestellten Stadtrats-Antrage zu. (Beifall.)

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Herr Gem.-Rat Skaret pro.

**Gem.-Rat Skaret:** Seitdem wir in diesem Saale sitzen, waren wir unablässig bemüht, die Gemeindeverwaltung dahin zu bringen, daß wir in der Frage der Kommunalisierung aller gemeinnützigen Betriebe eine größere, weiter ausschauende Politik machen, als das bisher der Fall gewesen ist.

Im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Melcher möchte ich sagen, daß das, was bis jetzt geschehen ist, eigentlich

nur als ein kleiner Anfang dessen zu betrachten sei, was die wirkliche Aufgabe der Gemeinde in Bezug auf die gemeinnützigen Institutionen sein muß.

So wie immer, ist auch diesmal wahrscheinlich der Krieg der große Lehrmeister gewesen, und dem Kriege selbst ist es zuzuschreiben, daß wir auf den Gedanken kommen, auf dem Wege der Approvisionnement auch hier einen Schritt nach vorwärts zu machen.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn man den engherzigen Standpunkt, den man noch immer in dieser Frage eingenommen hat, endlich bei Seite stellt und nunmehr daran geht, wirklich eine weiter ausschauende Kommunalisierung in der Approvisionspolitik zu machen.

Ich möchte hier nur mit ein paar Worten darauf verweisen, wie Sie uns seinerzeit bei der Gründung des Hammerbrotwerkes in diesem Saale mißhandelt haben! Wissen Sie, was damals dieser Gründung der Hammerbrotwerke vorausgegangen ist, was damals nach Beendigung, vielmehr während des damals bestandenen Bäckerstreiks vorgefallen ist? Kein anderer als Heinrich Mendl war es, welcher ein Kartell der Wiener Schwarzbäcker plante, weil damals die großen Brotfabriken den größten Teil der Brotversorgung in der Hand hatten und nichts anderes, als was Sie heute in Bezug auf den ungarischen Mühlenkonzern anstreben, war es, was damals für uns die Triebfeder war, zu verhindern, daß solche Schwarzbrotkartelle geschaffen werden, welche nur die Verteuerung des Brotes zur Folge gehabt hätten.

Ich muß gestehen, daß ich mit der Vorlage, wie sie vom Herrn Referenten vertreten wird, vollständig einverstanden bin. Wir haben nicht das geringste daran auszusetzen.

Ich möchte nur ein Moment bei dieser Gelegenheit erwähnen: Die Firma, wie sie heute besteht, hat an ihren Angestellten seit vorigen Sommer ein Unrecht über das andere verbrochen. Im Einvernehmen mit dem Gewerbeverein wurde damals bestimmt, daß alle jene Firmen und Unternehmungen, die an den Kriegslieferungen sich beteiligen, ihren Angestellten entsprechend dem Kriegsgewinn auch eine entsprechende Teuerungszulage nicht gegeben wurde. Die Firma hat sich nicht geschert, an den Gewerbeverein den Bericht zu erstatten, daß sie die Teuerungszulage bereits ausgezahlt habe, ohne daß es bis jetzt der Fall gewesen wäre! Die Löhne bei der derzeitigen Firma sind die denkbar schlechtesten, niedrigsten, obwohl die Gewinne, wie Kollege Effenberger gesagt hat, bei der Lohnmüllerei für Kriegsbedarf derzeit durchaus keine geringen sind. Ich erwähne das nur zu dem Zweck, um der ganzen Frage der Teuerungszulagen an die Angestellten der Firma Bonwiller & Komp. einen kleinen Stoß nach vorwärts zu geben. Ich glaube, es hat mehr Gewicht, wenn im Gemeinderate darüber gesprochen wird, als wenn Vertrauensmänner bei der Firma ergebnislos intervenieren.

Ich erkläre schließlich nochmals, wir hoffen, daß der Schritt, den die Gemeinde heute unternimmt, nicht vereinzelt bleiben möge, daß ihm auf dem Gebiete der kommunalen Approvisionnement weitere energischere Schritte folgen werden, auf daß wir endlich einmal auch in dieser Richtung eine gewisse Selbständigkeit der Gemeinde für unsere Approvisionnement durchsetzen.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Herr Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller!

# Gemeinderat

**Gem.-Rat Dr. Schwarz-Biller:** Ich habe mit meinen Parteigenossen in der Obmänner-Konferenz des Gemeinderates für die vorliegenden Anträge gestimmt und werde auch mit meinen Parteigenossen im Gemeinderate für diese Anträge stimmen. Wir sind, ich glaube das gleich sagen zu können, mit den Anträgen des Stadtrates vollkommen einverstanden, aber gerade im Hinblick auf die Ausführungen meines unmittelbaren, sehr geehrten Herrn Vorredners möchte ich doch — ich habe dies einmal schon in einer Budget-Debatte getan — gewisse prinzipielle Bemerkungen hinzufügen, um im eigenen Namen — ich bemerke, daß ich nicht berechtigt bin, im Namen der anderen Kollegen zu sprechen — über die Frage der Kommunalisierung von Betrieben einige Worte zu sprechen. Wir sind überzeugt, daß mit Rücksicht auf die durch die Kriegsverhältnisse geschaffene Lage und mit Rücksicht darauf, daß, wo zweifellos nach unserer Überzeugung andere Faktoren nichts getan, also versagt haben, die Gemeinde eine ganze Reihe von Aufgaben zu erfüllen hat und in eine große Reihe von Agenden hineinsteigen muß, welche sie in Friedenszeiten gewiß nicht übernommen hätte.

Ich will gleich von vornherein sagen, gegen die schrankenlose Kommunalisierung, so wie sie aus den Worten des Kollegen Skaret hervorzugehen scheint, muß ich mich wenden. Es ist ein alter Streit gewesen, ob für die neue Zeit der Kommunal- oder der Privatbetrieb der richtige ist. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß gewisse Unternehmungen besser von der Gemeinde als von privaten lediglich auf gewinnbringende Arbeit gerichteten und lediglich von Erwerbsrücksichten geleiteten Unternehmen ausgeführt werden.

Es ist sicher, daß zum Beispiel Straßenbahn, Wasserleitung u. von der Gemeinde besser geführt wird, als von einem Privaten. Aber die zu weit gehende Kommunalisierung im allgemeinen kann auch sehr bedenkliche Seiten haben.

Ich will vor allem anderen gerade einen Punkt hervorheben, den Kollege Skaret hervorgehoben hat und den ich kurz berühren will. Ich halte es für die Gemeinde nicht sehr gut und günstig, wenn sie eine ungeheure Anzahl von Unternehmungen führt, weil die Gemeinde dadurch in Arbeiterstreitigkeiten und in Lohnstreitigkeiten hineingezogen wird. Sie verliert dann die Stellung, die sie haben muß, um gleichsam über den Parteien zu stehen und zwischen den Streitenden selbst als schiedsgerichtliches Organ zu fungieren.

Noch ein Bedenken: Wenn die Unternehmungen einer Gemeinde sich überaus ausdehnen würden, dann würde die Zahl ihrer Angestellten eine außerordentlich große werden. Die Angestellten sind selbstverständlich wie alle anderen auch Bürger der Stadt und würden dann durch ihre Zahl bei Wahlen von derart ausschlaggebender Bedeutung sein, daß auch die Gemeinde darin ihre Unabhängigkeit verlieren würde und vielleicht dadurch jene Stellung, die sie einnehmen muß, um allen Menschen der Stadt gerecht zu werden, für immer aufgeben müßte.

Aus diesen Gründen will ich mich auf diese schwierige Frage nicht einlassen, die eine Debatte für sich in Anspruch nimmt und ich möchte daher nur meinem prinzipiellen Standpunkte Ausdruck geben, wenn ich auch mit Rücksicht auf die Kriegsereignisse sehr dafür bin, daß das Lagerhaus Hoffmann und die Erste Wiener Walzmühle Bonwiler & Komp. erworben wird, wobei ich aber erkläre, daß ich selbstverständlich kein Fachmann bin und nicht weiß, ob da billig oder teuer

gekauft wird. Ich muß mich da völlig und ganz auf das Bauamt verlassen und bin auch überzeugt, daß wir uns auf dasselbe verlassen können.

Aber auch das, was ich jetzt berührt habe, die fachmännische Frage, ist wieder ein Punkt, der gegen eine allzuweit gehende Kommunalisierung spricht. Je größer die Kommunalisierung ist, desto schwieriger wird die Sache und es gibt keinen Bürgermeister, keinen Gemeinderat auf der Welt, der in der Lage ist, fachlich so ausgebildet zu sein, es gibt keinen Magistrat und keinen Bürgermeister, der in der Lage ist, alles, was er mit seiner eigenen Verantwortung zu decken hat, richtig verstehen und beurteilen zu können. Es ist daher immer der Bürgermeister, der Magistrat und der Gemeinderat abhängig von Faktoren, von Sachverständigen, auf die er sich verlassen muß und das ist auch ein Punkt, der bei der Frage der Kommunalisierung von großer Bedeutung ist. Es käme noch ein weiterer Punkt zur Besprechung, nämlich, daß das Unternehmen nicht in bürokratischer, sondern kommerzieller Weise betrieben werde, da die Gemeinde als öffentliche Körperschaft sehr häufig in unangenehme Situationen kommen kann und nicht immer jene Wege gehen kann, die ein Privatunternehmen leicht gehen kann, ohne die Grenzen kaufmännischer Anständigkeit zu verletzen. Ich bin sehr dafür, daß der Antrag angenommen werde, ich benütze aber gleich den Anlaß, um meiner privaten Meinung dahin Ausdruck zu geben, daß eine allzu große Kommunalisierung gewiß nicht von Vorteil ist und daß durch die Annahme des Antrages noch nicht ausgesprochen ist, daß wir jetzt mit einem großen Kommunalisierungsprogramme beginnen. In dieser Richtung möchte ich mich dem Kollegen Melcher anschließen. Wir müssen den Weg erst gehen, bis der Krieg, der der Gemeinde gewiß große Pflichten auferlegt, vorüber ist, wir müssen aber in der Bewegung langsamer fortschreiten, wie wir es bisher getan haben.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Der Herr Referent zum Schlußworte.

**Referent Vize-Bürgermeister Hoh:** Ich kann nur meiner Freude Ausdruck geben, bei Beratung dieses Gegenstandes alle Herren der verschiedenen Parteien zu hören, die in sachlicher Weise den Anlauf befürwortet haben. Ich hätte nur den einzigen Wunsch, es möge sich häufig die Möglichkeit bieten, bei großen wirtschaftlichen Fragen eine solche Einigkeit zu erzielen. Ich glaube auch im Sinne aller Herren des Gemeinderates zu sprechen, wenn ich Seiner Excellenz dem Herrn Bürgermeister, der neuerdings bewiesen hat, welch guten Griff er bei der Lösung so großer Fragen hat, den herzlichsten Dank im Namen des Gemeinderates ausspreche.

**Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich bitte diejenigen Herren, welche den Anträgen zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschicht.) Ich konstatiere die einstimmige Annahme der Anträge. (Beifall.)

**Beschluß:** Die Angebote der Firmen Bonwiler & Komp. und Erste Wiener Walzmühle Bonwiler & Komp. sowie deren Gesellschafter Max Heintschel Edler v. Heinegg und Felix Streit vom 8. Mai 1916 auf Verkauf des Lagerhauses früher S. & W. Hoffmann in Wien, XX. Bezirk, Zwischenbrücken und auf Verkauf von 60 Prozent der Aktien, beziehungsweise

# Gemeinderat

Einträumung der Option, betreffend die Erwerbung der restlichen 40 Prozent der Aktien, der in eine Aktiengesellschaft umzuwandelnden Ersten Wiener Walzmühle Bonwiller & Komp. werden angenommen.

Das Gesamterfordernis im Betrage von 5,325.000 K wird auf den für Markt-, Approvisionierungs- und Veterinärzwecke für das Lagerhaus und die Kohlenversorgung bestimmten Teilbetrag des Investitions-Anlehens vom Jahre 1908 verwiesen.

**30. Vize-Bürgermeister Hierhammer:** Wir schreiten nunmehr in der Beratung des Hauptvoranschlages für das Verwaltungsjahr 1915/1916 fort, und zwar hat zuletzt der Herr Referent die einleitenden Worte gesprochen.

Wir gelangen nun zur General-Debatte.

Zum Worte kontra ist Herr Gem.-Rat Hohenstinner gemeldet.

Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

**Gem.-Rat Hohenstinner:** Durch den teuflischen Aus Hungersplan der Engländer, der bekanntlich alle Waffen des Hungers auf uns losgelassen hat, ist nun auch die Bevölkerung in den Riesenkampf aller Weltmächte hineingezogen, das ganze Reich ist ein Heerlager, der Hunger ist eine Waffe geworden, wie die 42 cm-Mörser, die Feuereschleudern und Fliegerpfeile, Bomben und Granaten. Leider hat sich für diesen Wirtschaftskrieg noch kein Höhendorf gefunden.

Bevor ich über diesen Wirtschaftskrieg einige Worte spreche, möchte ich noch als städtischer Konsument und Mann, der bisher die Agrarpolitik auf das heftigste bekämpft habe, einige Feststellungen machen.

Die Landwirtschaft Ungars steht heute dort, wo die Landwirtschaft Deutschlands schon vor 40 Jahren stand, die Landwirtschaft Österreichs steht heute dort, wo die Landwirtschaft Deutschlands schon vor 20 Jahren stand, Deutschland stürmt, Österreich kriecht, und mit Recht meint Graf Andrássy, wenn er sagt: „Wenn der Boden Ungarns und Österreichs die Ertragsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft hätte, so würde uns die englische Blockade wenig Sorge bereiten.“ Unsere Hochzollschutzpolitik hat nichts anderes bewirkt, als eine Verteuerung der Preise, aber keine Produktionsvermehrung, daher kommt es, daß wir im Agrarstaat Österreich-Ungarn mit der Approvisionierung viel schlechter daran sind als der Industriestaat Deutschland. Dort hat man 400.000 t Reserven veranschlagt, dort braucht man keinen Mais zur Mehlstreckung. Wir sehen, daß unsere bisherige Agrarpolitik falsch orientiert gewesen ist und wir fragen uns, sind wir schuld daran, daß die Verhältnisse so sind? Nein! Wir haben bisher Tausende und Hunderttausende den Agrariern gegeben, wir haben die Entwicklung der Industrie niedergehalten, wir haben die Lebenshaltung der Bevölkerung niedergedrückt, denn Schutz Zoll und Zumpfwang legen nach dem Worte Bismarck's einem Teil der Bevölkerung Opfer auf zum Vorteil des anderen Teiles, das heißt sie verpflichten den einen Teil, die Ware teurer zu kaufen, als sie wert ist, um den anderen Teil im Brot zu erhalten.

Wir haben Opfer auferlegt der städtischen Bevölkerung, die nicht agrarische Bevölkerung hat sich Opfer auferlegt, um die Landwirtschaft im Brot zu erhalten. Legt sich nun die Land-

wirtschaft Opfer auf, um die städtische Bevölkerung und die Konsumenten im Brot zu erhalten? Nein! Bauern, schaut auf Euch, hört nicht auf das Gejammer der anderen, jetzt ist die Zeit für uns endlich gekommen! So tönen die Worte aus dem agrarischen Lager. Jetzt, sagt der Bauer, jetzt ist die Zeit für uns gekommen, jetzt ausgerechnet, wo die Bevölkerung des Reiches im Schützengraben der wirtschaftlichen Verteidigung liegt. Hat da die Kriegs-Kommission für Konsumenteninteressen nicht Recht, wenn sie sagt: noch nie hat die Lebensmittelproduktion so unerhörten Wucher getrieben! (Zwischenrufe: Das geht ja Ihre Leute an!) In der Kriegs-Kommission sitzen doch Ihre Leute drinnen, die sagen das! Ich könnte das auch mit eigenen Worten sagen, das ist doch selbstverständlich, aber ich habe meine bestimmte Absicht dabei, wenn ich das so sage, wie es Ihre Leute vorgebracht haben.

Das, was wir bisher erreicht haben, daß wir noch nicht verhungert sind, verdanken wir lediglich der Gewalt, dem Zwange; wie es draußen auf dem Lande aussieht, sehen wir ja. Die großen Agrarier haben sich im Vorjahre Gewinne von Milliarden gemacht, aber auch der kleine und mittlere Bauer ist gut zum Handluffe gekommen und der Herr Bürgermeister sagt selbst, unsere Herren von der Landwirtschaft haben ungeheuerer Summen verdient.

Schauen Sie sich einmal das Buch an, welches die Anglo-österreichische Bank herausgibt, in dem sie die Ausweise über die Beteiligung der Schulen an der dritten Kriegsanleihe darlegt. Einklassige Volksschulen zeichneten bis 30.000 K, zweiklassige Volksschulen bis 70.000 K. Man sieht daraus, das Vermögen wandert von der Stadt in das Dorf hinaus, die Kriegslasten trägt aber die Stadt. Ich glaube, um nicht allzulange bei einem Punkte stehen bleiben zu müssen, ich habe die wirtschaftliche Situation gekennzeichnet.

Sie ist der Kampf des Landes gegen die Stadt und es muß von dieser Stelle aus nochmals gesagt werden: Dieses Verhalten ist der Kampf des Landes gegen die Stadt. Es muß auch gesagt werden: Jetzt ist nicht die Zeit der Profitmacherei, jetzt ist die Zeit der Opfer gekommen, jetzt ist die Zeit der Hingabe und jede Profitmacherei ist ein Verbrechen an der Volksnot und an der Kriegsnot. Und wir Städter, die wir die Opfer des wirtschaftlichen Krieges sind, werden uns das wohl merken müssen. Ich wiederhole noch einmal: Ihre bisherige Agrarpolitik war falsch und die Christlichsozialen müssen auf diesem Gebiete gründlich umlernen, und nicht wie Herr St.-Rat Tomola neulich gesagt hat: Wir müssen umlernen. Unsere Partei hat schon vor dem Kriege Anträge gestellt auf Einführung ausländischen Fleisches, auf Errichtung von Gefrierhäusern und der Herr Bürgermeister selbst hat während des Krieges gesagt: „Hätten die Theorien meiner Gegner recht behalten, so wären wir schon verhungert.“ Jetzt aber ertönt aus dem Lager der Christlichsozialen selbst der Ruf nach Einführung ausländischen Fleisches. (Unruhe.)

Herr Gem.-Rat Steiner hat das selbst in der Kriegs-Kommission beantragt. Mitten im Winter haben Sie das Gefrierhaus errichtet, aber leider ohne Fleisch. Wie gut wäre es, wenn jetzt Fleisch da wäre. Längst hat unser Klub-Kollege Gem.-Rat Klaudy beantragt, das Gebiet von Floridsdorf für Approvisionierungszwecke zu sichern, hat man auf seinem Antrag gehört? Nein! Jetzt lauft man aber die Stadt ab und sucht nach leeren Flecken für den Kriegsgemüsebau. Bei Annahme seines Antrages

# Gemeinderat

hätte die Verpflegung Wiens mit Gemüse bedeutend leichter durchgeführt werden können. Hätten wir nicht vielleicht dadurch einen Preisregulator bekommen, gegen die ungeheure Teuerung, gegen die wir machtlos kämpfen? Eine Teuerung marschiert im Gefolge jedes Krieges, aber neben dieser Teuerung machen sich Preistreiberi und Wucher wie gemeine Wegelagerer mit um so größerer Wut und Gier geltend. Die ganze Lage der Bevölkerung ist eine verzweifelte und gegen die Preistreiberi hat sich das Rathaus vollständig kraftlos erwiesen.

Unser Kollege, Gem.-Rat Steiner, sagte in einer der früheren Sitzungen gegen uns gewendet: Wartet nur, wenn die Zeit kommen wird, wo man sagen darf, wer die Preistreiber sind! Was wird denn das der Bevölkerung nützen, wenn Sie es ihr dann sagen? Jetzt muß gegen die Preistreiberi gekämpft werden. Die unentbehrlichen Lebensmittel sind ebenso heilig wie das Leben selbst. „Jede Spekulation auf Kosten des Lebensunterhaltes der Mitmenschen ist ein Raub“, so ruft Robespierre aus. Ich darf ihn wohl zitieren, denn er ist zwar ein Franzose, aber schon tot. Ich sage also, das Rathaus war nicht energisch genug gegen die Preistreiberi, ja, ich glaube selbst, es ist Ihnen gar nicht ernst damit, Sie wollen gar nicht dem Übel an die Wurzel greifen. (Widerspruch.) Sie wollen einfach — ich habe dies aus den Zwischenrufen ersehen — einen Agitationsstoff. Sie wollen nach dem Kriege für die Bevölkerung einen Sündenbock vor sich hertreiben, der die Sünden der jüdischen und auch der christlichen Geschäftswelt auf sich nimmt. Der Haß ist ein zu scharfes Augenglas und ein solches hilft auch nicht zum richtigen Sehen. Da sollten Sie sagen, packen wir die Preistreiber, stellen wir sie bloß, nehmen wir ihnen das aktive und passive Wahlrecht, Leute dürfen niemals dieser Wohlthat teilhaftig werden, die in dieser Zeit der kämpfenden Bevölkerung in den Rücken gefallen sind. Aber mit der Verhegung muß es ein Ende haben. Bedenken Sie, im Hintergrunde ist der Schützengraben und der ist, wie der Apostel von Mitteleuropa Dr. Friedrich Naumann ausruft, mindestens politisch ebenso wertvoll als die Taufe.

In normalen Zeiten spielte der Wucher in unserem Wirtschaftsleben keine besondere Rolle. Nun kam der Krieg und der Wucher wurde, wie der bekannte Sozialpolitiker Dr. Heinz Potthoff sagt, zur allgemeinen Verkehrsmitte. Die Betriebe werden unter dem Gesichtspunkte höchster Rentabilität geführt, nicht unter dem Gesichtspunkte sozialer und patriotischer Pflicht. (Ruf: Alle Betriebe? — Vize-Bürgermeister Hierhammer gibt das Glockenzeichen.) Da hilft keine Philosophie, da hilft keine Religion. Der Dichter sagt ganz richtig: Wenn man statt der Gebete Geld zum Himmel senden müßte, gäbe es lauter Atheisten. Es gibt da keine Philosophie, es gibt kein soziales Gewissen.

Das Organ des Landesverbandes der kaufmännischen Gremien in Böhmen betrachtet die Preistreiberi förmlich als sittliche Pflicht, es nennt Kaufleute, die andere Preise ansehen, Auswüchse des Standes und freuen sich zur Ehre des Standes festzustellen, daß solche Kaufleute nur die Ausnahme bilden. (Ruf: Das sind aber keine Agrarier!) Ihre Leute sind jedenfalls auch dabei, denn es sind alle Stände vertreten. Sie sehen also, Dr. Heinz Potthoff meint, das sei allgemeine Verkehrsmitte geworden. Und ich frage, was will Herr Gem.-Rat Steiner mit seiner Drohung? Der Herr Bürgermeister sagt, es wird

gewuchert ohne Unterschied der Konfession und damit hat er gewiß ein wahres Wort ausgesprochen, das wir uns sehr wohl merken werden. Man hört jetzt so häufig in Wien — natürlich auch anderswo — die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen, und das ist leider vielfach wahr, obwohl gewiß bei kleineren Delikten Preistreiberi und wahrer Wert so schwer zu trennen sind wie etwa Eisen und Rost.

Was die großen Diebe betrifft, so sagt der Justizminister, die sind unsagbar. Ich weiß nicht warum. Ist der Minister so klein, ist sein Arm so kurz, oder sind diese großen Diebe in den höheren Schichten? Kurz und gut, ich kann nur das eine feststellen, daß die großen Diebe nicht gefaßt werden, und darüber herrscht in der ganzen Bevölkerung tiefer Groll. Wenn das auch jetzt durch Zensur und Polizeiverbote verdeckt wird, glüht dieser Groll doch immer weiter. Es ist wie der Glutkern eines Meilerfeuers, der immer mehr Blut ansammelt, je mehr Asche sich über ihn häuft. Es ist begreiflich, daß dieser Groll fortglühen muß, denn die Bevölkerung kann nicht verstehen, daß es in der größten physischen und geistigen Not Leute geben darf, die das Volk auswuchern, während die eigentlichen Konsumenten schutz- und hilflos dastehen. Die Bevölkerung ist der Preistreiberi und dem Wucher vollständig ausgeliefert. Es ist daher unbedingte Pflicht der Gemeinde, daß sie auch den Konsum organisiert. Die heutige Wirtschaftsordnung — *lucus a non lucendo* — ist nur ein wilder Kampf zwischen Erzeuger und Verarbeiter, Händler und Verbraucher, ein Kampf, in dem der Verbraucher immer der Besiegte ist. Da gilt das Wort des gallischen Heerführers: *vae victis* — wehe den Besiegten! Ich meine also, es muß die Approvisionierung, das hat uns der Krieg gelehrt, in den Mittelpunkt der städtischen Versorgungswirtschaft gestellt werden. Man kann jetzt schon drei kommunale Versorgungswirtschaften betrachten: Die Preis- und Bezugswirtschaft, den Einkauf und die Teilnahme an der Produktion. Ich muß leider konstatieren, daß das Rathaus in keiner dieser Kategorien Meister der Situation gewesen ist. (Zwischenruf: Die Regierung auch nicht!) Ihre Versorgungswirtschaft ist diktiert durch die Angst, durch eine gewisse Beklemmung vor den Großagrariern und den Großkapitalisten. Warum vor den Großagrariern, werde ich nach dem Kriege erzählen. (Rufe: Jetzt erzählen!) Ich kann ja nichts dagegen machen, ob Sie das jetzt oder später erfahren. Was aber die Großkapitalisten betrifft, so bekommt natürlich die Regierung von diesen das Geld, von den Großagrariern aber nicht. Ich finde die Bestätigung in den Zeitungen.

In den Zeitungen wird heute berichtet, daß König Ludwig seinen Unwillen darüber ausgedrückt hat, daß man solche Rücksichten auf die Großgrundbesitzer und Großhändler nimmt. Hier liegt also eine Bestätigung von gewiß vollständig objektiver Stelle vor.

Was die Versorgungswirtschaft des Rathauses betrifft, so kann man sagen, sie heißt: Angst vor den christlichsozialen Wählern! (Gelächter.)

Der Herr Bürgermeister hat nur ein einzigesmal in einer Wählerversammlung gesagt, er ermahnt die Bäcker, sie mögen den Kollegen, die es angeht, sagen, daß sie ein etwas besseres Brot backen. (Rufe: Wenn sie besseres Mehl bekommen!) Das könnte man eigentlich auch jetzt sehr vielen Bäckern sagen, denn das Brot ist miserabel und in vielen Fällen direkt gesundheitswidrig. (Rufe: Gehen Sie in die Regierungsgasse und sage

## Gemeinderat

Sie es dort!) Ich glaube, was ich hier sage, kommt ohnedies in die Zeitungen, ich spreche ja hier, damit ich nicht zu jeder einzelnen Person gehen muß.

Der Herr Bürgermeister hat es nur ein einzigesmal versucht, aber kein zweitesmal. Es wäre gut, wenn er den Geschäftsleuten auch sagen würde — es geht nicht alle an, aber denen, die es angeht — daß sie mit den Kunden nicht gar so grob sein sollen. Ja, man kann sagen, daß sie mitunter brutal sind. Man muß doch bedenken, das Geld, das die Kunden bringen, ist blutig erworben, sie bekommen ohnedies so wenig dafür; also man soll ihnen nicht noch als Aufgabe einige Grobheiten geben. Es läßt sich in Frieden alles viel leichter regeln, umsomehr, als die Konsumenten nicht schuld an den Verhältnissen sind.

Sie lachen, meine Herren, wenn ich sage, Ihre Versorgungswirtschaft ist Angst vor den christlichsozialen Wählern. Man sieht es deutlich, daß Sie sich Ihrer Schuld bewusst sind. Es geht das daraus hervor, daß Sie in der letzten Sitzung den Herrn Bürgermeister zum Ehrenbürgermeister gemacht haben. Meine Herren, das war keine Ehrung, das war ein taktisches Manöver und die Bevölkerung durchschaut das auch, sie hat Sie erkannt, man weiß genau, warum das geschehen ist, daß dies nicht eine Ehrung war, sondern, wie gesagt, ein taktisches Manöver.

Ihre Leute, christlichsoziale Kollegen, sind zu mir gekommen und haben entrüstet gesagt: „Haben Sie nicht das ganze Manöver durchschaut?“ (Rufe: Wie heißen die? — das glauben Sie selbst nicht!)

Was ich sage, ist wahr, was ich gesagt habe, ist richtig; ich habe keine Ursache, Märchen zu erfinden, nachdem die Wahrheit schrecklich genug ist. (Rufe: Märchenerzähler!)

Was wäre erst mit der Verpflegung Wiens geworden, wenn die liberale Partei nicht vor 25 Jahren das monumentale Werk der Einbeziehung der Vororte geschaffen hätte, jenes Werk, das so groß, so monumental ist, daß alle anderen Fehler und Unterlassungen, deren sich die liberale Partei, wie jede andere, hat zuschulden kommen lassen, verblässen muß wie der Schatten der Nacht vor dem Glanze der Sonne, ein Werk, bei dessen Durchführung die Partei von den Christlichsozialen mit der wildesten Leidenschaft bekämpft worden ist. Das Opfer dieses Kampfes, Bürgermeister Dr. Priz, ist ja einsam und verlassen wie ein geheftetes Bild im Wienerwalde zusammengebrochen. Unser Herr Bürgermeister tröstet sich über die mißlichen Verhältnisse, die in Wien herrschen, mit dem Gedanken, daß auch im Jahre 1809 ähnliche Verhältnisse in Wien waren, daß man sich auch damals anstellen mußte und die Bevölkerung von tausend Sorgen gedrückt wurde, die sie auch heute verfolgen. Das ist richtig, das war auch in anderen Kriegen, auch in Paris, wo während der großen Revolution die Jakobiner mit roher Gewalt in das wirtschaftliche Räderwerk eingegriffen haben. Aber sind seit jener Zeit nicht Hunderte von Jahren vergangen, haben wir seither nicht Fortschritte gemacht, gibt es nicht Eisenbahnen, Telephon, Telegraph, haben wir keine Übersicht? (Heiterkeit. — Gem.-Rat Angermayer: Hätten wir schon, aber keine Lebensmittel!) Haben wir keine Übersicht über die Produktion, keine Massenproduktion? Und doch herrschen eigentlich ganz und gar dieselben Verhältnisse wie damals. Es liegt vielfach an der schlechten Verteilung, und zwar nicht nur an der schlechten Verteilung inner-

halb Wiens selbst, sondern auch Österreichs überhaupt. Oberösterreich zum Beispiel ist sehr gut versorgt.

Ich war vor einigen Tagen in Budweis, dort bekommt man Schlagobers zu jeder Stunde, während man in Wien nicht genügend Milch bekommt. Ich glaube, es ist entschieden nicht notwendig, daß eine ungleiche Verteilung der Lebensmittel eingetreten ist. Darum glaube ich, an die Spitze gehörte der Bürgermeister als eine Art General mit dem Gemeinderate als Generalstab, der als Diktator herrscht, Händler und Verläufer müssen ihm untertan sein, müssen in seinen Diensten stehen. Wenn das auch nicht genügt, dann soll überhaupt ein General an die Spitze des Wirtschaftskrieges gestellt werden. (Gem.-Rat Angermayer: Ein schönes Geständnis! Das ist die Freiheit, die Sie verteidigen, die Sie meinen!) Auf die Freiheit des Hungers verzichtet die Bevölkerung Wiens! Übrigens sind in Deutschland ganz dieselben Forderungen gestellt worden, weil man gesehen hat, daß die Zivilverwaltung versagte. (Gem.-Rat Angermayer: Die Kreise, die diese Forderung in Deutschland aufgestellt haben, verstehen von Freiheit ebensowenig wie Sie!) Ja, nur der Herr Angermayer versteht etwas davon, wir aber danken für die Freiheit des Hungers. (Erneute Zwischenrufe seitens des Gem.-Rates Angermayer.)

**Vize-Bürgermeister Rain** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe, Herr Gem.-Rat Angermayer!

**Gem.-Rat Hohenstinner** (fortfahrend): Man sieht nun, was der Krieg und die Zeit der Not offenbar machten: Daß unsere ganze Wirtschaftspolitik falsch orientiert ist. (Unruhe und Zwischenrufe.) Was Sie mir über die Freiheit, die ich verraten hätte, zurufen, das läßt mich sehr kalt.

Mir ist es Hauptsache, Vorschläge zu erstatten, bei deren Durchführung vielleicht — ich weiß es ja nicht, ein Muster ist ja nicht da — die Bevölkerung zu ihrem Rechte kommen würde; jedenfalls müßte ein General die Rücksichten auf die Wähler nicht üben, die Sie üben. Sehen Sie nur, welche Folgen diese Versorgungswirtschaft der Gemeinde, wie Sie sie bisher betrieben haben, für die Lage der Fixangestellten haben. Die Dividenden der Banken und Aktiengesellschaften steigen zu schwindelnder Höhe an. Die Landwirtschaft hat, wie der Bürgermeister sagt, ungeheure Summen verdient, die Eisen-, Kohlen- und Zuckerbarone ersticken in ihren Gewinnen, die Kriegslieferanten wachsen sich zu kompletten Millionären heraus, zahlreiche Geschäftsleute verdienen große Vermögen, die Arbeiter in den Rüstungsunternehmen erhalten fast Hofratsgehälter. (Heiterkeit. — Zwischenrufe.) Man vermutet niemanden hinter dem Ofen, Herr Kollege Elis, wenn man nicht selbst dahinten gewesen ist! Ich beleidige niemand, ich konstatiere nur Tatsachen. Auch andere Arbeiter haben eine bemerkenswerte Lohnerhöhung erhalten und inmitten des sich immer mehr aufhäufenden Überflusses verkümmert der Fixangestellte. Er schiebt dahin, er wird eines qualvollen wirtschaftlichen Todes sterben müssen, wenn ihm nicht bald ausgiebige Hilfe werden wird. Schauen Sie sich die phantastischen Ziffern an, welche uns die Banken in ihren Bilanzen in letzter Zeit präsentiert haben. Was sind diese Ziffern, was sind diese Gewinne? (Ruf: Das sind nicht unsere Leute!) Auch nicht die unsrigen. Diese Gewinne sind die Riemen, die aus der Haut der Verbraucher geschnitten worden sind. Und was bedeuten diese Ziffern auf der anderen Seite? Reichtum . . . (Heiterkeit. — Zwischenruf: Von diesen Reichen erhalten Sie Ihre Wahlfonds-

16. IV. 1916

XVII

39

# Gemeinderat

gelber!) Herr Kollege, blamieren Sie sich doch nicht! Sie wissen sehr genau, daß wir aus diesen Kreisen nicht einen Heller bekommen. (Unruhe.) Ich kann ja warten, wenn die Herren auch warten können. Ich möchte die Herren aber aufmerksam machen, daß Sie einmal von einem „Burgfrieden“ geredet haben, den wir im Gemeinderate und auch draußen getreulich gehalten haben. (Gem.-Rat Angermayer: Sie getrauen sich vom Burgfrieden zu reden und halten hier eine wilde Heg- und Agitationsrede die nur für Ihre Zeitungen bestimmt ist?! ) Ich bemerke, daß unsere Partei gar keine Zeitung hat, also, was reden Sie immer? Zeitungen haben Sie! Also kann unsere Partei auch über Sie gar nicht schreiben! (Unruhe.) Sind die Herren fertig, haben Sie sich schon etwas von den Schlägen erholt? (Stürmische Heiterkeit.) Ja? Nun, dann setze ich fort. Auf der einen Seite Reichtum also, Luxus und Üppigkeit, auf der anderen Seite Entbehrung, Mangel, Not, Verschuldung, Verelendung, Versinken ins Proletariat, Unterernährung und weiter verminderte Arbeitsfähigkeit, verminderte geistige und physische Leistungsfähigkeit, daher natürlich Geburtenrückgang — die Statistik stellt ja gerade bei den Beamten den größten Geburtenabsturz fest, zum Schaden für das Reich und das Volk — und Tausende Tränen und Tausende Seufzer.

So groß ist bereits die Not der Fixangestellten, daß der Staat, der doch nach dem Worte Montecuccoli's Geld, Geld und wieder Geld zum Kriegsführen braucht, in dieser Zeit, wo jeder Heller zu diesem Zwecke gebraucht wird, spontan in die Geldtasche greift und den Fixangestellten eine Teuerungszulage gewährt. (Gem.-Rat Kötter: Mit der Banknotenpresse!) Wir bekommen das Geld ja auch aus der Banknotenpresse oder erzeugen Sie es, Herr Kötter? Dann bitte ich um einen Anteil.

So verschlimmert hat sich die Lage der Fixangestellten, daß selbst der Hofrat, der doch bisher, ich weiß nicht ob mit Recht oder mit Unrecht, das Symbol eines behaglichen und beschaulichen Beamtenlebens gewesen ist, als unterstützungsbedürftig bezeichnet wird. (Gem.-Rat Angermayer: Ob dafür der Beweis erbracht ist?) Ich sagte ja mit Recht oder Unrecht; jedenfalls bekommt er eine Zulage und jedenfalls gehört er doch zu den bestgestellten Beamten. Er ist in der V. Rangklasse, also im Generalsrang, und das sind doch keine Bettler.

Soll ich Ihnen die Namen aller der Firmen, Unternehmungen und Geschäftsbetriebe nennen, die auch in richtiger Erkenntnis der Lage ihren Angestellten eine Teuerungszulage gewährt haben? Das würde ja bis morgen dauern! Es gibt kaum eine kleine Provinzstadt, die nicht in Berücksichtigung der tristen Lage ihrer Angestellten, diesen eine Teuerungszulage gewährt hätte. Nur die Gemeinde Wien steht noch immer mit zugeknöpften Taschen da und nicht mehr, wie beim alten erblindeten Faust schleicht sich die Not und Sorge durch das Schlüßelloch in das Zimmer, sondern sie stürmt bei Tür, Tor und Fenster herein. Es geht ein Schrei der Verzweiflung durch die Reihen der Beamten und Tausende Augen schauen auf das Rathaus in banger Sorge und auf Tausenden von Lippen liegt der Ruf: Unser täglich Brot gib uns heute! Die Lage der Beamten ist trostlos geworden und das ist klar: wir haben 20 Kriegsmonate hinter uns, es wird schwere Arbeit, zwei- und dreifache Pferdearbeit bei Zeisigfütter geleistet und keine Urlaube wurden gewährt. Es ist klar,

daß da die Beamenschaft nervös ist und es ist höchste Zeit, daß die Teuerungszulage gewährt wird, sonst würde es nicht mehr lange dauern und wir könnten hören, daß in den Gängen des Rathauses ein Beamter aus Hunger tot zusammen stürzte, wie wir es vor einiger Zeit von einem Marburger Steuersekretär gelesen haben, den dieses Unglück tatsächlich betroffen hat.

Die Beamten sind in ihren Anforderungen sehr bescheiden. Sie verlangen ohnehin nur eine Erhöhung ihrer Bezüge um 10 Prozent. Würde man ihnen eine Erhöhung der Bezüge geben, die parallel mit der Teuerung liefe, so müßten Sie die Bezüge um 300 Prozent erhöhen. Und da wagt man noch immer, an die Einsicht der Beamten zu appellieren.

Ich lese im Amtsblatt, daß der Herr Ober-Kurator Steiner und der Herr Magistrats-Direktor Dr. Richter an die Einsicht der Beamten appellieren. Der Magistrats-Direktor sagte, einige haben auch wirklich Einsicht; das sind die, die nicht reden dürfen; alle anderen sehen das aber nicht ein.

Wenn ein Beamter zu einem Schuhmacher kommt, um einen Fleck auf seinen Schuh aufsetzen zu lassen und dieser für den Fleck, für welchen er vor dem Krieg 30 h verlangte, nun 3 bis 4 K verlangt, und der Beamte sagt: Lieber Meister, haben Sie doch ein Einsicht, so wird dieser sicher antworten: das ist der Krieg! Ein Schuhdoppler bringt das Budget eines Beamten in Unordnung. Die Kleiderhändler gehen um 50 Prozent, die Wäscheputzer um 100 Prozent mit ihren Preisen hinauf.

Hat der Beamte nicht Einsicht genug, wenn er nur 10 Prozent verlangt?

Wird die Beamtenfrau, die zum Kaufmann kommt und Mehl, Milch und Erdäpfel haben will, Einsicht finden? Zeigen Sie mir doch einen Händler, der so viel Einsicht hat und nur um einen Heller mit dem Preis herabginge! Wenn Sie zum Bauer kommen und Sie appellieren an seine Einsicht, so wird er sagen, eher werfe ich meine Erdäpfel den Schweinen vor, als daß ich sie um einen Heller billiger verkaufe. Er wird eher den Höchstpreis überschreiten, als daß er sich irgendwie von Einsicht leiten ließe.

Also wozu an die Einsicht der Beamten appellieren, deren Einsicht die trostloseste Aussicht ist! In Bayern hat es die Regierung als eine selbstverständliche Pflicht der Gemeinde anerkannt, eine der Teuerung und der vermehrten Arbeitsleistung entsprechende Ausgleichung und gleich die Gewährung von Gehaltszulagen an die Beamten zu schaffen. In Bayern ist es es eine selbstverständliche Pflicht der Gemeinde; bei uns mußte die Regierung zuerst kommen, sie mußte da einen gewissen moralischen Zwang und Druck ausüben, damit endlich auch das Rathaus seine Taschen für die Beamten öffnet, denn es ist Tatsache, daß die Beamten eine Gehaltserhöhung nicht bekommen hätten, wenn die Regierung nicht mit einer solchen vorausgegangen wäre (Zwischenruf des Gem.-Rates Tomola) und dadurch einen moralischen Druck ausgeübt hätte. Eigentlich ist auch nicht die österreichische, sondern die ungarische Regierung vorausgegangen; da passen aber die Worte der Bibel, welche ich hier zitieren möchte: Abraham zeugete den Isaak und Isaak zeugete den Jakob. (Heiterkeit.)

So steht es also mit der Teuerungszulage. Die wahren Stiefkinder der Gemeinde Wien sind jedoch leider die Lehrer. Die Beamten haben noch vor dem Kriege eine Gehaltsregu-

## Gemeinderat

lierung bekommen, nun kommen sie und fordern — und zwar mit vollem Fug und Recht — eine Teuerungszulage. Die Lehrer haben jedoch weder eine Gehaltsregulierung, noch eine Teuerungszulage bekommen und stehen jetzt schon seit 21 Kriegsmonaten (Auf: 22!) im Zeichen der wahren Notlage.

Mit einem Gehalte, der schon für normale Friedenszeiten karglich bemessen war, sollte der Lehrer in diesen schweren Zeiten, wie wir sie heute haben, mit seiner Familie den Kampf gegen die Teuerung führen.

Die Magistratsbeamten erhielten vor dem Kriege eine Gehaltserhöhung, ebenso die Beamten der städtischen Unternehmungen, auch die Stadträte haben sich ihre Bezüge verdoppelt, die Kontrahenten erhielten gleich zu Kriegsbeginn eine 50prozentige Erhöhung der geltenden Tarife — das sind freilich sehr einflußreiche Personen — nur die Lehrer sollen von den fortwährenden Zusicherungen des Wohlwollens ihren Hunger stillen! Besonders gilt das von den Lehrern Wiens, von denen der Minister Hussarek gesagt hat, daß ihr Verhalten in dieser schweren Kriegszeit geradezu ein mustergiltiges ist.

Die Lehrer Wiens, die einem Volke angehören, das im gegenwärtigen Riesenringen der Völker das größte und schwerste Opfer gebracht hat, die Lehrer des deutschen Volkes sind bisher unberücksichtigt geblieben.

Ich muß bei dieser Gelegenheit nochmals auf ein bestimmtes Kapitel zurückkommen. Meine Herren, ich konstatiere, daß die besseren Arbeiter relativ und manchemal auch absolut besser gestellt sind als die Lehrer. Ein mir bekannter Bäckergehilfe, der nur eine Bürgerschulklasse absolviert hat und die Schule vor vier oder sechs Jahren verlassen hat, hat einen Wochenlohn von 160 K; ein mir bekannter Oberlehrer hatte kürzlich Gelegenheit, in die Lohnlisten eines Fabrikanten Einsicht zu nehmen und er konnte da zur Erhöhung seiner beruflichen Tätigkeit feststellen, daß einzelne Arbeiter monatlich soviel bekommen, als vier seiner Substituten zusammen und daß bessere Arbeiter sogar soviel bekommen als sechs Substituten an Gehalt beziehen.

Unter solchen Verhältnissen ist es doch begreiflich, daß die Lehrerschaft verlangt, daß das Gehaltsgesetz endlich einmal sanktioniert werde, damit die Lehrer nicht als gebrochene Existenzen aus diesem Kriege hervorgehen. Schon zwei Jahre wartet dieses Gesetz auf die Sanktion! Ich gestehe, ich muß mich mit aller Gewalt zusammennehmen, um die Schranken die der Burgfrieden gestellt hat, nicht zu überschreiten. Ich muß aber sagen, es ist ein frevelhaftes Spiel, das da mit den Lehrern getrieben wird.

Die Abgeordneten beschließen das Lehrergehaltsgesetz und dann bestürmen Sie die Minister, damit es nicht sanktioniert werde. Die Römer sprachen von einer *puna fides*, das heißt von einer punischen Treue. Aber dieses Übermaß von Untreue war ihnen nicht bekannt. Schmerz und Scham ergreift mich, wenn ich an das Schicksal dieser Vorlage zurückdenke. Was mußten die Lehrer petitionieren und in Versammlungen sprechen, bis endlich die Gemeinde Wien sich aufgerafft und dieses Lehrergehaltsgesetz beschlossen hat. Und was mußten die Lehrer petitionieren, bitten und betteln, bis der Landtag das Gesetz beschlossen hat; und was mußten die Lehrer wieder petitionieren, bitten und betteln, wieviele Deputationen mußten entsendet werden zum Bürgermeister, zu den Vize-Bürgermeistern, zu den Landes-Ausschüssen, zum Landmarschall, selbst zum Unterrichts-

minister, zum Finanzminister, zum Ministerpräsidenten und dann wieder von einem zum andern!

Das war ein wahrer Jammer! Zum Schluß hat man sogar die Versammlungsreden mit dem Kaiserhuldigungs-Telegramm unterdrückt, so wie man die Schreie eines zum Tode Verurteilten durch Trommelwirbel unterdrückt!

Die Lehrer haben nur Bertröstungen bekommen und die fade Zusicherung des Wohlwollens, von der kein Mensch fett werden kann und die Ausrede dazu, daß kein Geld da ist zur Durchführung des Lehrergehaltsgesetzes. Für alles hat die Gemeinde Geld und ich glaube, wenn es heute sein müßte, würde die Gemeinde eine Million aus dem Boden stampfen — für die Lehrer aber hat sie kein Geld und da hatte man noch den Mut, uns zusammenzurufen und uns aufzufordern, wir sollten auf die Lehrerschaft beruhigend einwirken. Damals habe ich gesagt, das gehe nicht, das können wir nicht tun. Gestatten Sie, daß ich hier die Worte Heine's zitiere, die in der heutigen Lage wahrlich auf die Lehrer passen:

„Im hung'rigen Magen Eingang finden  
Nur Suppenlogik mit Knödelgründen,  
Nur Argumente von Kinderbraten,  
Begleitet mit Göttinger Wurstzitäten!“

Ich sage also nochmals, das Lehrergehaltsgesetz muß durchgeführt werden, denn auch der Patriot muß leben können; auch die Nachtigall lebt nicht vom Singen allein. Es ist aber auch die höchste Zeit, daß dieses Gesetz endlich durchgeführt werde, denn die Lehrerschaft kann die gegenwärtigen Verhältnisse nicht mehr länger aushalten. Das Lehrergehaltsgesetz bringt eine Verbesserung der Bezüge der Lehrer und es wird in diesem Gesetze auch für die Witwen und Waisen der vor dem Feinde gefallenen Helden besser gesorgt. Daher ist es eine patriotische Pflicht der berufenen Vertreter, auf der Sanktionierung dieses Gesetzes zu beharren und es ist patriotische Pflicht der Gemeinde, dieses Gesetz durchzuführen. Wenn Sie, meine Herren, nicht den Vorwurf auf sich laden wollen, daß Sie die Lehrer in der schwersten Notlage, in der sie sich gegenwärtig befinden, im Stiche gelassen haben, wenn Sie das nicht tun wollen, dann müssen Sie auf die schnelle Durchführung dieses Gesetzes dringen. Ein Parteigenosse von Ihnen, der christlichsoziale Lehrer Wischetitschka, hat in einer Versammlung, die Ihre eigenen Parteigenossen einberufen haben, gesagt: „Ich bin der Überzeugung, daß die Gemeinde die ethische und soziale Verpflichtung hat, die Lehrer vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruche zu schützen!“ Aus diesen Worten geht klar hervor, daß die Lehrer vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruche stehen und die Versammlung hat auch diese Worte zu ihren eigenen gemacht, so wie ich sie mir zu den meinen mache, und ich kann Sie nur versichern, daß hinter diesen Worten die gesamte Lehrerschaft Wiens steht.

Der Friedensschluß wird den Gemeinderat vor große und schwere Aufgaben stellen. Tausende und Tausende von Händen werden sich nach Arbeit ausstrecken und die Kriegsfürsorge wird sich vielleicht der Arbeitsfürsorge zuwenden müssen. Die Schaffung von Kriegerheimstätten, die Regelung der Wohnungsfrage wird ein schweres Problem werden und die Regelung des Approvisionierungswesens wird in den Mittelpunkt der kommunalen Politik gestellt. Wir werden eine wirtschaftliche Vorsehung spielen, wir werden auch die Schule mehr beachten und uns den Bedürfnissen

# Gemeinderat

des Tages mehr anpassen müssen. Wir werden aber auch Tür und Tor öffnen müssen, damit die sozialen Gedanken in reichster Fülle einströmen können. Wir von der Opposition werden gewiß sehr gerne mitarbeiten und werden auch die nötigen Kredite für die bevorstehenden großzügigen Arbeiten bewilligen, das unterliegt um so weniger einem Zweifel, als unsere Obmänner und Vertreter bereits in der Obmänner-Konferenz, wie Sie selbst hier gestanden haben, nützliche Arbeit geleistet haben.

Sie selbst, meine Herren, haben erst kürzlich dem Kollegen Dr. Schwarz-Hiller für seine ausgezeichnete Arbeit auf dem Gebiete der Flüchtlingsfürsorge lebhafteste Ovationen bereitet und wollen Sie uns da noch weiter von der tätigen Mitarbeit auf dem Gebiete der kommunalen Politik ausschließen? Wir wollen Stadtrats- und Ausschußmandate haben, und wollen, daß alle Angelegenheiten der Stadt Wien mit dem Bürgermeister und allen Gemeinderäten in dieser schweren Zeit in harmonischem Zusammenwirken erledigt werden. Das wäre um so notwendiger, als wir vor der Lösung neuer Probleme stehen, von denen das Heil und die Zukunft unserer Stadt abhängt.

Sehen wir da einmal hinüber nach Deutschland, das uns so oft und gerade in der gegenwärtigen Zeit als Vorbild und Muster hingestellt wird. „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“, rief Kaiser Wilhelm aus, und dieses, ich muß sagen klirrende Wort von einem unverlöschenden Gedächtnis, fiel es nicht wie ein Feuerbrand in alle deutschen Herzen? Ich kenne keine Parteien mehr, und tatsächlich sind in Deutschland draußen die sozialdemokratischen Stadtverordneten in die Magistrate aufgenommen worden.

Der Ober-Bürgermeister Bermuth erklärt, der Krieg hat unsere Zusammengehörigkeit erst gezeitigt. Was wollen Sie da tun? Können Sie nach dem Kriege auch noch weiter — was die Zusammensetzung des Stadtrates anbelangt — Parteipolitik treiben, oder wollen Sie endlich zur Volkspolitik übergehen? Wann wollen Sie endlich mit dem System der politischen Entrechtung der Opposition brechen, von der einzelne Mitglieder auf dem Schlachtfelde draußen sich mit Ruhm und Ehre bedeckt haben, die Zeichen ihrer Tapferkeit und ihres Mutes stolz auf der Brust tragen und deren Wähler im Schützengraben gelegen sind und ebenso wie alle anderen für Kaiser und Reich ihr Blut und ihr Leben geopfert haben.

Ich gestehe nach meiner persönlichen Meinung, ich habe eine dunkle Ahnung. Ich ahne Böses! Ich glaube, daß unser ganzes Entgegenkommen, unsere Loyalität nur Spott und Hohn finden werden. Wir sind entgegengekommen, wir haben die Milch der frommen Denkart literweise getrunken, die einzige Milch, die man in Wien ohne Anstellen und ohne Milchkarten erhalten kann (Heiterkeit) und die man naturwidrigerweise nur bei Männern jetzt findet. Es sind böse Vorzeichen vorhanden, daß unser Entgegenkommen bei Ihnen gar kein Verständnis finden wird. Warum besetzen Sie nicht die seit zwei Jahren erledigten Ausschuß- und Stadtratsmandate? Weil Sie uns keine geben wollen! Sie wollen uns aber im Kriege auch nicht vor den Kopf stoßen, weil Sie uns brauchen und ganz ruhige, von der Milch der frommen Denkart gesättigte Verhandlungen haben wollen, deshalb geben Sie uns keine Mandate. Ein böses Vorzeichen war es mir auch und hat in unserem Klub das größte Befremden erregt, daß Sie die eingerückten Gemeinderäte nicht zur Sitzung geladen haben. Der

Landesverteidigungsminister war da eigentlich konstitutioneller als unser Bürgermeister selbst. Wer hat eigentlich die Pflicht, die Rechte des Gemeinderates zu wahren? Wer hätte alle Hebel in Bewegung setzen müssen, um die Arbeiten des Gemeinderates zu sichern? Doch nicht der Landesverteidigungsminister, sondern der Bürgermeister. Wollten Sie sich vielleicht mißliebige Gemeinderäte vom Halse halten, vielleicht den Gem.-Rat Moißl? (Rufe: O je!) Sei dem, wie es wolle, das eine steht fest, die Verfügung des Statthalters bedeutet eine schwere Niederlage des Bürgermeisters. Böse Vorzeichen sind also vorhanden, daß unser Entgegenkommen kein Verständnis bei Ihnen finden wird. Bei der Huldigung der Landbürgermeister sprach der Herr Bürgermeister vom „Rat der Stadt Wien“. Die Opposition wußte von der Veranstaltung gar nichts und wurde dazu gar nicht eingeladen. (Bürgermeister: Das war der Bürgermeistertag von Niederösterreich!) Der Bürgermeister hat im Namen des Rates der Stadt Wien gesprochen. (Bürgermeister: Das darf ich immer tun, das macht auch nichts! — Heiterkeit.)

Vor der ersten Gemeinderats-Sitzung haben die Obmänner des Klubs beschlossen, nur eine einfache Erklärung abzugeben. Die Obmänner der oppositionellen Parteien haben sich daran gehalten; der Herr Kollege Steiner hält aber eine ausgewachsene christlichsoziale Rede. Die vom Bezirksrate Leopoldstadt vorgeschlagenen Kandidaten für den Armenrat werden nach wie vor ignoriert.

Ist das nicht ein böses Vorzeichen, daß Sie jetzt in der Kriegszeit den Baron Bienerth zum Ehrenbürger ernennen, aus dem einfachen Grunde, weil er während der Wahlzeit seine Hand schützend über dem Rathause hielt, und ist das kein böses Vorzeichen, daß Sie ihn demonstrativ als kaisertreu hinstellen? Ja, heißt patriotisch sein die politische Gesinnung der Majorität haben? Sind wir in Wien schon so weit gekommen, daß Kaisertreue belohnt werden muß? Sind wir nicht alle kaisertreu von den Beamten und Lehrern angefangen bis zum letzten Amtsdienner und hat die Bevölkerung im Schützengraben und im Hinterlande nicht millionenfache Beweise ihrer Kaisertreue gegeben ohne Anspruch auf Lohn und Anerkennung? Wenn der Ehrenbürger Bienerth nicht kaisertreu ist, gehört er vors Kriegsgericht. Der alte ehrwürdige Kaiser opfert nach einem an schweren Schicksalsschlägen reichen Leben auch die Ruhe und den Frieden seines Alters, opfert sie für die Größe des Reiches, für die Freiheit des Volkes; dem macht man keine Ovationen, aber den Grafen Bienerth ernannt man zum Ehrenbürger. Heiliger Burgfriede, verzeih mir, das ist doch eine Frivolität. Den Mann ernennen Sie zum Ehrenbürger, der die Lex Kolisko nicht zur Sanktion vorgelegt und dadurch dem deutschen Volke so sehr geschadet hat. Diese Ernennung zum Ehrenbürger ist geradezu eine Provokation des gesamten deutschen Volkes von Wien und Österreich.

Sie aber haben keine anderen Sorgen. Gehen Sie hinaus auf die Straße und sehen Sie die Umzüge bekümmertter Frauen, die stundenlang vor den Läden stehen müssen, um Lebensmittel zu bekommen! Gehen Sie in die Häuser, wo Sie die Leute mit Nahrungssorgen kämpfend sehen werden. Schauen Sie sich die Beamten an, die von wirtschaftlicher Todesangst gerüttelt und geschüttelt sind. (Gem.-Rat Angermayer: Das ist unwahr, wenn Sie sagen, daß uns das nicht kümmert! Uns kümmert das sehr! Halten Sie nicht Agitationsreden, um damit die Bevölke-

16. IV. 1916

XIX

42

# Gemeinderat

zung verheizen zu können. Das ist kein Burgfriede; das ist eine ausgewachsene Agitationsrede, sehr geehrter Herr Kollege, welche die Bevölkerung aufhezt! Es ist unwahr, daß uns dieses Schicksal gleichgiltig ist!

**Vize-Bürgermeister Raim:** Ich bitte den Herrn Redner, fortzufahren.

**Gem.-Rat Hohenstinner** (fortfahrend): Herr Kollege, hätten Sie diese Ernennung nicht verschieben können? Das haben Sie aber nicht. Ich sage, ist es nicht ein böses Vorzeichen. (Zwischenruf des Gem.-Rates Stein.)

**Vize-Bürgermeister Raim:** Herr Gem.-Rat Stein, Sie haben nicht das Wort. (Gem.-Rat Dr. Mittler: Gem.-Rat Angermayer hat auch nicht das Wort gehabt und hat doch eine ganze Rede gehalten!)

Ich bitte den Redner, fortzufahren.

**Gem.-Rat Hohenstinner** (fortfahrend): Ihr geistiger Führer, der Erzbischof Dr. Piffl, hat in einer Wählerversammlung erklärt: Wenn nach diesem ungeheuren Ringen der Friede geschlossen sein wird, dann wird ein neuer Krieg entbrennen, ein Kulturkampf wie im Jahre 1874. Dann, liebe katholische Männer, dann heißt es auf die Worte der heiligen Kirche und Cures Bischofs hören, dann heißt es keine Waschlappen sein, sondern wirkliche Männer.

Meine Herren, wissen Sie, was ein Kulturkampf bedeutet? Fürst Bismarck lehrt uns, der Kulturkampf bedeutet die Herrschaft der Kirche als politische Macht, der Staat muß der Kirche untertänig sein, die Freiheit des Gewissens und des Kultus ist Wahnsinn, der Kulturkampf bedeutet einfach und mit einem Worte die Herrschaft des Klerikalismus in unbeschränktester Form und diese Herrschaft, meine Herren, wirft schon jetzt ihre Schatten voraus, wenn zum Beispiel der Bürgerfchulkatechet Sennfelder vor einiger Zeit den Kindern in der Bürgerschule gesagt hat, verkehrt nicht mit Protestanten, wenn er das sagt zu einer Zeit, wo das Blut noch raucht und dampft, das Blut der gefallenen deutschen Brüder, welche auch für die Katholiken Österreichs zum Opfer geworden sind. (Gem.-Rat Angermayer: Wenn er das gesagt hat, ist es ein ganz falscher Standpunkt!)

**Vize-Bürgermeister Raim:** Ich bitte, Herr Gemeinderat, den Redner nicht zu unterbrechen.

**Gem.-Rat Hohenstinner** (fortfahrend): Wer weiß nicht, welche tiefgehende Erregung und Splitterung und Parteilung der Kulturkampf im deutschen Volke hervorgerufen hat. Wer weiß das nicht; und dieses Österreich, das erst aus einem Weltkrieg hervorgekommen, das erst jetzt zur Einheit zusammen gewachsen ist, das jetzt verjüngt und auf neue Grundlage gestellt werden soll, wozu Arbeit notwendig ist, wozu es der freudigen Mitarbeit aller Köpfe und Herzen bedarf, es soll wieder in die Wirrnisse eines Kulturkampfes hineingehezt werden! (Rufe: Nicht von unserer Seite, sondern von der Freien Schule!) Wäre nicht ein solcher Kulturkampf ein Hohn auf das Blut unserer gefallenen Helden. Das kann nicht der Sinn und Zweck dieser allergrößten Volksoffer sein, daß die Männer, die im Schützengraben die furchtbaren Erlebnisse des Krieges und Todes ertragen, um, wenn sie zurückkommen, eine Atmosphäre zu finden, welche von Korruption und Protektion durchseucht und vergiftet ist. Das kann nicht der Sinn und Zweck dieser ungeheuren Volksoffer sein, daß all' das vergossene Blut auf die Mühle einer einzigen Partei geleitet

werde, das kann nicht der Sinn und der Zweck dieser Volksoffer sein, daß die Kämpfer, die aus dem Schützengraben kommen, wo es gleiche Pflichten, aber auch gleiche Rechte gibt, zurückkehren in Verhältnisse, wo man die Staatsgrundgesetze nicht achten will.

Ich glaube, wir Deutschen können uns den Luxus eines Kulturkampfes nicht leisten, verstehen wir denn nicht die Forderungen des Tages, sehen wir doch, was bei anderen Völkern geschieht.

Bei den Polen hat Daszinsky die Brücke gefunden, die ihn zum Polentub hinübergeführt hat. Das deutsche Volk kann nicht zur Rolle des Mohren verurteilt werden, der seine Schuldigkeit getan hat und dann gehen kann. Das darf nicht sein, unter gar keinen Umständen und wenn es nicht sein darf, muß jeder Regierung eine Phalanx, ein einheitlicher unzerbrechlicher eiserner Wall gegenüberstehen. Bei all' dem Weh, das uns dieser Krieg gebracht, das wir mit zusammengebissenen Zähnen ertragen, bei allen Opfern an Gut und Blut mußte uns der Krieg diese Erkenntnis bringen, die Erkenntnis von der Mission der Deutschen in Österreich. Noch donnern die Kanonen an den Grenzen des Reiches und man denkt bereits an eine wirtschaftliche militärische Vereinigung mit Deutschland, an eine Schaffung eines wirtschaftlichen Mitteleuropas. Ich glaube, wir Deutsche dürfen das Bündnis mit Deutschland nicht nur vom Standpunkte des Rassenbuchs allein betrachten. Zu tiefe Wurzel hat das Bündnis in einem 30jährigen Bestande geschlagen, es ist gekittet worden mit Eisen und Blut. Wir wollen haben, daß das Wort des schottischen Dichters Carlyle Wahrheit werde, das er im Jahre 1870 gesagt hat, Deutschland muß das Festland werden an Stelle des aufgeblasenen spiegelstecherischen Frankreich.

Ich schließe mit den Worten, die der deutsche Arbeiterdichter Karl Bröger an Deutschland gerichtet hat. Ich richte sie an Österreich, nicht nur weil mir der Inhalt dieses Spruches genehm ist, sondern weil die Worte so abhold jeden marktstreuerischen Wesens sind, das sich sonst in der Politik breit macht. Also Form und Inhalt entsprechen mir und deshalb zitiere ich die erste Strophe des Gedichtes — es heißt „Bekanntnis“:

Immer schon haben wir eine Liebe zu dir gekannt,  
Bloß wir haben sie nie mit einem Namen genannt,  
Als man uns rief, da zogen wir schweigend fort,  
Auf den Lippen nicht, aber im Herzen das Wort  
Österreich.

(Beifall rechts.)

**Vize-Bürgermeister Raim:** Ich möchte nur eine Stelle des Herrn Vorredners beanstanden. Er hat die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Grafen Wienert als Frivolität bezeichnet. Ich möchte ihm sagen, daß diese Ehrenbürger-Ernennung keine Frivolität gewesen ist, sondern eine wohlverdiente hohe Auszeichnung. (Lebhafte Zustimmung.)

Ein großer Teil der vorgemerkten Redner hat mich ersucht, jetzt die Debatte abzubrechen. Ich erkläre, daß ich diesem Wunsche entspreche.

Ich breche die Debatte ab und erkläre die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der öffentlichen Sitzung um 7 Uhr 30 Minuten abends.)

19. IV. 1906

45

*Ordnungsmäßig - Musikanten*

dorf, die Vize-Bürgermeister Heinrich Hierhammer, Franz Hoß und Josef Rain, die Abgeordneten Mag. Friedmann, Wenzel Kuhn, Leopold Hengl und Anton Nepustil, die Gemeinderäte Heinrich Braun, Alfred Breuer, Friedrich Dechant, Laurenz Dobel, Alois Eder, Theodor Eglauer, Franz Eigner, Karl Elis, Ignaz Gebhart, Josef Göb, Johann Goldeband, Franz Gräf, Josef Grünbeck, Sebastian Grünbeck, Dr. Moriz Franz Haas, Johann Handerek, Dr. Oskar Hein, Karl Kerner, Dr. Emmerich Klobzberg, Johann Knoll, Julius Komrowsky, Anton Kurz, Franz Langer, Josef Leitner, Dr. Heinrich Loewenstein, Edmund Melcher, Josef Nemež, Ernst Neustadt, Emil Panojch, Matthias Partik, Othmar Penz, Georg Philp, Johann Pichler, Franz Poyer, Hans Rötter, Franz Sadilek, August Schmidt, Leopold Schmidt, Hans Schneider, Josef Schwarz, Hans Arnold Schwer, Rudolf Solterer, Leopold Tomola, Franz Ullreich, Eduard Wagner, Karl Wimberger und Hans Zajka, der Präsident der Bürgervereinigung Stadtrat Leopold Brauneiß mit den Stellvertretern Gemeinderat Hans Huschauer und Gemeinderat Heinrich Roth, die Bezirksvorsteher Josef Wieninger, Johann Bergauer, Matthias Adlersflügel, Karl Kretschek, Anton Baumann und Anton Anderer, Domprediger Dr. Hinner, Dechant Flandorfer, Pfarrer Stoppel und der evangelische Pfarrer Prof. Zimmermann, Vize-Präsident Stoll vom Gewerbeverein, kais. Rat Beschörner, Kommerzialrat Maas, der letzte Bürgermeister von Grinzing Raucher, Bezirksrat Fischer, vom Gremium der Hoteliers Vorsteher Ferdinand Heß und kais. Rat Karl Richard, in Vertretung des Internationalen Hotelierverbandes Direktor Teubler, die Hoteliers Bertsch (Hotel Bristol) und Lehner (Hotel Imperial) sowie viele andere Hoteliers und Cafetiers, kais. Rat Liechtenstadt, Magistrats-Direktor Dr. August Rühtern, Stadtbau-Direktor Ing. Heinrich Goldemund, Ober-Stadtphyfikus Dr. August Böhm, die Ober-Magistratsräte Dr. Jakob Dont, Karl Pawelka und Hugo Arzt, die Magistratsräte Josef Formanek, Dr. Anton Loderer, Dr. Josef Ebermann und Dr. Viktor Winkler, Markt-Direktor Kommerzialrat Adolf Bauer, Magistrats-Sekretär Hans Böttger, Ober-Kommissär Robert Firsch, Direktions-Adjunkt Rudolf, die Bezirksschul-Inspektoren Zickero und Smital, Landes-Inspektor Eduard Heintl, Sekretär Fritz Schönsteiner, eine Deputation der Freiwilligen Feuerwehr Grinzing mit dem Hauptmann Lehner an der Spitze, zahlreiche Damen etc.

Zuerst wurde die Beeidigung des Ober-Kurators Gemeinderates Leopold Steiner vorgenommen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hielt an den Ausgezeichneten folgende Ansprache:

„Hochverehrter Freund und lieber Kollege!

Der Gemeinderat der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien hat einstimmig beschlossen, Dir das toxische Bürgerrecht zu verleihen. Er will damit eine langfällige Dankeschuld an Dich abtragen. Am 2. April 1891, also vor 25 Jahren, wurdest Du durch das Vertrauen Deiner Mitbürger aus dem 3. Wahlkörper Deines Bezirkes in den Gemeinderat entsendet und seither ist Dir das Vertrauen Deiner Mitbürger treu geblieben. Immer

und immer, von Wahlperiode zu Wahlperiode wurdest Du wieder in den Gemeinderat entsendet, um Deine seltenen Fähigkeiten, Deine Tatkraft in den Dienst der Gemeindeverwaltung und Deiner Mitbürger zu stellen. Viele Jahre sind vergangen, seitdem Du und ich Schulter an Schulter kämpften, und immer konnte ich an Dir Deine restlose Hingabe für Dein geliebtes Wien bewundern. In allen Deinen Stellungen, zu denen das Vertrauen der Bevölkerung Dich berufen hat, im Reichsrat, im Landtag und Landes-Ausschuß und in den vielen Kommissionen, in denen Du wirktest, in der Verkehrs-Kommission, der Donau-regulierungs-Kommission, hast Du stets Dein Herz für Wien bewiesen und hast hohes Verständnis für die Aufgaben der Zweimillionenstadt gezeigt. Insbesondere jetzt, als der lodernde Weltbrand ausbrach, hast Du sofort Deine ganze Kraft der Kriegsfürsorge zur Verfügung gestellt und ich bin Dir unendlich dankbar für alle Leistungen, die Du in den Kommissionen für soziale Fürsorge und die Kriegsinvaliden betätigt hast. Auf einem Gebiete, welches lange unbebaut blieb, auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs, hast Du die Bahn eröffnet und unermüdlich und energisch gewirkt. Wenn ich nun anerkennend Deiner reichen Vergangenheit gedenke, so drängt sich mir unwillkürlich auch die Sorge für die Zukunft auf, denn ungeahnte große Probleme stehen uns nach Kriegsschluß zur Lösung bevor. Insbesondere die Reichshauptstadt wird große verantwortungsvolle Aufgaben zu lösen haben. Ich rechne auch dabei auf Deine erprobte Mitarbeit und Deine Freundschaft und bitte Dich, hochverehrter Kollege und Freund, nicht zu ermüden und zu erlahmen, damit wir in treuer Freundschaft in der Lage sind, mit unseren Kollegen im Gemeinderate diesen großen Aufgaben gewachsen zu sein. Der Eid, den Du schwören wirst, beinhaltet eigentlich Dein Leben. Denn Treue zu Kaiser und Reich war Dir stets eigen, Hingabe an die Interessen der Stadt hast Du durch die Tat bewiesen. So will ich denn mit großer Freude diese Amtshandlung vornehmen in dem Bewußtsein, daß dieser Eid noch selten von einem würdigeren Bürger der deutschen Stadt Wien abgelegt wurde.“ (Lebhafter Beifall.)

Nachdem Magistratsrat Formanek die Eidesformel verlesen hatte, nahm Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Beeidigung vor.

Hierauf ergriff Bezirksvorsteher Kuhn das Wort zu folgenden Ausführungen:

„Hochverehrter Freund!

Es ist meine feste Überzeugung, daß ich heute namens der ganzen Bevölkerung des XIX. Bezirkes spreche, wenn ich sage, daß sie mit der Dir verliehenen hohen Auszeichnung voll und ganz einverstanden ist. Denn sie ist wohlverdient. Im XIX. Bezirke, an jener Stelle, wo Du Deine Tätigkeit begonnen hast, haben wir Gelegenheit gehabt, Deine Verdienste um das öffentliche Wohl zu beurteilen und ich fühle mich eins mit der Bevölkerung des XIX. Bezirkes, wenn ich Dir meine und ihre herzlichsten Glückwünsche zum Ausdruck bringe. Über Deine politische Tätigkeit bei diesem feierlichen Anlaß zu sprechen, wäre gewiß nicht am Platz, aber das Eine kann ich sagen, Du warst der Erste in unserem Bezirk, der vor 25 Jahren den christlich-sozialen Gedanken und unser Programm in die Bevölkerung trug. Du warst unentwegt bemüht, das Programm unserer Partei zu verwirklichen, Du bist immer an der Spitze der

19. IV. 1916

III  
16

*Geliebtem Mannschaften.*

Bewegung gestanden. Du hast während dieser langjährigen Arbeit auch Angriffe, Kränkungen und Undank zu erdulden gehabt, aber wir wußten, daß Du trotzdem nie gewankt hast, im Gegenteil, Dein Kampfesmut ist immer gestiegen und wir haben daher alle vertrauensvoll zu Dir emporgeblüht. Ich kann sagen, nach rastloser und unermüdlicher Tätigkeit bist Du unser alter, wackerer Parteimann geblieben und derselbe junge Kämpfer für unsere gute Sache. Gott der Allmächtige möge Dich noch lange Jahre erhalten."

Namens des Bürgerklubs beglückwünschte Gem.-Rat Josef Leitner mit herzlichen Worten den Obmann des Bürgerklubs zu der selten hohen Auszeichnung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß er noch lange Jahre dem Bürgermeister und dem ganzen Klub ein treuer Berater sein möge.

Der Präsident der Bürgervereinigung Gem.-Rat Brauneiß beglückwünschte Ober-Kurator Steiner namens der Bürgervereinigung und kaiserlicher Rat Beschorner namens des Landesverbandes für Fremdenverkehr.

Ober-Kurator Steiner erwiderte:

"Eure Exzellenzen! Sehr geehrte Damen und Herren!

Empfangen Euer Exzellenz, der Herr Antragsteller, die Herren Gemeinderäte und Stadträte für die mir anlässlich der Vollendung meiner 25jährigen Tätigkeit als Gemeinderat verliehene Auszeichnung meinen tiefstgefühlten Dank. Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister hatte die Güte, mein Wirken auf verschiedenen Gebieten der öffentlichen Verwaltung in einer, wie ich glaube, allzu ehrenden Weise zu erwähnen. Es war mir dies nur möglich durch das einheitliche Zusammenwirken aller jener Korporationen, denen ich angehöre, es war dies nur möglich durch die Unterstützung der städtischen Ämter und der Organe des Landes. Herzlichsten und wärmsten Dank spreche ich aber Seiner Exzellenz aus für die mir öffentlich bekundete Freundschaft. Ich versichere Dich, Herr Bürgermeister, sowie die Herren des Bürgerklubs, daß sich an dem, so lange ich die Ehre habe, im öffentlichen Leben zu wirken, nichts ändern wird.

Als vor 25 Jahren die Einverleibung der Vororte erfolgte und ein bedeutender territorialer Zuwachs für Wien zustande kam, als die Einwohnerzahl sich bedeutend vermehrte, rückte Wien in die Reihe der Großstädte vor. Im Laufe von Jahrzehnten hat die Gemeindeverwaltung durch die Fortschritte der Wissenschaft, Technik und Hygiene Einrichtungen geschaffen, welche von Fachleuten auf dem Gebiete der Kommunalverwaltung im In- und Auslande als mustergiltig und nachahmenswert bezeichnet werden.

Eine Hemmung dieser friedlichen Tätigkeit hat der Weltkrieg mit sich gebracht. Doch durch die glänzenden Siege unserer unvergleichlichen Armee und Marine werden wir, so Gott will, zu einem ehrenvollen Frieden gelangen und dann wird der Gemeinderat von Wien pflichtgemäß zur Lösung großer Fragen aufgerufen werden. Ich bin überzeugt, daß er sie auch lösen wird, weil der Wille dazu vorhanden ist. Nachdem Exzellenz die Vergangenheit gestreift hat, möchte ich einen Blick in die Zukunft werfen und meiner Meinung Ausdruck geben, daß der Technik bei der Lösung dieser großen Fragen eine bedeutende Rolle zufallen wird, durch Erbauung von Untergrund- und Schnellbahnen, durch die Förderung und Ausgestaltung des Donauverkehrs, durch die Erbauung von Schiffahrtskanälen

und Hafenanlagen, durch die Erweiterung des Warenverkehrs in Bezug auf den Lastentransport, und es darf sich wohl die Gemeinde Wien zur großen Ehre anrechnen, daß der jetzige Bürgermeister mit der Gemeindevertretung, reich an Erfahrungen auf dem Gebiete der Approvisionierung, durch die Errichtung der Kühlanlagen, die Ausgestaltung der Lagerhäuser und die Erbauung und Erwerbung neuer bahnbrechend gewirkt haben.

Ich kann also sagen, daß in so manchen Belangen der Großbetrieb an die Stelle des Kleinbetriebes getreten ist. So winkt nun der Gemeindevertretung von Wien eine verheißungsvolle Zukunft in unermüdlicher Arbeit und ich gebe einem Herzenswunsche Ausdruck, wenn ich sage, es mögen jene Männer, welche in der Gemeindestube über die Geschicke der Stadt entscheiden, stets sich die Wohlfahrt und die Ehre unserer Vaterstadt so vor Augen halten, wie es bis jetzt der Fall war. Ich glaube aber auch erklären zu können, daß die Bevölkerung Wiens in unwandelbarer Treue und Loyalität sich das goldene Wiener Herz und Gemüt trotz der großen Kriegsnöten erhalten hat. Dir, verehrter Freund aus dem XIX. Bezirke, danke ich herzlich für deine so ehrenden Worte. Ich versichere, ohne ungescheiden zu sein, daß ich stets bestrebt war, die Interessen meiner Wähler zu wahren, daß ich nie bewußt gegen ihr Interesse gehandelt habe.

Du hast von Angriffen gesprochen, denen ich ausgesetzt war, und da kann ich sagen, Du warst mir damals ein Freund in der Not, Deine Freundschaft war mir eine Stütze. Auch dafür danke ich Dir und solange uns beiden unser Herrgott das Leben schenkt, werden wir gemeinsam zum Wohle der Bevölkerung wirken. Lieber Freund Leitner, ich danke Dir und dem Bürgerklub für Deine freundlichen Worte. Es war nur möglich, in der Gemeindeverwaltung so hervorragendes zu leisten, weil hinter dem Bürgermeister, dem Präsidium und den städtischen Ämtern eine entschlossene Schar von Männern steht, welche Schulter an Schulter arbeiten, unbekümmert um alle Kritik, in dem Bewußtsein, das Beste zu wollen. (Beifall.)

Weiters danke ich dem Herrn Präsidenten der Bürgervereinigung und dem Vertreter des Landesverbandes für Fremdenverkehr für ihre mich ebenfalls überaus ehrenden Worte. Ich werde immer meine Pflicht als Bürger der deutschen Stadt Wien erfüllen." (Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Bürgermeister Dr. Weiskirchner beglückwünschte hierauf neuerlich den Ausgezeichneten und sagte, daß ihn der heutige Tag mit größter Befriedigung erfüllen könne, weil hier alle Stände, aber auch alle Parteien vertreten sind, um einen Mann der Arbeit zu ehren und einem deutschen Wiener Bürger ihre Huldigung und Glückwünsche darzubringen.

Sodann erfolgte die Beeidigung des Gem.-Rates Rykl, an welchen Bürgermeister Dr. Weiskirchner folgende Ansprache hielt:

"Der Gemeinderat hat Dir durch die Verleihung des Bürgerrechtes mit Nachsicht der Tagen seine Dankbarkeit für Dein langjähriges Wirken im öffentlichen Leben zum Ausdruck gebracht.

Im Jahre 1900 schon wurdest Du aus dem neu geschaffenen 4. Wahlkörper Deines Bezirkes in den Gemeinderat entsendet und seither bist Du in den verschiedensten Kommissionen verdienstlich tätig und hast Dein reiches Fachwissen jederzeit dem öffentlichen Wohle zur Verfügung gestellt. Ich danke Dir als

19. V. 1916

IV.  
57

# Willymanns Manuskript

Bürgermeister bei diesem Anlasse für Deine unentwegte Tätigkeit im Interesse des Gewerbestandes und der Allgemeinheit. Insbesondere müssen Dir wohl Deine unmittelbaren Fachgenossen dankbar sein, denn Du hast tatsächlich Dein ganzes Wissen und Können darauf gestellt, ihnen zu dienen, und das haben sie auch anerkannt, indem sie Dir wiederholt Vertrauensstellungen verliehen haben.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß Du im Rahmen des Gewerbegerichtes erfolgreich tätig warst. In großer Zeit, jetzt während des Krieges, bist Du ein unermüdlicher Mitarbeiter als verdienstvolles Mitglied der staatlichen Unterhalts-Kommission. Wir haben zu Beginn des Krieges mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt und erst im Laufe der Zeit war es möglich, durch die Interventionen der Gemeindeverwaltung, insbesondere aber durch Dein persönliches Eingreifen es dahin zu bringen, daß an Stelle der allzu strikten Auffassung des Gesetzes eine mildere Provis Platz gegriffen hat und auch jenen Frauen, welche einen kleinen Nebenerwerb haben, doch der Unterhaltsbeitrag zubemessen wurde.

Der Unterhaltsbeitrag war vielleicht im August 1914 ganz entsprechend. Aber wenn man die Preisbewegung aller Lebensmittel seither verfolgt, muß man wohl sagen, daß diese Unterhaltsbeiträge, so wohlthätig sie gewirkt haben, heute zu klein sind. Ich gebe bei diesem feierlichen Anlasse neuerlich der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung sich den Schritten der Gemeindevertretung nicht verschließen und daß es möglich sein wird, den Angehörigen der Eingerückten eine weitere Unterstützung zuteil werden zu lassen, denn sonst wäre es für Tausende Familien nicht möglich, in dieser schweren Zeit durchzuhalten. Du warst immer ein guter Deutscher, Du hast immer gestrebt, den deutschen Charakter Wiens zu wahren, Du bist immer treu zu Kaiser und Reich gewesen; Du wirst auch nach dem geschworenen Eid diese Grundsätze festhalten bis an dein Ende."

Nachdem Magistratsrat Formanek die Eidesformel verlesen hatte, nahm Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Beerdigung vor.

Ober-Kurator Steiner beglückwünschte hierauf den Ausgezeichneten namens des Bürgerklubs in herzlichen Worten, Bezirksvorsteher Kretschek namens der Bevölkerung des XVII. Bezirkes und Stadtrat Brauneiß als Präsident der Bürgervereinigung, worauf Gem.-Rat Nykl in bewegten Worten für die ihm zuteil gewordenen Ehrungen dankte.

Weiters überreichte Bürgermeister Dr. Weiskirchner dem Gem.-Rat Alfons Herold die ihm verliehene doppelt große goldene Salvator-Medaille. Er hielt dabei folgende Ansprache:

„Verehrter Herr Kollege!

Der Gemeinderat der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien hat einstimmig beschlossen, Ihnen die doppelt große goldene Salvator-Medaille zu verleihen. Die Begründung des Beschlusses liegt darin, daß Sie, Herr Kollege, seit 2. April 1891 mit kurzer Unterbrechung dem Gemeinderate angehören. Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen jetzt ein Geständnis machen: Herr Kollege Herold gehört zu den produktivsten meiner Kollegen im Gemeinderate. Eine Fülle von Anregungen ist von ihm ausgegangen, die nicht immer gleich realisiert wurden; aber mein verehrter Freund und Kollege hat mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit nicht locker gelassen, sondern immer wieder seine

vortrefflichen Ideen zur öffentlichen Diskussion gestellt. Und wenn ich mir erlaube, einige dieser Anregungen jetzt vorzubringen, so geschieht es in dem Bewußtsein, daß ich nur einen kleinen Bruchteil seiner Ideen hervorhebe. Besonders muß ich seiner hochverdienten Tätigkeit gedenken auf dem Gebiete der Approvisionierung und des Verkehrswezens, weil gerade die jetzige Zeit eine Reihe seiner Anregungen zur Reife und Realisierung brachte.

Wir müssen auch seinen Fleiß bewundern, denn er hat den langwierigen Verhandlungen über die Bauordnung, welche nur durch die Lahmlegung der Legislative noch nicht Gesetz wurde, bei jeder Sitzung beigewohnt und eine Fülle von Anregungen hiebei gegeben. Ich kann ihn auch als den Vater des städtischen Wirtschaftsamtbes bezeichnen, denn er war es, der bereits vor Jahren darauf hingewiesen hat, daß die Konzentrierung der verschiedenen Anschaffungen und Lieferungen der Gemeinde ein Vorteil für dieselbe sei, und er hat auch erreicht, daß dieses Wirtschaftsamt, ich glaube vor zwei Jahren, tatsächlich geschaffen wurde, wenn es auch noch einer Ausgestaltung bedarf. Mit Freuden denke ich auch daran, daß Kollege Herold bereits vor Jahren auf die Wichtigkeit der Knabenhorte hingewiesen hat. Mindestens unsere Zeit erscheint berufen, die Fürsorge für die heranwachsende Jugend nach den Ideen des Kollegen Herold in weitgehendem Maße zu betätigen. Ich bringe bei dieser festlichen Feier Ihnen den besten Dank des Bürgermeisters und der Gemeindevertretung zum Ausdruck und wünsche, daß Ihnen noch lange die physische und psychische Mäßigkeit verliehen sei, im Interesse der Stadt Wien zu wirken. Mögen Sie sich dieser schönen Auszeichnung noch recht lange erfreuen als Zeichen der Dankbarkeit der Stadt Wien und als Andenken an Ihre Tätigkeit, aber auch als Andenken an unsere Freundschaft und unseren Verkehr."

Namens des Bezirkes sprach Bezirksvorsteher kais. Rat Wiener die Glückwünsche aus, namens des Verbandes der bürgerlich-freieitlichen Parteien Gemeinderat Dr. Hein, welcher insbesondere die Tätigkeit des Ausgezeichneten um die Hebung des Fremdenverkehrs, um die Propagierung der Einfuhr des überseeischen Fleisches und verschiedener Fleischsurrogate hervorhob. Namentlich aber müsse betont werden, daß er an seiner freieitlichen Gesinnung stets festgehalten habe und bei Festhaltung dieser Gesinnung die Anerkennung der gesamten Bevölkerung gefunden hat.

Gem.-Rat Herold erwiderte:

„Hier in diesem schönen Saal, dessen Wände mit den Bildern der verstorbenen Bürgermeister geziert sind, haben sich im Laufe der Jahre viele ergreifende Szenen abgespielt, Szenen der Freude und des Schmerzes — Huldigungen, Ehrungen, Beratungen, einschneidende Beschlüsse — kurz ein Stück Wiener Leben hat sich hier abgespielt. Heute steht ein bescheidener Mann da, der Opposition angehörend, Mitglied der deutsch-freieitlichen Partei und wurde von Seiner Exzellenz in der lebenswürdigsten Weise geehrt und für sein 25jähriges Wirken mit einer der höchsten Anerkennungen der Stadt Wien ausgezeichnet. Tiefster Dank an Herrn Bürgermeister, die Herren Vize-Bürgermeister, sowie an alle Herren Stadt- und Gemeinderäte! Zwar habe ich sehr oft in den Redeschlachten von meinen Waffen, Kritik und Kontrolle, ausgiebigen Gebrauch gemacht, die Debatte gewürzt mit Satyre und mit Ironie, die aber nie

19. 10. 1916

V.  
48

*Olygammim Neufürst*

verlezt hatte, ja auch mit Humor und dessen temperamentvollen Bruder, dem Wig! Heute bin ich entwaffnet und nur ein Gefühl hat mich ergriffen, das der Rührung. Ob Vornehme streiten erkennt man aus der Wahl ihrer Mittel, sagt das Sprichwort. Opposition muß sein! (Bürgermeister: Aber nicht zu groß! — Heiterkeit.) Und wäre keine, so müßte sie eigens geschaffen werden. Opposition klärt! Opposition kann sehr viel nützen, wenn sie mit strenger Sachlichkeit kämpft und ebenso bekämpft wird und die Kontrolle nicht gehemmt wird, jeden Fall objektiv beurteilt und nicht einseitig den Parteistandpunkt allzusehr herauskehrt, so, wie es mir stets vorschwebte, das Wohl der Allgemeinheit im Auge zu behalten und die Interessen meines lieben Wien zu wahren. Stets galt mir nur die Sache. Aber diese kleine Lokalfestfeier birgt doch eine etwas tiefere Bedeutung in sich. Sie ebnet und bahnt den von mir so heiß ersehnten Weg zwischen Opposition und Majorität, den Weg der Verständigung, den auch der Herr Bürgermeister mit weitem, scharfem Blick erkannt und erfaßt hat; ich verweise nur auf die Obmänner-Konferenz, wofür man ihm nicht genug danken kann.

Die Verständigung ist der wichtigste Faktor im parlamentarischen Leben. Der Gemeinderat arbeitet und geht mit gutem Beispiel voran, gerade in dieser großen Zeit 1914 bis 1916, auf die die Nachkommen mit Bewunderung auf österreicherische Hingebung, Mut und Opfergeist blicken werden. Wenn auch im Gemeinderate unsere Anschauungen manchmal auseinandergehen, in einem sind wir uns immer eins: unser Wien zur begehrenswertesten Großstadt auszugestalten. Unser Wien mit seiner Stephanskirche! Ein heiliger Schauer erfaßt jeden Fremden beim Betreten seiner ehrwürdigen Hallen! Unsere alten Kulturbauten! Unsere herrliche Ringstraße mit dem Reichtum ihrer prachtvollen Paläste, unsere berühmten Kaffees und unsere der Neuzeit entsprechenden Hotels! Unser Musik-, Konzert- und Theaterwesen, das ich nicht unerwähnt lassen kann, unsere Burg und Oper mit ihrer großartigen Künstlerschar und ihren reichen Spielplänen, unser origineller Prater, unser bezauberndes Schönbrunn, unser Kobenzl, der Kahlenberg, der Wienerwald, unsere Wachau, der Semmering und Schneeberg! Welche Großstadt hat ähnliches aufzuweisen! Und wenn nach dieser schweren Zeit, in der abnorme Verhältnisse herrschen, die erwerbenden Stände wieder Arbeit und Verdienst und Ruhe finden werden, wenn der Friede kommt, dann wird Wien die glückliche Insel werden, an deren Ausgestaltung wir hier im Gemeinderat arbeiten. Ich bitte, mit mir einzustimmen in den Ruf: Heil Wien!“ (Lebhafte Heilrufe und Beifall.)

Bürgermeister Weiskirchner überreichte sodann nachstehenden Armenräten das Diplom für die mehr als zehnjährige Mandatsausübung:

Städtischer Ober-Bezirksarzt Dr. Josef Skultety aus dem II. Bezirke und Heinrich Weisigl, Nikolaus Bräxl, Johann Enhuber, Johann Feiler, Matthias Feitsinger, Leopold Fuchs, Eduard Gerl, Alois Hörmayer, Leopold Hollmann, Josef Horak, Matthias Judex, Anton Klemm, Vinzenz Lubenka, Rudolf Musil, Josef Rusbauer, Leopold Raps, Josef Schwarz, Karl Schönbauer, Josef Seichter, Hans Smital, Franz Sterl, Josef Stiasny, Josef Thoma, Josef Vogl, Gregor Wallner und Leopold Wieland aus dem XXI. Bezirke.

Der Bürgermeister führte hierbei aus: „Ich weiß aus eigener Erfahrung, da ich als Armenreferent einige Jahre in unmittelbarem Verkehre mit den Armeninstituten und den Armenräten gestanden bin, die Tätigkeit der verehrten Herren voll und ganz zu würdigen. In einer Zweimillionenstadt spielt sich das Armenwesen anders ab, als in einer kleinen Ortschaft. Es liegt im Wesen der Großstadt, daß leider Armut immer bestehen wird. Unsere Aufgabe ist nun, denjenigen, welche unverschuldet in Not geraten sind, zu helfen, aber ebenso denjenigen, welche eine Unterstützung erpressen und erzwingen wollen, den richtigen Weg zu weisen. Die Ausgaben für das Armenwesen sind in den letzten Dezennien riesenhaft gestiegen und es ist nun allgemeine Pflicht, darauf zu sehen, daß auch dem städtischen Budget die richtige Würdigung zuteil wird. Ich bitte Sie, wie Sie bisher in bewährter Weise tätig waren, auch ferner treue Mitarbeiter des Bürgermeisters zu sein und sich weiterhin von den Grundsätzen christlicher Nächstenliebe leiten zu lassen. Ich bitte Sie aber auch, bei Ihren Amtshandlungen daran zu denken, daß die Gelder, welche Sie an die Armen verteilen, von der Allgemeinheit aufgebracht werden müssen. Große Auslagen hat die Gemeinde in dieser Kriegszeit zu leisten. Sie werden ja bereits aus den Blättern entnommen haben, daß wir zu unserem größten Leidwesen gezwungen sind, eine Reihe von Zuschlägen zu erhöhen und neue Steuern einzuführen, die insbesondere auch dem Armenwesen zugute kommen sollen. Sie, die ich hier als Kriegsarmenräte der Gemeinde bezeichnen muß, müssen sich vor Augen halten, daß Sie berufen sind, in der schwersten Zeit, die über unser Vaterland und seine Hauptstadt gekommen ist, mit ruhigem Blick und sicherer Hand die Geschäfte weiter zu führen. Es darf keine Lücke entstehen in der Verwaltung unserer Stadt, wir alle müssen zusammenhalten und ich rechne zuversichtlich auf Ihre unbedingte Freundschaft zum Bürgermeister, auf Ihre Anhänglichkeit an die Stadt Wien, auf Ihre treue und gewissenhafte Pflichterfüllung. Nehmen Sie, meine Herren, meine herzlichsten Glückwünsche zu der Auszeichnung entgegen. Ich knüpfe daran die innige aber nachdrückliche Bitte, auch fernerhin im Amte zu bleiben und Ihr ganzes Wissen und Können in den Dienst der Stadtverwaltung zu stellen.“

Namens des Bezirkes Floridsdorf beglückwünschte Bezirksvorsteher Anton Anderer, namens des Bezirkes Leopoldstadt Stadtrat Eduard Wagner die Ausgezeichneten.

Nun folgte die Vereidigung nachstehender neu gewählter Armenräte:

Josef Hajek, VII. Bezirk; Ludwig Jungbauer, Raimund Steindl, Stephan Kriskofe, XII. Bezirk; Hugo Sikora, Anton Sedlak, XIII. Bezirk; Leopold Rejhel, Georg Frühmann, XIX. Bezirk; Anton Stowasser, Otto Reischl, Friedrich Rosinek, XX. Bezirk.

Vor der Eidesabnahme erinnerte der Bürgermeister die Armenräte an ihr schweres verantwortungsvolles Amt und sprach ihnen den Dank des Bürgermeisters und Gemeinderates aus, daß sie die Güte hatten, es zu übernehmen. „Ihre Aufgabe ist“, sagte er, „den würdigen Armen zu helfen und unverschämte Bettler, die durch Erpressung öffentlicher Gelder leben wollen, zurückzuweisen. Die Wiener Bürger haben den Ruf, daß sie immer bemüht sind, ihren notleidenden Brüdern und Schwestern zu helfen, und dasselbe erwarte ich auch von Ihnen. Andererseits bitte ich Sie, sich auch stets die wachsenden Ausgaben vor-

19. IV. 1916

56

# Obmänner-Konferenz.

## Bericht

über die 40. Sitzung der Obmänner-Konferenz vom  
8. März 1916.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Weiskirchner und Bize-  
Bürgermeister Hierhammer.

Anwesende: Die Bize-Bürgermeister Hof und Rain; die Gem.-  
Räte: Steiner, Schmid, Leitner, Dr.  
Schwarz-Hiller, Dr. Hein, Dr. v. Dorn,  
Reumann und Skaret; ferner: Magistrats-

Direktor Dr. Nüchtern, Ober-Magistratsrat  
Dr. August Mayer, Magistratsrat Dr. Feld  
und Buchhaltungs-Direktor Hillinger.

Schriftführer: Magistrats-Sekretär Böttger.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung,  
gibt nachstehende Nachweisung der eingegangenen Spenden  
und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 7. März 1916 be-  
kannt und teilt mit, daß er die Verständigung erhalten habe,  
daß von der Baumwoll-Zentrale ein Betrag von 100.000 K für  
die Zentralstelle in Aussicht gestellt wurde.

### Nachweisung

der eingegangenen Spenden und der hievon bestrittenen Ausgaben bis 7. März 1916.

E m p f a n g	B e t r a g		A u s g a b e	B e t r a g	
	K	h		K	h
<b>S p e n d e n :</b>					
Für allgemeine Zwecke:			Fortlaufende Unterstützungen . . . . .	1,734.154	19
a) von verschiedenen Parteien . . . . . <sup>1)</sup>	3,008.290	22	Einmalige Unterstützungen . . . . .	578.532	99
b) vom Kriegshilfsbureau . . . . .	875.000	—	Auspeisung . . . . .	4,758.453	84
Für Auspeisungszwecke:			Näh- und Strickstuben . . . . .	975.009	30
a) von verschiedenen Parteien . . . . . <sup>2)</sup>	1,176.814	52	Subventionen . . . . .	480.794	03
b) von Erz. Gräfin Wienert h . . . . . <sup>3)</sup>	2,643.591	04	Auslagen für Porto, Druckorten u. dgl. . . . .	22.819	28
Für allgemeine und Auspeisungszwecke durch Excellenz Frau Berta Weiskirchner als Vorsitzende der Frauen-Hilfsaktion	3,471.000	—	Noch nicht ersetzte Verläge . . . . .	32.549	29
Zinsen der Wertpapiere . . . . .	35.650	49	Vorschüsse an die Zentralstelle für Kriegs- flüchtlinge . . . . .	—	—
Ersatz für von den Nähstuben geleistete Arbeiten . . . . .	650.224	08			
Vom Staate noch nicht rückersetzte Vor- schüsse an die Flüchtlings-Zentralstelle .	—	—			
<b>Summa .</b>	<b>11,860.570</b>	<b>35</b>	<b>Summa .</b>	<b>8,582.312</b>	<b>92</b>
Ab die Ausgaben .	8,582.312	92			
Daher noch verfügbar .	3,278.257	43			

Anmerkung:  
An laufenden Unterstützungen für 3476  
Personen sind bewilligt  
pro Monat . . . . . 93.578 K — h

Wien, am 7. März 1916.

Männhalter m. p.,  
Rechnungs-Ober-Revident.

<sup>1)</sup> Darunter als Erlös für abgegebene 306.229 K 12 h nominale Wertpapiere 252.624 K 12 h  
<sup>2)</sup> " " " " " 5.800 " — " " " 4.425 " — "  
<sup>3)</sup> " " " " " 22.276 " — " " " 18.391 " 55 "  
**334.305 K 12 h** **275.440 K 67 h.**

19. IV. 1916

51

*Bürgermeister-Konferenz.*

Weiters teilt der Bürgermeister mit, daß er das Marktamt beauftragt hat, arme Leute, die beim Einkaufe von Lebensmitteln auf den Märkten leer ausgehen sollten, auf die Bezirks-Komitees aufmerksam zu machen; hiedurch werde allerdings die öffentliche Ausspeisung in der nächsten Zeit etwas mehr in Anspruch genommen werden.

Gem.-Rat Neumann richtet an den Herrn Bürgermeister die Anfrage, welchen Erfolg seine Intervention bei der Regierung bezüglich der Erhöhung der Unterhaltsbeiträge gehabt habe.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß bis jetzt noch nichts geschehen sei, doch habe er Ober-Magistratsrat Dr. Dont beauftragt, ein bezügliches Elaborat auszuarbeiten und er werde veranlassen, daß dieses der Obmänner-Konferenz in der nächsten Sitzung vorgelegt werde.

Weiters gibt der Bürgermeister die nachstehende Tabelle über den Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 7. März 1916, sowie die nachstehende Zusammenstellung über die Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete und eine Zusammenstellung des Marktammtes über die Anzahl der infolge des Krieges gesperrten Gewerbebetriebe, ferner den Ausweis über die Schlachtviehaustritte auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx am 28. Februar und 6. März 1916 bekannt. Schließlich bringt der Bürgermeister den nachstehenden Sanitätsbericht über die Zeit vom 3. bis 7. März 1916 zur Verlesung.

**Stand der Anmeldungen für den Unterhaltsbeitrag am 7. März 1916.**

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der			In Behandlung sind noch	Anmerkung	
		Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatores	Zentralstelle im Neuen Rathaus		a. a.	giro.
I.	1459	1260	—	4	35	160	—
II.	20336	18321	110	106	493	1306	—
III.	16078	15009	325	162	147	435	—

Bezirk	Zahl der eingelangten Anmeldungen	Davon wurden vorgelegt der			In Behandlung sind noch	Anmerkung	
		Unterhalts-Kommission in Wien	Unterhalts-Kommission d. Heimatores	Zentralstelle im Neuen Rathaus		a. a.	giro.
IV.	3774	3318	99	18	119	104	116
V.	13892	13291	25	20	195	287	—
VI.	5128	5092	—	—	36	—	—
VII.	5621	5302	—	76	72	171	—
VIII.	4647	3792	45	10	62	605	133
IX.	9041	8521	—	—	113	407	—
X.	22102	21548	11	234	82	49	178
XI.	5759	5470	—	26	111	152	—
XII.	15032	14415	—	74	272	—	271
XIII.	16768	15206	—	506	130	926	—
XIV.	15420	14646	—	122	31	621	—
XV.	8069	7498	—	53	98	420	—
XVI.	30700	29650	104	366	135	445	—
XVII.	16394	15917	101	44	59	202	71
XVIII.	7406	7241	4	30	29	102	—
XIX.	5638	5319	52	45	106	116	—
XX.	19620	18700	108	256	286	270	—
XXI.	9363	8862	71	166	150	114	—
Summe	252247					6892 + 769	
ab	7661	238378	1055	2392	2761	7661.	
	244586						

**Kleinhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete. I. bis XXI. Bezirk.**

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Preise in Schellern						
			Woche vom 28. Februar bis 6. März 1915		25. Juli 1914		Woche vom 27. Februar bis 4. März 1916		
			von	bis	von	bis	von	bis	
Rindfleisch mit Zubeh.	inländisches	vorderes	1 kg	200	260	160	220	480	640
			"	—	—	—	—	—	470
	ausländisches	hinteres	"	220	300	180	260	490	680
			"	—	—	—	—	520	540

19. IV. 1916

52

*Preisveränderung*

Artikel	Nähere Bezeichnung	Menge	Woche vom 28. Februar bis 6. März 1915		25. Juli 1914		Woche vom 27. Februar bis 4. März 1916		
			Preise in Schellern						
			von	bis	von	bis	von	bis	
Schweinefleisch	abgezogenes	"	260	400	160	280	530	740	
	junges	"	280	400	160	280	520	740	
Pferdefleisch	vorderes	"	100	140	88	112	280	380	
	hinteres	"	120	160	96	120	320	420	
Kartoffel	runde	"	14	20	20	26	—	16	
Zwiebel		"	48	72	32	40	60	92	
Zucker		"	86	96	80	92	102	104	
Weizenmehl	Baadmehl	Auszugmehl	"	80	100	42	48	—	120
	Kochmehl	Mundmehl	"	72	88	40	44	67	99
Brot aus der vorgeschriebenen Mehlmischung	weißgemischt	1 kg	47.7	63.1	27.8	42.7	50	57.2	
	schwarzgemischt	"			25.5	39.7			
Sauertraut	ausländisch	"	32	40	—	—	62	66	
	inländisch	"					48	52	
Fisolen		"	80	112	36	40	100	140	
Erbsen	ganz	"	88	130	32	48	—	200	
	gespalten	"	114	160	48	64	180	240	
Reis		"	100	120	42	82	280	380	
Schweineschmalz		"	360	420	176	200	680	690	
Speck geräuchert	ohne Paprika	"	300	430	154	200	670	740	
Butter	inländische	See-	400	480	320	400	680	824	
		Koch-	"	"	"	"	848	900	
	ausländische	"	320	360	220	300	600	680	
Margarine		"	240	360	160	200	680	720	
Eier	frische	1 Stück	12	20	7	10	14	16	
	konservierte	"	—	—	—	—	12	15	
Milch im Ausschank	Voll-	1 l	30	36	26	32	40	50	
	Mager-	"	20	28	20	26	—	—	
Petroleum		"	70	84	26	36	43	48	
Kohle	Stein-	50 kg	220	250	186	204	268	300	
	Braun-	"	119	210	107	119	162	240	

*Preismuster - Konfirmierung*

**Einzelhandelspreise wichtiger Lebensmittel und Approvisionierungsartikel im Wiener Gemeindegebiete.**  
(Erhebungstag 8. März 1916.)

Artikel	Nähere Bezeichnung		Einheit	Preise in Schellern	
				von	bis
Rindfleisch mit Zuwage	vorderes	inländisches	1 kg	500	640
		ausländisches	"	520	570
	hinteres	inländisches	"	510	700
		ausländisches	"	570	630
Schweinefleisch	junges		"	520	740
	abgezogenes		"	550	740
Pferdefleisch	vorderes		"	280	380
	hinteres		"	320	420
Kartoffel	rund		"		16
Zwiebel			"	60	92
Kohl			1 Stück	7	24
Kohlrüben			"	7	18
Kraut	= Salat		1 kg	46	50
	Sauer-	inländisches	"	48	52
		ausländisches	"	62	66
Saure Rüben			"	38	40
Weizenbackmehl			"		120
Weizenkochmehl	Nr. I		"		99
	Nr. II		"		67
Brot	aus der vorgeschriebenen Mehlmischung		"	50	57.5
Fisolen			"	100	140
Erbsen	ganz		"		
	gespalten		"		
Reis			"	280	380
Zucker			"	102	104
Schweinschmalz			"	680	690
Speck, geräucherter			"	670	740
Butter	Teer-	inländischer	"	700	824
		ausländischer	"	864	920
	Koch-		"	660	720
Margarine			"	680	720
Eier	frische		1 Stück	12	16
	konservierte		"		
Petroleum			1 l	44	48

19. IV. 1916

V.  
526

# Österreichische Sanftmutter

Artikel	Nähere Bezeichnung	Einheit	Preise in Hellern	
			von	bis
Kohle	Stein-	50 kg	268	300
	Braun-	"	162	240

Gewerbe	Stand vor dem Kriege		Hier von haben		Stand am 8. März 1916	
	einzel	zusammen	den Betrieb gesperrt	den Verschleiß beibehalten	einzel	zusammen
Bäcker	—	688	64	6	—	624
Fleischhauer	1244	1.675	386	—	858	1.142
Fleisch-Verschleißer	431		147	—	284	
Fleischselcher	590	1.150	98	—	492	910
Selchwaren-Verschleißer	560	213	142	—	418	108
Pferdefleischhauer	40		13	—	27	
Pferdefleisch-Verschleißer	173	92	—	81		
Milchmeier	367	637	130	—	237	499
Landwirtschaftliche Milchbetriebe	270		16 gesperrt 8 neue	—	262	
Anzahl der Milchkuhe	Stück:	8.318	—		Stück:	5.105
Tagesmilchmenge	Liter:	81.183	—		Liter:	37.940
Gastwirte		3.673	180	—		3.493

Milchpreise bei den	Molkereien		Milchmeiern		Milch-Verschleißern	
	von	bis	von	bis	von	bis
Für 1 l in Hellern						
Vollmilch in Flaschen						
Vollmilch im Ausschank	40					
Magermilch						

**Ausweis über die Schlachtviehaustritte auf dem Zentral-Viehmarkte St. Marx vom 28. Februar bis 6. März 1916.**

Schlachtviehaustritt am 28. Februar: 1364 Stück Mastvieh, 782 Stück Weinvieh, zusammen 2146 Stück.

Darunter befanden sich: 458 Stück Ochsen, 617 Stück Stiere, 1071 Stück Kühe, — Stück Büffel, zusammen 2146 Stück.

Schlachtviehaustritt am 6. März: 1534 Stück Mastvieh, 859 Stück Weinvieh, zusammen 2393 Stück.

Darunter befanden sich: 453 Stück Ochsen, 626 Stück Stiere, 1314 Stück Kühe, — Stück Büffel, zusammen 2393 Stück.

**Bericht über die Gesundheitsverhältnisse der Zivilbevölkerung Wiens in der Zeit vom 3. bis 7. März 1916.**

In der achten Jahreswoche hat die Sterblichkeit eine weitere Erhöhung erfahren. Die Sterbeziffer betrug auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden und der Personen unbekanntes Wohnortes 18.3 gegen 17.6 in der Vorwoche und 15.7 in der gleichen Woche des Vorjahres. Der Anstieg gegen das Vorjahr ist hauptsächlich durch die starke Vermehrung der Todesfälle nach Lungentuberkulose und an entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane hervorgerufen worden.

An Blattern sind in der Berichtszeit 6 Personen erkrankt, darunter 2 im Baradenhospital Isolierte; außerdem erkrankten 2 Soldaten am Blattern.

19. V. 1916

11.  
55

*Präsidium Konferenz*

An Flecktyphus erkrankte keine Zivilperson, dagegen 1 aus Belgrad beurlaubter Soldat.

An Ruhr ist niemand erkrankt, der Bauchtyphus kommt nur in vereinzelt Fällen vor, der Scharlach und die Diphtherie haben normale Ziffern erreicht.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß ihm vom Bürgereschullehrer Lang ein Zirkular in Angelegenheit der Kriegszulage zugekommen sei, in welchem einige Bemerkungen enthalten seien, die er richtigstellen müsse.

Der Punkt 1 lautet:

„Zur Deckung der Wiener Lehrergehaltsregulierung sind nicht — wie Seine Exzellenz der Herr Bürgermeister nach den Berichten der Wiener Tagesblätter sagte — 10 bis 12 Millionen Kronen, sondern nur 3 1/3 Millionen erforderlich. Diese Summe gibt die Wiener Buchhaltung an, die gewiß sehr vorsichtig rechnet.“

Demgegenüber müsse er konstatieren, daß er in der Obmänner-Konferenz vom 14. Februar 1916 gelegentlich der Anfrage des Gem.-Rates Skaret über die Sanktionierung des Lehrergehaltsregulierungsgesetzes erwidert habe, daß die Kosten der Teuerungszulage, wenn die Gemeinde das Beispiel des Staates nachahme, für die Beamten und Lehrer sowie die sonstigen Angestellten der Stadt Wien jährlich 10 bis 12 Millionen Kronen betragen. Die Höhe des Betrages habe sich daher nicht allein auf die Lehrer, sondern auf sämtliche Angestellte der Gemeinde Wien bezogen.

Punkt 2 des Zirkulares lautet:

„Während hat an Überweisungen auf Grund des kleinen Finanzplanes für das Jahr 1914 rund 6,300.000 K und für das Jahr 1915 an Vorschüssen auf die Überweisungen rund 4,700.000 K erhalten. Vorschüsse deshalb, weil die genaue Abrechnung erst jetzt erfolgt. Da nun während nach den drei gesetzlichen Verteilungsschlüsseln rund 13,8 Prozent und Niederösterreich 11,5 Prozent der Überweisungssumme erhalten, so muß Niederösterreich für 1914 rund 5,200.000 K an Überweisungen bekommen haben und hätte für 1915 rund 3,800.000 K an Vorschüssen erhalten können. Die Zahlen für während stammen aus authentischer Quelle, die uns versichert hat, daß die wirkliche Überweisungssumme die Vorschüsse um 1 bis 2 Millionen Kronen übertreffen wird. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei diesen Zahlen das Ergebnis der Branntweinsteuererhöhung vom November 1915, das ausschließlich den Ländern zugewiesen wird, nicht in Rechnung gezogen erscheint. Es ist demnach ausgeschlossen, daß aus den Überweisungen nichts einkomme, wie der Herr Bürgermeister sagte.“

Gegenüber dieser Behauptung müsse er konstatieren, daß er niemals gesagt habe, daß aus den Überweisungen überhaupt nichts einginge, sondern daß die Überweisungen weniger wie im Jahre 1913 betragen. Der Anteil der Gemeinde aus den Überweisungen betrug im Jahre 1913:

Realsteuern . . . . .	4,290,925 K 96 h
Branntweinsteuer . . . . .	1,196,403 K 96 h

5,487,329 K 92 h,

im Jahre 1914:

Realsteuern . . . . .	4,702,133 K 93 h
Branntweinsteuer . . . . .	1,557,463 K — h

6,259,596 K 93 h

und im Jahre 1915:

Realsteuern . . . . .	3,944,840 K — h
Branntweinsteuer . . . . .	1,123,797 K — h

(Dient zur Kenntnis.) 5,068,637 K — h

Bürgermeister Dr. Weiskirchner gibt hierauf den folgenden, in der Nummer 65 des „Fremden-Blattes“ vom 5. März 1916 enthaltenen Artikel zur Verlesung:

Die Brot- und Mehlnot in Wien.

Seit einigen Tagen herrscht in den hiesigen Brot- und Mehlläden vielfach Mangel an Brot und Mehl, obwohl es Tatsache ist, daß reichliche Mehlvorräte vorhanden sind. Da klafft also ein so unglaublicher Widerspruch, daß nur eine, allerdings sehr beruhigende Erklärung möglich ist, das zeitweilige Versagen des Verteilungsapparates. Nicht an Mehl fehlt es also, sondern an Verständnis für den bei der Mehlgabe einzuhaltenen Vorgang. Wir können denn auch die beruhigende Mitteilung machen, daß die Gemeinde Wien über einen durchaus genügenden Mehlvorrat verfügt.

Wenn trotzdem mit der Abgabe zurückgehalten wird, so läßt sich das wohl nur daraus erklären, daß gewisse Organe in der im übrigen gewiß gebotenen Vorsicht allzuweit gehen. Sie vergessen dabei, daß der Gesamtvorrat an Getreide und Mehl unzweifelhaft vollausreicht, ganz abgesehen davon, daß ja für späterhin mit der Ausbeute auch der rumänischen Lieferungen zu rechnen ist, über deren Lieferung und über deren befriedigend rasche Zuführung schon amtlich berichtet worden ist.

Der legitime Tagesbedarf Wiens ist jetzt etwa 40 Waggons und für diesen Bedarf ist auf entsprechend lange Zeit durchaus genügend Vorrat vorhanden. Umso mehr darf man fordern, daß die in der Methode der Mehlgabe herrschenden Mängel von maßgebender Seite schleunigst behoben werden.

Am selben Tage habe er vom Statthalter einen Erlaß zugestellt bekommen, in dem es heißt, daß er mit Rücksicht darauf, daß die rumänischen Importe sehr gering seien, gezwungen sei, der Gemeinde wöchentlich 40 Waggons Mehl wegzunehmen und sie der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt zuzuweisen. Am nächsten Tage habe er beim Statthalter vorgesprochen und erklärt, daß sich die Gemeinde eine solche Behandlung nicht gefallen lassen könne. Er habe dem Statthalter erklärt, daß er den Autor des Artikels im „Fremden-Blatt“ nicht kenne, doch sei die Publikation eines solchen mit den Tatsachen im direkten Widerspruch stehenden Artikels eine unqualifizierbare Handlungsweise. Über die Konferenz mit dem Statthalter sei eine Notiz durch die Rathaus-Korrespondenz hinausgegeben worden, die folgenden Inhalt hat:

„Das Gemeinderats-Präsidium der Stadt Wien hat heute unter der Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner beim Statthalter Freiherr v. Bieleben vorgesprochen, um gegenüber dem in der Sonntagsnummer des „Fremden-Blattes“ unter der Aufschrift „Die Brot- und Mehlnot in Wien“ enthaltenen Artikel von der k. k. Regierung die Richtigstellung der in diesem Artikel enthaltenen Unwahrheiten und entsprechende Genugtuung wegen der schwerwiegenden und ungerechten Vorwürfe zu fordern, welche der Gemeindeverwaltung in dem Artikel gemacht werden.“

Diese Notiz wurde jedoch von der Zensur nicht freigegeben. Die Intervention beim Statthalter habe den Erfolg gehabt, daß

19. IV. 1916

# Rumänische Konfession

in der Nummer 67 des „Fremden-Blattes“ vom 7. März 1916 folgende Notiz erschien:

## „Die Brot- und Mehlerverorgung.“

Wir werden von kompetenter Seite zur Mitteilung veranlaßt, daß die in unserem Morgenblatte vom 5. März veröffentlichte Notiz über die Approvisionnement Wiens weder von der Regierung noch von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt uns zugekommen ist, und daß die daran geknüpften Schlußfolgerungen über ein Säumnis der in Betracht kommenden Organe bei Verteilung der, wir betont werden muß, zureichenden Mehlvorräte durchaus unzutreffend sind, diese Organe vielmehr voll und ganz ihre Pflicht im Rahmen ihres Wirkungskreises erfüllen.“

Er hoffe, daß auch andere Wiener Blätter, die den ersten Artikel des „Fremden-Blattes“ zum Abdruck brachten, so loyal sein werden, auch diesen zweiten Artikel abzudrucken.

Aus dem Geschilderten könne deutlich ersehen werden, mit welchen Schwierigkeiten die Gemeinde zu kämpfen habe und daß von gewisser Seite immer und immer wieder der Versuch gemacht werde, die Gemeinde als Sündenbock für die Fehler anderer hinzustellen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt weiters mit, daß in den letzten Tagen 200 Waggons rumänischen Weizens auf vier Schleppern in Wien angekommen seien, welche die Gemeinde vor mehr als einem Jahre in Rumänien gekauft habe.

Weiters bemerkt Bürgermeister Dr. Weiskirchner, daß der Kartoffelbericht des Magistratsrates Dr. Ehrenberg aus der letzten Sitzung der Obmänner-Konferenz, der durch die Rathaus-Korrespondenz an die Tagesblätter hätte versendet werden sollen, in seiner Gänze konfisziert wurde. Die Gemeindeverwaltung dürfe also nicht einmal der Bevölkerung mitteilen, in welcher Weise sie für dieselbe vorgesorgt habe. Es sei an der Zeit, daß alle Parteien des Gemeinderates gegenüber solchen Maßnahmen zusammenhalten. Auf den Märkten werde es bereits immer unruhiger; heute seien drei Waggons Kartoffel angekommen. Eine Dotierung aller Märkte sei daher unmöglich. Die Gemischtwaren-Verfleißer bekommen schon lange keine Kartoffeln mehr und in einer solchen Situation dürfe die Gemeinde nicht einmal sagen, welche Vorsorgen sie getroffen habe.

Gem.-Rat Dr. v. Dorn stellt an den Bürgermeister die Anfrage, was an dem Gerüchte Wahres sei, daß in den Lagerhäusern Mehlvorräte der Gemeinde Wien verdorben seien.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß von den Mehlvorräten der Gemeinde Wien niemals auch nur 1 dkg verdorben sei und ersucht die Mitglieder, solchen Gerüchten sofort mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner referiert über die Begebung von Kassenscheinen im Gesamtnennbetrage von 100 Millionen Kronen und führt aus:

„Am 15. Mai 1916 werden bekanntlich die Mark-Kassenscheine, welche die Gemeinde im November 1913 begeben hat, einzulösen sein. Daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen diese Einlösung nicht gut anders als im Wege einer neuen Markanleihe wird erfolgen können, bedarf wohl keiner näheren Be-

gründung. Die Verhandlungen hierüber sind eingeleitet und werden nach Durchführung der anhängigen vierten Kriegsanleihe voraussichtlich Erfolg haben.

Inzwischen handelt es sich darum, auch den weiteren Bedarf der Gemeinde Wien an Anlehensgeldern sicherzustellen. Die Anlehensbestände sind zwar derzeit noch nicht erschöpft, sie betragen noch rund 18 Millionen Kronen, nach dem Hauptvoranschlage 1915/16 werden sie aber in diesem Verwaltungsjahre zu Ende gehen. Die Gemeinde Wien kann jedoch ihre Investitionen auch während des Krieges nicht vollständig einstellen, umso weniger, als der Krieg selbst manche Auslagen, die programmgemäß aus Anlehensgeldern zu bestreiten sind, dringend notwendig macht. Nach Beendigung des Krieges wird aber vieles, das jetzt notgedrungen zurückgestellt wurde, umso dringlicher zur Ausführung gelangen müssen. Hierzu kommt noch, daß bei Fortdauer des Krieges sich die Notwendigkeit ergeben kann, Erfordernisse, die an sich aus den eigenen Einnahmen der Gemeinde zu decken wären, vorläufig gegen seinerzeitigen Rückerlass aus den eigenen Geldern durch Anlehensgelder zu decken. Nicht unberücksichtigt darf ferner bleiben, daß nach Friedensschluß wahrscheinlich der Geldmarkt durch öffentlichen und privaten Geldbedarf sehr stark in Anspruch genommen werden wird und daß es daher ein Gebot der Vorsicht ist, so bald als möglich für den Anlehensbedarf der Gemeinde Wien in den nächsten Jahren vorzusorgen.

Über die Art dieser Vorsorge dürfte eine Meinungsverschiedenheit kaum bestehen. Eine Begebung langfristiger Anleihen ist bei der gegenwärtigen Gestaltung der Verhältnisse des Geldmarktes von vornherein ausgeschlossen; ebenso eine Kontokorrentschuld in dem für die Gemeinde Wien erforderlichen Ausmaße, da keine Bank eine derartige Verpflichtung unter annehmbaren Bedingungen einzugehen in der Lage ist. Es bleibt somit nur die Möglichkeit der Begebung eines kurzfristigen Anlehens durch Teilschuldverschreibungen. Die gesetzliche Berechtigung dazu ist der Gemeinde Wien gegeben. Mit dem Gesetze vom 12. Juni 1908, L.-G.- und B.-Bl. Nr. 103, ist die Gemeinde ermächtigt worden, für bestimmte Zwecke ein höchstens 4prozentiges, in längstens 90 Jahren zu tilgendes Anlehen von 360 Millionen Kronen aufzunehmen. Auf Grund dieser Ermächtigung sind bisher Obligationen im Gesamtbetrage von 200 Millionen Kronen ausgegeben worden. Als sich die Geldverhältnisse später schwieriger gestalteten, wurde im Jahre 1913 die Gemeinde Wien gesetzlich ermächtigt, die Verzinsung auf 4½ Prozent zu erhöhen (L.-G. vom 15. Juli 1913, L.-G.-Bl. Nr. 107) und nach Bedarf im Rahmen und auf Rechnung jener Anlehensbewilligung auch schwebende Schulden nötigenfalls in fremder Währung aufzunehmen (L.-G. vom 9. November 1913, L.-G.-Bl. Nr. 143). Auf Grund dieser Gesetze wurde im Jahre 1913 die 4½prozentige Kassenscheinanleihe von 60 Millionen Mark aufgenommen. Mit dem Gesetze vom 18. Juli 1914, L.-G.- und B.-Bl. Nr. 97, wurde der Gemeinde Wien, da die Zweckwidmungen des Gesetzes vom Jahre 1908 zum Teile bereits erschöpft und weitere Anlehensbedürfnisse vorhanden waren, die Ermächtigung erteilt, für bestimmte Zwecke einen weiteren Betrag von 375 Millionen Kronen im Wege einer Kreditoperation zu beschaffen. In diesem Gesetze ist also der Gemeinde Wien bereits mit Rücksicht auf die voraussichtliche Unsicherheit der Verhältnisse weder ein fester Zinsfuß noch eine bestimmte Art und Frist

19. IV. 1916

VIII

57

# Präminien Konferenz

der Rückzahlung vorgeschrieben. Durch dieses Gesetz ist der Gemeinde Wien derzeit die gesetzliche Möglichkeit geboten, bei einer Darlehensaufnahme den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Außerdem ist für die auf Grund dieser Anlehensermächtigung auszugebenden Teilschuldverschreibungen durch die kaiserliche Verordnung vom 2. September 1914, R.-G.-Bl. Nr. 243, die Mündelsicherheit und durch den Erlaß des k. k. Finanzministeriums vom 24. September 1914, Z. 70479, eine der Zweckbestimmung des Anlehens entsprechende Gebührens-vorschreibung zugestanden worden.

Durch die vorbezeichneten gesetzlichen Anordnungen und administrativen Verfügungen ist nun die Gemeinde Wien in die Lage versetzt, zu einem vorliegenden Anlehensanbote Stellung zu nehmen. Dasselbe Konsortium der Wiener Banken, welches das Markanlehen der Gemeinde vom Jahre 1913 bewerkstelligt hat, erbietet sich nunmehr unter den im nachstehenden Protokolle ersichtlichen Bedingungen, der Gemeinde Wien eine Kassenscheinanleihe von 100 Millionen Kronen in Kronenwährung zu gewähren. Die Bedingungen erscheinen unter den gegenwärtigen Verhältnissen als annehmbar und er glaube nicht, daß in absehbarer Zeit bessere erzielt werden können. Er beantrage daher die Annahme dieses Angebotes.

Er müsse aber noch einen zweiten Antrag stellen. Es sei nämlich, soweit er die Sachlage beurteilen könne, nicht ausgeschlossen, daß in der Frage der Prolongation der Markanleihe vom Jahre 1913 eine Entscheidung unverzüglich getroffen werden müsse. Für diesen Fall möchte er vom Gemeinderate die Genehmigung erbitten, sofort abzuschließen; daß er sich bemühen werde, die günstigsten Bedingungen zu erlangen, sei selbstverständlich.

Er beabsichtige daher, dem Gemeinderate folgende Anträge vorzulegen:

1. Das in dem vorliegenden Protokolle vom 6. März 1916 gestellte Anbot auf Übernahme von Kassenscheinen im Gesamtnominalbetrage von 100 Millionen Kronen wird angenommen.

2. Der Bürgermeister wird ermächtigt, über die Prolongation der 60 Millionen Markanleihe vom Jahre 1913 nötigenfalls selbst zu möglichst günstigen Bedingungen abzuschließen und hierüber ehestens an den Gemeinderat zu berichten.

## Protokoll

vom 6. März 1916

aufgenommen in der Magistrats-Direktion in Wien, I., Rathaus.

Gegenwärtig: Die Gefertigten.

Im Namen der folgenden Wiener Großbanken: Anglo-österreichische Bank, Wiener Bankverein, k. k. privilegierte allgemeine österreichische Bodenkreditanstalt, k. k. priv. österreichische Kreditanstalt für Handel und Gewerbe, k. k. privilegierte österreichische Länderbank, Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft, Unionbank, stellt die k. k. privilegierte österreichische Länderbank, vertreten durch Herrn General-Direktor Ludwig August Lohstein (laut beiliegender Original-Vollmacht vom 6. März 1916), der Gemeinde Wien den Antrag, folgendes

## Übereinkommen

abzuschließen.

§ 1.

Die Banken übernehmen von der Gemeinde Wien auf Grund des Gesetzes vom 18. Juli 1914, L.-G.- u. V.-Bl. Nr. 97,

auszugebende Kassenscheine im Gesamt-Nominalbetrage von 100 (Hundert) Millionen Kronen, welche ausschließlich in der mit dem Gesetze vom 2. August 1892, R.-G.-Bl. Nr. 126, festgestellten Kronenwährung auszustellen, mit jährlich 5 1/2 Prozent in halbjährigen, am 15. März und 15. September jedes Jahres im nachhinein fälligen Raten zu verzinsen und am 15. März 1921 mit dem Nominalbetrage einzulösen sind.

Der Gemeinde Wien bleibt jedoch das Recht vorbehalten, sämtliche Kassenscheine auch vorzeitig an einem der Verzinsungstermine gegen vorherige, mindestens dreimonatige Kündigung mit dem Nominalbetrage einzulösen. Die Kündigung wird in diesem Falle im Amtsblatte der Stadt Wien, in der „Wiener Zeitung“ und in weiteren, von den Banken zu bezeichnenden Zeitungen verlautbart.

§ 2.

Die Kassenscheine sind in der von den Banken angegebenen Stückelung, auf den Überbringer lautend, vom 15. März 1916 datiert und mit 10 Halbjahrskupons zur Zinsenbehebung versehen, in der mit den Banken zu vereinbarenden Legierung ehestens zu liefern.

§ 3.

Die Kapitalrückzahlung erfolgt gegen Einziehung der Kassenscheine — bei vorzeitiger Einlösung unter Abrechnung des Betrages der etwa fehlenden noch nicht fälligen Kupons — die Zinsenzahlung gegen Einziehung der Kupons bei der Wiener städtischen Hauptkassa und bei den von den Banken namhaft zu machenden sonstigen Zahlstellen frei von jedem Abzuge und jeder gegenwärtigen oder zukünftigen österreichischen Steuer; alle solche Steuern, insbesondere die Rentensteuer, trägt die Gemeinde Wien.

§ 4.

Die Banken übernehmen die Kassenscheine zu dem Kurse von 94 1/2 Prozent; sollte jedoch der Emissionskurs mit mehr als 96 1/2 Prozent angelegt werden, so erhöht sich der Übernahmekurs um die Hälfte des Mehraufsatzes.

§ 5.

Der Gegenwert der Kassenscheine wird der Gemeinde Wien ab 15. März 1916 gutgeschrieben und mit 4 Prozent verzinst. Die Gemeinde Wien wird 20 Millionen Kronen im Juni 1916, 30 Millionen Kronen im Oktober 1916 und den Rest zu Beginn des Jahres 1917, aber nicht im Monate Jänner, abheben.

§ 6.

Die Gemeinde Wien wird unter Vorbehalt des Erfordernisses für die Einlösungen bei der Wiener städtischen Hauptkassa die zur Einlösung der fälligen Kupons und Kassenscheine erforderlichen Beträge jeweilig drei Werktage vor dem Fälligkeitstermine zur Verfügung stellen. Auf die Beträge der nicht von der Wiener städtischen Hauptkassa eingelösten Kupons und Kassenscheine vergütet die Gemeinde Wien 1 pro Mille Provision.

§ 7.

Die Gemeinde Wien wird um die Zulassung der Kassenscheine zum Handel an der Wiener Börse unter Beibringung der erforderlichen Behelfe ansuchen und die hieraus erwachsenden Kosten tragen.

19. IV. 1916

58

*Bürgermeister Konfirmierung*

Ebenso wird die Gemeinde Wien auch die anlässlich der Begebung der Kassenscheine zu entrichtenden Stempel- und unmittelbaren Gebühren auf sich nehmen.

§ 8.

Die Berechnung bezüglich dieses Anlehens wird von der Gemeinde Wien nur mit der Kaiserl. königl. privilegierten Österreichischen Länderbank gepflogen.

Mit diesem Anbote bleiben die Banken bis einschließlich 15. März dieses Jahres im Werte.

Die Vertreter der Gemeinde Wien werden über das Anbot die Beschlussfassung des Wiener Gemeinderates einholen.

Für die Kaiserl. königl. priv. Österreichische Länderbank:

Ludwig August Lohnstein.

Für die Gemeinde Wien:

Gustav Hillinger,  
Direktor der Stadtbuchhaltung.

Dr. August Mahr,  
Ober-Magistratsrat.

Dr. Theodor Held,  
Magistratsrat."

Gem.-Rat Skaret führt aus, daß ihn, so sehr er überzeugt sei, daß die Gemeinde nach dem Kriege eine Reihe dringender Arbeiten durchführen müsse und Geld brauchen werde, die Aufnahme von 100 Millionen Kronen beängstige. Die Rückzahlung der Markanleihe würde gegenwärtig ein Anlehen von zirka 85 Millionen Kronen erfordern. Die Rückzahlung der 60 Millionen Mark solle nun auf zwei Jahre prolongiert werden. Nach drei weiteren Jahren sei dann wieder die Einlösung der neuen Anleihe von 100 Millionen Kronen fällig. Er fürchte, daß die Gemeinde bei so kurzen Fristen in schwierige Situationen kommen werde, da nicht abzusehen sei, ob man in der weiteren Zeit höhere Anlehen zur Rückzahlung dieser Anleihe wird aufnehmen können. Weiters fehle ihm die Angabe eines Programmes, was mit diesen 100 Millionen Kronen zu geschehen habe.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß das Programm seinerzeit bei Aufnahme des 375 Millionen-Anlehens festgelegt worden sei.

Gem.-Rat Skaret erklärt, seinem größten Bedenken und seiner Besorgnis Ausdruck geben zu müssen, in welcher Situation in fünf Jahren die Gemeinde stehen werde, zu einer Zeit, wo die Geldbeschaffung sehr schwierig sein werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß die deutschen Städte, denen die Regierung die Aufnahme von Anleihen verboten habe, gezwungen seien, Wechselschulden zu machen. Es sei gewiß zu hoffen, daß die Umwandlung der Kassenscheine in eine fundierte Schuld in absehbarer Zeit möglich sei.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, er müsse sich seine Stellungnahme vorbehalten, da er erst die Meinung seines Verbandes einholen müsse. Seinerzeit habe seine Partei gegen das Anlehen gestimmt. Er müsse es jetzt seinem Verbands überlassen, ob er seinen Standpunkt ändern wolle. Das Mark-Anlehen müsse auf jeden Fall prolongiert werden. Die Zweckbestimmung des 375 Millionen-Anlehens sei zu allgemein; es seien auch unbeschränkte Revidements zulässig. Die 375 Millionen könnten

daher eigentlich für jeden Zweck verwendet werden. Es würde seiner Partei die Haltung zu diesem 100 Millionen Kronen-Anlehen erleichtert werden, wenn das Programm genau erläutert und die Revidementsklausel schärfer gefaßt würde; es könnte intern näher ausgeführt werden, wie man sich das Verwendungsprogramm dieser 100 Millionen Kronen denke.

Vize-Bürgermeister Rain erklärt, daß er die Bedenken, die bis jetzt vorgebracht wurden, nicht teilen könne. Er sei der Überzeugung, auch die Mitglieder der Opposition hätten die Empfindung, daß die Gemeinde nach dem Kriege mit ihren Investitionen vorbildlich vorangehen müsse. Hunderttausende von Soldaten werden aus dem Kriege zurückkehren und es muß Arbeit geschaffen werden. Die Kapitalisten werden sich nicht auf den Markt trauen und da müsse eben die Gemeinde eingreifen.

Durch das Landesgesetz vom 18. Juli 1914, L.-G.- und B.-Bl. Nr. 97, wurden die Zwecke für das 375 Millionen Kronen-Anlehen der Gemeinde Wien, von dem jetzt ein Teilbetrag von 100 Millionen Kronen zur Ausgabe gelangen soll, in folgender Weise festgesetzt:

- Für den Bau von Amtshäusern 1,300.000 K.
- Für den Bau des städtischen Museums 2,850.000 K.
- Für Grund- und Häusererwerbungen, für Kasernen-Transaktionen, für den Wald- und Wiesengürtel 20,400.000 K.
- Für die Errichtung von Spiel- und Sportplätzen 2,500.000 K.
- Für Feuerwehrrzwecke 1,550.000 K.
- Für Pflasterungen, Straßenherstellungen und Erwerbung von Stein- und Schotterbrüchen 29,700.000 K.
- Für Kanalisierungen 6,550.000 K.
- Für Straßensäuberungszwecke sowie für die Beseitigung und Bewertung der Abfallstoffe 5,250.000 K.
- Für Brückenbauten und Unterführungen 17,000.000 K.
- Für Wasserversorgung 6,250.000 K.
- Für Gartenanlagen 2,450.000 K.
- Für Friedhofszwecke 3,700.000 K.
- Für das Jubiläumshospital, sonstige Sanitätseinrichtungen und Bekämpfung der Tuberkulose 4,000.000 K.
- Für Badeanstalten 4,300.000 K.
- Für Versorgungshäuser, Kinderpflegeanstalten 8,000.000 K.
- Für Kunst- und Denkmalpflege 2,000.000 K.
- Für ein gewerbliches Musterlager 1,000.000 K.
- Für Aufnahme eines Stadtplanes 1,000.000 K.
- Für den Bau von Schnellbahnen (Untergrundbahnen) 150,000.000 K.
- Für die Gaswerke 24,300.000 K.
- Für die Elektrizitätswerke 10,350.000 K.
- Für die Straßenbahnen 64,000.000 K.
- Für die Leichenbestattungsunternehmung 1,000.000 K.
- Für die Stellwagenunternehmung (Automobil-Omnibus) 5,550.000 K.

Sämtliche Arbeiter der Kriegsindustrie werden brotlos werden. Es wird Sache der Gemeinde sein, in großzügiger Weise Arbeit zu schaffen und dazu sei Geld nötig. Wenn er auch nicht verkenne, daß die jetzt gestellten Bedingungen der Banken keine günstigen seien, so müsse die Gemeinde doch jetzt für die Geldbeschaffung vorsorgen. Die Gemeindeverwaltung, ohne Unterschied der Partei, sei verpflichtet, den heimkehrenden Helden Verdienstmög-

19. IV. 1916

X  
59

*Abmündung Konferenz*

lichkeiten zu bieten. Die Gemeinde könne es unmöglich verantworten, daß der heimkehrende Soldat vielleicht betteln gehen müsse.

Gem.-Rat Steiner erklärt, daß er es nicht erwartet habe, daß dieser Antrag eine Debatte auslösen werde; nach der allgemeinen Marktlage seien bessere Bedingungen nicht zu erreichen. Im Landtage hätten für das 375 Millionen-Anlehen alle Parteien mit Ausnahme der sozialdemokratischen gestimmt. Er sei der Meinung, daß es einen guten Eindruck nach außen hin machen würde, wenn die Anträge des Herrn Bürgermeisters einmütig im Gemeinderate zum Beschluß erhoben würden.

Gem.-Rat Neumann erklärt, es nicht zu verkennen, daß die Situation eine derartige sei, daß die Vorgebung unbedingt erfolgen müsse. Seine Partei habe bereits einmal erklärt, daß sie mit Rücksicht auf die abnormen Verhältnisse der Gegenwart ihre Zustimmung geben werde. Er werde auch in seinem Klub die Meinung durchbringen, daß die Aufnahme der Anleihe notwendig sei. Auch er sei der Anschauung, daß im Gemeinderate ein einmütiger Beschluß zustande kommen müsse. Er könne zwar heute noch keine bindende Erklärung abgeben, aber er glaube, daß der Antrag in seinem Klub akzeptiert werde. Die Notwendigkeit werde gewürdigt und keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Vize-Bürgermeister Hoß richtet ebenfalls an die Mitglieder der Konferenz die Bitte, auf einen einstimmigen Beschluß hinzuwirken, da derselbe nach außen hin auch für die Mark-Anleihe von günstigem Einflusse wäre.

Gem.-Rat Dr. Hein stellt fest, daß er nicht gesagt habe, daß seine Partei gegen die Anleihe stimmen werde, doch müsse er zuerst seinem Verband die Angelegenheit vorlegen.

Gem.-Rat Dr. v. Dorn glaubt, daß in seiner Partei keine Schwierigkeiten gemacht würden. Er ersuche den Herrn Bürgermeister, in sein mündliches Referat auch die von Herrn Vize-Bürgermeister Rain angeführten Motive aufzunehmen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß zur Zeit, als die Gemeinde die Schatzscheinaufnahme in Mark gemacht habe, schon die Verhältnisse sehr ungünstig waren. Von dieser 60 Millionen-Anleihe bestreitet die Gemeinde bisher ihre Investitionen und noch bis Juni 1916. Die Gemeindeverwaltung sei der Meinung, daß es ihr gelingen werde, bis zum Mai 1916 eine fundierte Schuld zu erhalten. Jetzt könne die Gemeinde nicht anders handeln, wie ja auch in der Debatte einmütig betont wurde. Es sei ein Glück, daß die Revierementklausel vorhanden sei, denn diese gebe eine gewisse Bewegungsfreiheit. Ein einmütiger Beschluß im Gemeinderate werde ihm die bevorstehenden Verhandlungen wesentlich erleichtern und zeigen, wie unerschütterter Kredit der Gemeinde Wien sei. Die erste Gemeinderats-Sitzung habe durch ihren einmütigen Charakter und ihren würdigen Verlauf einen äußerst günstigen Eindruck gemacht und er hoffe, daß auch die weiteren Sitzungen dasselbe Bild der Einigkeit aufweisen werden.

Auf eine Anfrage des Gem.-Rates Dr. Hein, betreffend die Einladungen der zum Militärdienste Einberufenen zur Gemeinderats-Sitzung, erklärt Bürgermeister Dr. Weiskirchner, daß er die Einladung derselben auf Grund des Statutes für nicht zulässig halte. Die gleiche Ansicht gelte für das Kriegsministerium und das Militär-Kommando auf Grund des Militär-Reglements.

Der Bürgermeister, der mittlerweile den Vorsitz übernommen hatte, schließt hierauf die Sitzung.

- Der Bürgermeister:  
 Dr. Weiskirchner m. p.  
 Für den Bürgerklub:  
 Steiner m. p.  
 Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:  
 Dr. Hein m. p.  
 Für die sozialdemokratische Fraktion:  
 Jakob Neumann m. p.  
 Der Schriftführer:  
 H. Böttger m. p.,  
 Magistrats-Sekretär.

Lichen Kriegskopfsteuer, die für jeden  
Russen im Alter von 20 bis 65 Jahren 10 Rubel  
betragen sollte, a. b.

## Lokal-Anzeiger.

### Organisation des Volkswohlfahrts- wesens in Budapest.

— Das Projekt des Bürgermeisters. —

In richtiger Erkenntnis der bestehenden Verhältnisse und in Voraussicht der Zustände, die sich nach Beendigung des Krieges naturnothwendig ergeben werden, hat Bürgermeister Stephan Bárczy den ersten Schritt auf jenem Wege gethan, der gemacht werden muß, soll die Hauptstadt der Aufgabe, die ihrer auf dem Gebiete der Volkswirtschaft harret, gerüstet gegenüberstehen. Bürgermeister Stephan Bárczy, der nicht das erstemal Zeugnis davon ablegt, daß er den Menschen, gleichviel welcher Schichte er angehört, über Alles hochschätzt und dessen Herz gerade für die wirtschaftlich und moralisch Bedrängten mit besonderer Wärme schlägt, steht eben im Begriffe, seine bisherige sozialpolitische Thätigkeit in segensreicher Weise zu erweitern. Die Vorlage, die er eben in Sachen der Centralisirung des Budapester Volkswohlfahrtswesens an den Magistrat richtet, ist ein würdiges Denkmal für sein zehnjähriges Bürgermeisterjubiläum, welches er am 19. d. begehen wird. Der umfangreichen, 143 Foliendruckseitenden umfassenden Vorlage entnehmen wir Folgendes:

Die Einleitung der Vorlage verweist darauf, daß das Bestreben des Staates, alle seine Bürger glücklich zu machen, bei der jetzigen sozialen Organisation nur lüdenhaft erfüllt werden könne. Der Staat macht es den Gemeinden zur Pflicht, für Jene zu sorgen, die dies selbst nicht vermögen, obwohl es Pflicht der Sozialpolitik wäre, durch Präventivmaßnahmen der Unterstützungsbedürftigkeit zuvorzukommen. Für die Volkswohlfahrt müsse daher institutionell gesorgt werden. Die Vorlage begründet diese Auffassung in höchst interessanter Weise und behandelt dann jene Vorschläge, die der Bürgermeister macht, um das Ziel zu erreichen. Die Vorlage besteht aus fünf Theilen. Der erste Theil behandelt die Organisation des Budapester Armenwesens, der zweite die erfolgte Ergänzung des Armenwesens während des Krieges, der dritte das ausländische Armenwesen, der vierte die Vorschläge zur Organisation der Institution der Volkswohlfahrt und der fünfte das hiezu erforderliche Statut.

Uns interessieren an dieser Stelle hauptsächlich die Vorschläge zur Erreichung des Zieles. Gestützt auf die Erfahrungen während des Krieges müsse — so heißt es im Elaborat — eigentlich nicht für die Reorganisation des Armenwesens oder der öffentlichen Wohlthätigkeit gesorgt werden, sondern für die Organisation einer solchen Volkswohlfahrt, die nicht nur Unterstützungen bieten, sondern die Lebensverhältnisse der Bedürftigen verbessert, die Subsistenz erleichtert, die Arbeitslosigkeit vermindert, die Volkskrankheiten eindämmt, für gesunde billige Wohnungen sorgt, billigen Kredit gewährt, billige Lebensmittel verschafft und für ausgiebigen Kinderschutz sorgt etc. Es müssen all diese Vorbedingungen in einer Hand centralisirt werden.

Das Gesetz über die Armenversorgung sorgt nur für die Ortszuständigen. Die Vorlage empfiehlt demgegenüber, daß all jene ungarischen Staatsbürger, die vier Jahre lang in der Hauptstadt wohnen, ohne Unterstützung in Anspruch genommen zu haben, auf Armen-, respektive auf Volkswohlfahrtsversorgung Anspruch erheben können, auch wenn sie nicht zuständig sind. Trotz der Centralisirung soll im Verkehr mit den Bedürftigen die weitestgehende Decentralisirung zur Geltung kommen und in die Institution die Gesellschaft auf breiter Basis einbezogen werden. Die Centrale hätte die Aufgabe, die mit Wohlthätigkeit sich befassenden Vereine, Korporationen, Institutionen mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und mit den Leitungen derselben in einer Verbindung zu stehen. Die Centrale selbst würde aus folgenden Fachsektionen bestehen: 1. Wegweiser und Rathgeber; 2. Arbeits- und Invalidenangelegenheiten; 3. Wirtschaft und Finanzen; 4. Volkshygiene; 5. Volksernährung; 6. Mutter- und Säuglingsschutz; 7. Kinderschutz; 8. Kinderbekleidung; 9. Volksbildung; 10. Dienstoffangelegenheit; 11. Unterstützungs- und 12. Vormundschaftsangelegenheiten.

Des Weiteren behandelt die Vorlage die Organisation der Centrale, die in ihren Wirkungskreis gehörigen Agenden, und stellt gleichzeitig eine Berechnung über die zu erwartenden Kosten der

16/IV. 1916

78

Sonder-Abdruck  
Herrn Kaufmann des Singers

Die andauernde

### Steuerkraft der Bevölkerung

geht deutlich aus den Ausweisen des Wiener städtischen Steueramtes hervor. Im Monate Mai wurden eingezahlt:

	1915	1916
an Staatssteuern, und zwar:		
an Realsteuern . . . . .	K 12,103.247.48	K 12,255.032.20
" Erwerbsteuern . . . . .	1,416.276.80	" 2,196.829.40
" Rentensteuer . . . . .	190.225.33	" 217.295.79
" Besoldungssteuer . . . . .	87.188.54	" 154.781.62
" Einkommensteuer . . . . .	1,889.713.16	" 3,009.147.55
" Tantiemenabgabe . . . . .	149.900.53	" 315.928.65
" Militärtage . . . . .	45.840.47	" 66.522.93
" Verzugszinsen . . . . .	59.075.12	" 79.270.89
" Landesumlagen . . . . .	5,560.000.—	" 5,776.000.—
" Gemeindeumlagen . . . . .	14,892.000.—	" 15,246.000.—
" sonstigen Abgaben . . . . .	223.532.56	" 315.190.77
Zusammen . . . . .	K 36,617.000.—	K 39,652.000.—

Die Steuerzahlungen im Jahre 1916 waren somit um **K 3,035.000** höher als im Mai 1915 und die gesamten Einzahlungen vom 1. Juli 1915 bis Ende Mai 1916 sind gegen die gleiche Zeit des vorausgegangenen Verwaltungsjahres nur um **K 1,781.000.—** zurückgeblieben.

Die Durchführung einer schon vor Kriegsbeginn beschlossenen Erhöhung der Bezüge der Lehrpersonen, die Erhöhung und Ausdehnung der Kriegszulagen für die städtischen Angestellten, endlich die Verzinsung der aufgenommenen schwebenden Schulden nötigten die Gemeindeverwaltung, für entsprechende Mehreinnahmen zu sorgen, um eine allzu empfindliche Störung des Gleichgewichtes im Gemeindehaushalte hintanzuhalten. Da das Mehrerfordernis sich mit jährlich **14 Millionen Kronen** beziffert, mußte versucht werden, die Mehrbelastung möglichst zu verteilen. Der Gemeinderat hat daher eine mäßige Erhöhung der Straßentarifse, der Gasmesser- und Elektrizitätszählermieten beschlossen und bei der Regierung um eine Erhöhung der Gemeindefußsteuern zu den direkten Steuern — mit Ausnahme der Hauszinssteuer und der Erwerbsteuer der kleineren Geschäftsleute — eine Erhöhung des Zuschlages zur Totalsteuersteuer, eine Erhöhung der Gemeinde-Branntweinsteuer und der Hundesteuer, endlich die Einführung einer Bodenwertzuwachs- und einer Luftbarkeitsabgabe angefordert.

Die Erwerbsmöglichkeiten für die arbeitende Bevölkerung sind im abgelaufenen Monate nicht ungünstiger geworden, wie aus dem nachstehenden Ausweise des

### städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes

zu entnehmen ist:

Arbeitsvermittlung	Stellenangebote	Stellen-gesuche	Stellenvermittlungen
Metallverarbeitung, Maschinen u.	261	220	180
Holzverarbeitung . . . . .	186	173	173

	Stellenangebote	Stellen-gesuche	Vermittlungen
Baugewerbe und Spengler . . . . .	186	196	181
Leder- und Textilindustrie, Papier- und graphische Fächer . . . . .	72	62	56
Kleidermacher . . . . .	211	206	188
Hotel- und höheres Arbeitspersonal	146	208	141
Bäcker . . . . .	237	230	208
Kaffeefieder . . . . .	774	741	706
Verkehrsbedienstete und nicht qualifizierte Arbeiter . . . . .	1.118	1.073	814
Gewerbliche Frauenarbeit . . . . .	366	565	313
Lehrlinge . . . . .	56	26	20
Summe . . . . .	3.613	3.700	2.980
Dienstvermittlung . . . . .	5.101	5.614	4.690
Zusammen . . . . .	<b>8.714</b>	<b>9.314</b>	<b>7.670</b>

Auch die **Wohnungsmietverhältnisse** erfuhren keine Verschlechterung. Die Zahl der Wohnungskündigungen zum Maitermine blieb unter dem Durchschnitte der letzten Friedensjahre und Zwangsräumungen kamen nur in vereinzelten Fällen vor.

Die Zahl der Personen, welche die **unentgeltliche Auspeisung** durch die Gemeinde in Anspruch nahm, blieb ziemlich unverändert und betrug gegen Ende Mai rund 54.500.

Die

### Lebensmittelversorgung

hatte unter andauernden Schwierigkeiten zu leiden. An Mehl und Brot war kein Mangel, dagegen ist der Auftrieb an Vieh, insbesondere an Schweinen, stark zurückgeblieben, woraus sich steigende Fleischpreise und zunehmende Fettknappheit ergab. Dem letzteren besonders empfindlichen Mangel hat die Gemeinde nach Möglichkeit dadurch abzuwehren gesucht, daß sie Fett unter ihren eigenen Gesehungskosten an die minder bemittelte Bevölkerung abgab. Kartoffel standen in reichlichem Maße zur Verfügung, die Milchknappheit besserte sich allmählich infolge der zunehmenden Grünfütterung; die Milchversorgung der Kinder in den ersten Lebensjahren wurde übrigens durch die Einführung der Milchkarte für sie sichergestellt. Die Eierzufuhr hat eine merkliche Steigerung erfahren.

Nachstehend folgen die Ausweise des städtischen Marktamtes über die Beschickung der Wiener Märkte:

Auf dem

### Schlacht- und Stechviehmarkte in St. Marx

betragen die Zufuhren:	1915	1916
an Rindern . . . . .	34.803 Stück	6.324 Stück
" Kälbern . . . . .	17.195 "	11.722 "
" Lämmern . . . . .	2.079 "	2.618 "
" Schafen . . . . .	794 "	584 "
" Schweinen . . . . .	56.608 "	26.025 "

16. Mai 1916

79

Sonder-Abdruck.

Wien während des Krieges

In der	Großmarkthalle	
wurden zugeführt:	1915	1916
an Rindfleisch . . .	1,507.695 Kilogramm	948.412 Kilogramm
„ Kalbfleisch . . .	11.174 „	6.466 „
„ Schafffleisch . . .	155 „	272 „
„ Schweinefleisch . . .	552.078 „	273.381 „
„ Kälbern . . .	8.868 Stück	6.784 Stück
„ Schafen . . .	414 „	396 „
„ Schweinen . . .	4.885 „	6.716 „
„ Lämmern . . .	305 „	1.104 „

An

sonstigen wichtigen Lebensmitteln

kamen auf die Märkte:

	1915	1916
an Gemüse . . .	228.633 Meterzentner	56.040 Meterzentner
„ Kartoffel . . .	49.900 „	30.060 „
„ Obst . . .	5.223 „	3.910 „
„ Butter . . .	3.172 „	469 „
„ Eier . . .	4,637.005 Stück	10,027.050 Stück

Die Milchzufuhren durch die Bahnen stiegen im Mai auf 14,365.710 Liter, litten aber zum Teile unter dem Mangel an Kühlwaggons, dem die Gemeinde vergeblich abzuhelfen sich bemühte.

Die Kohlenzufuhr war eine ausreichende; sie betrug auf dem Nordbahnhofe 72.151 Tonnen, der schließliche Vorrat belief sich auf 104.000 Tonnen gegen 144.000 Tonnen zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Braunkohlenverkauf der Gemeinde auf ihren Lagerplätzen erreichte in Fuhren 10.650 Meterzentner, im Kleinen 23.307 Meterzentner, an Gries 5247 Meterzentner, zusammen 39.204 Meterzentner an 114.199 Parteien.

Die

Kleinhandelspreise

der wichtigsten Lebensbedürfnisse am Ende des Monats Mai sind aus der folgenden Zusammenstellung des städtischen Marktamtes zu ersehen.

Es kostete:

Seller

Rindfleisch . . . . . per Kilogramm	770	—	1020
Schweinefleisch . . . . . „	840	—	1100
Schweineschmalz . . . . . „	—	—	640 (Höchstpreis)
Schweinespeck . . . . . „	610	—	670
Butter . . . . . „	740	—	912
Margarine . . . . . „	816	—	840
Eier . . . . . „ Stück	18	—	23
Milch . . . . . per Liter	40	—	52
Mehl . . . . . „ Kilogramm	67	—	120
Brot . . . . . „	54	—	57.5
Kartoffel . . . . . „	—	—	18 (Höchstpreis)
Zwiebel . . . . . „	106	—	132
Sauerkraut . . . . . „	52	—	68
Bohnen . . . . . „	100	—	164
Zucker . . . . . „	102	—	106
Petroleum . . . . . „ Liter	—	—	48
Steinkohle . . . . . „ 50 kg	280	—	300
Braunkohle . . . . . „ 50 „	162	—	240

Die

Gesundheitsverhältnisse

der Wiener Bevölkerung blieben andauernd günstige.

Krankenstand und Sterblichkeit gingen zurück.

Die Sterblichkeitsziffer in den vier Maiwochen betrug auf 1000 Einwohner 16.2 gegen 16.6 im April und 15.9 im Mai des Vorjahres.

Ansteckende Krankheiten waren wenig verbreitet. An Blattern kamen 23 Erkrankungen, an Flecktyphus 1, an Bauchtyphus 13, an Ruhr 9 Fälle vor. Choleraerkrankungen sind seit Monaten in Wien nicht vorgefallen.

Die

Krankenbewegung

in den öffentlichen Spitälern einschließlich der daselbst gepflegten Militärpersonen gestaltete sich folgendermaßen:

	1915	1916
Anfänglicher Stand . . . . .	11.475	11.139
Zuwachs . . . . .	10.324	10.396
Abgang durch Entlassung . . . . .	9.525	9.062
Abgang durch Ableben . . . . .	857	910
Schließlicher Stand . . . . .	11.417	11.563

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.





18. VII. 1916

II  
MQ

Sonder-Abdruck  
Wien nebst dem Prager

In den

### Gingängen der direkten Steuern

macht sich der Krieg noch immer nicht sonderlich fühlbar. Nach den Ausweisen des städtischen Steueramtes betragen im Juni die Einzahlungen:

	1915	1916
an Staatssteuern, und zwar:		
an Realsteuern . . . . . K	1,224.995.49	K 1,248.320.19
„ Erwerbsteuern . . . . .	1,048.034.29	„ 1,619.875.81
„ Einkommensteuer . . . . .	11,016.019.80	„ 12,860.692.89
„ Rentensteuer . . . . .	421.056.32	„ 416.515.27
„ Besoldungssteuer . . . . .	206.811.99	„ 269.872.77
„ Lantienabgabe . . . . .	79.423.79	„ 337.299.16
„ Verzugszinsen . . . . .	50.253.66	„ 89.541.90
„ Landesumlagen . . . . .	975.000.—	„ 1,135.000.—
„ Gemeindeumlagen . . . . .	1,889.000.—	„ 2,081.000.—
„ sonstigen Abgaben . . . . .	180.180.98	„ 170.176.47
<b>Zusammen . K</b>	<b>17,180.000.—</b>	<b>K 20,336.000.—</b>

Die Steuerzahlungen im Juni 1916 waren somit um **3,156.000 K** größer als im Juni 1915 und auch die Eingänge an direkten Steuern im ganzen Verwaltungsjahre 1915/1916 (vom 1. Juli 1915 bis 30. Juni 1916) im Gesamtbetrage von 287,645.000 K waren um **1,375.000 K** höher als im Vorjahre.

Nicht ungünstig waren auch die Erwerbsverhältnisse für die arbeitende Bevölkerung, wie sich aus dem nachfolgenden Ausweise des

### städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes

ergibt:

Arbeitsvermittlung	Stellenangebote	Stellen-gefuhe	Stellenver-mittlungen
Metallverarbeitung, Maschinen u.	237	221	193
Holzverarbeitung . . . . .	220	187	169
Baugewerbe und Spengler . . . . .	118	125	125
Leber- und Textilindustrie, Papier- und graphische Fächer . . . . .	58	54	55
Kleidermacher . . . . .	101	146	109
Hotel- und höheres Arbeitspersonal	166	235	138
Bäcker . . . . .	237	278	235
Kaffeestüber . . . . .	848	927	828
Verkehrsbedienstete und nicht qualifizierte Arbeiter . . . . .	953	1.132	788
Gewerbliche Frauenarbeit . . . . .	416	578	440
Lehrlinge . . . . .	46	23	19
<b>Summe .</b>	<b>3.400</b>	<b>3.866</b>	<b>3.099</b>
<b>Dienstvermittlung . . . . .</b>	<b>4.959</b>	<b>5.318</b>	<b>4.480</b>
<b>Zusammen .</b>	<b>8.359</b>	<b>9.184</b>	<b>7.579</b>

Die Zahl der **Wohnungskündigungen** und **Zwangsräumungen** ist auch im Juni unter dem Durchschnitte der letzten Jahre geblieben.

Die **unentgeltliche Ausweisung** wurde im Juni von rund **54.000 Personen** in Anspruch genommen.

Unter dem Vorfige der Gemahlin des Stotthalters, Baronin v. Bleyleben, hat sich nun auch in Wien ein Komitee gebildet, welches die **entgeltliche Massenverköstigung** durch

### Kriegsküchen

durchführen und so die Kosten und Mühen der Einzelhaushaltungen vermindern will. Es haben bisher **5300 Haushaltungen** sich für 14.000 Tagesportionen angemeldet und Mitte Juli werden die ersten Küchen bereits in Tätigkeit treten.

Wie im Vorjahre, so hat auch heuer die

### Lebensmittelversorgung

der Großstadt gerade in der letzten Zeit vor der neuen Ernte mit besonderen Schwierigkeiten zu kämpfen. Im Juni waren die Mehlanlieferungen manchmal knapp, die Kartoffelzufuhren aus Galizien und Russisch-Polen erlitten durch die Kriegseignisse empfindliche Störungen, die Fleischvorräte genügten der Nachfrage, die sich mit den steigenden Preisen verminderte, dagegen machte sich wiederholt eine starke Fettnot geltend, so daß die Gemeinde genötigt war, an die ärmere Bevölkerung Fett aus den eigenen Vorräten unter den Gesehungs-kosten abzugeben. Die endlich erlassene Verordnung über Höchstpreise für Schweine in Österreich und Ungarn wird hoffentlich auf diesem Gebiete Besserung bringen. Die Milchzufuhren durch die Bahnen wurden durch die Hitze und den fortdauernden Fuhrwerksmangel am Lande stark beeinträchtigt. Grünfütter und Heu ist heuer reichlich vorhanden und die Getreideernte verspricht einen über mittleren, zum Teile sogar sehr guten Ertrag. In der Umgebung Wiens ist die Roggenernte bereits im Gange und kommt schon demnächst heuriges Korn zur Vermahlung.

Die überaus günstigen Erfolge des **Gemüsebaues** im Vorjahre haben die Gemeinde Wien veranlaßt, auch heuer den Gemüse- und Kartoffelanbau auf ihren Grundstücken möglichst zu fördern. Im Eigenbetriebe hat sie **2,866.965 m<sup>2</sup>** bestellt, und zwar 855.666 m<sup>2</sup> mit Kartoffeln, 367.711 m<sup>2</sup> mit Gemüse, 1,643.588 m<sup>2</sup> mit verschiedenen Futtermitteln. An Kriegsgemüsegärtner (Schrebergärten) hat sie **500.000 m<sup>2</sup>**, an städtische Bedienstete **83.270 m<sup>2</sup>**, an Schulkinder **184.000 m<sup>2</sup>** Grundfläche zum Anbau verliehen und es wurden 112 Waggons Saatkartoffeln, 1,600.000 Gemüsepflänzchen, 1000 kg Sämereien und 4 1/2 Waggons Kunstdünger, zum großen Teil unentgeltlich, abgegeben.

Nachstehend folgen die Ausweise des städtischen Marktamtes über die Beschickung der Märkte im abgelaufenen Monate.

Auf dem

### Schlacht- und Stechviehmarkte in St. Marx

wurden aufgetrieben:

	1915	1916
an Rindern . . . . .	21.997 Stück	7.185 Stück
„ Kälbern . . . . .	19.729 „	13.898 „
„ Lämmern . . . . .	705 „	401 „
„ Schafen . . . . .	1.879 „	503 „
„ Schweinen . . . . .	65.962 „	35.997 „

# Sonder-Abdruck

Wien während des Krieges

In der  
wurden zugeführt:

## Großmarkthalle

	1915	1916
an Rindfleisch . . .	1,519.516 Kilogramm	1,143.881 Kilogramm
„ Kalbfleisch . . .	12.545 „	7.700 „
„ Schafffleisch . . .	16 „	247 „
„ Schweinefleisch . . .	743.241 „	439.057 „
„ Kälbern . . .	9.784 Stück	8.678 Stück
„ Schafen . . .	2.372 „	636 „
„ Schweinen . . .	3.693 „	6.549 „
„ Lämmern . . .	174 „	139 „

An

## sonstigen wichtigen Lebensmitteln

kamen auf die Märkte:

	1915	1916
an Gemüse . . .	135.129 Meterzentner	87.328 Meterzentner
„ Kartoffel . . .	60.011 „	42.492 „
„ Obst . . .	23.973 „	15.048 „
„ Butter . . .	2.424 „	757 „
„ Eier . . .	4,552.539 Stück	10,888.510 Stück.

Die **Milchzufuhr** durch die Bahnen betrug im Juni rund 19.3 Millionen Liter.

An **Steinkohle** wurden auf dem Nordbahnhofe 80.716 Tonnen ausgeladen und 84.040 Tonnen abgeführt; der am Ende des Monats lagernde Vorrat belief sich auf 100.624 Tonnen gegen 131.789 Tonnen im Vorjahre. Auf den städtischen Kohlenplätzen wurden an Braunkohle 22.323 Meterzentner im Kleinen und 9697 Meterzentner in Fuhren an 106.022 Parteien abgegeben.

Die

## Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel

stellten sich auf den Märkten in der letzten Juniwoche, wie folgt:

	Seller
Rindfleisch . . . . . per Kilogramm	860 — 1100
Schweinefleisch . . . . . „	820 — 1140
Schweineschmalz . . . . . „	— — 640 (Höchstpreis)
Schweineschmalz . . . . . „	900 — 1200 (Handelspr.)
Schweinespeck . . . . . „	610 — 670 (Höchstpreis)
Schweinespeck . . . . . „	920 — 1200 (Handelspr.)

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.

Butter . . . . . per Kilogramm	780 — 912 (inländ.)
Butter . . . . . „	880 — 912 (ausländ.)
Margarine . . . . . „	816 — 840
Eier . . . . . „ Stück	22 — 26
Milch . . . . . „ Liter	42 — 54
Weizenbackmehl . . . . . „ Kilogramm	— — 120
Weizenkochmehl . . . . . „	67 — 99
Brot . . . . . „	54 — 57.5
Kartoffel . . . . . „	— — 18
Sauerkraut . . . . . „	54 — 70
Zwiebel . . . . . „	224 — 228
Bohnen . . . . . „	100 — 220
Zucker . . . . . „	102 — 106
Petroleum . . . . . „ Liter	— — 48
Steinkohle . . . . . „ 50 kg	280 — 300
Braunkohle . . . . . „ 50 „	162 — 240

**Frische Grüngemüse**, insbesondere Salate, Kohl, Kohlrüben kamen in großen Mengen und zu annehmbaren Preisen auf die Märkte.

Die

## Gesundheitsverhältnisse

In Wien waren im Juni überaus günstige. Mit dem Fortschreiten der wärmeren Jahreszeit ist der Krankenstand und die Sterblichkeit rasch zurückgegangen. Die Sterbeziffer auf 1000 Einwohner mit Ausschluß der Ortsfremden betrug 14.2 gegen 16.3 im Mai 1916 und 13.5 im Juni 1915. Erkrankungen an Kriegseuchen sind nur vereinzelt vorgekommen. An Blattern erkrankten ein Wiener und ein Ortsfremder, an Flecktyphus zwei Flüchtlinge aus der Bukowina. An Bauchtyphus sind acht, an Ruhr neun Zivilpersonen erkrankt.

Die

## Krankenbewegung

in den öffentlichen Spitälern einschließlich der daselbst verpflegten Militärpersonen zeigt einen leichten Rückgang:

	1916	1915
Anfänglicher Krankenstand . . .	11.563	11.417
Zuwachs . . . . .	12.875	15.248
Abgang durch Entlassung . . .	12.091	13.746
Abgang durch Ableben . . .	1.053	964
Schließlicher Krankenstand . . .	11.294	11.955

Hundert Kriegswochen liegen jetzt hinter uns; daß wir sie so ausgehalten haben, geht über alle Erwartung.

## Das kaiserliche Manifest und die Wiener.

Mit stolzer Freude, mit inniger Genugung können die Wiener heute die Worte vernehmen, die der Kaiser in seinem Manifest zu seinen Völkern spricht. Großes ist in diesen beiden schweren Jahren in unsrer Stadt geleistet worden — Großes in geduldigem Ausdauern von seiten der Bevölkerung, Großes von allen jenen Stellen, deren Amt es ist, in Fragen des Gemeinwohles Entscheidungen zu treffen und die der Bevölkerung das Ausdauern erst durch ihre angespannte, vielerlei Gebiete umfassende Arbeit möglich machten. Es hat sich in diesen zwei Jahren gezeigt, daß es dort, wo das Gesamtwohl in Frage kommt, keine Parteiunterschiede gibt, und man muß es dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner Dank wissen, daß unter seinem Einfluß die Wiener Gemeindestube, die einst ein Tumultplatz politischer Leidenschaften gewesen, heute eine Stätte gedeihlicher Arbeit ist, an der sich alle Parteien einmütig beteiligen und in gemeinsamer Tätigkeit zum Wohle der Bevölkerung wirken. Und es darf in dieser Stunde des Rückblickes wohl der Wunsch ausgesprochen werden, daß dort, wo die Opposition bisher keinen Platz hatte, sie nunmehr auch in ihre Rechte eingesetzt werde. In den Obmännerkonferenzen hat es sich gezeigt, daß Männer aller Parteirichtungen die verschiedensten Gemeindefragen im Interesse der Bevölkerung einer glücklichen Lösung zugeführt haben. Was in diesen Obmännerkonferenzen möglich gewesen, wird auch weiterhin in allen Ausschüssen sich als möglich und als wirklich erweisen. Die letzten beiden Jahre haben gezeigt, was wir für die Zukunft von solch einer einmütigen Arbeit zu erwarten haben.

Vor ungeahnte, unerhörte Aufgaben sah sich neben Erledigung der fortlaufenden Geschäfte die Gemeinde Wien in diesen Jahren gestellt — die wichtigsten und schwersten waren wohl die Suche nach Mitteln, um den teuflischen Auswanderungsplänen der Engländer entgegenzutreten zu können. Auf dem Gebiete der

Wien viel und Wichtiges zu erlernen. Es fehlte bisher an großzügigen Vorkehrungen, welche es möglich gemacht hätten, größere Mengen von Lebensmitteln auf längere Zeit hinaus einzulagern. Es fehlte uns auf marktpolitischem Gebiete vieles, und von einer Einflußnahme der Gemeinde auf die Marktpreisbildung war in all den Friedensjahren überhaupt nicht die Rede gewesen. Der Gemeinde hatte es bisher stets genügt, eine Aufsicht über die Marktverhältnisse zu führen, ohne aber in irgendeiner Weise preisregulierend zu wirken, ohne sich darum zu kümmern, wie Angebot und Nachfrage einander gegenüberstanden, ohne auf die Beschickung der Märkte Einfluß zu nehmen.

Das mußte sich nun alles ändern. Die Gemeinde Wien ist selbst ein Großkaufmann geworden. (Freilich einer, der ohne allen Gewinn arbeitet.) Sie sorgte bis zur Gründung der Zentraleinkaufsgesellschaft für den Import der Waren, trat selbst mit den Abnehmern in Fühlung, sorgte für die Einlagerung und sachverständige Aufbewahrung der Vorräte. Aus den Berichten, die der Bürgermeister allmonatlich auszugeben pflegt und die wir in unserm Blatt stets wiedergeben, konnte man ersehen, wie wacker unsre Gemeindevertretung daran arbeitet, die Wiener Bevölkerung, allen unerhörten Schwierigkeiten zum Trotz, mit den notwendigen Lebensmitteln zu versehen, wenn auch selbstverständlich durch die Unregelmäßigkeiten der Zufuhren und die unleugbare Knappheit der Lebensmittel zeitweise Störungen leider nicht zu vermeiden waren, die aber durch die Maßnahmen der Regierung und der Gemeinde rasch behoben und auf ein Mindestmaß beschränkt wurden. Man muß anerkennen, daß im Einvernehmen mit den berufenen Zentralstellen und der Regierung durch gemeinsamen Einkauf der Lebensmittel in den neutralen Staaten alles nur Erdenkliche geleistet wurde, um die Stadt mit dem Notwendigen zu versehen. Hier sei auch der tatkräftigen Unterstützung und Förderung aller Approvisionierungsmaßnahmen durch Statthalter Baron Bleyleben gedacht, der, fern jedem Bürokratismus, mit tiefem Verständnis für die Erfordernisse der neu geschaffenen Sachlage auch die Energie eines raschen Handelns und glückliches Erfassen der notwendigen Schritte besitzt. Nur eine kurze Spanne Zeit trennt uns von der neuen Ernte, die reich und glücklich ausgefallen ist und die uns neuerlich ein Ausdauern möglich machen wird bis zu dem Frieden, der den Lohn allen Erduldens bringen soll.

Spricht man von der Tätigkeit der Wiener Gemeinde in den beiden Kriegsjahren, so muß vor allem in anerkennender Weise all der leitenden Beamten gedacht werden, welche im Vereine mit dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner und den Vizebürgermeistern Hierhammer, Hof und Rain mustergültige neue Einrichtungen geschaffen haben. Ihre Namen werden einen Ehrenplatz einnehmen in der Geschichte dieses Krieges.

Das Wort: „Kann ich Armeen aus der Erde stampfen, wächst mir ein Kornfeld auf der flachen Hand...“ hat Baudirektor Solde m u n d, der geniale Leiter des Stadtbauamtes, zur Wahrheit gemacht. Unter seiner Leitung wurde ein Werk geschaffen, um das er sich den höchsten Dank der Wiener Bevölkerung verdient: das große Lager- und Ritzthaus der Stadt Wien, in welchem Lebensmittelvorräte zur Einlagerung gelangen, die es ermöglichen, die Stadt für mehrere Wochen mit allem zu versehen und so den größten Störungen des Approvisionierungsapparates zu begegnen.

Eine zweite unendlich segensreiche Einrichtung, die uns die allerletzte Zeit bescherte, sind die Kriegsküchen, die unter der Leitung des überaus verdienten Obermagistratsrates Dr. D o n t gestanden. In ihrer ganzen Anlage erscheinen sie so recht geeignet, gerade den durch den Krieg schwer getroffenen Mittelstand die größte Hilfe und Erleichterung in der Lebensmittelversorgung zu bieten. Für die Armen sorgt ja in dieser Richtung die unentgeltliche Ausspeisung der Stadt Wien, der es zum Teil durch Beihilfe der segensreichen Aktion des Schwarzen Kreuzes möglich gemacht wird, täglich 60.000 Portionen warmen Mittagessens an Bedürftige zu verteilen.

In besonders hervorragender Weise hat sich auch unser Stadtphysikus betätigt. Der eine Umstand, daß während zweier Kriegsjahre

aus kaiserlicher Munition und der Munition

139

keine Seuchen in größerem Umfang auftreten konnten, daß es stets gelang, jede ansteckende Krankheit im Herd sogleich zu unterdrücken, spricht lauter als alle Worte für seine hervorragende Tätigkeit, für das verdienstvolle Wirken seines Leiters Dr. August Böhm und dessen treulicher Mitarbeiter.

Die Beamten des Magistrats hatten eine Fülle von Arbeit zu bewältigen — und taten es mit glänzendem Erfolge, wie man mit Stolz und Anerkennung hervorheben kann. Sie alle arbeiteten angestrengt und unermüdet und oftmals ohne jeden, so notwendigen Urlaub. Es sei hier vor allem des Magistratsdirektors Dr. August Müchtern und seines Stellvertreters Dr. August Mayer gedacht, die während der ganzen Zeit des Krieges, ohne jede Ruhepause ebenso erfolgreich wie verdienstvoll zum Wohle der Stadt tätig waren. Der Lebensmitteleinkaufsstelle der Gemeinde Wien stand bis zu seinem Tode, der ihn inmitten eifrigster, segensreichster Tätigkeit traf, der Obermagistratsrat Dr. Konstantin Mayer vor, dem Magistratsoberkommissär Dr. Hans Rothkopf folgte, der sich, wie auch Sekretär Dr. Adolf Wanschura, große Verdienste auf dem Gebiete der Approvisionnement erworb. An die Spitze des Lagerhauses wurde — man darf das schon nach seiner kurzen Tätigkeit auf diesem Posten konstatieren — der richtige Mann gestellt: Direktor Dr. Mühl. Der Leiter des Marktamt Kommerzialrat Bauer wußte mit seinem Stabe trefflicher Mitarbeiter die großen Aufgaben, die das Marktwesen an die Gemeinde stellte, nach Möglichkeit zu erfüllen. Die städtische Vormundschaft, an die mit dem Kriege weit größere Anforderungen herantraten, wurde von Oberkommissär Gold erweitert und in vorbildlicher Weise ausgestattet.

Die größten Aufgaben fielen selbstverständlich der Magistratsabteilung XVI zu, welche in Friedenszeiten in fast idyllischer Ruhe amtiert hatte. Ihre Hauptaufgabe galt den Geschlechtsfragen, während auch die zahlreichen Militärangelegenheiten für erledigt werden. Das hat sich nun geändert, und der Vorstand der Abteilung, Magistratsrat Dr. Otto v. Nagel, hat eine Tätigkeit zu entfalten, die wirklich an die geistigen und physischen Kräfte eines Mannes die höchsten Anforderungen stellt.

Über auch alle andern Beamten der andern, hier nicht genannten Abteilungen sowie auch jene der magistratischen Bezirksämter waren mit Arbeit überhäuft, wie auch die der Stadtbuchhaltung, der Direktion der Straßenbahnen, des städtischen Gas- und Elektrizitätswertes usw.

Daß auch der Lehrerschaft Wiens ein besonderes Ruhmesblatt eingeräumt werden muß, braucht nicht erwähnt zu werden. Sie hat unter äußerst erschwerten Bedingungen nicht nur ihre gewohnten Pflichten mit hingebungsvollem Eifer erfüllt, sie hat in den Brot- und Mehlkommissionen neue Arbeit freudig an sich genommen, und viele Lehrerinnen haben selbst auf die freie Zeit der Ferienwochen verzichtet, um sich der Beaufsichtigung armer Kinder auch da noch zu widmen.

Nicht zuletzt seien auch die Beamten des Präsidialbureaus des Rathauses genannt, die, mit Magistratsrat Formanek an der Spitze, den Bürgermeistern auf das wirksamste unterstützen, wie auch sein getreuer Eckart, Kanzleidirektor kaiserlicher Rat Mayer, welcher durch die vielen Jahre alle seine Pflichten in getreuester Weise versieht.

Wird hier der Arbeit der Männer mit uneingeschränktem Lob gedacht, so sei auch die segensreiche Tätigkeit der Frauen nicht vergessen. Die Frauenhilfsaktion im Kriege hat unter der Führung der Gemahlin des Bürgermeisters, Frau Berta Weiskirchner, Glänzendes geleistet. Die Näh- und Strickstuben, welche ins Leben gerufen wurden, haben Tausenden von Frauen, die auf Erwerb angewiesen waren, die größte Hilfe bedeutet. Hier wie auch in den zahlreichen Wohltätigkeitsaktionen, die neu entstanden, hat es sich gezeigt, daß Frauen aller Stände und aller Parteirichtungen mit Hintansetzung aller Parteigründe, alles Trennenden, aller Meinungsverschiedenheiten, aller sozialen Unterschiede, sich dem Wohl der Allgemeinheit widmeten.

Hier seien nur Gräfin Berchtold, Fürstin Hanna Liechtenstein, Frau Helene Branitska, Baronin Glada, Baronin

Anka Dienert, Frau Berta Weiskirchner, Gräfin Walterskirchen, Theresie Colbert, Emmi Freundlich, Adele Hirschenhauser, Frau Doktor Burhan, Fanni Freund-Markus, Fanni Brentano erwähnt. Unmöglich, sie alle anzuführen, aber Dank und Verehrung der Bevölkerung ist jeder einzelnen sicher!

Allenhalben erstanden Hilfsaktionen für die vom Kriege Betroffenen. Die Zentralstelle für Flüchtlingsfürsorge nahm sich der Vertriebenen an, und auch hier war es wiederum eine Frau, Anita Müller, die mit wahrhaft männlicher Energie, aber echt frauenhafter Güte und weiblichem Verständnis eine große Zahl von Einrichtungen schuf, die das Los unglücklicher Flüchtlinge linderte und freundlich gestaltete. Das Fürsorgekomitee für Flüchtlinge aus der Bukowina schloß sich diesen Bestrebungen an und jenes für die Flüchtlinge aus dem Süden.

Das Kriegshilfsbureau des Ministeriums des Innern, mit Dr. Eduard Brinzen Liechtenstein an der Spitze, das Kriegsfürsorgeamt unter Leitung von F.M.R. Böhl, der Verein „Die Technik für die Kriegsinvaliden“ von Geheimem Rat Dr. Wilhelm Grner ins Leben gerufen und geleitet, der alle Prothesenwunder lebendig macht, um unsern armen Kriegsverstümmelten Erwerbsmöglichkeit und Lebensfreude wiederzugeben, das Wirtschaftliche Hilfsbureau der Gemeinde Wien unter dem Vorsitz des Geheimen Rates Dr. v. Wittel, die Kommission für soziale Fürsorge unter der Obmannschaft des Oberleiters Steiner, die Gesellschaft zur Fürsorge für Kriegsinvalide unter dem Präsidium des Dr. Julius Elias, des Witwen- und Waisenhilfsfonds, ins Leben gerufen durch den gewesenen Kriegsminister Freiherrn von Schönau, den das Geschick allzufrüh von seinem edlen Wirken abberief, der Verein „Tagesheimstätten“, dem unter andern Frau v. Belmont und Baronin Leitner in rühmlichem Wirken angehörten, die letzte großzügige Organisation „Wiener Kinder auf's Land“, erwähnt sei noch die Aktion zur Schaffung von Kriegerheimstätten; sie alle sind bemüht, Leiden zu lindern, Thränen zu trocknen, und sie alle haben reiche, beglückende Erfolge aufzuweisen.

Dazu kommen alle jene Vereine und Institutionen, die schon im Frieden eine segensreiche Tätigkeit entfalteten, die durch den Krieg nur noch gesteigert wurde. Unser Rotes Kreuz vor allem, dem auch unser Blatt eine namhafte Unterstützung zuteil werden lassen durfte, indem es zu Händen seines Protectors Erzherzog Franz Salvator, weit über eine Million Kronen, als Beitrag der Bausteinsammlung erlegte, die Wiener Freiwillige Rettungsgesellschaft mit Chefarzt Dr. Charas an der Spitze, die „Vereinschaft“, der Verein „Humanitas“, deren voll Lobes und voller Anerkennung gedacht werden muß, wenn man von unserer musterhaften Kriegsfürsorge spricht. Es ist unmöglich, sie alle auf diesem beschränkten Raum zu nennen — einer späteren Zeit muß es vorbehalten bleiben, ihre reichen Verdienste zu würdigen und von den edlen, großen Zielen zu sprechen, die sie sich gesteckt haben.

Auch der Bestrebungen der Hilfeleistung für Ortelsburg sei gedacht, die ein neues künftiges Band zwischen unserer Stadt und dem verbündeten Bruderreiche knüpft.

So kann die Wiener Bevölkerung auf die beiden Kriegsjahre — wenn auch in Ernst und Trauer, doch auch mit Stolz zurückblicken. Allen Stellen aber, die ihr das Ausharren möglich machten, gebührt in uneingeschränktester Weise der Dank der Öffentlichkeit. Der Dank des Kaisers wird alle mit frohem Stolz erfüllen und mit dem heißen Bestreben, auch weiter auszuharren, bis zum glücklichen Frieden. Die neue Ernte steht vor der Tür. Einige Wochen des Ausharens, und gefüllte Speicher werden der Bevölkerung unserer Stadt die Sicherheit bieten, daß sie auch die kommenden Monate mit den notwendigsten Nahrungsmitteln versorgt sein wird. Die Erntefrüchte, die Regierung und Gemeinde im aufrichtigen Streben um eine Besserung der Lebensmittelversorgung gesammelt haben, bürgen uns dafür, daß der vielgestaltige Approvisionnementapparat künftighin, so weit es die Verhältnisse zulassen, klaglos funktionieren wird.

Ernst Klebinder.

1. Juni 1916

A. M.

\* (Die „teuflichen“ Mitarbeiter des Wiener Oberphysikus.) In unserm heutigen Artikel „Das kaiserliche Manifest und die Wiener“ haben sich mehrere Druckfehler eingeschlichen, die hier richtiggestellt sein mögen. Bei der Würdigung der Tätigkeit des Wiener Stadtphysikats wurde auch seines verdienstvollen Leiters Oberphysikus Dr. Böhm und seiner „teuflichen“ — soll richtig heißen: seiner trefflichen — Mitarbeiter gedacht. Die Leser werden wohl selbst diesen Druckfehler berichtigt haben. Bei der Besprechung der Kriegsküchen soll es heißen, daß diese unter der Leitung des Obermagistratsrates Dr. Dont erstanden ist. — Schließlich sei die im

Berichte nicht erwähnte Wirksamkeit der Kriegspatenschaft hervorgehoben, die ihre Entföhung dem hervorragenden Kinderarzt und Leiter der Reichsanstalt für Säuglingsfürsorge Universitätsdozent Dr. Moll verdankt. Von den Anstalten der Gemeinde sei noch der städtischen Centralspargasse gedacht, die unter der Leitung ihres verdienstvollen Direktors Dr. Meller sich zu einem angesehenen Institut entwickelt hat.

11. Juni 1916

140

*Österreichische Hofdruckerei*

Rest mit Gemüse bebaut. Der Anbau in den Gartenanlagen hatte in diesem Jahre zu unterbleiben.

IV. Der für eine Friedhofs-Erweiterung bestimmte, der Gemeinde von der israelitischen Kultusgemeinde unentgeltlich für Anbauzwecke zur Verfügung gestellte Grund an der Simmeringer Hauptstraße nächst dem Zentral-Friedhofe im XI. Bezirke wurde in diesem Jahre von der Gemeinde im Eigenbetriebe bebaut. Den Anbau besorgte die Gutsverwaltung Wallhof in Rannersdorf unter Leitung des Verwalters Kettlgruber. Nach dem Grundsätze des Fruchtwechsels wurde das Grundstück, das die Gemeinde im Vorjahre dem Wirtschaftsbefitzer Leopold Broch zum Anbau von Kartoffeln überlassen hatte, heuer mit Hafer bebaut. Die bebaute Fläche beträgt 13.96 ha.

V. Im Eigenbetriebe wurde endlich noch das Stallinger Feld in der Katastral-Gemeinde Deutsch-Wagram bebaut. Dieses Grundstück wurde der Gemeinde von dem Wirtschaftsbefitzer Josef Angst, der den Anbau selbst nicht bestellen konnte, zum Anbau überlassen. Auf dem Stallinger Felde wurden 8.63 ha durch die Stadtgarten-Direktion mit Kolbenmais bebaut.

VI. Vom städtischen Ayl- und Werkhaus wurden an der Gänsbachergasse im X. Bezirke 260 m<sup>2</sup> mit Erdäpfeln und 400 m<sup>2</sup> mit Zwiebeln bebaut.

VII. Die städtische Feuerwehr hat teils auf städtischen Gründen, teils auf Gründen der Englischen Gasgesellschaft bei der Hauptwache in Favoriten an der Sonnwendgasse 4030 m<sup>2</sup>, bei der Hauptwache Mariahilf an der Simen Wienzeile 2885 m<sup>2</sup> und bei den Filialwachen St. Marg., Margareten und Prater zusammen 116 m<sup>2</sup>, somit zusammen 7031 m<sup>2</sup> angebaut. Davon wurden 1366 m<sup>2</sup> mit Kartoffeln, 5077 m<sup>2</sup> mit Gemüse aller Art und 588 m<sup>2</sup> mit Futterrüben bepflanzt. Das Erträgnis ist ausschließlich zur Verpflegung der Angestellten bestimmt. Die Futterrübe findet für die Kaninchenzucht der Wachen Verwendung. Der Anbau wurde durch die Mannschaft besorgt.

VIII. In den städtischen Friedhöfen wurden die noch nicht belegten, für die Erweiterung bestimmten Flächen angebaut, und zwar:

Im Zentral-Friedhofe . . .	24.154 m <sup>2</sup>
Im Hernals'er Friedhofe . . .	1.118 "
Im Baumgartener Friedhofe . .	540 "
Im Meidlinger Friedhofe . . .	2.620 "
Im St. Marger Friedhofe . . .	55 "
Zusammen . . .	28.487 m <sup>2</sup> , also fast 3 ha.

Hievon wurden 12.378 m<sup>2</sup> mit Kartoffeln, der Rest mit Gemüse bebaut. Die Ernte ist zum Verkaufe an die Angestellten bestimmt.

IX. Die städtischen Gaswerke haben im Gaswerke Leopoldau 30.562 m<sup>2</sup> und im Gaswerke Simmering 4700 m<sup>2</sup> bebaut. Von diesen Flächen wurden 21.922 m<sup>2</sup> mit Kartoffeln und 13.340 m<sup>2</sup> mit Gemüse bepflanzt. Die Ernte wird an die Angestellten verkauft.

X. Für das Kaiserjubiläums-Spital in Lainz wurde städtischer Grund von der Anstalt im Ausmaße von rund 10.500 m<sup>2</sup> mit Erdäpfeln und rund 2000 m<sup>2</sup> mit Futterrüben bebaut.

XI. Im städtischen Versorgungsheime in Lainz wurde auf Flächen von rund 14.000 m<sup>2</sup> Gemüse angebaut.

XII. Die städtischen Elektrizitätswerke haben im Eigenbetriebe in Billingdorf 228.894 m<sup>2</sup> mit Kartoffeln bebaut.

Es sind somit im Eigenbetriebe der Gemeinde mit Erdäpfeln rund 1.078.160 m<sup>2</sup>, mit Gemüse rund 117.176 m<sup>2</sup>, mit Getreidefrüchten und Futtermitteln rund 1.250.588 m<sup>2</sup> bebaut worden. Die im Eigenbetriebe bebaute Gesamtfläche beträgt mithin 2.445.924 m<sup>2</sup> = rund 245 ha.

**B. Anbau in Kriegsgemüsegärten und Schrebergärten.**

Die mit der Schaffung von Kriegsgemüsegärten im Vorjahre getroffene Einrichtung hat im Jahre 1916 eine ganz bedeutende Erweiterung erfahren.

Auf Grund der neuen Ministerial-Berordnung, die im Gegensätze zur Verordnung vom Jahre 1915 auch die städtischen Verhältnisse berücksichtigte, standen der Gemeinde weit mehr Gründe zur Verfügung, die der Bevölkerung zum Anbaue überlassen werden konnten. Aber auch die Nachfrage war ganz wesentlich gesteigert.

Der an die Bevölkerung gerichtete Aufruf des Bürgermeisters, alle Produktionsmöglichkeiten möglichst auszunützen und jedes anbaufähige Stück heimatlicher Erde heranzuziehen, fand allenthalben regen Widerhall. Die Not der Zeit tat das übrige. So kam es, daß schon im März 1916 die Bewerbungen um Kriegsgemüsegärten anderthalbmal so groß waren als im Vorjahre. Hierbei sind nur die Kriegsgemüsegärten auf den von der Stadt vergebenen Gründen in Rechnung gestellt.

Die Zahl der Haushaltungen, beziehungsweise Personen, an welche teils auf städtischen Gründen oder auf den von der Gemeinde verwalteten Fondsgründen, teils auf den der Gemeinde von Privaten zu diesen Zwecken überlassenen Gründen Kriegsfelder zugewiesen wurden, beträgt:

Im	II. Bezirke	rund	140,
"	III. "	"	30,
"	V. "	"	70,
"	X. "	"	100,
"	XI. "	"	150,
"	XII. "	"	150,
"	XIII. "	"	230,
"	XVI. "	"	470,
"	XVII. "	"	160,
"	XVIII. "	"	140,
"	XIX. "	"	150,
"	XX. "	"	10,
"	XXI. "	"	900,

das sind zusammen . . . . . rund 2700 Kriegsgemüsegärtner gegen 1098 im Vorjahre.

Es laufen noch immer Anmeldungen ein.

Da das dem Einzelnen zur Bearbeitung zugewiesene Los eine durchschnittliche Größe von 300 m<sup>2</sup> hat, beträgt das Ausmaß der von den Kriegsgemüsegärtnern bebauten Fläche rund 81 ha.

Rechnet man jede Familie zu fünf Köpfen, so kann man wohl sagen, daß durch diese Gärten etwa 14.000 Menschen den ganzen Sommer über bis in den späten Herbst in die Lage versetzt werden, sich in schwerer Kriegszeit mit geringen Kosten reichlich und gesund zu ernähren. Besonders muß der unermüdbare Fleiß und emsige Eifer hervorgehoben werden, mit dem im Frühjahr oft die ganze Familie, die nicht allzu selten von Unkraut und Schutt bedeckten Grundstücke in harter und ungewohnter Arbeit urbar machte und für den Anbau vorbereitete.

11. VIII. 1916

150

*Österreichischer Anbau*

#### E. Saatgut.

Auch heuer trug die Gemeinde für die Beschaffung des Saatgutes Sorge. Es gelang, eine ausreichende Menge an Saatkartoffeln aus der Gegend bei Stockerau, aus Mähren, Galizien und aus dem besetzten Teile Polens zu beschaffen. Ab Mitte April wurden die Saatkartoffeln zum Preise von 20 h abgegeben, und zwar an die Wiener Bevölkerung 384.737 kg, an niederösterreichische Gemeinden 869.049 kg.

Für den Anbau durch Schulkinder wurden 24.132 kg unentgeltlich abgegeben. Endlich wurden nach Krain (Bezirk Tschernembl) 47.360 kg geschickt, wofür sich die Gemeinde den Bezug von Früchten sicherte.

Insgesamt wurden 1.325.269 kg Saatkartoffel an Parteien verabfolgt.

Für den Gemüsebau wurde Saatgut durch die Stadtgarten-Direktion beschafft. Saatbohnen wurden aus den städtischen Vorräten beigelegt. Gemüsepflänzchen wurden im städtischen Reservergarten in Kagran aufgezogen. Insgesamt wurden bis jetzt 1928 kg Bohnen und 1.597.000 Stück Gemüsepflänzchen, und zwar durchwegs unentgeltlich an jedem abgegeben, der glaubhaft machte, daß er sie zum Anbau benötige, während im Vorjahre überhaupt nur 700 kg Saatbohnen und 1.200.000 Stück Gemüsepflänzchen abgegeben wurden.

#### F. Kunstdünger.

Die Beschaffung von Kuh- und Pferdedünger stieß wegen des Mangels an Fuhrwerk und Zugvieh auf große Schwierigkeiten.

Umso willkommener war der Gemeinde die neuerliche Spende von drei Waggons Kunstdünger, welche kaiserlicher Rat Heiling er, angeregt durch den Aufruf des Herrn Bürgermeisters, in uneigennützigster Weise machte. Da noch vom Vorjahre zwei Waggons Kunstdünger vorhanden waren, standen der Gemeinde fünf Waggons zur Verfügung. Hievon wurde ungefähr ein halber Waggon im Eigenbetriebe verwendet, die übrige Menge wurde unentgeltlich an Berufsgärtner, Kriegsgemüse- und Schrebergärtner, Privatgartenbesitzer und Landwirte abgegeben.

#### G. Förderung des Anbaues durch Beratung und Verteilung von Druckschriften.

Wenn die ganze Aktion der Gemeinde eine wirksame Kriegshilfe darstellen sollte, so mußte auch dafür gesorgt werden, daß jede Verschwendung des kostbaren Saatgutes, jede Vergeudung der Arbeitskraft vermieden werde. Es war dies zu befürchten, da ja zahlreiche Kriegsgemüsegärtner im Anbau ohne jede Erfahrung waren. Dem wurde durch den Aufruf des Herrn Bürgermeisters vorgebeugt, der die Bevölkerung ermahnte, mit dem Saatgut sparsam umzugehen und sachmännischen Rat nicht zu versäumen.

Im III., XIII., XVI., XVII., XVIII., XIX. und XXI. Bezirke wurden außerdem Beratungsstellen errichtet oder Vertrauensmänner bestellt, die sich der Mühe unterzogen, jederzeit Auskünfte und Ratschläge zu erteilen. Endlich unterstützte die Gemeinde die Gartenbau-Gesellschaft bei der Herausgabe eines Merkblattes zur Förderung des Gemüsebaues durch einen Druckkostenbeitrag und brachte selbst 2000 Stücke dieses Merkblattes an ihre Kriegsgemüsegärtner zur Verteilung.

Der vorstehende Bericht läßt erkennen, daß die im Vorjahre unter so schwierigen Verhältnissen begonnene Anbaufrage mit günstigem Erfolge erweitert und ausgedehnt wurde.

Es soll nun meine Hauptaufgabe sein, daß auch die bevorstehenden Erntearbeiten ohne wesentliche Störungen durchgeführt werden können.

### Die Städte gegen eine Beherrschung der Elektrizitätsversorgung durch den Staat.

N Berlin, 15. Aug. (Priv.-Tel.) Die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Städtetages haben in ihrer Sitzung vom 12. August 1916 folgende einstimmige Entschliessung gefasst:

Während des Krieges, der die lebendigen Kräfte der Gemeindeverwaltungen in Kriegsaufgaben, besonders in der Nahrungsmittelversorgung, festlegt, haben die Staatsregierungen in verschiedenen Bundesstaaten und preussischen Provinzen eine Bewegung in Gang gebracht, die mehr oder weniger deutlich auf eine Beherrschung der gesamten Elektrizitätsversorgung durch den Staat hinführt. Dadurch werden die Gemeinden (Kommunalverbände) zur Verteidigung eines wichtigen Bestandteils ihrer Selbstverwaltung und erheblicher finanzieller Interessen gezwungen. Im Gegensatz zu der bisherigen allmählichen Entwicklung, innerhalb deren die Gemeindeverwaltungen das natürliche Fortschreiten zu größeren Werken und zu wirtschaftlich oder technisch gebotenen Zusammenfassungen im Wege einer allmählichen, natürlichen und organischen Entwicklung durch eigene Massregeln verwirklicht haben, läuft in einzelnen Bundesstaaten das Eingreifen des Staates auf eine künstliche Ueberspannung des Zentralisationsgedankens hinaus, bei der die Zentralisation sprunghaft vorwärts strebt und deshalb nicht nur in ihrem technischen Werte zweifelhaft wird und den bestruchtenden technischen Wettbewerb vermindert, sondern unter allgemeinen Gesichtspunkten größten Bedenken begegnet. Wir verweisen auf die Möglichkeit zufälliger oder böswilliger Störungen. Auf keinen Fall können bei dem gewaltigen Kapitalbedarf, den unsere Volkswirtschaft nach dem Kriege haben wird, die Rahmlegung zahlreicher blühender Elektrizitätswerke und die Aufwendung einer Riesensumme für neues Anlagekapital, die sich aus dem Plan einer Erzeugung der Elektrizität in wenigen Großkraftwerken ergeben, verantwortet werden.

Da obendrein die aus dem Munde des Herrn Professors Klingenberg bekannt gewordenen, von anderen Sachverständigen übrigens als viel zu günstig bestrittenen Berechnungen nur einen recht geringen wirtschaftlichen Erfolg in Aussicht stellen, so würde die ungeheure Kapitalaufwendung in der Hauptsache nichts anderes bedeuten als eine Verdrängung der Gemeinden aus einem nach dem geschichtlichen Werdegang ihnen zukommenden und von ihnen zum größten Nutzen der Allgemeinheit angebaute Wirtschaftsgebiet.

Es muß auch ernstlich mit der Gefahr gerechnet werden, daß die Uebertragung der Elektrizitätserzeugung auf den Staat einerseits die unerläßliche Beweglichkeit der Verwaltung, namentlich in individueller Behandlung der Abnehmer, erschwert und andererseits die Elektrizitätserzeugung in der Hand des Staates auf die Dauer zu einer Einnahmequelle wird, die den Strom für die Verbraucher erheblich verteuert. Die Gemeinden können, ohne in der Erfüllung ihrer gesetzlichen und natürlichen Aufgaben auf das schwerste geschädigt zu werden, weder auf ihre jetzigen Einnahmen aus der Elektrizitätsbewirtschaftung noch auf die Vorteile künftiger technischer Verbesserungen verzichten.

Die Städtetage müssen sich deshalb nachdrücklich dagegen wenden, daß der Staat unter Einsetzung seiner Machtmittel dieses der gemeindlichen Selbstverwaltung zugehörige Gebiet an sich zieht.

18. VIII. 1916

159

# Sonder-Abdruck

## Wien während des Krieges.

	Stellen-angebote	Stellen-gesuche	Ver-mittlungen
Baugewerbe und Spengler . . . . .	177	141	145
Leder- und Textilindustrie, Papier- und graphische Fächer . . . . .	76	57	52
Kleidermacher . . . . .	120	139	110
Hotel- und höheres Arbeitspersonal . . . . .	147	261	136
Bäcker . . . . .	205	228	190
Kaffeefieder . . . . .	649	687	614
Verkehrsbedienstete und nicht qualifizierte Arbeiter . . . . .	804	743	723
Gewerbliche Frauenarbeit . . . . .	340	650	347
Lehrlinge . . . . .	67	38	25
Summe . . . . .	3.051	3.311	2.683
Dienstvermittlung . . . . .	3.863	4.630	3.572
Zusammen . . . . .	<b>6.914</b>	<b>7.941</b>	<b>6.255</b>

Auch in den

### Wohnungsverhältnissen

behauptete sich die bisherige Stabilität, indem die Zahl der Wohnungskündigungen weit unter dem Normalen blieb und Zwangsräumungen nur in vereinzeltten Fällen vorkamen.

Die Inanspruchnahme der

### unentgeltlichen Ausspeisung

durch die Gemeinde hat nur in bescheidenem Maße zugenommen; die Zahl der täglichen Speiseportionen ist bis Ende Juli auf rund 58.000 gestiegen.

Die Einrichtung von

### Kriegsküchen

zur unentgeltlichen Speiseverabfolgung an den Mittelstand hat eine rasche Entwicklung erfahren und es sind bereits 16 solche Anstalten entstanden, bei denen bisher 7000 Abnehmer angemeldet sind.

Besondere Aufmerksamkeit glaubt die Gemeindeverwaltung unter den bestehenden Verhältnissen auf die

### Kinderfürsorge

während der Sommermonate verwenden zu müssen. Diesem Zwecke dient die Unterbringung von Kindern auf dem Lande und in den Tageserholungsstätten.

Im Mai 1916 hat sich ein Damen-Komitee gebildet, das sich zur Aufgabe gesetzt hat, eine möglichst große Anzahl armer, erholungsbedürftiger Kinder, hauptsächlich Kriegerwaisen und solche von Eingerückten, während der Sommerferien 1916 aufs Land hinauszusenden.

Dem Komitee, beziehungsweise dem Arbeits-Ausschusse ist es nach rastlosen Bemühungen und Überwindung mannigfacher Schwierigkeiten gelungen, eine Reihe von Wohlthätern zu gewinnen, die Räumlichkeiten für eine große Zahl von Kindern zur Verfügung stellten. Größere und kleinere Spenden, **darunter insbesondere die 100.000 K-Spende der Stadt Wien** ermöglichten es der Aktion, nach Schluß sofort an die Entsendung der Kinder in die Kolonien zu schreiten; anfangs August ging die letzte Gruppe von Wien an ihren Bestimmungsort ab.

Das Entgegenkommen der Kriegsgetreide-Gesellschaft durch Beistellung von Lebensmitteln und der Militärverwaltung durch Überlassung von Bettzeug hat den Bestand vieler Kolonien gesichert und so manche aufgetretene Schwierigkeit beseitigt.

Bei der Unterbringung der Kinder auf dem Lande wurde in erster Linie die kolonienweise Beherbergung (20 bis 40 und auch mehr Kinder) in Schlössern, Schulen, Pfarren, Villen, Gutshöfen u. s. w. ins Auge gefaßt. Nur wenn dies undurchführbar war, wurden Kinder unter der Voraussetzung einer entsprechenden Überwachung bei einzelnen Familien untergebracht, wofür an Geldeleistung für Wohnung, Betreuung und Verpflegung 2 K für den Tag und Kopf als Norm aufgestellt wurden.

Die Erholungsbedürftigkeit der Kinder wurde durch die Leiter der Volks- und Bürgerschulen erhoben, die Zahl der Kinder auf die einzelnen Bezirke entsprechend aufgeteilt. Nicht unberücksichtigt blieben auch solche arme Kinder, die bei Verwandten auf dem Lande untergebracht werden konnten und welchen zur Ermöglichung der Fahrt das Reisegeld gezahlt wurde.

Bezüglich der Gruppierung der Kinder wurde an dem Grundsätze festgehalten, daß Knaben und Mädchen von einander zu trennen sind. Ausnahmen wurden nur Geschwistern zugestanden. In derselben Gruppe wurden nach Tunlichkeit einander bekannte Kinder zusammengefaßt, um ihnen den Aufenthalt in der Fremde gleich von Anfang an angenehm zu gestalten und in den kindlichen Gewohnheiten keine Wandlung herbeizuführen. Eine Sonderung nach Altersstufen wurde bei den Knaben insoweit vorgenommen, als Bürgerschüler nach Möglichkeit mit Volksschülern niederer Klasse nicht in eine Kolonie gebracht wurden. Für schwer disziplinierbare Kinder wurden eigene Stationen mit höchstens 20 Kindern errichtet, um gut gestittete Kinder durch sie nicht zu gefährden. Kinder, die einer spezialärztlichen Behandlung bedürfen oder mit einer leicht übertragbaren Krankheit behaftet sind, wurden von der Aufnahme in eine Ferienkolonie ausgeschlossen.

Mit dem Abtransport der Kinder aufs Land wurde am 17. Juli d. J. begonnen, die Rückkehr mit Anfang September festgesetzt mit Rücksicht darauf, als in einer Reihe von niederösterreichischen Gemeinden das Schuljahr mit Anfang September beginnt.

Bei der Auswahl der Aufenthaltsorte wurde vom Arbeits-Komitee darauf Rücksicht genommen, daß dieselben in gesunde Gebieten gelegen sind und daß im Orte ein Arzt ansässig oder leicht zu erreichen ist. Außerdem wurde ein besonderes Gewicht auf uneingeschränkte Bewegungsmöglichkeit, einwandfreies Trinkwasser, genügenden Vorrat an den notwendigen Lebensmitteln wie Milch, Milchprodukte und einiges Fleisch, sowie die leichte Zustellungsmöglichkeit für Nahrungsmittel von Wien aus gelegt.

Für 20 Kinder ist ein Erzieher (Erzieherin) bestellt, bei einer größeren Zahl wird noch eine Hilfskraft beigegeben; einer Gruppe von 40 und mehr Kindern sind zwei Erzieher (Erzieherinnen) zugeteilt.

Die Aufsicht über die Mädchen führen Frauen oder Männer, über Knaben, die das 11. Lebensjahr überschritten haben, nur Männer. Als Erzieher wurden Lehrpersonen, die sich in einer großen Zahl freiwillig gemeldet haben, herangezogen.

Als Köchinnen wurden vorzugsweise Kriegerfrauen und Mütter von Kindern, die in einer Kolonie untergebracht wurden,

Sonder-Abdruck

Winn während des Krieges.

berücksichtigt. Ihnen gebührt neben Vergütung der Reiseauslagen, neben freiem Quartier und voller Verpflegung eine kleine von Fall zu Fall zu bestimmende Entschädigung in Geld. Ihr haben die größeren Kinder, Knaben wie Mädchen, im Aufräumen, Geschirrwaschen, Gemüseputzen und sonstigen kleineren Küchenarbeiten behilflich zu sein. Mit dem Ausbessern von Wäschestücken, auch für benachbarte Knabekolonien, sind unter Anleitung der Erzieherinnen die erwachsenen Mädchen betraut, doch dürfen sie mit solchen Arbeiten nicht länger als höchstens zwei Stunden im Tage beschäftigt werden.

Durch die große Zahl von Wohltätern, welche für die zu entsendenden Kinder Räumlichkeiten zur Verfügung stellten, konnten 67 Siedelungen gegründet werden, welche größtenteils in Niederösterreich, zum kleineren Teile in Oberösterreich, Steiermark, Kärnten, Mähren und Ungarn gelegen sind. Die Gesamtzahl der untergebrachten Kinder beträgt 3447.

Die weitgehende Vorsorge für eine angenehme Gestaltung des nichtgewohnten Aufenthaltes armer Wiener Kinder auf dem Lande läßt die berechtigte Hoffnung aussprechen, daß dieselben frisch, munter und gekräftigt nach Schluß der Ferien ihren Einzug in Wien halten werden.

Für die Errichtung von

### Tageserholungsstätten

war der Gedanke maßgebend, daß eine reichliche und regelmäßige Bewegung im Freien für die Jugend ein unersehbliches Lebensbedürfnis ist.

Die Zunahme der Bevölkerungsdichtigkeit in der Großstadt, die immer intensiver sich gestaltende Ausnützung der bebaubaren Bodenflächen, die Beschlagnahme der öffentlichen Straßen und zum Teile auch der öffentlichen Plätze für den Verkehr, schränken den Bewegungstrieb und die Erholungsmöglichkeit der Jugend ein. Blutarmut und Bleichsucht sind die Folgen einer ungenügenden Bewegung im Freien, bilden einen günstigen Nährboden für schwere Erkrankungen und die Zunahme dieser Erscheinung bei der Großstadtjugend ist erwiesen und allgemein bekannt.

Zur Befriedigung des Erholungsbedürfnisses der Jugend und um das Wandern unserer Jugend zu fördern, sollen im Wald- und Wiesengürtel und ebenso im Wienerwalde einfache Baulichkeiten errichtet werden, welche während der Sommermonate als Erholungsstätten dienen, während des ganzen Jahres aber auch als einfache Unterkunftshütten von der wandernden Jugend beiderlei Geschlechtes benützt werden sollen. Die Baulichkeiten sind einfacher Art, gegen Süden offen und sollen für den Winter heizbar gemacht werden. Bei jeder Anlage ist eine Küche und die Zuleitung von Hochquellenwasser vorgesehen; die angrenzenden Wiesen sollen je nach ihrer Beschaffenheit zu Spiel- und Sportzwecken und zum Gartenbau Verwendung finden. In dieser Richtung werden im laufenden Jahre die weitestgehenden Vorarbeiten geleistet, um für eine großzügige künftige Ausgestaltung die notwendigen Erfahrungen zu sammeln.

Für die Errichtung von Tageserholungsstätten hat die Gemeinde Wien Grundstücke, und zwar: im X. Bezirke auf dem Laaerberge im Flächenmaße von 185.000 m<sup>2</sup>, im XII. Bezirke auf dem Girzenberge im Flächenmaße von 33.700 m<sup>2</sup>, im XVII. und XVIII. Bezirke auf der Kreuzwiese an der Laden-

burghöhe im Flächenmaße von 34.000 m<sup>2</sup> und im XIX. Bezirke am Reisenbergstättel beim Cobenzl im Flächenmaße von 50.000 m<sup>2</sup>, zusammen im Ausmaße von 302.000 m<sup>2</sup> gewidmet und für die auf diesen Gründen zu erstehenden fünf Unterkunftshütten samt Nebenanlagen einen Kostenbetrag von 219.118 K genehmigt.

Unter dem Drucke der bestehenden Verhältnisse in der Kriegszeit und um der lange vernachlässigten körperlichen Erziehung der heranwachsenden Jugend eine systematisch und weitausegreifende Förderung zuteil werden zu lassen, wurde trotz des Mangels an Arbeitskräften und der gesteigerten Kosten an die rasche Herstellung der Baulichkeiten auf dem Laaerberge und dem Girzenberge geschritten und sehen beide Tageserholungsstätten ihrer Vollendung entgegen.

Auf dem Laaerberge werden zwei Unterkunftsräume mit Gelegenheit zur Kleiderablage, Aufbewahrung der Spielgeräte sowie zum Waschen und Trinken errichtet. Um dieselben herum wird im September zum Windschutze in einer Entfernung von 25 m ringförmig aufgeforstet.

Der Ring wird ungefähr 20 m stark aus Schwarz- und Weißföhren, Lärchen, Fichten und Eichen bestehen. Die Baulichkeiten, Einfriedungs- und sonstigen Arbeiten sind bereits soweit fortgeschritten, daß, ungeachtet der noch vorzunehmenden restlichen Arbeiten, in dieser Stätte seit Anfang August schon 150 erholungsbedürftige Kinder sich dem Spiele und Sport im Freien widmen können. Im Laufe der nächsten Woche werden nach vollständiger Fertigstellung der größten der zu errichtenden Tageserholungsstätten weitere 250 Kinder in derselben Aufnahme finden. Die in dieser Erholungsstätte untergebrachten Kinder müssen um längstens 8 Uhr früh in derselben erscheinen und verlassen sie um 6 Uhr abends. Vormittags und nachmittags erhalten sie ein Stück Brot mit Aufstrich und Käse; nachmittags einigemal in der Woche Kakao.

Die Mittagskost ist derart reichlich und ausgiebig, daß die Jugend das durch stete Bewegung im Freien naturgemäß gesteigerte Hungergefühl vollaus befriedigen kann. Da es sich ausschließlich um Kinder der unbemittelten Bevölkerungsschicht handelt, werden sie mit Freikarten der städtischen Straßenbahnen vom Wohnhause zur Erholungsstätte befördert.

Die Beaufsichtigung der Kinder obliegt erprobten und erfahrenen Fürsorgerinnen des städtischen Jugendamtes, zur Pflege des Jugendspieles stellt das Jugendamt ausgebildete Spielleiter bei.

Die außergewöhnlich günstige Lage der Erholungsstätten sowie die getroffenen Fürsorgemaßnahmen lassen mit Sicherheit erwarten, daß die in denselben untergebrachten, durchaus sehr bedürftigen Kinder die notwendige Erholung und Kräftigung im reichlichen Maße finden werden.

Die

### Lebensmittelversorgung

der Stadt Wien war im allgemeinen eine ausreichende.

Die Zufuhren an **Grügemüse** waren reichlich, so daß in manchen Arten, insbesondere in grünen Bohnen, Preisrückgänge eintraten.

Die **Kartoffelzufuhren** litten zeitweilig unter den durch die kriegerischen Ereignisse im Osten bedingten Verkehrsschwierigkeiten.

18. VIII. 1916

162

Sonder-Abdruck.

Wien während des Krieges.

In **Obst** blieb das Angebot vielfach hinter der Nachfrage zurück.

Die **Eierzufuhr** war trotz dem stark gesteigerten Bedarfe ziemlich ausreichend.

Die **Fleischzufuhren** waren mäßig, befriedigten jedoch die Nachfrage, nur Fettstoffe blieben andauernd knapp.

Auch die **Milchzufuhren** durch die Bahn gingen noch weiter zurück, sie betragen in den vier Wochen nur 14 Millionen Liter und litten unter der hohen Temperatur, welche ziemlich große Mengen auf dem Transporte sauer werden ließ.

Die **Kohlenversorgung** war ausreichend, die Steinkohlenzufuhr belief sich auf 71.125 Tonnen, die Abfuhr auf 74.584 Tonnen, der Vorrat am Monatsende auf 96.132 Tonnen gegen 131.110 Tonnen im Vorjahre.

Nachstehend folgen die Ausweise des städtischen Marktammtes über die Marktbeschickung.

Auf dem

Schlacht- und Stechviehmärkte in St. Marx

wurden zugeführt:

	1915	1916
an Rindern . . . . .	18.485 Stück	8.034 Stück
„ Kälbern . . . . .	19.413 „	12.716 „
„ Lämmern . . . . .	383 „	291 „
„ Schafen . . . . .	2.650 „	886 „
„ Schweinen . . . . .	63.265 „	20.707 „

Die Fleischzufuhren in der

Großmarkthalle

betragen:

	1915	1916
an Rindfleisch . . . . .	1.694.463 Kilogramm	735.755 Kilogramm
„ Kalbfleisch . . . . .	13.488 „	9.264 „
„ Schaffleisch . . . . .	823 „	14 „
„ Schweinefleisch . . . . .	852.949 „	272.931 „
„ Kälbern . . . . .	10.807 Stück	5.803 Stück
„ Schafen . . . . .	3.696 „	699 „
„ Schweinen . . . . .	2.643 „	3.247 „
„ Lämmern . . . . .	150 „	58 „

An

sonstigen wichtigen Lebensmitteln

kamen auf die Märkte:

	1915	1916
an Gemüse . . . . .	146.998 Meterzentner	107.999 Meterzentner
„ Kartoffeln . . . . .	116.608 „	49.990 „
„ Obst . . . . .	90.789 „	31.753 „
„ Butter . . . . .	3.551 „	609 „
„ Eiern . . . . .	3.995.118 Stück	5.505.320 Stück

Die

Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel

stellten sich in der letzten Juliwoche, wie folgt:

		Seller
Rindfleisch . . . . .	per Kilogramm	850 — 1100
Schweinefleisch . . . . .	„	770 — 790
Schweineschmalz . . . . .	„	960 — —
Schweinespeck . . . . .	„	930 — 1000
Butter . . . . .	„	740 — 1060
Margarine . . . . .	„	960 — 1060
Eier . . . . .	Stück	25 — 29
Milch . . . . .	liter	42 — 54
Auszugmehl . . . . .	Kilogramm	120 — —
Mundmehl . . . . .	„	67 — 99
Brot . . . . .	„	50 — 57.5
Kartoffel alte . . . . .	„	18 — —
„ neue . . . . .	„	38 — 52
Zwiebel . . . . .	„	100 — 112
Bohnen . . . . .	„	100 — 240
Zucker . . . . .	„	102 — 106
Petroleum . . . . .	liter	48 — —
Steinkohle . . . . .	50 kg	200 — 300
Braunkohle . . . . .	50 „	162 — 240

Die

Gesundheitsverhältnisse

der Wiener Bevölkerung waren der Jahreszeit entsprechend. Der sommerliche Rückgang des Krankenstandes und der Sterblichkeit ist wie in normalen Zeiten eingetreten, wenn auch die Sterbeziffer mit 13.3 auf das Tausend gegen 12.8 im Vorjahre etwas gestiegen ist. Sehr günstig war der Stand der Infektionskrankheiten, insbesondere der Kriegseuchen. Im ganzen Monat war nur eine Erkrankung an Blattern und eine am Flecktyphus zu verzeichnen, auch Bauchtyphus und Ruhr sind nur vereinzelt aufgetreten.

Die

Krankenbewegung

in den öffentlichen Spitälern einschließlich der daselbst verpflegten Militärpersonen gestaltete sich folgendermaßen:

	1915	1916
Anfänglicher Krankenstand . . . . .	10.981	11.294
Zuwachs . . . . .	15.250	10.525
Abgang durch Entlassung . . . . .	12.591	9.876
Abgang durch Ableben . . . . .	997	820
Schließlicher Krankenstand . . . . .	12.643	11.123

Zum Schlusse kann ich nicht umhin, den Wiener Hausfrauen, welche in dieser schweren Zeit mit bewundernswerter Geduld und unentwegter Opferwilligkeit ihre Hausführung besorgen, meinen besten Dank zu entbieten und sie zum unbedingten Durchhalten vertrauensvoll aufzufordern.

Der Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien:

Dr. Richard Weiskirchner.

## Neue Freie P

### Gemeindereform.

Von Universitätsprofessor Dr. Karl Brochhausen.

(Siehe Nr. 18649, 18656 und 18670 der „Neuen Freien Presse“ vom 23., 30. Juli und 13. August 1916.)

Wien, 19. August.

#### IV. Das Gemeinderegiment.

Unser Gemeindegesetz ist reich an schönen Sätzen, welche den Leser erfreuen und Bewunderung erregen — zumal im Ausland, wo man zwar den Vorlaut des Gesetzes, jedoch nicht die wirklichen Lebensverhältnisse vor Augen hat. Die Gemeinde, so sagt unser Gesetz, wählt ihre Vertretung selbst; sie wird in ihren Angelegenheiten durch einen Ausschuss und einen Vorstand vertreten; der Ausschuss ist das beschließende und überwachende, der Vorstand das verwaltende und vollziehende Organ, das bedeutet, daß keine Regierung und keine Obergemeinde die Organe der Gemeinde bestimmt, also daß das Gemeinderegiment in den Händen der Gemeinde selbst liegt. Bei dem umfassenden Wirkungsbereich und der großen Machtfülle der Gemeindevertretung steht diese Freiheit der österreichischen Gemeinde in auffallendem Widerspruche zu der Aengstlichkeit, mit der andere, auch recht freiheitlich sich dünkende Staaten wie England, Frankreich und die meisten deutschen Bundesstaaten sich ihren Einfluß auf die mit weit weniger Kompetenzen ausgestattete Gemeindeobrigkeit zu sichern verstanden. Von der einzigen Ausnahme abgesehen, daß der erste Bürgermeister einer Statutargemeinde, weil er zugleich die Aufgaben eines Bezirkshauptmanns erfüllt, einer höheren Bestätigung bedarf, ist bei uns die Regierung von jeder Einwirkung auf die Bildung der Gemeindeorgane ausgeschlossen. So setzt unser Gesetz das höchste

es werden die Grund- und die Steuerkataster hergenommen, und die dort Verzeichneten erhalten Wahlrechte. Genau besehen sind es nicht so sehr die als Gemeindeglieder bezeichneten Steuerträger, als vielmehr die Grundstücke, Häuser und Gewerbe selbst, welche durch die Hand der Besitzer wählen. Eine sehr beachtenswerte Folge dieses Vorganges ist es, daß es viel weniger auf die Persönlichkeit der Besitzer ankommt, als auf das Steuerobjekt selbst; mag der Besitzer minderjährig oder unmündig sein, mag er weiblichen Geschlechtes, daher nach älterer Auffassung zur Ausübung des Wahlrechtes untauglich, oder eine juristische Person sein, das Interesse des Steuerobjekts wird dennoch gewahrt; es gilt mehr als die Person des Besitzers. Niemals sind die Wittven und alten Jungfern so umworben als zur Zeit der Gemeindevahlen, um von ihnen Wahlvollmachten herauszulocken.

Gewiß läßt sich auf solchem Wege eine Wählerliste zusammentragen; aber zwischen dieser Liste und den Personen in der Gemeinde läßt sich eine bedenkliche Lücke. Die so gewonnene Liste wird hauptsächlich nach der Höhe der Staatssteuer in Gruppen geteilt, und man nennt jede Gruppe einen Wahlkörper; diese Bezeichnung ist eine Ironie, denn so wenig die gesamte Wählerschaft eine Körperschaft ist, ebensowenig der einzelne Wahlkörper; es kommen ihm keine Korporationsrechte zu, er kann sich nicht organisieren und hat keinen Willen; er ist lediglich eine Anzahl Menschen, die (an einem bestimmten Tage), jeder für sich zur Urne schreiten. Damit ist für drei oder sechs Jahre ihre Tätigkeit beendet und keine Brücke verbindet sie mehr mit dem Gemeinderegiment; sie alle hören für die übrige Zeit auf, ein lebendiger Faktor des Gemeindelebens zu sein. Vielleicht befremdet diese Regelung jene Leute weniger, die von dem großen Reichsparlament oder von den Landtagen her an diesen Zustand gewohnt sind, aber es sollte uns doch befremden, wenn das innere Gemeindeleben ein so einfacher Abklatsch des Parlamentarismus ist. Das von Gneist so sehr gefürchtete „Dorparlament“ ist wirklich da, in welchem 12 oder 20 oder 30 Personen allein es sind, durch die alles Gemeindeleben zum Ausdruck kommt, die allein „tätig“ sind in der Gemeinde, indes alle übrigen schweigen oder zwecklos kritisieren.

Das ist die erste traurige Wirkung einer verfehlten Gemeindeorganisation: die Ausschaltung der tätigen Mitwirkung der Gemeindebewohner zugunsten der ausschließlichen Tätigkeit einiger weniger Vertreter — die Bureaucratisierung der Gemeinde möchte ich es nennen. Nun aber benötigen wir — nach dem Kriege mehr als je — die tätige Mitwirkung unserer Gemeindebürger am Gemeindeleben; fast noch wichtiger als ihre Stimmen sind ihre Hände. Viele, die arbeiten könnten und möchten in der Gemeinde, liegen brach, und die wichtigste Reform der Gemeinde wäre die Heranziehung der Arbeitswilligen zu öffentlicher Tätigkeit. Man klage nicht, daß unsere meisten Gemeinden zu klein seien an Menschenzahl; was haben zu Beginn der Neuzeit die mittelalterlichen Städte geleistet, und doch haben neuere Forschungen ergeben, daß keine deutsche Stadt im Mittelalter mehr als 25.000 Einwohner gehabt hat, Straßburg und Nürnberg etwa 20.000, Frankfurt etwa 10.000, Leipzig 4000 usw. Bei richtiger Organisation ließe sich Gewaltiges schaffen, um verlorene Güter einzubringen.

Der Lahmlegung der Personengemeinschaft zugunsten einer isolierten Gemeindevertretung steht ein zweiter Schaden würdig zur Seite. Der auf solchem Wege zustandegekommene Ausschuss ist nicht auf dem Wohlhoden der Gemeindepersonen erwachsen; er hat nicht die Gemeinde als Personengemeinschaft hinter sich, sondern bloß eine Wählerliste. Einmal zustande gekommen, ist dieser Ausschuss gänzlich unabhängig geworden von dem Vertrauen seiner Wähler, natürlich noch viel mehr von dem der Gemeindebewohner überhaupt. Unter den Gründen, welche einem Ausschussmitgliede die Mandatsniederlegung gestatten, führt das Gesetz das Mißtrauen der Wähler nicht an. Ein Gemeindevertreter, welcher wegen eingetretener Meinungsverschiedenheit mit seinen Wählern das Amt niederlegen wollte, kann ebenso mit Ordnungsstrafen belegt werden, als wenn er grundlos zurücktritt. Eine Gemeinde, deren Mitglieder machtlos sind gegen ihre vertrauensunwürdig gewordene Vertretung, und eine Vertretung, die im bitteren Gefühle der Mißliebigkeit dennoch im Amte bleiben muß, das ist ein leicht mögliches Bild unserer Gemeinde. Und umgekehrt, wenn der Ausschuss in kritischen Fragen sich an die Gemeinde wenden wollte, er griff ins Leere; denn sie steht auf einem Isolierschemel und kein Weg führt von ihm zum Volke. Gewiß ein solcher Ausschuss vertritt nach dem Willen des Gesetzes die Gemeinde, aber oft nicht viel anderes, als etwa ein landesfürstlicher Kommissar auch als Vertreter der Gemeinde anerkannt werden müßte. So sehr haben sich bei näherer Betrachtung die wirklichen Verhältnisse abgekehrt von dem Zustande der sich selbst beherrschenden Gemeinde, wie er eigentlich gedacht war.

### Spernung der englischen Ausfuhr nach Schweden.

#### Ein Expreßungsmanöver.

Wien, 19. August.

Die Sperre, die England über jegliche Ausfuhr aus England nach Schweden verhängt, ist als Mittel gedacht, die schwedische Regierung zum Aufgeben ihrer bisherigen Haltung zu zwingen, zu der sie sich als wahrhaft neutrale Macht verpflichtet fühlt. Diese Haltung besteht, kurz gesagt, darin, daß die schwedische Regierung es ablehnt, sich direkt oder indirekt der englischen Regierung zur Behinderung schwedischer Ausfuhr nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu verpflichten.

Diese Verpflichtung hat England leider bei den meisten anderen neutralen Staaten durchgesetzt. Man begann mit der scheinbar harmlosen Form der Gründung von Gesellschaften an den betreffenden neutralen Ländern, welche das Monopol